



Universität Münster
Sommersemester 2024
Institut für Politikwissenschaft
Modul: Masterarbeit
Erstgutachterin: Profⁱⁿ Dr. Christiane Frantz
Zweitgutachterin: Jun.-Prof.ⁱⁿ Dr. Antonia Graf

Masterthesis

***Triggerpunkte* in Nachhaltigkeitsdebatten: Der schmale Grat zwischen Konsens und Dissens.**

Eine Analyse am Beispiel der Debatte um das Gebäudeenergiegesetz in Deutschland

Trigger points in sustainability debates: The fine line between consensus and dissent.

An analysis using the example of the debate on the Building Energy Act in Germany

Jenny Lempa

Politikwissenschaft:
Nachhaltigkeit und Demokratie
Master of Arts
6. Fachsemester

Abgabedatum: 04.09.2024

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
2. Theoretische Grundlage	11
2.1 Triggerpunkte	11
2.2 Trigger	14
2.3 Emotionalisierung und Affekte	17
2.4 Konfliktfeld Klima- und Nachhaltigkeitspolitik	17
2.5 Interessenvertretungen	20
3. Methodik: Qualitative Inhaltsanalyse.....	24
3.1 Ziel und Ablauf	25
3.2 Anwendung	26
3.3 Vorteile und Kritik	27
4. Materialauswahl	28
4.1 Ausgewählte Debatte und ihr Verlauf.....	28
4.2 Relevante Interessenvertretungen und Beiträge	29
5. Auswertung	31
5.1 Formalien	33
5.1.1 Bundesverband Wärmepumpe (BWP)	33
5.1.2 Immobilienverband Deutschland (IVD).....	34
5.1.3 Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)	35
5.1.4 Deutscher Mieterbund (DMB)	36
5.1.5 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)	37
5.1.6 Deutsche Umwelthilfe (DUH)	38
5.1.7 Zwischenfazit	39
5.2 Inhaltliche Elemente.....	39
5.2.1 Argumente	40
5.2.2 Positionierung auf den Konfliktlinien der Nachhaltigkeitspolitik	41
5.3 Trigger	42
5.3.1 Ungleichbehandlung.....	44
5.3.2 Entgrenzungsbefürchtung.....	46
5.3.3 Normalitätsverstoß und Verhaltenszumutungen	49
5.3.5 Realitätsverstoß	49
5.3.6 Täuschung	51
5.3.7 Rechtsverstoß	53
5.3.8 Unklarheit.....	54
5.4 Kommunikation/ Sprache.....	56

5.4.1 Emotionalisierende Sprache	56
5.4.2 Direkte Ansprache von politischen Entscheidungsträger*innen.....	57
5.5 Triggerpunkte	59
6. Diskussion	64
6.1 Zusammenfassung der Ergebnisse	64
6.2 Interpretation der Ergebnisse	66
6.3 Grenzen der Forschung	69
6.4 Ausblick	69
7. Fazit	70
8. Literaturverzeichnis.....	74
9. Anhang	80
9.1 Deduktiv entwickelter Analyserahmen	80
9.2 Übersicht aller relevanten Interessenvertretungen der Debatte um das GEG.....	81
9.3 Qualitative Inhaltsanalyse BWP.....	82
9.4 Qualitative Inhaltsanalyse IVD	92
9.5 Qualitative Inhaltsanalyse vzbv	98
9.6 Qualitative Inhaltsanalyse DMB	109
9.7 Qualitative Inhaltsanalyse BUND	118
9.8 Qualitative Inhaltsanalyse DUH.....	132
10. Plagiatserklärung	162

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Einordnungen der relevanten Interessensvertretungen in die thematisch passenden Dimensionen der Nachhaltigkeit	30
Tabelle 2: Vollständiger Analyserahmen aus deduktiv und induktiv abgeleiteten Kategorien	31
Tabelle 3: Übersicht der Formalien für den Bundesverband Wärmepumpe	34
Tabelle 4: Übersicht der Formalien für den Immobilienverband Deutschland	35
Tabelle 5: Übersicht der Formalien für den Verbraucherzentrale Bundesverband	36
Tabelle 6: Übersicht der Formalien für den Deutschen Mieterbund	37
Tabelle 7: Übersicht der Formalien für den Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland	38
Tabelle 8: Übersicht der Formalien für die Deutsche Umwelthilfe	39
Tabelle 9: Übersicht der Positionierungen auf der Konfliktlinie Problemwahrnehmung	41
Tabelle 10: Übersicht der Positionierungen auf der Konfliktlinie Geschwindigkeit der Transformation	41
Tabelle 11: Übersicht der Positionierungen auf der Konfliktlinie Handlungsspielräume	42
Tabelle 12: Übersicht aller ausgewerteten Trigger	43
Tabelle 13: Inhaltliche Positionierung des IVD und des BWP am Anfang und am Ende der Debatte um das GEG	61

1. Einleitung

„Klimaschutz mit der Brechstange“ - titelt die Tagesschau im April 2023. Die Kritik der Opposition, besonders der Unionsfraktion im Bundestag im sogenannten „Heizungskompromiss“, der Einigung der Ampelkoalition im Streit um das Gebäudeenergiegesetz, ist groß und klingt niederschmetternd. Das Übereinkommen sei eine „große Enttäuschung“. Die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), welche die Wärmewende und damit den Weg zur Klimaneutralität leiten sollte, sei sozial ungerecht und eine nicht zu verantwortende Belastung der Bürger*innen Deutschlands. Die Opposition spricht von einem „Verarmungsprogramm“ (vgl. Tagesschau 2023). Die Debatte um das GEG gilt als „äußerst emotionale[...] und bis heute nachwirkende[...] Debatte über das Gesetz im Speziellen und Klimapolitik im Allgemeinen“ (Jost et al. 2024, 2). Sie wird generell als „aufgeheizt“ beschrieben. Diese Debatte soll im Zentrum der nachfolgenden Arbeit stehen.

Während der Weltklimarat jedes Jahr vehementer warnt, schärfere Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimakrise, so gut wie noch möglich, einzudämmen, wächst in reichen Ländern wie Deutschland gleichzeitig die Angst vor Wohlstandsverlusten durch diese Transformation. Debatten um Klima- und Nachhaltigkeitspolitik, wie zuletzt die vom Frühjahr bis Herbst 2023 um die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes, sorgen für emotionale Debatten und Schlagzeilen. Es wird von der „verschlafenen Transformation“ bei der Tagesschau (Siggelkow 2023), dem „umstrittenen Heizungsgesetz“ in der Zeit (Die Zeit 2023), oder der „überfordernden Wärmewende“ im Spiegel (Bartsch et al. 2023) gesprochen. Immer häufiger scheint es vorzukommen, dass sich Befürworter*innen und Gegner*innen politischer Maßnahmen konträr gegenüberstehen. Einerseits ginge die Transformation zu langsam, sie wäre „verschlafen“ worden, andererseits sei in diesem speziellen Fall die Wärmewende „überfordernd“ und man spricht vom „Klimaschutz mit der Brechstange“. Die Medien und die Gesellschaft scheinen in zwei sich entgegengesetzte Lager polarisiert und oft verloren und versteift in Diskussionen um Deutungshoheiten statt konkreter Maßnahmen.

Der Frage, wie polarisiert die Gesellschaft wirklich ist und woher diese Wahrnehmung der zwei konträren Lager kommt, gehen die Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westhüser in dem Buch „Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft“ nach. Sie widersprechen der Wahrnehmung der grundlegenden Polarisierung und vertreten die These,

dass die deutsche Gesellschaft in ihren grundlegenden Einstellungen in relevanten Konfliktfeldern nicht gespalten ist, sondern zur Mitte und zu Kompromissen tendiert. Das bedeutet nicht, dass sie von einem harmonischen Gesellschaftsbild ausgehen. Jedoch widersprechen sie dem, dass leidenschaftliche und unnachgiebige Konflikte zu einer ideologischen und antagonistischen Polarisierung führen. Mit dem Konzept der Triggerpunkte versuchen sie, ein differenziertes Bild der Konfliktlandschaft zu zeichnen. Sie stellen damit einen Gegenentwurf einerseits zur antagonistischen Klassengesellschaft nach Marx und andererseits zur Cleavage-Theorie auf, nach der Konfliktlandschaften durch Spaltungslinien der gesellschaftlichen Entwicklung und durch interessen-gegensätzliche Milieus geprägt sind (vgl. Mau et al. 2023, 11).

Mau et al. (2023) zeichnen die Dynamik der Triggerpunkte in ‚Ungleichheitsarenen‘ nach. Damit stellen sie von Beginn an klar heraus, dass sie nicht von einem übergreifenden gesellschaftlichen Großkonflikt ausgehen. Es soll nicht der Eindruck entstehen, dass „ein Ungleichheitskonflikt alle anderen überlagert oder determiniert“ (Mau et al. 2023, 25). Sie bereiten in ihrer Analyse vier gesellschaftlich relevante Konfliktfelder auf, bei denen der öffentliche Eindruck zunehmender Polarisierung festgemacht wird. Dazu zählen die „Oben-Unten“-Arena (Arm/Reich), die „Innen-Außen“-Arena (Migration), die „Wir-Sie“-Arena (Rassismus/Sexismus/Homo- und Transphobie) sowie die „Heute-Morgen“-Arena (Klima). Mau et al.’s zentrale These lautet, dass hinter umstrittenen Themen ein grundsätzlicher Konsens existiert. Jedoch entstünden Momente, in denen sich Konflikte intensivieren und es zu einer affektiven Aufladung der Debatten kommt und eigentlich bestehender Konsens in Dissens umschlägt. Die Gesellschaft ist demnach eher verkratert als gespalten (vgl. Zollinger 2024, 107). Für die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz bedeutet das beispielsweise, dass sich niemand gegen die Wärmewende und den Weg zur Klimaneutralität an sich sperrt, verschiedene Akteur*innen und Aspekte allerdings dafür sorgen, dass die Diskussion stark affektiv und emotional geführt wird, sodass Uneinigkeit in einigen Aspekten am Ende als eine Ablehnung des GEG als solches kommuniziert wird.

Um diese Momente analysieren zu können und sie nicht nur auf eine Zwei-Lager-Polarisierung zu reduzieren, bedienen sie sich des heuristischen Konzepts der *Triggerpunkte*. Der Begriff stammt aus der Physiotherapie. Bei Triggerpunkten handelt es sich im ursprünglichen Kontext um verhärtete Stellen im Körper. Durch Berührungen dieser Punkte, dem „triggern“, kann sich dieser Schmerz auch auf andere Körperregionen ausweiten.

Im soziologischen Kontext zielen Triggerpunkte „auf jene neuralgischen Stellen, an denen Meinungsverschiedenheiten hochschießen, an denen Konsens, Hinnahmefähigkeit und Indifferenz in deutlich artikulierten Dissens, ja sogar Gegnerschaft umschlagen“ (Mau et al. 2023, 246). Im übertragenen Sinn bedeutet das, dass die Berührung der Triggerpunkte in Diskussionen durch sogenannte Trigger zu thematischen Ausweitungen von Diskussionen und einem verhärteten Dissens führen kann. Am Beispiel des GEG würde das bedeuten: Die Diskussion um neue Heizungssysteme, welche mit erhöhten Anschaffungskosten einhergehen können, kann bei einigen Menschen Ängste vor der Klimatransformation als Ganzes auslösen. Das wiederum kann zu einer Ablehnung der Transformation als Ganzes führen. Trigger lassen sich nach Mau et al. in allen von ihnen analysierten Konfliktarenen über unterschiedliche politische Orientierungen hinweg nachzeichnen und zeigen sich, wenn „spezifische Erwartungen der Egalität, der Normalität, der Kontrolle und der Anatomie verletzt werden“ (Mau et al. 2023, 248).

Das Konfliktfeld der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik, in welchem sich das GEG bewegt, wird im Allgemeinen als eines mit einer hohen Komplexität beschrieben.¹ Auf verschiedenen Ebenen bestehen unterschiedliche Verantwortlichkeiten und Betroffenheiten. Mit dieser Komplexität gehen eine hohe Volatilität sowie starke Amplituden der Mobilisierung einher. Nach Mau et al. bieten sie Gelegenheitsfenster für „neue politische Unternehmer und unkonventionelle, radikalere Aktionsformen“ (Mau et al. 2023, 372). Trigger spielen in diesen Zusammenhängen eine große Rolle, da sie Aufmerksamkeit generieren und meist eine emotionale Reaktion auslösen (Mau et al. 202, 374). Dies führt dann wiederum zu starken Zustimmung oder Ablehnungen für bestimmte Positionen (vgl. Mau et al. 2023, 376). Die Kontroverse überschattet den eigentlichen Grundkonsens und „schafft Raum für Dissens und Empörung“ (Mau et al. 2023, 376). Am konkreten Beispiel des GEG bedeutet das: Der Grundkonsens zur Klimaneutralität durch die Wärmewende wird von der Unzufriedenheit über verschiedene Facetten des Gesetzes überschattet.

Wie bereits angedeutet, handelt es sich bei der Debatte um das GEG um eine Debatte, die nicht nur als „aufgeheizt“ beschrieben wird, sondern auch als eine, „die nachwirkt“ (Jost et al. 2024, 2). In der Debatte kam es zu einem monatelangen Streit innerhalb der Regierung, Gegenkampagnen der Opposition sowie der generellen Verunsicherung in der Bevölkerung. Letztlich wurde das Gesetz im September 2023 durch den Bundestag verabschiedet (vgl. Jost et al. 2024, 2). Eine Auswertung der Debatte stellte heraus, dass das GEG in seinen Fakten meist korrekt,

¹ Ausführungen dazu finden sich beispielsweise bei Mau et al. 2023 oder auch in „Zur Entstehung einer ökologischen Klasse“ von Latour/Schultz 2022.

aber überwiegend negativ dargestellt wurde (vgl. Jost et al. 2024, 2). Im Fokus der Diskussion stand weniger der Aspekt des Klimaschutzes, sondern vielmehr die soziale Gerechtigkeit (vgl. Jost et al. 2024, 3). Dennoch erfuhr das GEG in all seinen Aspekten, der Wirtschaftlichkeit, seinem Beitrag zum Klimaschutz sowie seiner Auswirkungen auf die soziale Gerechtigkeit eine negative mediale Bewertung (vgl. Jost et al. 2024, 13). Die Regelungen zur finanziellen Förderung des letztlich verabschiedeten Gesetzes wurden „als eine eklatante Verletzung der prozeduralen Gerechtigkeit wahrgenommen“ (Bergmann/Diermeier 2024, 50). In der Berichterstattung wurden zivilgesellschaftliche Akteure wie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) oder Verbände zwar selten genannt, allerdings kam ihnen überproportional viel sprachliche Präsenz zu (vgl. Jost et al. 2024, 12).

Die bisherigen Erkenntnisse zu Triggern und Triggerpunkten von Mau et al. leiten sich aus Interviews und Diskussionen von Einzelpersonen in Fokusgruppen ab. Die Erkenntnisse basieren demnach auf Ergebnissen von individuellen Privatpersonen. Der Fokus dieser Arbeit soll jedoch auf den politischen Interessenvertretungen liegen, um zu untersuchen, ob diese Art von komplexer konzipierter Konfliktdynamik auch auf Ebene der politischen Organisation nachzuweisen ist. Die dargelegten Überlegungen lassen erkennen, dass die untersuchten Ansätze sich von den Vorstellungen einer antagonistischen Klassengesellschaft sowie der Cleavage-Theorie einer durch Spaltungslinien geprägten Konfliktlandschaft lösen.

Ihre politikwissenschaftliche Relevanz erhält diese Arbeit, indem sie die Erkenntnisse von Mau et al. auf Ebene organisierter Interessen weiterführt. Sollte die Gesellschaft nicht zu einer Polarisierung im Sinne zweier antagonistischer Lager tendieren, sondern sich in Konflikten um Details „verkratern“, so müsste diese Entwicklung auch außerhalb individueller Diskussionen wiederzufinden sein. Da Interessenvertretungen konkreten Einfluss auf politische Entscheidungsträger*innen ausüben und außerdem medial präsent in der ausgewählten Debatte waren, können die Erkenntnisse dieser Arbeit Aufschluss über politische Diskurse und Dissens in Debatten liefern. Zudem bietet der Ansatz eine Form der Weiterentwicklung von Erkenntnissen über politische Konflikte und Dissens in einer Zeit voller Krisen und Transformation. Besonders spannend sind Einblicke im Feld der Nachhaltigkeit, da das Feld im Vergleich noch wenig auskonturiert ist und dadurch Potenzial für viele Trigger aufweist.

Interessenvertretungen nehmen im intermediären politischen System die wichtige Rolle einer vermittelnden Instanz ein. Sie repräsentieren ein Teilinteresse und agieren zwischen politischen

Entscheidungsträger*innen und der allgemeinen Öffentlichkeit. In Debatten nehmen sie einerseits die Rolle der Expert*innen für Politiker*innen ein, andererseits vermitteln sie die Ergebnisse aus diesen Verhandlungs- und Entscheidungsprozessen an die Bürger*innen. Die Kommunikation erfolgt, anders als in den Fokusgruppen, bestehend aus Privatpersonen, in einem professionellen Rahmen und kann mit Leitlinien und Erkenntnissen aus der Forschung zu Public Affairs erfasst werden. Public Affairs beschreiben die Art der Kommunikation, innerhalb welcher Interessenvertretungen formulieren und diese gegenüber politischen Entscheidungsträger*innen vertreten (vgl. Donges 2020, 2). Insofern ist das erste Ziel dieser Arbeit, herauszufinden, ob sich Trigger und Triggerpunkte auch in der professionalisierten Kommunikation von Interessenvertretungen mit politischem Veränderungswillen identifizieren lassen.

Diese Arbeit baut sich anhand zweier Fragestellungen auf. Die erste lautet: *Wie lässt sich das Konzept der Triggerpunkte nach Mau et al. auf interessenbezogene Nachhaltigkeitspolitik anwenden?* Diese Frage hat dabei die Operationalisierung des Konzepts in Form eines Analyserahmens zum Ziel und ist entscheidend für die zweite Frage, welche lautet: *Welche empirischen Schlüsse lassen sich aus der Anwendung des Analyserahmens auf die konkrete Debatte um das Gebäudeenergiegesetz vom Frühjahr bis Herbst 2023 ziehen?*

Die vorliegende Masterarbeit ist in sechs thematische Hauptkapitel gegliedert, die systematisch aufeinander aufbauen, um die Forschungsfragen zu beantworten und die Untersuchung zu strukturieren. Die theoretischen Grundlagen bilden die Basis dieser Arbeit. Zu Beginn des Kapitels werden die Begriffe Triggerpunkte und Trigger und deren theoretische Herleitung aus Theorien antagonistischer Klassengesellschaften, der Cleavage-Theorie sowie der Entwicklung von Polarisierungsbegriffen näher betrachtet. Die Diskussion erfolgt dabei in enger Anlehnung an die Originalliteratur von Mau et al. Zudem werden auch Reviews der Originalliteratur einbezogen, um eine kritische Betrachtung dieser zu ermöglichen. Besonderes Augenmerk wird daraufgelegt, zu verstehen, was genau diese ausmacht und worauf sie zurückgeführt werden können. Da Emotionalisierung und Affekte eine besonders wichtige Rolle in erhitzten Debatten spielen, wird der Sichtbarkeit dieser in verschriftlichen Debatten nach der Konturierung der Trigger und Triggerpunkte ein besonderer Blick gewidmet. Darauf folgend wird das Konfliktfeld der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik kontextualisiert und die spezifischen Herausforderungen und Kontroversen dargestellt. Dabei werden vor allem die Problemwahrnehmung, die Bewertung der Transformationsgeschwindigkeit sowie die Einschätzung der eigenen Handlungsspielräume näher betrachtet. Schließlich werden Interessenvertretungen als Organisationsform und ihre Kommunikation charakterisiert.

Im Anschluss daran wird die Methode eingängig vorgestellt und reflektiert. Die Analyse folgt der strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring. Dieser sieht ein Vorgehen nach regelgeleiteten, theoriegestützten Analysekategorien vor. Die Methode eignet sich besonders, um große Textmengen untersuchen zu können und sie in einer strukturierten Form darstellen und interpretieren zu können. Am Ende entsteht ein aus der theoretischen Grundlage resultierender Analyserahmen. Dieser wird in dieser Arbeit aufgrund der Neuheit des empirischen Konzeptes „Triggerpunkte“ nicht endgültig und dementsprechend offen für Ergänzungen am Material der Arbeit verstanden.

Bevor die Analyse endgültig beginnen kann, wurde im Vorfeld zudem eine strukturierte Materialauswahl betrieben. Dafür wird zu Beginn des vierten Kapitels zunächst die Debatte um das GEG und ihr Verlauf vorgestellt. Anhand einer Übersicht zu den veröffentlichten Artikeln wurden die in der Debatte relevanten Interessenvertretungen herausgefiltert, woraufhin eine Recherche zu den von diesen veröffentlichten Beiträgen vorgenommen wurde. Von den Interessenvertretungen, die über den Verlauf der Debatte kontinuierlich Beiträge veröffentlicht haben, musste daraufhin eine Auswahl getroffen werden. Da es sich im Wesentlichen um eine Debatte der Nachhaltigkeitspolitik handelt, wurde die Auswahl anhand der drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung getroffen. So wurden zwei ökonomische Interessenvertretungen, der Bundesverband Wärmepumpe sowie der Immobilienverband Deutschland, zwei soziale Interessenvertretungen, der Verbraucherzentrale Bundesverband und der Deutsche Mieterbund, sowie zwei ökologische Interessenvertretungen, der Bund und Naturschutz Deutschland und die Deutsche Umwelthilfe, ausgewählt.

Im Anschluss erfolgt die Auswertung den Kategorien des Analyserahmens folgend. Diese wird im anschließenden Diskussionsteil interpretiert und in Verbindung mit einer bereits erschienenen Studie zu den Besonderheiten der Debatte um das Gebäudeenergiegesetz betrachtet. Durch die detaillierte Untersuchung dieser Aspekte soll ein umfassendes Bild der Dynamiken in der Debatte zur Klima- und Nachhaltigkeitspolitik gezeichnet werden. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollen dazu beitragen, die Strategien und Wirkungsmechanismen der Interessenvertretungen besser zu verstehen, und somit einen wertvollen Beitrag zur politischen Kommunikationsforschung leisten.

2. Theoretische Grundlage

Im folgenden Kapitel sollen die theoretischen Grundannahmen näher erläutert werden. Sie dienen als Basis der Analyse und sind wichtiger Bestandteil des deduktiv erarbeiteten Analyserahmens, welcher in Form eines Kategoriensystems im fünften Kapitel ausführlich dargestellt wird. Die im Analyserahmen relevanten theoretischen Begriffe werden im Text dazu bereits *kursiv* hervorgehoben, um schon an dieser Stelle eine übersichtliche Verbindung zwischen Theorie und Empirie zu schaffen.

2.1 Triggerpunkte

Was bringt eine Debatte zum Kippen und führt dazu, dass sich Fronten scheinbar immer stärker verhärten? Der Frage, wie polarisiert die Gesellschaft wirklich ist und woher diese Wahrnehmung der antagonisierten Lager kommt, gehen die Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westhäuser in dem Buch „Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft“ nach.

Den wohl am stärksten rezipierten Ansatz zu Polarisierung und Konfliktlinien innerhalb von Gesellschaften bietet die Cleavage-Theorie. Die Cleavage-Theorie identifiziert

„relativ harte und dauerhafte Konflikt-Konstellationen [...], entlang denen sich bei kritischen Weichenstellungen in historischen Großprozessen nachhaltige soziale Interessen und Identitäten formier[en] und die (westlich-europäische Parteienlandschaft durchzogen haben“ (Leggewie 2023, 2)

Mau et al. entwickeln ihre Theorie auf Basis der Kritik an dieser Theorie. Sie kritisieren, dass der Ansatz seit den 1980ern nur noch wenig Erklärungspotenzial für Wahlverhalten aufgrund von strukturellen Merkmalen vorherzusagt, da sich gesellschaftliche Zugehörigkeiten seitdem immer weiter auflösen (vgl. Mau et al. 2023, 11-12). Auch die Weiterentwicklung zu einem zweidimensionalen politischen Raum mit neuen kulturellen Konfliktlinien, die parallel zu alten Cleavages verlaufen und damit wieder eine antagonistische Lagerbildung als Folge hervorbringen, reduziere ihrer Ansicht nach die Komplexität der Gesellschaft und ihre Einstellungen (vgl. Mau et al. 2023, 13-16).

Sie gestalten mit ihrem Konzept der Triggerpunkte ein differenziertes Bild von gesellschaftlichen Konflikten und versuchen damit, den Dualismus der Polarisierungsthese mit ihrer antagonisierten Lagerbildung zu durchbrechen. Dies zeichnen sie in sogenannten ‚Konfliktarenen‘ nach, in denen thematisch relevante Ungleichheitskonflikte der Gesellschaft ausgetragen werden. Hinter umstritten geltenden Themen existiere ein grundsätzlicher Konsens. Sie beziehen

sich bei dieser Erkenntnis auf verschiedene Studien, wie unter anderem eine der Konrad-Adenauer-Stiftung von Jochen Roose², welche zeigt, „dass in allen angefragten Politikbereichen (Soziales, Migration, Klima) Mehrheiten Mittelpositionen einnehmen“ (Mau et al. 2023, 19). Umfragen und Einstellungsstudien zeigten, dass die Mehrheit der Menschen in Deutschland gesteuerte Zuwanderung befürworten, Toleranz und Nichtdiskriminierung als zentrale Werte anerkennen sowie Klimaschutz als dringliche Aufgabe wahrnehmen würde (vgl. Zollinger 2023, 107). Jedoch entstünden Momente, in denen sich Konflikte intensivieren und es zu einer affektiven Aufladung der Debatten kommt. Um diese Momente besser analysieren zu können und sie nicht nur auf eine Zwei-Lager-Polarisierung zu reduzieren, bedienen sie sich dem heuristischen Konzept der „Triggerpunkte“.

Der Ausgangspunkt von Triggerpunkten sind gesellschaftliche Konflikte. Konflikte definieren Mau et al. als „Momente, in denen die Kritik an Ungleichheiten und ihre absichernde Legitimierung aufeinanderprallen“ (2023, 23). Das bedeutet, dass es sich bei Konflikten um Momente handelt, an denen Ungleichheiten in ihren Grundzügen kritisiert werden. Damit rücken gleichzeitig die Strukturen, die diese Ungleichheit erst ermöglichen, ins Zentrum und werden infrage gestellt. Diese Strukturen werden allerdings meist als Normalität wahrgenommen, was bei ihrer Infragestellung wiederum schnell zu Abwehrreaktionen führt, da sie eigene, unsichtbare und unreflektierte Haltungen oder Einstellungen sichtbar machen können. Am Beispiel des GEG wird das unter anderem daran deutlich, dass die Notwendigkeit der Wärmewende die Gefahr birgt, dass sich bestehende soziale Ungleichheiten weiter verschärfen, wenn keine finanziellen Abfederungen für sozial benachteiligte Menschen bedacht werden. Wenn nämlich bspw. Mieter*innen mit geringem Einkommen einen großen Teil der Kosten des Heizungstausches tragen müssen, die ein*e Vermieter*in veranlasst hat, kann dies die prekäre Ausgangslage weiter verschärfen und zu einer negativen Einstellung der Mieter*innen gegen das GEG und Nachhaltigkeitsmaßnahmen generell führen. Ein Kritikpunkt an dieser Stelle ist, dass Mau et al. sich bei ihrer Diagnose ausschließlich einer ungleichheitssoziologischen Perspektive bedienen. Gesellschaften an sich seien allerdings nicht nur über Verteilungs- und Ungleichheitslogiken zu erklären. Die Frage, wie genau besonders westliche Gesellschaften mit Zielkonflikten umgehen, stehe nicht im Fokus. Es sei zentral zu bedenken, dass eine in vielen Aspekten so „erfolgreiche“ Gesellschaft Ungleichheiten nicht nur produziere, sondern auch aushalte, sei ein Effekt, dass Gesellschaften nicht nur durch Verteilungs- und Ungleichheitslogiken zu strukturieren und zu erklären seien (vgl. Nassehi/Saake 2024, 5). Nassehi und Saak richten

² Der Titel der Studie lautet: Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft (Roose 2021)

diesen Kritikpunkt nicht nur an Mau et al., sondern an soziologische Forschung als Ganzes. Aus diesem Grund soll ihre Anmerkung an dieser Stelle Gehör finden. Eine angemessene Lösung dafür würde den Umfang dieser Arbeit übersteigen.

Das Überschreiten von Triggerpunkten nach Mau et al. impliziert, dass weniger Konsens angestrebt wird und Kompromisse zunehmend schwieriger werden. Diese Entwicklung lässt sich auch in der Kommunikation beobachten. Dabei wird die eigene Position zum Thema zunehmend herausgestellt und legitimiert. Die Position von anderen Interessensvertretungen oder auch von Politiker*innen, die nicht der eigenen Position entsprechen, wird versucht zu delegitimieren (vgl. Mau et al. 2023, 273). Um das letztendliche Überschreiten eines Triggerpunkts zu erkennen, muss eine *Abnahme der Kompromissbereitschaft* stattfinden und *Konsens in Dissens* umschlagen. Diese Veränderung muss merklich im Laufe des Diskurs sichtbar sein. Da Trigger und Triggerpunkte nach Mau et al. immer negativ sind (vgl. Mau et al. 2023, 273), muss sich eine Veränderung der Debattenbeiträge ins Negative abzeichnen. Nimmt weder die Kompromissbereitschaft ab, noch ist ein Dissens an irgendeinem Punkt der Debatte festzustellen, kann man nicht von Triggerpunkten sprechen.

An dieser Stelle ist eine weitere kritische Anmerkung wichtig. Die Annahme von Mau et al., dass Triggerpunkte immer negativ zu betrachten sind und zu einer Verschlechterung gesellschaftlicher Stimmung beitragen, erkennt, „dass sich die Pluralität der Lebenswelt [...] nie wirklich auflöst“ (Diefenbach 2024, 317). Aus emotionssoziologischer Perspektive kritisiert Aletta Diefenbach, dass Empörung und Erregung nicht nur als irrationale Gefahr, sondern auch „als kulturell geformtes, notwendiges Vehikel, um sich zu kollektivieren oder im Diskurs Gehör zu verschaffen [dienen können]“ (Diefenbach 2024, 317). Die Frage, die ihrer Position nach stärker im Vordergrund stehen sollte, ist, welche Trigger und Triggerpunkte sich aus welcher Perspektive als wirklichkeitsverzerrend darstellen. Empörung, Wut und Erschöpfung, so Diefenbach, seien habituell unterschiedlich inszeniert. Zwar erfolgt die Identifikation der Triggerpunkte in der folgenden Analyse durch negative Faktoren, dennoch sollten sie in der Diskussion differenziert betrachtet werden, um dieser Kritik gerecht zu werden. Zudem soll in der vorliegenden Arbeit mit der Charakterisierung der Interessenvertretungen (Kapitel 2.5) die Habitualisierung erfasst werden. Mau et al. selbst verweisen darauf, dass das Überschreiten der Triggerpunkte mit einer „Unterstruktur moralischer Überzeugungen, Alltagskosmologien und Rechtfertigungsmuster“ (Mau et al. 2023, 248) in Verbindung steht. Dabei werden Grunderwartungen und deren Verletzung durch die Trigger sichtbar gemacht.

In der Folge lässt sich für die folgende Analyse ableiten, dass die Kompromissbereitschaft im Verlauf der Debatte in der Kommunikation abnimmt, sobald ein Triggerpunkt angenähert oder überschritten wird. Des Weiteren ist eine Transformation von Konsens in Dissens erforderlich. Mit dem Überschreiten des Triggerpunktes erfolgt keine Rückkehr zum Konsens, und auch die Kompromissbereitschaft nimmt nicht wieder zu. Insofern muss es sich der Theorie nach um eine negative Entwicklung im Hinblick auf einen möglichen Konsens handeln. Diese Entwicklung muss stets mit den Grunderwartungen der jeweils betrachteten Interessenorganisation betrachtet werden. Zudem soll am Ende dieser Arbeit beleuchtet werden, inwieweit Emotionalisierung in dieser konkreten Debatte mit Wirklichkeitsverzerrungen in Verbindung steht und ob Triggerpunkte als solche auch positive Betrachtung erfahren können.

2.2 Trigger

Triggerpunkte sind „jene Orte innerhalb der Tiefenstruktur von moralischen Erwartungen und sozialen Dispositionen, auf deren Berührung Menschen besonders heftig und emotional reagieren“ (Mau et al. 2023, 245). Diese werden im Alltag beispielsweise oft durch Schlagzeilen ausgelöst, die Debatten anstoßen können. Diese Schlagzeilen, die als Trigger fungieren, können „de[r] Tropfen sein, der das Fass zum Überlaufen bringt“ (Mau et al. 2023, 273). Sie zeigen dabei konkrete Konsequenzen für den*die Einzelne*n auf und können eigene Selbstverständnisse ins Wanken bringen (vgl. Mau et al. 2023, 273).

Mau et al. machen in ihrer Untersuchung, das heißt Diskussionen mit Proband*innen verschiedenster Hintergründe, vier Trigger aus: die Ungleichbehandlung, Normalitätsverstöße, Entgrenzungsbefürchtungen und Verhaltenszumutungen (vgl. Mau et al. 2023, 276.). Die Trigger führen zu einer ablehnenden Haltung gegenüber der gegensätzlichen Position oder sogar zur Reaktanz.³ Trigger sind dabei nicht unbedingt offensichtlicher Natur, sondern „beziehen ihre politisierte Energie aus dieser latenten Gleichzeitigkeit von Inhalt und Chiffre, gesundem Menschenverstand und politischer Positionierung“ (vgl. Mau et al. 2023, 274). Die dahinterstehende Annahme ist, dass die eigene Gedankenwelt, Mau et al. sprechen vom „privaten Common Sense“, der politischen, öffentlichen Kommunikation, überlegen sei. Diese Annahmen sowie die daraus resultierenden Triggerdynamiken können von politisch motivierten Akteur*innen, wie Politiker*innen selbst, oder auch Interessensvertretungen genutzt werden (vgl. Mau et al. 2023, 275). Im inhaltlichen Kontext werden Trigger als Ausdrucksform von Empörung defi-

³ Reaktanz meint „eine Zurückweisung von Forderungen die in allererster Linie deshalb erfolgt, weil diese als Beschneidung des eigenen Freiheitspielraum wahrgenommen werden: «Ich muss gar nichts.»“ (Mau et al. 2023, 267)

niert. Sie können als Indikatoren für eine aufgeheizte Stimmung gelten, oder dafür, dass Triggerpunkte überschritten werden. Sie sind deshalb wichtiger Bestandteil der Analyse (vgl. Mau et al. 2023, 273).

Der erste von vier Triggern zeichnet sich durch den Ausdruck von *Ungleichbehandlungen* aus. In den Fokusgruppen konnte dieser Trigger beobachtet werden, wenn entweder *Gleichbehandlung von Ungleichen* erfolgte oder *Ungleiche gleich behandelt* wurden (vgl. Mau et al. 2023, 249–250). Für die Analyse bedeutet jenes, dass das GEG als Bruch von Egalitätserwartungen interpretiert wird. Der Trigger der Ungleichbehandlung lässt sich weiterhin daran festmachen, dass dessen *Übertretungsszenarien* durchgespielt werden. Im Falle des GEG wird im Übertretungsszenario der wahrgenommene Egalitätsbruch anhand einer konkret prognostizierten Situation dargestellt. Bei einer Ungleichbehandlung, beispielsweise durch Diskriminierung, und bei einer Gleichbehandlung, beispielsweise durch Trittbrettfahrer, lässt sich dies anhand der Übertretungsszenarien kommunikativ gut nachvollziehen (vgl. Mau et al. 2023, 273).

Der zweite Trigger manifestiert sich in einer Ausdrucksweise von *Normalitätsverstößen*. In der Analyse werden die Gegenstände der Debatte, im Fall dieser Arbeit das GEG, als nicht konform und unangemessen in Bezug auf die von der Organisation vertretenen Normalitätsvorstellungen betrachtet. Der Begriff der Normalität bezeichnet im alltäglichen Leben eine Hintergrund Erwartung, die beispielsweise durch Routinen immer wieder neu hergestellt wird. Einschnitte, wie sie beispielsweise durch das GEG hervorgerufen werden können, könnten die Stabilität der Normalität gefährden. Im Rahmen dieses Triggers wird die Konturierung der Normalität wie bereits bei der Darstellung der Ungleichbehandlung anhand des *Übertretungsszenarios* vorgenommen. Die Verletzlichkeit wird durch Abwehr, Einhegung oder Nervosität ausgedrückt, wobei die damit einhergehenden Emotionen teilweise heftig sind, um die eigene Normalitätsvorstellung zu verteidigen (vgl. Mau et al. 2023, 253–259).

Der dritte Trigger umfasst *Entgrenzungsbefürchtungen* sowie einen damit einhergehenden Kontrollverlust. Im Zentrum dieses Triggers steht eine implizite Trendannahme, die mit unscheinbaren Folgen und einem potenziell überwältigenden Prozess verbunden ist (vgl. Mau et al. 2023, 261). Der hier thematisierte Trigger manifestiert sich insbesondere in zwei Formen von Argumenten: dem *Argument ad absurdum* und dem *Dammbruchargument*. Das Argument ad absurdum zielt darauf ab, „dass die gegnerische Meinung in letzter Konsequenz zu Schlüssen führt, die gegen den gesunden Menschenverstand verstoßen“ (Mau et al. 2023, 261). So wurde

im Falle des GEG in einigen Medien von einem sofortigen „Heizungsverbot“ für fossile Heizungen gesprochen, was es faktisch nie war. Dennoch scheint es absurd, wenn man glaubt, dass Menschen von heute auf morgen, im schlimmsten Fall auf eigene Kosten, ihre Gasheizungen aus den Wänden reißen müssen - dazu noch ohne angemessene Planungszeit. Das Dammbruchargument verdeutlicht die Trendannahme und den befürchteten Kontrollverlust. Im Falle des GEG wäre ein Dammbruchargument, dass der geforderte Heizungstausch zu immensen Kosten führe, die sich der Kontrolle der Hausbesitzenden entziehen und schwere negative Konsequenzen haben. Der Vorstoß, im Falle dieser Analyse die Umsetzung des GEG, würde dementsprechend zu fatalen Konsequenzen führen, „obwohl er [der Vorstoß] für sich genommen zunächst klein und unbedeutend erscheinen mag“ (Mau et al. 2023, 261). Am Ende stehen dabei Absurditäten, Exzesse und nicht-intendierte Konsequenzen. Wenn sich viele Dinge schnell verändern sollen, kann dies einige Menschen überfordern und das Gefühl von Kontrollverlust hinterlassen. Deshalb kann sich speziell an Triggern der Entgrenzungsbefürchtungen eine *Transformationsmüdigkeit* ablesen (vgl. Mau et al. 2023, 264). Während bei Ungleichbehandlungen und Normalitätsverstößen die Brüche mit vertretenen Vorstellungen und Selbstverständnissen zu einer emotionalen Reaktion geführt haben, ist es im Falle der Entgrenzungsbefürchtungen die Provokation, „die sich aus Frustration implizierter Erwartungen von Kontrolle und Stabilität ergeben“ (Mau et al. 2023, 264).

Der vierte und letzte von Mau et al. analysierte Trigger manifestiert sich im Ausdruck von *Verhaltenszumutungen*. Diese sind auf die Hintergrunderwartung der „negativ bestimmt[en] Autonomie des Einzelnen“ (Mau et al. 2023, 266) zurückzuführen. Der Trigger kann sich zum einen durch die *Forderung nach Eigenverantwortung und Selbstbestimmung* äußern, zum anderen aber auch in Formen der *Reaktanz*. Reaktanz kann als Zurückweisung definiert werden, die auf der (*befürchteten*) *Einschränkung des eigenen Freiheitsspielraums* basiert (vgl. Mau et al. 2023, 267). Die *Furcht vor Sanktionen* seitens der Getriggerten manifestiert sich jedoch nicht in juristischen Konsequenzen, sondern in Formen des gesellschaftlichen Ausschlusses. Die Verhaltenszumutung wird als ungeschriebenes Verbot oder Gesetz verstanden, die Missbilligung, die aus der Sicht der Getriggerten daraus resultiert, kann als Strafe aufgefasst werden (vgl. Mau et al. 2023, 268–269). Die „strafenden Instanzen“ sind nach dieser Auffassung „reale oder fiktive ultraradikale Randgruppen oder sehr kleine Minderheiten“ (Mau et al. 2023, 270). In der Konsequenz gehen Getriggerte davon aus, dass sie zu einer Mehrheit gehören, welche die intendierte Veränderung ablehnt. Trigger zielen zudem auch immer auf unausgesprochene implizite Grunderwartungen ab (vgl. Mau et al. 2023, 272). Aus diesem Grund ist es essenziell,

die herausgestellten Trigger immer im Verhältnis zu den grundsätzlichen Haltungen der Interessensvertretungen zu betrachten.

Zusammenfassend bedeutet das für die Analyse, dass das vermehrte Auftreten von Triggern die Annäherung an einen Triggerpunkt anzeigen kann. Werden verstärkt Grundannahmen der betrachteten Interessenvertretungen verletzt, so kann das im Umkehrschluss dazu führen, dass sie einen generellen Dissens zum GEG entwickeln und diesen offenkundig kommunizieren.

2.3 Emotionalisierung und Affekte

In einem professionalisierten Kommunikationskontext ist eine emotionale, aus dem Affekt entstehende Reaktion, wie man sie aus privaten Diskussionen kennt, tendenziell unwahrscheinlich. In diesem Kontext werden Emotionen statt affektiv eher als strategisches Mittel eingesetzt. Besonders Akteur*innen, welche öffentliche und/oder „schwache“ Interessen vertreten neigen dazu, einen Mangel an politischer Teilhabe durch „dramatische, schlagzeilenträchtige Aktionen zu kompensieren“ (Willems/von Winter 2007, 36). Durch diese Aktionen und veränderte Sprache wird mehr Medienpräsenz erhofft, was wiederum öffentlich als „Effektivität des eigenen Engagements wahrgenommen werden kann (vgl. Willems/von Winter 2007, 36).

Im Rahmen der inhaltsanalytischen Untersuchung werden die von Schemer entwickelten Kriterien zur Identifikation emotionalisierender Merkmale in schriftlichen Materialien herangezogen. Die verwendete Sprache ist *lebhaft und gefühlsbetont* („massenhafte Vernichtung“) und *metaphorischer* („Kostenfalle“) sowie durch *Reizwörter* („Heizungsverbot“) und *werthaltige/normative* („absurde Situation“) Begriffe gekennzeichnet (vgl. Schemer 2013, 134).

Daraus lässt sich für die Analyse schließen: Je mehr Merkmale emotionalisierender Sprache nach Erwähnung eines der Trigger zu erkennen sind, desto eher kann man annehmen, dass die Stimmung aufgeheizt und Triggerpunkte annehmbar sind.

2.4 Konfliktfeld Klima- und Nachhaltigkeitspolitik

Die Herausforderungen des Klimawandels und der Nachhaltigkeit werden in Konzeption von Mau et al. in der „Heute-Morgen-Arena“ verhandelt. In diesem Konfliktfeld zeigt sich der grundsätzliche Konsens darin, dass Handlungsbedarf besteht. Trotzdem existiert ein wahrgenommener „Klimadissens“. Dieser erwächst zumeist aus unterschiedlichen Auffassungen darüber, wie diese Entwicklung aussehen soll und wer betroffen ist (Mau et al. 2023, 212-214).

Nachhaltigkeit kann im Allgemeinen als Leitbild definiert werden, das besagt „dass gegenwärtige Handlungen und Lebensweisen die ökonomischen, sozialen und ökologischen Möglichkeiten zukünftiger Generationen nicht einschränken dürfen“ (Ketschau 2019, 30). Der Leitbegriff der Nachhaltigkeit lässt sich dementsprechend in drei Dimensionen unterteilen. Dazu zählen die ökologische, die ökonomische sowie die soziale Dimension. Die drei Dimensionen stehen in einem Geflecht von Wechselwirkungen zueinander, was trennscharfe Abgrenzungen erschwert (vgl. Kropp 2019, 11). Die Konzeption verdeutlicht, dass Maßnahmen, die lediglich aus einer Perspektive, beispielsweise der ökologischen Nachhaltigkeit, ergriffen werden, nicht zwangsläufig in einem ganzheitlichen Sinne zu einer nachhaltigen Entwicklung führen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sie aus einer anderen Perspektive, beispielsweise der ökologischen Nachhaltigkeit, negative Auswirkungen auf soziale Gerechtigkeit oder ökonomische Entwicklungen haben können. Innerhalb des Begriffs der Nachhaltigkeit bestehen also bereits Spannungen und Zielkonflikte, weshalb oft Prioritäten zu setzen und Abwägungen zu treffen sind (vgl. Kropp 2019, 11).

Die Konturen der „Heute-Morgen-Arena“, in welcher sich Konflikte rund um Klima und Nachhaltigkeit abspielen, sind im Vergleich zu den anderen betrachteten Ungleichheitskonflikten am wenigsten ausgeforscht (Mau et al. 2023, 210). Zu dem gleichen Schluss kamen bereits Bruno Latour und Nikolaj Schultz. In ihrem Entwurf einer ökologischen Klasse sagen sie, dass es bisher nicht erreicht wurde, die „Gesamtheit aller Verbündeten und Gegner in der politischen Landschaft auszumachen [sind]“ (vgl. Latour/Schultz 2022, 10), was sie besonders anfällig für Emotionalisierungen und Trigger(punkte) macht. Die Konflikte, die diese Grenzen wie auch Gegner und Verbündete bestreiten, ziehen sich dabei über verschiedene Ebenen und Dimensionen. Es gibt unterschiedliche Auffassungen der Problemwahrnehmung, der zeitlichen Wahrnehmung von Dringlichkeit und Machbarkeit sowie der Konsequenzen (vgl. Mau et al. 2023, 241). Diese Konflikte hängen von einer breiten Palette struktureller, politischer und symbolischer Faktoren ab (vgl. Mau et al. 2023, 220). Auch wenn Klimaneutralität, Nachhaltigkeit und eine „grüne Wende“ einen breiten Konsens in der Gesellschaft hinter sich vereinen, was von Mau et al. aus verschiedenen Umfragen und Studien geschlossen wird, so „sind sie doch zugleich Chiffren für die Infragestellung von Besitzständen und gewohnten Regulierungsweisen“ (Mau et al. 2023, 229).

In Nachhaltigkeitskonflikten sind dabei Konfliktlinien entlang der drei folgenden Aspekte nach Mau et al. von besonderer Bedeutung: die Problemwahrnehmung, die zeitliche Wahrnehmung

von Dringlichkeit und Machbarkeit und die Konsequenzen (2023, 241). Alle drei sollen im Folgenden ausgeführt werden.

Problemwahrnehmung

In der Wahrnehmung des Problems besteht eine Kluft zwischen denjenigen, bei denen die Angst vor den Folgen des Klimawandels alles übertrifft, und denen, die Verlustängste und Unsicherheiten aufgrund von Klimaschutzmaßnahmen und Transformation haben (vgl. ebd., 229). Diese Ängste sind in verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedlich stark ausgeprägt. Zum Beispiel ist die Angst vor dem Verlust des Wohlstands bei Arbeiter*innen stärker ausgeprägt als bei Akademiker*innen. Die Bereitschaft zum kollektiven Wandel hängt stark von sozioökonomischen Faktoren ab (vgl. Mau et al. 2023, 229-230).

Zeitliche Wahrnehmung von Dringlichkeit und Machbarkeit

Die konträren Ängste zeigen sich ebenfalls in der „unterschiedlichen Logik der klimapolitischen Argumentation“ (Mau et al. 2023, 230). Während auf der einen Seite bemängelt wird, dass Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimafolgen zu langsam und unzureichend umgesetzt werden, warnen andere vor einer zu schnellen Umsetzung von Veränderungen und Klimaschutzmaßnahmen. Sie sind besorgt über die Auswirkungen auf die Transformation und argumentieren, dass Deutschland bereits genug tut (vgl. Mau et al. 2023, 230). Während die einen Klimaschutzmaßnahmen als „Investition“ für die Zukunft betrachten, stehen bei den anderen die Auswirkungen auf den heutigen Lebensstandard im Vordergrund (vgl. Mau et al. 2023, 231).

Konsequenzen

Eine weitere Konfliktlinie zeigt sich in den Konsequenzen von Klimaschutzmaßnahmen und der Transformation. Menschen mit geringem Einkommen sehen ihre Handlungsmöglichkeiten tendenziell eingeschränkt und nehmen die Transformation als Bedrohung ihrer Wahlfreiheit wahr. Auf der anderen Seite, vorwiegend in der akademischen Mittelklasse, werden große individuelle Handlungsspielräume wahrgenommen und Dinge als überflüssig dargestellt, auf die man leicht freiwillig verzichten kann (vgl. Mau et al. 2023, 238-239).

Generell bezeichnen Mau et al. klimapolitische Auseinandersetzungen als „unsettled conflicts“, welche „dynamischen Veränderungen unterworfen sind und deren Struktur sich erst nach und nach auskonturiert“ (Mau et al. 2023, 239). Es handelt sich ihrer Auffassung nach um ein Kon-

fliktfeld, welches sich noch im Prozess befindet und „zentral durch Zeitfragen und soziale Ungleichheiten in der Verteilung von Transformationslasten strukturiert ist“ (Mau et al. 2023, 243). Dies macht die Konfliktarena besonders anfällig für Trigger und Triggerpunkte als Einflussfaktoren in politischen Debatten und Konflikten.

Alles in allem kann die Positionierung der Interessenvertretungen auf den verschiedenen Konfliktlinien der Nachhaltigkeitsdebatte Aufschluss darüber geben, inwiefern Trigger, welche die Grunderwartungen der Organisationen berühren, gelagert sind. Ist eine Interessenvertretung beispielsweise der Auffassung, die Transformation ginge zu schnell, wird eine strenge Auslegung des GEG und der Wärmewende wahrscheinlich eher zu Triggern und Triggerpunkten führen als bei einer Organisation, welche die Transformation als zu langsam versteht.

2.5 Interessenvertretungen

Es gibt kaum ein Interesse, welches nicht direkt oder stellvertretend in organisierter Form in politischen Entscheidungsprozessen vertreten ist (vgl. Willems/von Winter 2007, 13). Interaktionen, die in diesen Prozessen vollzogen werden, zählen zum Feld der Public Affairs (vgl. Donges 2020, 2). Interessenvertretungen nehmen dabei eine wichtige Funktion im intermediären System ein. Intermediäre Systeme „verbinden mindestens zwei externe Systeme, zwischen denen Kommunikationsschranken existieren oder die sogar in einem spannungsreichen bzw. widersprüchlichen Verhältnis zueinanderstehen“ (vgl. Jarren/Donges 2017, zitiert nach Rauch 1991,5). Interessenvertretungen verbinden dabei das externe System der Politik und ihre Entscheidungsträger*innen mit dem externen System der Wirtschaft und der Gesellschaft in einem interaktiven Kommunikationsraum. Zum einen werden Interessen der Gesellschaft an politische Entscheidungsträger*innen gebündelt und vermittelt (Input-Kommunikation). Zum anderen werden politische Entscheidungen der Öffentlichkeit erklärt und aus ihrer jeweiligen Sicht eingeordnet (Output-Kommunikation). Politische Entscheidungsträger*innen müssen sich gleichzeitig „vor der Öffentlichkeit rechtfertigen, sie erklären und für sie um Zustimmung werben“ (Donges/Jarres 2017, 99-100). Durch diese Formen der Kommunikation werden die Kommunikationsschranken der jeweils externen Systeme miteinander verbunden. Daraus ergibt sich eine eigene Kommunikationsweise im intermediären System, im Vorgang der Interessenvermittlung, welche politische Entscheidungsträger*innen mit der Öffentlichkeit und damit einzelnen Bürger*innen verbindet (vgl. Donges/Jarres 2017, 100, zitiert nach Neidhardt 2007).

Verbände „organisieren nur spezifische Teilinteressen und wenden sich deshalb nur an einen bestimmten gesellschaftlichen Teilbereich“ (Donges/Jarren 2017, 101). Sie unterliegen dabei

verschiedensten Logiken, denen sie innerhalb der eigenen Struktur Stand halten müssen. Dazu zählen unter anderem die *Mitglieder- und Einflusslogik* sowie auch die *Logik der Reputation* gegenüber der Öffentlichkeit und den Medien. Die verschiedenen Logiken sind nicht miteinander vereinbar. So müssen Verbände diese ausbalancieren und können sich nicht einfach einer von ihnen anpassen und diese ausleben (vgl. Donges/Jarren 2017, 102).

Interessenvertretungen sehen sich mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert, die sich auch in ihren Positionierungen und ihrer Kommunikation widerfinden. Zum einen fällt es immer schwerer, Mitglieder an sich zu binden, was sich in den rückläufigen Zahlen von Parteien- und Verbandsmitgliedschaften deutlich zeigt. Zum anderen werden immer mehr politische Nischen von eigenen Interessenvertretungen besetzt, was die Konkurrenz in Debatten erhöht. Außerdem hat sich auch das politische System in den letzten Jahrzehnten massiv verändert. Besonders die EU mit ihrer teils übergreifenden Gesetzgebungskompetenz schafft die Notwendigkeit für Interessenvertretungen, auf einer weiteren politischen Ebene zu interagieren (vgl. Donges 2020, 11-12). Hinzu kommt, dass im Zentrum der politischen Interessenvermittlung gegenwärtig „immer auch Regeln und kulturell[e] Ideen, innerhalb derer Interessen überhaupt generiert und gebildet werden“ (Donges 2020, 15) verhandelt werden.

Bei Betrachtung organisierter Interessensvertretungen und -vermittlungen sollte auch der Begriff des Interesses näher betrachtet werden. Die Definitionen in der Literatur unterscheiden sich vor allem darin, wie vage oder eng Interessen gefasst werden. In einer vagen Begriffsdefinition können als Interessen „sämtliche auf Gesellschaft und Politik gerichtete Wünsche“ (Willems/ von Winter 2007: 19) charakterisiert werden. Engere Definitionen hingegen beschreiben Interesse als Nutzen. Das bedeutet eine

„selbstbezogene oder egoistische Handlungsorientierung (self-interest), die auf Selbsterhaltung, die Erlangung von (materiellen) Vorteilen oder die relative oder absolute Verbesserung der eigenen Position in gegebenen sozialen Strukturen zielt.“ (Willems/von Winter 2007: 19).

Interesse kann in dieser engeren Begriffsdefinition als Ressource verstanden werden (vgl. Willems/ von Winter 2007: 19). Beide Formen von Definitionen werden allerdings der Realität der Handlungsorientierungen nicht gerecht. Willems und von Winter schließen deshalb, dass weniger die Weite des Begriffs von Bedeutung ist als die Unterscheidung, ob es sich um ein *Eigeninteresse* oder ein *nicht-selbstbezogenes Interesse* handelt. Zu Akteur*innen, welche nicht-selbstbezogene Interessen vertreten, zählen beispielsweise Organisationen mit moralischen Forderungen wie welche mit dem Fokus auf Menschenrechte oder Umwelt- sowie Naturschutz

(vgl. Willems/von Winter 2007, 20). Werden nicht-selbstbezogene Interessen vertreten, kann von einer *advokatorischen Interessenvertretung* gesprochen werden. Advokatorische Interessenvertretung erfolgt vor allem dann, wenn Akteur*innen sich entweder nicht selbst artikuliert können (z.B. die Natur) oder wenn Akteur*innen wenig öffentlichkeitswirksam für sich selbst kommunizieren können (z.B. Kinder oder Hilfsbedürftige). Die Differenzierung zwischen eigenen und advokatorischen Interessen wird im öffentlichen Diskurs vermehrt erschwert, da „Eigeninteressen rhetorisch häufig als gesamtgesellschaftlich oder öffentlich ausgegeben werden“ (Donges 2020, 6).

Neben der Unterscheidung in der Intention der Interessen kann zudem zwischen *materiellen* und *nicht-materiellen Interessen* differenziert werden. Diese Form der Interessen hat unterschiedliche Formen der Kommunikation zur Folge. Materielle Interessen (z.B. Lohnforderungen) gelten als leichter zu verhandeln. Die Art der Verhandlung wird als „Bargaining“ bezeichnet. Dabei handelt es sich um ein marktförmiges Tauschgeschäft. Nicht-materielle Interessen hingegen sind meist grundlegender (z.B. saubere Luft). Kompromisse gelten bei dieser Form von Interessen als anspruchsvoll, da Ausgleichsleistungen für die „Gegenseite“ meist nicht möglich sind (vgl. Donges 2020, 4). Nicht-materielle Interessen werden zudem meist als „öffentliches Interesse“ kommuniziert. Dieser Begriff ist kein wissenschaftlicher, sondern ein rhetorischer. Weder „die Öffentlichkeit“ noch „Deutschland“ [wären] in der Lage [...], eigene Interessen zu entwickeln und auszudrücken“ (Donges 2020, 7).

Da der Aspekt der Interessenvertretung bzw. Interessenvermittlung in der folgenden Analyse von besonderer Bedeutung sein wird, ist die *Funktion* der Interessenartikulation, welche zur Kernaufgabe der Public Affairs zählt, ein wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit. Unter Public Affairs lässt sich die Einflussnahme auf das politische Geschehen sowie Entscheidungsprozesse verstehen (vgl. Röttger et al. 2020, 2). Es geht um die „*Sicherung von Handlungsspielräumen* im gesellschaftspolitischen Umfeld“ sowie „einen Beitrag zum *Überleben und zum nachhaltigen Erfolg der Organisation*“ (Röttger et al. 2020, 8). Hierzu zählen die Thematisierung, die Sichtbarmachung und Weiterleitung der Interessen im öffentlichen politischen Diskurs (vgl. Donges 2020, 9), beispielsweise durch Public Campaigning als öffentliche Form von Kommunikationsmaßnahmen (Röttger et al. 2020, 9). Die politische Öffentlichkeit kann dabei als „Produkt aktiver Meinungspflege“ (Sarcinelli 2011, 58) verstanden werden und erfolgt durch gesellschaftliche Akteur*innen wie Parteien und Verbände.

Innerhalb des intermediären Systems werden Interessen zwischen Staat und Gesellschaft vermittelt sowie auch zwischen den Akteur*innen des Systems selbst. Diese Vermittlung erfolgt in Formen der politischen Kommunikation. Dabei gibt es zwei *Vermittlungsebenen*: die *vertikale und die horizontale*. Auf der horizontalen Vermittlungsebene findet „Kommunikation, Konflikt sowie Kooperation zwischen den intermediären Organisationen statt“ (Donges/Jarren 2017, 102). Die vertikale Vermittlungsebene wiederum findet zwischen intermediären Organisationen und dem politischen System statt (vgl. Donges/Jarren 2017, 102).

Da die nachfolgende Analyse keinen tiefen Einblick in die Organisationen selbst ermöglicht, soll es vor allem um die Sichtbarmachung der eigenen Position nach außen gehen. Erst wenn ein Interesse sichtbar wird, „kann in der Gesellschaft überhaupt gesprochen werden und ein politisches Thema entstehen“ (Donges 2020, 9, zitiert nach Donges 2009). Die Sichtbarmachung führt außerdem dazu, dass die Organisation in der Öffentlichkeit mit dem vertretenen Interesse verknüpft wird, es entsteht eine Zurechenbarkeit, was wiederum zu Interaktionsorientierungen in der Debatte führt (vgl. Donges 2020, 9). Dazu werden Debatten geprägt, indem bestimmte Blickwinkel auf spezifische Themen etabliert oder eigens genutzte Narrative sowie Terminologien manifestiert werden (Röttger et al. 2020, 13, zitiert nach Kretschmer et al. 2020). Die Einflussnahme kann als indirekt bezeichnet werden, da nicht der direkte Weg in die politischen Institutionen gewählt wird, sondern der über die Öffentlichkeit durch beispielsweise Medienarbeit. Auch die Online-Kommunikation sowie die Social-Media-Arbeit spielen eine immer wichtigere Rolle. Publizistische Medien nehmen allerdings durch ihre „Informations- und Thematisierungsfunktion“ strategisch eine wichtige Rolle ein (Röttger et al. 2020, 13-14 zitiert nach Birkner 2020).

Institutionen des politischen Vorfeldes aus der Gesellschaft, unter anderem Interessenvertretungen, konkurrieren um Aufmerksamkeit. Daraus erwächst eine zunehmende Professionalisierung der politischen Öffentlichkeitsarbeit. Es gilt, die Meinung der Interessenvertretung so zu platzieren, dass sie zur vorherrschenden wird oder zumindest mit dieser in Einklang gebracht werden kann, sodass die Interessen und damit verbundenen Forderungen auch umgesetzt werden können (vgl. Sarcinelli 2011, 65-67). Wichtig an dieser Stelle anzumerken ist, dass politische Entscheidungsträger*innen nicht lediglich danach entscheiden sollten, was die aktuell vorherrschende öffentliche Meinung ihnen vorgibt. Politik muss auch in der Lage sein, Entscheidungen zu treffen, die (noch) nicht mehrheitsfähig sind. Dennoch bedarf das demokratische Handeln der „ständigen Rückkopplung mit den Meinungen der Bürger“ (Sarcinelli 2011, 67).

Neben den theoretischen Erkenntnissen zur Konkurrenz um Aufmerksamkeit wird aus der Bewegungsforschung zudem ersichtlich, dass Akteur*innen, die öffentliche oder auch „schwache“ (bspw. advokatorisch vertretenen) Interessen vertreten, den Mangel an „Ressourcen und intentioneller Einbindung in politische Entscheidungsprozesse durch Mobilisierung der Öffentlichkeit und dramatische, schlagzeilenträchtige Aktionen zu kompensieren.“ (Willems/ von Winter 2007, 36). Daraus kann eine Form der Hyperpolitik entstehen. *Hyperpolitische Debatten* sind davon geprägt, dass sie polarisieren, inhaltlich aber diffus bleiben. Dabei dringt Politik „wieder ins Private, in die Kultur, ja sogar in die Ökonomie ein“ (Jäger 2023, 17). Die Funktionsweise der Hyperpolitik beschreibt Jäger als „individualistischer, kurzfristiger, volatiler und weniger kohärent“ (Jäger 2023, 18). Dadurch hat diese Form der Politik aber auch weniger Aufwand, niedrige Kosten sowie kurze Zeitspannen zur Folge (vgl. Jäger 2023, 18). Statt orientierungsgebender Heuristiken werden immer mehr „flüchtige, episodische und themengebundene“ (Jäger 2023, 47) Denkweisen gefördert. Hyperpolitik beinhaltet die Politisierung von allem und jedem*r, ohne dabei Massen zu binden oder Anreize zur Institutionalisierung des*der Einzelnen zu geben (vgl. Jäger 2023, 99).

Die in diesem Kapitel erörterten theoretischen Grundlagen dienen als Basis des Kategoriensystems in Form eines Analyserahmens, welcher die regel- und theoriegeleitete Durchführung der qualitativen Inhaltsanalyse gewährleisten soll. Im Folgenden wird die Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring erläutert und die Entwicklung des Kategoriensystems näher beleuchtet.

3. Methodik: Qualitative Inhaltsanalyse

Um der Fragestellung methodisch gerecht werden zu können, sollen die Debattenbeiträge in Form von Presseerklärungen mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring analysiert werden. Das Ziel der Analyse ist es, eine inhaltliche und typisierende Struktur der Debatte und möglichen Triggern sowie Triggerpunkten zu extrahieren und zu untersuchen, ob und wie diese auch in der professionalisierten Kommunikation zu finden sind. In diesem Kapitel erfolgt zunächst eine Darlegung des theoretischen Ablaufs der qualitativen Inhaltsanalyse. Im Anschluss erfolgt die konkrete Anwendung auf die theoretisch entwickelte Fragestellung. In der Schlussbetrachtung soll eine Reflexion darüber erfolgen, welche Vorteile die ausgewählte Methode mit sich bringt und welche Kritikpunkte sich aus ihrer Anwendung ergeben. Dadurch wird ein kritischer Umgang mit der Methode gewährleistet.

3.1 Ziel und Ablauf

Gegenstand der qualitativen Inhaltsanalyse ist Material, welches „aus irgendeiner Art von Kommunikation stammt“ (Mayring 2015, 11). Wichtig dabei anzumerken ist, dass die Methode die Möglichkeit bietet, sich über den Inhalt hinaus mit der über die dokumentierte Kommunikation hinaus zu beschäftigen. Maßgeblich dafür ist, dass die Kommunikation protokolliert vorliegt (vgl. Mayring 2015, 11).

Das Vorgehen der Analyse erfolgt systematisch nach expliziten Regeln, sodass „auch andere die Analyse verstehen, nachvollziehen und überprüfen können“ (Mayring 2015, 13). Die Systematik sowie die Regeln gehen aus der wissenschaftlichen Theorie des untersuchten Themas hervor. Die Analyse folgt einer theoretisch ausgewiesenen Fragestellung, die Ergebnisse „werden vom jeweiligen Theoriehintergrund interpretiert, und auch die einzelnen Analyseschritte sind von theoretischen Überlegungen geleitet“ (Mayring 2015, 13). In der folgenden Analyse wird dies gewährleistet, indem aus der Theorie ein deduktiv erstellter Analyserahmen als Leitinstrument fungiert. Aus der in Kapitel zwei erarbeiteten theoretischen Grundlage wurden dazu Kategorien entwickelt, die erste Anhaltspunkte im Material liefern sollen. Der Analyserahmen wird in Kapitel fünf ausführlich vorgestellt.

Ziel dieses Vorgehens ist es, an die Erfahrungen anderer mit dem zu untersuchenden Gegenstand anzuknüpfen. Das Material ist als Teil eines Kommunikationsprozesses zu verstehen. Die Inhaltsanalyse dient als schlussfolgernde Analyse. Ziel dabei ist es, „durch Aussagen über das zu analysierende Material Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte der Kommunikation zu ziehen“ (Mayring 2015, 13). Dabei ist es möglich, Aussagen sowohl über den Sendenden und dessen Intention als auch über die Wirkung auf der Seite der Empfangenen abzuleiten (vgl. Mayring 2015, 12-13). Wichtig dabei ist, dass „[d]as Material immer in seinem Kommunikationszusammenhang verstanden [wird]“ (Mayring 2015, 50). Die Interpretation erfolgt innerhalb des Kontextes der Kommunikation und wird auch „auf seine Entstehung und Wirkung hin untersucht“ (Mayring 2015, 50). Die nachfolgende Analyse umfasst eine Vielzahl von Interessenvertretungen, die in einem gemeinsamen Zeitraum betrachtet werden. Dies ermöglicht eine kontinuierliche Einbeziehung des Kontextes der Debatte.

Dafür müssen vor Beginn der Analyse einzelne Interpretationsschritte festgelegt werden. Dazu gehören die Entscheidungen über die Kodiereinheit, den Kontextteil sowie die Auswertungs-einheit. Als Kodiereinheit ist der kleinstmögliche Textteil, welcher in eine Kategorie fallen kann, festzulegen. Der Kontextteil legt den größtmöglichen Materialbestandteil fest, der in eine

Kategorie fallen kann. Die Auswertungseinheit bestimmt, welche Textteile nacheinander ausgewertet werden (vgl. Mayring 2015, 61).

Am Ende der Analyse steht ein Kategoriensystem, das den Gegenstand möglichst konkret darstellt und vor dem theoretischen Hintergrund interpretierbar und auch vergleichbar macht (vgl. Mayring 2015, 51-52). Die Kategorien werden im Laufe der Analyse zwischen Theorie und Material entwickelt und dabei „durch Konstruktions- und Zuordnungsregeln definiert und während der Analyse überarbeitet und rücküberprüft“ (Mayring 2015, 61). Abschließend werden die Kategorien im Sinne der übergreifenden Fragestellung interpretiert sowie die Analyse als Ganze anhand inhaltsanalytischer Gütekriterien eingeschätzt (vgl. Mayring 2015, 61). Der zu Beginn deduktiv entwickelte Analyserahmen wird dementsprechend am Material stets induktiv weiterentwickelt.

Mayring unterscheidet zwischen drei verschiedenen Formen der qualitativen Inhaltsanalyse: der Zusammenfassung, der Explikation sowie der Strukturierung. Die Zusammenfassung soll das Material durch Abstraktion übersichtlich machen. Die Kategorienbildung erfolgt induktiv. Die Explikation zielt darauf ab, einzelne Textteile mit zusätzlichem Material zu ergänzen und näher verständlich zu machen. Die Strukturierung dient dazu, das Material aufgrund von herausgestellten Aspekten zu filtern, einen Querschnitt aufzuzeigen oder anhand von festgelegten Kriterien einzuschätzen. Das Kategoriensystem wird bei der Strukturierung deduktiv gebildet. Am Ende können dabei verschiedene Formen der Strukturierung entstehen. Es kann eine innere Struktur herausgefiltert werden (formale Strukturierung), es können bestimmte Inhaltsbereiche selektiert und zusammengefasst werden (inhaltliche Strukturierung), es kann nach Ausprägungen typisiert werden (typisierende Strukturierung) sowie nach Dimensionen in Skalenform sortiert werden (skalierende Strukturierung) (vgl. Mayring 2015, 67-68).

3.2 Anwendung

Die nachfolgende Analyse ist eine strukturierende Inhaltsanalyse, die sowohl inhaltlich als auch typisierend aufgebaut wird, um Trigger und Triggerpunkte in der Debatte um das GEG zu identifizieren und zu analysieren.

Für die Analyse dieser Arbeit bedeutet dies, dass sich der deduktiv vorgefertigte Analyserahmen aus theoretischen Überlegungen des Konzepts der kommunikativen Trigger und Triggerpunkte, dem Feld der Nachhaltigkeit sowie Interessenvermittlung zusammenfügt. In Abstimmung mit dem Material und den Presseerklärungen ausgewählter Interessenvertretungen zum

GEG werden diese Kategorien fortlaufend weiterentwickelt. Das Material bietet verschiedene Ankerbeispiele für die bestimmten Kategorien, welche exemplarisch in der Ausführung der Auswertung dargestellt werden.

Die Kodiereinheit, die kleinstmögliche Einheit, ist ein vollständiger Satz. Die Kontexteinheit, die größtmögliche Einheit, umfasst einen ganzen Absatz. So sollen einzelne Passagen hervorgehoben werden, aber auch Kontexte erfasst werden können. Die Analyseeinheit, welche festlegt, wie die Analyse durchgeführt werden soll, gibt vor, dass jede Interessenvertretung nacheinander und ihre Pressemeldungen chronologisch im Zeitverlauf betrachtet werden. Da Triggerpunkte vor allem im Zeitverlauf erfasst werden können, soll durch diese Vorgehensweise ermöglicht werden, die veränderte Stimmung leichter erfassen zu können.

3.3 Vorteile und Kritik

Innerhalb der qualitativen Sozialforschung wird die Methode insbesondere für ihre mangelnde Offenheit und Orientierung an der quantitativen Inhaltsanalyse kritisiert. Uwe Flick weist dabei auf den fehlenden Tiefgang hin. Der Text werde mit Mayring so stark reduziert, dass nicht mehr zur ursprünglichen Formulierung zurückgekehrt werden könne und latente Einstellungen untergingen (vgl. Flick 2019, 416-417). Alles, was zwischen den Zeilen steht und nicht in den manifesten Aussagen hervortritt, muss dann beispielsweise durch markante Zitate und die Interpretation dieser zum Ausdruck gebracht werden.

Neben den dargelegten Kritikpunkten, die bei der Methodenwahl zu berücksichtigen sind, weist die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring auch einige Vorteile auf, die schlussendlich zu ihrer Auswahl geführt haben. Mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring lassen sich große Textmengen stark reduzieren und somit leichter interpretieren. Außerdem besteht die Möglichkeit, unter den manifesten Inhalten Häufigkeiten zu analysieren. Da über einen Zeitverlauf mehrerer Monate verschiedene Interessenvertretungen betrachtet werden, wobei schnell die Gefahr der Unübersichtlichkeit entstehen kann, fiel die Wahl auf diese Art der qualitativen Inhaltsanalyse.

Allerdings soll die Kritik in der Arbeit berücksichtigt werden. Zwar wird mit einem vorgefertigten Analyserahmen gearbeitet, jedoch wird dieser im Laufe der Analyse weiterentwickelt. Da zum Zeitpunkt der Analyse keine weitere Arbeit bekannt ist, die versucht, das Konzept auf politisch organisierter Ebene anzuwenden, scheint dies auch dringend nötig. Diese werden um-

fangreich protokolliert und ausgewertet, sodass auch eine Rücküberprüfung in anderen Forschungen möglich wird. Außerdem ermöglicht die Betrachtung verschiedener Akteur*innen der Debatte, welche aus verschiedenen Richtungen argumentieren, dass Kontexte besser beleuchtet werden können und trotzdem ein Tiefgang ermöglicht werden kann. Nur so können auch umfangreiche neue Erkenntnisse gewonnen werden.

Aus den in Kapitel drei vorgestellten Forschungsentscheidungen wurde zunächst der deduktive Analyserahmen in Form einer Tabelle entwickelt (Anhang 9.1). Der vervollständigte Analyserahmen wird in Kapitel fünf genauer erläutert. Die Kategorien sind hier aufgeteilt in die Formalien der analysierten Interessenvertretungen (siehe Kapitel 2.5), die inhaltlichen Kategorien zu den Argumentationsformen, Konfliktlinien der Klimadebatte (siehe Kapitel 2.4) sowie Triggern (siehe Kapitel 2.2) und die sprachlichen Kategorien zur Emotionalisierung (siehe Kapitel 2.3) und Triggerpunkten (siehe Kapitel 2.1).

4. Materialauswahl

In diesem Kapitel wird das Vorgehen der Materialauswahl für Interessenvertretungen in der Debatte um das Gebäudeenergiegesetz genauer erläutert, um die Auswahl klar und transparent zu machen sowie bereits Grenzen der folgenden Analyse aufzuzeigen.

4.1 Ausgewählte Debatte und ihr Verlauf

Am 28. Februar 2023 veröffentlichte die Bild-Zeitung einen ersten Entwurf unter dem Titel ‚Habecks Heizhammer‘, was die Debatte um die Wärmewende maßgeblich entfachte und die Medienaufmerksamkeit auf die Thematik des GEG lenkte. Kritik kam vor allem aus der Opposition, Interessenvertretungen aus der Industrie, Eigentümer*innen sowie Mieter*innen, aber auch aus der Ampelkoalition selbst von der FDP. Die Diskussion zog sich über mehrere Monate und verschiedene Entwürfe des Gesetzes hinweg. Besonders den Grünen und der SPD war es sehr wichtig, das Gesetz noch vor der Sommerpause 2023 zu verabschieden, was beide Parteien immer wieder betonten. Als die Koalition beschloss, das Gesetz auf die Tagesordnung des Bundestages zu setzen, um den selbst gesteckten Zeitrahmen einzuhalten, klagte die Union vor dem Bundesverfassungsgericht auf eine längere Beratungszeit. Der Klage wurde stattgegeben. Die Klage richtete sich gegen die Geschwindigkeit, in der das Gesetz verabschiedet werden sollte, nicht gegen den Inhalt. Trotzdem markiert sie auch einen weiteren Höhepunkt der inhaltlichen Diskussion, bis das Gesetz schließlich am 08.09.2023 vom Bundestag verabschiedet wurde. Daraus ergibt sich ein Betrachtungszeitraum der Debatte vom 28.02.2023 bis zum 08.09.2023 (vgl. Jost et al 2024, 8-9).

4.2 Relevante Interessenvertretungen und Beiträge

Um die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz in Deutschland von Frühjahr bis Herbst 2023 nachvollziehen zu können, wurde anhand der Medienberichterstattung eine Übersicht der Interessenvertretungen erstellt, die Wortbeiträge geleistet haben. Dazu wurde das Archiv der Zeitung ‚Die Zeit‘ mit dem Stichwort ‚Gebäudeenergiegesetz‘ durchsucht. Die Zeitung wurde gewählt, da hier ein Zugang zu den zahlungspflichtigen Artikeln besteht und somit ein umfangreiches Bild konstruiert werden kann (Anhang 9.2).⁴

Aus diesem ersten Aufschlag der Interessenvertretungen lässt sich nun die Materialrecherche ableiten. Das Vorgehen lief stufenweise ab. Zuerst wurden Interessenvertretungen, die sich nur auf ein bestimmtes geografisches Gebiet beschränken, wie die Stadtwerke Henningsdorf oder der NRW-Städtetag, ausgeschlossen, da die Debatte sich auf bundesweit relevante Akteur*innen konzentrieren sollte. In einem weiteren Verfahrensschritt wurde dann recherchiert, wie sich die verbleibenden Organisationen an der Debatte beteiligt haben. Dafür wurden auf den Internetseiten der jeweiligen Interessenvertretung Beiträge zu dem Begriff „Gebäudeenergiegesetz“ gesucht und aufgelistet. Aus dieser Recherche wurde schnell klar, dass das verbindende Element der Kommunikation der verschiedenen Interessenvertretungen innerhalb der Debatte Pressemeldungen waren. Diese waren bei nahezu allen Organisationen in hoher Anzahl im Debattenverlauf zu finden. Die Zahl der Pressemeldungen im Zeitraum der Debatte unterscheidet sich zwischen den Interessenorganisationen teils stark.

Ein weiterer Filter für die Auswahl lag dann darin, die Organisationen auszuwählen, welche über den gesamten Zeitraum der Debatte Presseerklärungen abgegeben haben. Dieses Kriterium lässt sich damit begründen, dass eine detaillierte Vertretung der Position in der Debatte auch die Erkenntnis über Triggerpunkte besser ermöglicht. Bei Anwendung dieses Kriteriums verbleiben elf Interessenvertretungen, die im Folgenden den Analysedimensionen von Nachhaltigkeit zugeordnet wurden (Tabelle 2). Die Zuordnung erfolgte eigenständig aufgrund des vordergründig repräsentierten Themas der Interessenvertretungen. Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die Zuordnung nicht besagen soll, dass die hier dargestellten Organisationen ausschließlich

⁴ Anzumerken an dieser Stelle ist, dass es sich bei der Zeit um ein Medium handelt, das auf der politischen Ebene mitte-links verortet werden kann. Die Medienlandschaft in Deutschland ist generell differenziert. Andere Zeitungen haben die Debatte um das GEG möglicherweise anders gezeichnet. Da die Chronik allerdings besonders der Extrahierung der beteiligten Interessenvertretungen und Akteur*innen galt, wurde kein anderes Medium in den Prozess eingebunden.

die zugeordnete Dimension von Nachhaltigkeit repräsentieren, diese dennoch vordergründig vertreten werden.

Tabelle 1: Einordnungen der relevanten Interessensvertretungen in die thematisch passenden Dimensionen der Nachhaltigkeit

Interessenvertretung	Vorangestellte Dimension Nachhaltigkeit
Haus & Grund	Ökonomie
Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)	Ökologie
Bundesverband Wärmepumpe	Ökonomie
Verbraucherzentrale Bundesverband	Sozial/Ökonomie
Verband kommunaler Unternehmen	Ökonomie
Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen	Ökonomie
Energieverband der Energie und Wasserwirtschaft	Ökonomie
Deutscher Städtetag	Ökonomie
Deutscher Mieterbund	Sozial
Deutsche Umwelthilfe	Ökologie
Immobilienverband Deutschland	Ökonomie

Quelle: Eigene Darstellung

Im letzten Schritt wurden nun jeweils zwei Interessenorganisationen jeder Dimension der Nachhaltigkeit gewählt. Bei der ökologischen Dimension fiel die Wahl leicht, da nur zwei der gefilterten Interessenorganisationen „eindeutig“ zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich um den Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) sowie die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Als soziale Interessenvertretung wurde der Deutsche Mieterbund (DMB) identifiziert. Sowohl sozial als auch ökonomisch wurde der Verbraucherzentrale Bundesverband eingeordnet (vzbv), weshalb der Verband in der Analyse als Repräsentant*in sozialer Nachhaltigkeit betrachtet werden kann. Die ökonomische Perspektive ist in der letzten Auswahlphase deutlich überrepräsentiert. Dennoch zeigen sich auch hier zwei grundsätzliche Perspektiven, die repräsentiert werden. Zum einen die Seite der Immobilienbesitzenden, repräsentiert durch den Grundeigentümerverband Haus & Grund, den Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen und den Immobilienverband Deutschland. Zum anderen die Seite der Energiewirtschaft bzw. derjenigen, für die das Gebäudeenergiegesetz aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung des Ener-

giesektors relevant ist. Hierzu zählen der Bundesverband Wärmepumpe, der Verband kommunaler Unternehmen sowie der Energieverband der Energie- und Wasserwirtschaft. Exemplarisch dafür werden der Immobilienverband Deutschland (IVD) sowie der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) ausgewählt, um die ökonomische Dimension dieser Analyse zu vertreten.

5. Auswertung

Nachdem die Analyse nach den vorgegebenen Regeln aus Kapitel 3 durchgeführt wurde, soll nun der leitenden Forschungsfrage mit Hilfe der Kategorisierung aus dem Analyserahmen nachgegangen werden. Die vollständige Ausführung des Analyserahmens mit deduktiven wie induktiven Kategorien ist in Tabelle 3 dargestellt. Die Kategorien ohne jegliche Hervorhebungen sind die Kategorien, welche deduktiv erarbeitet und induktiv bestätigt werden konnten. Die *kursiv* hervorgehobenen Kategorien sind deduktiv erarbeitet, konnten jedoch in der Analyse empirisch aber nicht erörtert werden. Die **fett** hervorgehobenen Kategorien sind induktiv ergänzte Kategorien.

Tabelle 2: Vollständiger Analyserahmen aus deduktiv und induktiv abgeleiteten Kategorien

Oberkategorie	1. Unterkategorie	2. Unterkategorie
Formalien	Organisiertes Teilinteresse	
	Gebäudeenergiegesetz	Pro
		Kontra
	Status quo	Erhalten
		Verändern
	Größe der Organisation	Massenthema
		Nischenrepräsentation
	Art der Interessenvertretung	Eigeninteresse
		Advokatorisch
	Forderung	Materiell
		Nicht-materiell
	Unterliegende Logik	Mitgliedsinteresse
		Reputation
	Intention	Handlungsspielräume
		Fortbestehen der Organisation
Inhalt	Vermittlungsebene	Vertikal
		Horizontal
	Argumentationselemente	Zahlen und Fakten
		<i>Emotionen</i>
		<i>Moral</i>
		Expertise extern
		Expertise intern
		<i>Hyperpolitisch</i>
		Erfahrung
	Problemwahrnehmung	Bedrohung durch Klimafolgen

	Geschwindigkeit der Transformation	Bedrohung durch Klimatransformation
		Zu langsam, nicht ausreichend
	Eigene Handlungsspielräume	Zu schnell, Maßnahmen zu stark
		Begrenzt, kaum bis kein individueller Handlungsspielraum
	Ungleichbehandlung	Große individuelle Handlungsspielräume
		Ungleichbehandlung von Gleichen
		Gleichbehandlung von Ungleichen
		Ungleiche Lastenverteilung
	<i>Normalitätsverstöße</i>	Übertretungsszenario
		<i>GEG ist den eigenen Normalitätsvorstellungen nach zur Folge unangemessen</i>
		<i>Darstellung von Normalität anhand ihrer Bedrohung durch das GEG</i>
		<i>Übertretungsszenario</i>
	Entgrenzungsbefürchtungen	<i>Verteidigung von eigenen Normalitätserwartungen</i>
		Argument ad absurdum: Unkontrollierbare Eigendynamik durch Umsetzung des GEG
		Dammbruchargument: Unkontrollierbare Steigerungsdynamik durch GEG
	<i>Verhaltenszumutungen</i>	Transformationsmüdigkeit
		<i>Forderung nach Selbstbestimmung und Eigenverantwortung</i>
		<i>Reaktanz</i>
		<i>Befürchtete Einschränkungen des eigenen Freiheitsspielraums</i>
	(Ent-)Täuschung	<i>Befürchtete (gesellschaftlichen) Sanktionen</i>
		Realitätsverstoß
		Täuschung
	Unklarheit	Rechtsverstoß
		Mangelnde Planungssicherheit
		Großer Interpretationsspielraum
Sprache/ Kommunikation	Emotionalisierende Sprache	Metaphern
		<i>Reizwörter (Beispiel in diesem Konflikt: Heizungshammer etc.)</i>
		Normativ, wertend
		<i>Gefühlsbetont</i>
		Bedrohung
	Direkte Ansprache von politischen Entscheidungsträger*innen	Bundesregierung/ Ampelkoalition
		Partei
		Konkrete Akteur*innen
	Kompromissbereitschaft	Nimmt zu
		Keine Veränderung
		Nimmt ab
	Abgrenzung zu anderen Positionen	Konsens
		Keine Veränderung
		Dissens

Zunächst werden die Ergebnisse der Oberkategorie Formalien zu jeder der analysierten Interessenvertretungen zusammengefasst dargestellt. Dies ist essenziell, da Trigger und Triggerpunkte immer im Zusammenhang mit dem eigenen Grundverständnis der Organisation stehen und bei den darauffolgenden Oberkategorien mit einbezogen werden müssen. Im darauffolgenden Schritt sollen der Inhalt und die zu beobachtenden Trigger näher betrachtet werden, um anschließend Rückschlüsse auf die Kommunikation und das mögliche Überschreiten von Triggerpunkten zu analysieren. Die Trigger erhalten hierbei ihr eigenes Unterkapitel. Ihre ausführliche Ausarbeitung ist für die Beantwortung der Forschungsfrage essenziell, weshalb dadurch ihre übersichtliche Darstellung gewährleistet werden soll. Sie zählen trotzdem zur Oberkategorie des Inhalts. Die Erörterung der einzelnen Oberkategorien erfolgt zunächst deskriptiv und eng an die Debatte angelehnt. Der verstärkte analytische Blick auf die Ergebnisse erfolgt im Teil der Erörterung der konkreten Triggerpunkte. Die mit der qualitativen Inhaltsanalyse entstandenen Tabellen sind zur intersubjektiven Nachvollziehbarkeit dem Anhang dieser Arbeit beigelegt (siehe Anhang 9.3-9.8).

5.1 Formalien

Im Folgenden werden die Formalien zum besseren Verständnis der Positionierung der einzelnen ausgewählten Interessenvertretungen ausgeführt. Diese werden anhand der Pressemeldungen herausgestellt und zeigen bereits erste Aufschlüsse über die Kommunikationswege in der Debatte um das GEG und damit erste Rückschlüsse auf Triggerdynamiken.

5.1.1 Bundesverband Wärmepumpe (BWP)

Der Bundesverband Wärmepumpe vertritt die Interessen der Beteiligten im Wertschöpfungsprozess von Wärmepumpen (BWP, o.D.). Zwar ist die Wärmepumpe eine der zentralen als nachhaltig geltenden Technologien in der Debatte um das GEG, dennoch ist sie nur eine Heizmöglichkeit von vielen, weshalb man in diesem Fall von einem Nischenthema sprechen kann. Es handelt sich bei der Organisation um ein vertretenes Eigeninteresse. Da Wärmepumpen als eine der nachhaltigsten Heizmethoden gelten, welche von einer möglichst strengen Umsetzung des GEG profitieren würden, positioniert sich der Verband klar für dessen Umsetzung und damit auch für eine Veränderung des Status quo. In der ersten Presseerklärung begrüßt der Verband die Debatte zur Wärmewende sowie den „Klimazielen beim Heizen“. Der Diskurs sei längst überfällig „und sollte konkret am Gesetz geführt werden“ (BWP 2023a).

Die Forderungen des Verbandes sind materieller Natur (z.B. „Wir brauchen spürbare Anreize über sichere und vor allem günstige Strompreise“ (BWP, 2023a)). Da die Argumentation weniger scharf und sehr kompromissuchend ist, erfolgt die Einordnung, dass die Reputationslogik der des Mitgliedsinteresses überwiegt. Daraus ergibt sich ebenfalls, dass die Intention des eigenen Fortbestehens stärker im Fokus steht. Das lässt sich zum einen daraus schließen, dass die Forderungen im Verlauf der Debatte nicht schärfer werden, sondern trotz Abschwächung der Regelungen tendenziell positiv geäußert wurde. Hinzu kommt, dass der Verband auch gemeinsame Pressemeldungen bspw. mit dem Verband für Holzpellets abgibt, obwohl die Branche davon profitieren würde, wenn dessen Verwendung eingeschränkt würde, da so mehr Wärmepumpen eingebaut werden müssten. Die Vermittlungsebene ist vertikal und erfolgt größtenteils in Richtung der politischen Entscheidungsträger*innen. Die Kritik richtet sich dabei überwiegend an die Verhaltensweise der Politiker*innen.

Tabelle 3: Übersicht der Formalien für den Bundesverband Wärmepumpe

Organisiertes Teilinteresse	Wärmepumpenhersteller
Gebäudeenergiegesetz	Pro
Status quo	Verändern
Größe der Organisation	Nischenrepräsentation
Art der Interessenvertretung	Eigeninteresse
Forderung	Materiell
Unterliegende Logik	Reputation
Intention	Fortbestehen der Organisation
Vermittlungsebene	Vertikal

Quelle: Eigene Darstellung

5.1.2 Immobilienverband Deutschland (IVD)

Der Immobilienverband Deutschland (IVD) ist eine Berufsorganisation und Interessensvertretung der immobilienwirtschaftlichen Beratungs- und Dienstleistungsberufe. Dazu zählen hauptsächlich Immobilienmakler*innen (IVD, o.D.). Es handelt sich dabei um ein Nischeninteresse und vertretene Eigeninteressen. Sie argumentieren in der Debatte um das GEG aus der Perspektive der Immobilieneigentümer*innen.

Der IVD ist erst am 30.03.2023 in die Debatte um das GEG mit einer ersten Pressemeldung eingestiegen. Zu diesem Zeitpunkt ist der Verband aber grundsätzlich positiv dem GEG gegenüber eingestellt. In der ersten Pressemeldung werden viele der Ergebnisse des zuvor stattgefundenen Koalitionsausschusses „begrüßt“. Die Bundesregierung habe erkannt, „dass sie beim Klimaschutz den betroffenen Eigentümern entgegenkommen muss. Auch im Interesse von Millionen Mietern.“ (IVD 2023a). Der Status quo soll aber weitestgehend unverändert bleiben oder

die Unterstützung von Eigentümer*innen möglichst umfangreich ausfallen, um diese finanziell nicht zu überfordern (vgl. IVD 2023a). Das Kernanliegen des GEG, die Wärmewende voranzutreiben, indem nur noch Heizungen verbaut werden, welche zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden können, sei für viele Hausbesitzer*innen „weiterhin teuer, für viele zu teuer“ (IVD 2023b).

Tabelle 4: Übersicht der Formalien für den Immobilienverband Deutschland

Organisiertes Teilinteresse	Immobilienwirtschaftlichen Beratungs- und Dienstleistungsberufe
Gebäudeenergiegesetz	Pro
Status quo	Erhalten
Größe der Organisation	Nischenrepräsentation
Art der Interessenvertretung	Eigeninteresse
Forderung	Materiell
Unterliegende Logik	Reputation
Intention	Fortbestehen der Organisation
Vermittlungsebene	Vertikal

Quelle: Eigene Darstellung

5.1.3 Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv)

Der Verbraucherzentrale Bundesverband bündelt als Dachverband die Expertise von 16 Verbraucherzentralen und mehr als 30 verbraucherpolitischen Verbänden zum Schutz von Verbraucher*innen in Deutschland. Im Mittelpunkt stehen Rechte von Verbraucher*innen, faire Märkte sowie unbedenkliche Produkte und Dienstleistungen (vgl. vzbv o.D.). Der vzbv positioniert sich pro GEG („Mit der Revision des Gebäudeenergiegesetzes packt die Bundesregierung dieses Thema an – gut so“ (vzbv 2023d)), aufgrund des Bedarfs einer sozialverträglichen Wärmewende, und möchte dahingehend auch den Status quo verändern. Im Fokus der Argumentation steht vor allem die Forderung nach Transparenz und klaren Richtlinien für Verbraucher*innen. Die Forderungen können aus diesem Grund als nicht-materiell verstanden werden. Da jedes Individuum ein*e Verbraucher*in sein kann, handelt es sich um ein vertretenes Masseninteresse. Die Interessenvertretung erfolgt advokatorisch für die Verbraucher*innen.

Bei der unterliegenden Logik steht beim vzbv die Reputation leicht im Vordergrund. Zwar wird das GEG immer wieder kritisiert, der Ton an sich ist aber mild. Der milde Ton lässt sich vor allem daran festmachen, dass meist zuerst positive Aspekte der Entwicklung des GEG angebracht werden, bevor Kritik folgt. Die Kommunikation ist sehr auf Kompromisse ausgelegt. Auch die Intention lässt sich weniger eindeutig herausarbeiten. Aufgrund der beschwichtigenden Argumentationsweise kann nicht davon gesprochen werden, dass die maximalen Handlungsspielräume herausgeholt werden sollen. Um sich vor dem Nicht-Fortbestehen zu fürchten,

scheint die Organisation als Dachverband allerdings zu groß. Aus diesem Grund und weil die Kritik, wenn auch beschwichtigend, permanent vorhanden ist, wird angenommen, dass die Handlungsspielräume nicht maximal genutzt, aber zumindest weiter bestehen sollen. Die Vermittlungsebene ist vertikal.

Tabelle 5: Übersicht der Formalien für den Verbraucherzentrale Bundesverband

Organisiertes Teilinteresse	Verbraucher*innen
Gebäudeenergiegesetz	Pro
Status quo	Verändern
Größe der Organisation	Massenthema
Art der Interessenvertretung	Advokatorisch
Forderung	Nicht-materiell
Unterliegende Logik	Reputation
Intention	Handlungsspielräume
Vermittlungsebene	Vertikal

Quelle: Eigene Darstellung

5.1.4 Deutscher Mieterbund (DMB)

Der Deutsche Mieterbund (DMB) ist der Dachverband von 15 DMB-Landesverbänden und über 300 örtlichen DMB-Mietervereinen mit mehr als 500 Beratungsstellen in ganz Deutschland (vgl. DMB o.D.). In Deutschland leben über 50 Prozent der Menschen zur Miete (vgl. DMB 2023b), weshalb das vertretene Teilinteresse als Massenthema verstanden werden kann. Es handelt sich um eine advokatorische Interessenvertretung. In der Debatte positioniert sich der DMB grundsätzlich pro GEG und hat die Intention, den Status quo zu verändern. Die aktuelle Lage der Mieter*innen wird als schlecht beschrieben. Zum einen leitet die Interessengruppe unter generell steigenden Mietpreisen, zum anderen hat die Energiekrise, ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine zu Beginn 2022, die Nebenkosten in die Höhe getrieben, sodass von einer „zweiten Miete“ gesprochen wird (vgl. DMB 2023a). Der DMB fordert im Rahmen der Debatte um das GEG einen sozialgerechten Wandel und setzt sich dafür ein, dass die durch den möglichen Heizungswechsel entstehenden Kosten möglichst wenig und vor allem mit einem gerechten Anteil von den Mieter*innen getragen werden müssen.

Die Forderungen sind aus diesem Grund materiell. Sie können in Zahlen gemessen werden. Die unterliegende Logik in der Debatte ist die Mitgliederlogik, welche der Reputation überwiegt. Dies wird insbesondere daran festgemacht, dass die Regierung bzw. Teile der Regierung teils stark und direkt kritisiert werden („Der kleinste Koalitionspartner FDP treibt erneut die Grünen und die SPD beim Heizungsgesetz vor sich her, zuerst auf Kosten des Klimaschutzes, jetzt auf Kosten des Mieterschutzes“ (DMB 2023d)). Zudem sollten die Handlungsspielräume in der

Intention möglichst groß gehalten werden, wenn auch oft Alternativen zu den maximalen Forderungen direkt aufgezeigt werden. Die Vermittlungsebene der Pressemeldungen ist vertikal, sie richtet sich an die politischen Entscheidungsträger*innen sowie die Bevölkerung.

Tabelle 6: Übersicht der Formalien für den Deutschen Mieterbund

Organisiertes Teilinteresse	Mieter*innen
Gebäudeenergiegesetz	Pro
Status quo	Verändern
Größe der Organisation	Massenthema
Art der Interessenvertretung	Advokatorisch
Forderung	Materiell
Unterliegende Logik	Reputation
Intention	Handlungsspielräume
Vermittlungsebene	Vertikal

Quelle: Eigene Darstellung

5.1.5 Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) ist ein Mitgliederverband und verfolgt vor allem umwelt- und naturschutzpolitische Interessen (vgl. BUND o.D.). Der BUND steigt im Vergleich zu den anderen in dieser Analyse betrachteten Interessenvertretungen recht spät in die Debatte ein. Die erste Pressemeldung zum GEG wurde am 16.05.2023 veröffentlicht. Sie sind grundsätzlich für das GEG und eine sozialverträgliche Wärmewende. Damit wollen sie den Status quo so weit wie möglich verändern, vorwiegend, um die deutschen Klimaziele gemäß des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens einzuhalten. Sie vertreten ein übergreifendes Massenthema, da sie umfangreiche Expertise für verschiedenste umweltpolitische Themen aufweisen. Da die Umwelt sich nicht selbst vertreten kann, handelt es sich bei dem BUND um eine klassische Form der advokatorischen Interessenvertretung.

Die unterliegende Logik ist verstärkt die des Mitgliedsinteresses, und es geht im Verlauf der Debatte darum, die Handlungsspielräume und den Einfluss auf das GEG möglichst groß zu halten, weshalb verschiedene Aspekte wie eine Wasserstoffregelung scharf kritisiert werden. Die Vermittlungsebene ist vertikal. Zwar werden gemeinsame Pressemeldungen mit anderen umweltpolitischen Interessenorganisationen veröffentlicht, die Kommunikation findet allerdings vor allem im intermediären System zwischen politischen Entscheidungsträger*innen und der allgemeinen Öffentlichkeit statt.

Tabelle 7: Übersicht der Formalien für den Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland

Organisiertes Teilinteresse	Umwelt- und Naturschutz
Gebäudeenergiegesetz	Pro
Status quo	Verändern
Größe der Organisation	Massenthema
Art der Interessenvertretung	Advokatorisch
Forderung	Nicht-materiell
Unterliegende Logik	Mitgliedsinteresse
Intention	Handlungsspielräume
Vermittlungsebene	Vertikal

Quelle: Eigene Darstellung

5.1.6 Deutsche Umwelthilfe (DUH)

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) verfolgt ebenfalls klima- und umweltpolitische Interessen. Sie bezeichnen sich als gemeinnützigen und politisch unabhängigen Verein (vgl. DUH o.D.). Das übergreifende Ziel des Pariser Klimaabkommens sowie das Klimaschutzgesetz Deutschlands spielen auch in den Debattenbeiträgen des GEGs immer wieder eine Rolle, weshalb von der Repräsentation eines Massenthemas gesprochen werden kann. Sie positionieren sich grundsätzlich für das GEG und wollen den Status quo damit verändern („Ein Festhalten am Status quo führt uns genauso in eine sozialpolitische Sackgasse wie die Illusion von bezahlbarem Wasserstoff“ (DUH 2023a)). Die Veränderung des Status quo streben sie nicht nur mit Einfluss auf das GEG, sondern mit Einfluss auf verschiedenste Gesetze an, die sie in den Pressemeldungen auch miteinander in Verbindung bringen. Wie beim BUND handelt es sich um eine klassische Form der advokatorischen Interessenvertretung. Die Forderungen sind meist allgemein gehalten und nicht-materieller Natur. Das Ziel beim GEG ist es seitens der DUH vor allem, dass es im sozialverträglichen Einklang mit den deutschen Klimazielen sowie der Einhaltung des Pariser Klimaabkommens steht.

Die unterliegende Logik der Mitgliedsinteressen überwiegt der Reputation. So bleibt die Kritik im gesamten Verlauf der Debatte scharf und es wird immer wieder durch konkrete Antagonisierung versucht, vor allem politische Entscheidungsträger*innen, teilweise Parteien, teilweise auch einzelne Personen oder abstrakte Akteur*innen wie „die Gaslobby“, durch direkte Ansprachen öffentlich zur Verantwortung zu ziehen, wenn nicht sogar bloßzustellen. Dies wird in Kapitel 5.4.2 näher beleuchtet. An einer Stelle wird zwar bemängelt, dass umweltpolitische Interessenvertretungen nicht Teil des Expert*innenrats sind, welcher die Bundesregierung berät, dies wird aber nicht auf die eigene durchaus scharfe Kritik zurückgeführt (vgl. DUH 2023g). Die Vermittlungsebene ist überwiegend vertikal.

Tabelle 8: Übersicht der Formalien für die Deutsche Umwelthilfe

Organisiertes Teilinteresse	Umwelt- und Naturschutz
Gebäudeenergiegesetz	Pro
Status quo	Verändern
Größe der Organisation	Massenthema
Art der Interessenvertretung	Advokatorisch
Forderung	Nicht-materiell
Unterliegende Logik	Mitgliedsinteresse
Intention	Handlungsspielräume
Vermittlungsebene	Vertikal

Quelle: Eigene Darstellung

5.1.7 Zwischenfazit

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die in der Analyse einbezogenen Interessenvertretungen grundsätzlich hinter der Umsetzung des GEG stehen, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen und mit unterschiedlichen Interessenschwerpunkten. Jede der drei Säulen der Nachhaltigkeit wird mit zwei ausgewählten Interessenvertretungen abgebildet. Anzumerken ist an dieser Stelle, dass die beiden ökonomischen Interessenvertretungen (BWP, IVD) ein Eigen- und Nischeninteresse repräsentieren, während die sozialen (DMB, vzbv) sowie ökologischen Interessenvertretungen (BUND, DUH) ein Massenthema advokatorisch in der politischen Debatte repräsentieren. Während die Forderungen der ökonomischen Interessenvertretungen, sowie die des DMB materiell sind, sind sie bei dem vzbv sowie bei den ökologischen Interessenvertretungen nicht-materiell. Die ökonomischen Interessenvertretungen folgen vermehrt der unterliegenden Logik der Reputation, ähnlich wie der vzbv. Bei letzterem ist dies allerdings weniger eindeutig herauszulesen. Die ökologischen Interessensvertretungen sowie der DMB folgen vermehrt der Logik des Mitgliedsinteresses. Die Vermittlungsebene ist bei allen überwiegend vertikal in ihrer Funktion im intermediären System zwischen politischen Entscheidungsträger*innen und der Öffentlichkeit.

Alles in allem ist die Analyse durch die Wahl der Interessenvertretungen, was ihre Formalien betrifft, weitestgehend ausgeglichen und ermöglicht Einblicke in verschiedene Grundverständnisse der eigenen Organisation. Dies sollte in der folgenden inhaltlichen sowie kommunikativen Analyse Aufschlüsse zu verschiedenen Trigger- und Triggerpunktdynamiken liefern.

5.2 Inhaltliche Elemente

Nachdem die formalen Positionierungen der betrachteten Interessenvertretungen herausgearbeitet wurden, soll es nun vermehrt um inhaltliche Elemente der Pressemeldungen gehen. Ein besonderer Blick soll im Folgenden auf die Positionierungen der Interessenvertretungen, auf

den Konfliktlinien der Nachhaltigkeitspolitik und die Art der Argumentation gelegt werden. Da die Argumente nicht alle die gleiche Wirkung haben und auch vermehrt mit der Art der Kommunikation verknüpft sind, soll an dieser Stelle schon ein Einblick gegeben werden, ob bestimmte Arten von Argumenten mit besonderer Emotionalität verknüpft sind.

5.2.1 Argumente

Als übergreifende Argumentationselemente konnten vor allem Expertise (intern wie extern), Zahlen und Fakten und Erfahrungen sowie internationale Vergleiche herausgearbeitet werden. Die Unterscheidung zwischen interner und externer Expertise wurde im Laufe der Analyse ergänzt. Während der IVD, der vzbv und der DMB überwiegend auf interne Expertise von Menschen in hohen Führungspositionen zurückgreifen, schließen sich die DUH, der BUND, der DMB und der BWP in einigen Pressemeldungen mit anderen Interessenvertretungen zusammen und bilden damit auch externe Expertise in ihrer Öffentlichkeitskommunikation ab. Die externen Expertisen, meist Menschen in hoher Position in anderen Interessensvertretungen, sind oft von emotionalisierender Sprache geprägt. Besonders stark ausgeprägt ist der Bezug auf externe Expertise in der ökologischen Interessensvertretung vom BUND und der DUH (siehe DUH 2023b, 2023f, 2023l, 2023o). In den Pressemeldungen aller betrachteter Organisationen hingegen kommen hohe Vertreter*innen der Interessenvertretungen zu Wort, welche die Kategorie interne Expertise abdecken. Dabei handelt es sich, um Präsident*innen, Geschäftsführer*innen, Ressortleitungen oder ähnlich hohe Positionen. Die Sprache der internen Expert*innen und damit auch Repräsentant*innen ist überwiegend von emotionalisierenden Elementen geprägt.

Anders verhält es sich mit Argumenten, welche sich aus Zahlen und Fakten, also überwiegend Studienergebnissen oder internen Berechnungen ergeben. Diese werden in den Absätzen meist ohne besondere Ausführungen emotionalisierender Sprache dargestellt. Die Interessenvertretungen, denen besonders an einer Veränderung des Status quo gelegen ist, also allen mit Ausnahme des IVD, führen zudem vermehrt Erfahrungsberichte oder internationale Vergleiche als Argumente an. Bei dem Argument der Erfahrung greifen vor allem die sozialen Interessenvertretungen auf die Lebensrealitäten, welche ihnen von Mieter*innen vermittelt werden, zurück. Die ökologischen Interessenvertretungen sowie der BWP führen als Argumente teils internationale Vergleiche mit bereits vollzogenen Wärmewenden im Ausland (bspw. Dänemark) und deren Auswirkungen aus, um zu demonstrieren, was möglich ist. Da diese meist im positiven Zusammenhang verwendet werden, wird hier tendenziell weniger emotionalisiert.

5.2.2 Positionierung auf den Konfliktlinien der Nachhaltigkeitspolitik

Was die Positionierung auf den Konfliktlinien der Nachhaltigkeitspolitik betrifft, zeigen die ausgewählten Interessenvertretungen ein unausgeglichenes Bild. Der IVD ist die einzige in dieser Analyse einbezogene Interessenvertretung, die stärker vor den Folgen der Transformation warnt als vor den Folgen des Klimawandels. So sind bis auf den IVD alle anderen Organisationen auf der Seite des Klimawandels als größte Bedrohung zu sehen.

Tabelle 9: Übersicht der Positionierungen auf der Konfliktlinie Problemwahrnehmung

Klimawandel als Bedrohung wahrgenommen	Transformation als Bedrohung wahrgenommen
BWP, vzbv, DMB, BUND, DUH	IVD

Quelle: Eigene Darstellung

So spricht der BWP davon, dass „Nichthandeln [...] mit Blick auf den Klimawandel und den CO₂-Preis in jedem Fall die teuerste Option sein [wird]“ (BWP 2023a). Zudem betonen sie, dass ‚wir‘ es „uns nicht leisten können noch länger zu warten“ (BWP 2023a), die Transformation zu mehr Klimaschutz aufzuhalten. Dahingegen spricht der IVD davon, dass es sich bei der Transformation des Gebäudesektors um „eine Aufgabe historischen Ausmaßes“ (IVD 2023c) handele. Ohne ausreichende Unterstützung der Immobilieneigentümer*innen würde das GEG mit seinen geforderten Sanierungsmaßnahmen „unbezahlbar“ werden (vgl. IVD 2023c).

Die Positionierung zur Problemwahrnehmung gibt auch bereits Aufschlüsse auf die Positionierung zur Geschwindigkeit der Transformation generell. Auch wenn wahrscheinlich alle betrachteten Interessenvertretungen andere Vorstellungen von der Umsetzung der Transformation haben, sind, mit Ausnahme des IVD, alle auf der Seite zu verordnen, dass die Transformation zu einer klimagerechten, in diesem Fall, Wärmewende, zu langsam und zu schwach verläuft.

Tabelle 10: Übersicht der Positionierungen auf der Konfliktlinie Geschwindigkeit der Transformation

Transformation zu langsam	Transformation zu schnell
BWP, vzbv, DMB, BUND, DUH	IVD

Quelle: Eigene Darstellung

Die Ebene der Handlungsspielräume stellt sich auf der Ebene organisierter Interessen als schwieriger zu ermitteln dar. Da die Daseinsberechtigung der Interessenvertretungen ist, möglichst großen Einfluss auf politische Entscheidungen und Gesetzesausführungen zu nehmen, wird man kaum von der Organisation selbst sagen können, dass sie keine Handlungsspielräume

haben, da ihnen dies die eigene Legitimation entziehen würde. Diese Konfliktlinie wird daher auf das von dem Verband vertretenen Teilinteresse bezogen. Hier zeigt sich ein ähnliches, wenn auch nicht deckungsgleiches Bild zu den ersten beiden Konfliktlinien. Während die ökologischen Interessenvertretungen ihre Interessen in einer schwächeren Position sehen und die Handlungsmöglichkeiten aufgrund des voranschreitenden Klimawandels weiter eingeschränkt werden, sehen die ökonomischen Organisationen ihre individuellen Handlungsspielräume größer.

Besonders sticht an dieser Stelle wieder der IVD heraus, welcher in der Debatte mehrfach betont, dass ihre Argumente in der Politik angekommen sind, wodurch die Organisation in den Pressemeldungen eine gewisse Selbstwirksamkeit vermittelt. Der vzbv sowie der DMB stellen in der Debatte die Position der Mieter*innen heraus. Da die Mieter*innen im Kontext des GEG vor allem von den Entscheidungen der Vermieter*innen abhängig sind, liegt die Intention beider Interessenvertretungen vor allem darin, Mieter*innen vor hohen Kostenumlegungen abzusichern. Der DMB versucht zu verdeutlichen, dass es sich beim Klimaschutz um eine „notwendige Gemeinschaftsaufgabe“ (DMB 2023b) handelt, deren Lasten gerecht verteilt werden müssen. Der Handlungsspielraum ist dementsprechend begrenzt. Der vzbv betont vermehrt, dass es sich bei der Wärmewende um einen „Marathon und kein[en] Sprint“ (vzbv 2023a, vzbv 2023b) handele.

Tabelle 11: Übersicht der Positionierungen auf der Konfliktlinie Handlungsspielräume

Kleine individuelle Handlungsspielräume	Große individuelle Handlungsspielräume
BWP, vzbv, DMB, BUND, DUH	BWP, IVD

Quelle: Eigene Darstellung

5.3 Trigger

In den Pressemeldungen der Interessenvertretungen zum GEG ließen sich verschiedene Formen von Triggern finden. Trigger sind Debattenelemente, die nicht zwangsläufig offensichtlich sind. Es sind Aspekte, die zu einer ablehnenden Haltung führen und ihre politisierte Energie aus dieser „latenten Gleichzeitigkeit von Inhalt und Chiffre, gesundem Menschenverstand und politischer Positionierung“ (Mau et al. 2023, 274) beziehen.

Von den vier bereits bekannten Triggern sind zwei besonders häufig herausgestochen: Die Ungleichbehandlungen und die Entgrenzungsbefürchtungen. Je nach Interessensvertretung sind diese Trigger in unterschiedlichen Ausprägungen zu finden. Im Laufe der Diskussion um die Novelle des GEG in der professionalisierten Kommunikation von Interessensvertretungen sind allerdings auch neue Trigger, also neue negative politisierende Energien zu finden, die sich

nicht den bisher bestehenden Mustern der Trigger zuordnen lassen. Herausgearbeitet wurden Trigger, die über alle Interessenvertretungen hinweg zu beobachten und zu kategorisieren sind. Dabei fallen Momente der Empörung auf, an denen sich die Argumentation von Interessenvertretungen maßgeblich aufhängt und welche für eine Verschlechterung der Situation sorgen, wenn sich die angesprochenen Aspekte im Laufe der Debatte nicht verbessern. Die in der Debatte gefundenen Empörungen und negativen Aufladungen lassen sich in zwei übergreifende Kategorien gliedern: die Täuschung sowie die Unklarheit. Die Täuschung ist in drei Abstufungen zu erkennen, vom Realitätsverstoß über die Täuschung bis hin zum Rechtsverstoß. Sowohl die bereits bekannten als auch die neu kategorisierten Trigger sollen im Folgenden näher betrachtet und in ihrem Auftreten in der Debatte um das GEG demonstriert werden. Tabelle 13 zeigt eine Gesamtübersicht aller Trigger und ihrer Merkmale. Ohne Hervorhebung sind jene, die aus der Theorie stammen und in der Empirie bestätigt werden konnten. *Kursiv* markierte Trigger oder Merkmale stammen aus der Theorie, konnten in der Analyse allerdings nicht bestätigt werden. **Fett** markierte Trigger und ihre Merkmale wurden in der Analyse neu erschlossen.

Tabelle 12: Übersicht aller ausgewerteten Trigger und ihrer Merkmale.

Ungleichbehandlung	Ungleichbehandlung von Gleichen
	Gleichbehandlung von Ungleichen
	Ungleiche Lastenverteilung
	Übertretungsszenario
<i>Normalitätsverstöße</i>	<i>GEG ist den eigenen Normalitätsvorstellungen nach zur Folge unangemessen</i>
	<i>Darstellung von Normalität anhand ihrer Bedrohung durch das GEG</i>
	<i>Übertretungsszenario</i>
	<i>Verteidigung von eigenen Normalitätserwartungen</i>
Entgrenzungsbefürchtungen	Argument ad absurdum: Unkontrollierbare Eigendynamik durch Umsetzung des GEG
	Dammbruchargument Unkontrollierbare Steigerungsdynamik durch GEG
	Transformationsmüdigkeit
<i>Verhaltenszumutungen</i>	<i>Forderung nach Selbstbestimmung und Eigenverantwortung</i>
	<i>Reaktanz</i>
	<i>Befürchtete Einschränkungen des eigenen Freiheitsspielraums</i>
	<i>Befürchtete (gesellschaftlichen) Sanktionen</i>
Täuschung	Realitätsverstoß

	Täuschung
	Rechtsverstoß
	Mangelnde Planungssicherheit
	Großer Interpretationsspielraum
Unklarheit	

Quelle: Eigene Darstellung

5.3.1 Ungleichbehandlung

Der Trigger der Ungleichbehandlung ist bei allen betrachteten Interessenvertretungen zu finden. Besonders stark sind dabei zwei verschiedene Ausprägungen aufgefallen: Zum einen in der Gleichbehandlung von Ungleichen, besonders im Kontext von Mieter*innen und Vermieter*innen, und zum anderen in der Ungleichverteilung von Lasten.

Die Ungleichverteilung von Lasten ist ein Aspekt, der von Mau et al. im ursprünglichen Konzept von Triggerpunkten noch nicht benannt wurde. Allerdings zeigt sich in diesem Punkt über verschiedene Interessenvertretungen hinaus ein negativer Bezugspunkt in der Argumentation um das GEG im Konfliktfeld der Nachhaltigkeit. So spricht beispielsweise der BWP von einem unterschlagenen „finanzielle[n] Risiko, welches dann von Gebäudeeigentümer*innen und Mieter*innen getragen werden müsste“ (2023a), was für ungleiche Lastenverteilung spricht. Andererseits setzt sich der Verband dafür ein, dass „Verbraucherinnen und Verbraucher, die in den letzten Jahren erst in eine neue Heizung investiert haben, [...] nicht schlechter gestellt werden [sollten], wenn sie in emissionsmindernde Maßnahmen investieren“ (BWP 2023f).

Bei der ungleichen Lastenverteilung spricht der IVD wiederum von einer „einseitige[n] Belastung der Vermieter“ (IVD 2023d). Zudem fürchtet der IVD „de[n] drohenden Handlungs-zwang“, welcher zu einem „Kostenrisiko“ für Vermieter*innen führt. Diese Art der ungleichen Lastenverteilung dürfe nach Auffassung des IVD „so den Deutschen Bundestag nicht passieren“ (IVD 2023d), was die ablehnende Haltung aufgrund von wahrgenommener ungleicher Lastverteilung verdeutlicht.

Der vzbv stellt sich in seiner Argumentation auf die Seite der Mieter*innen und sieht im GEG in seiner Ausgestaltung ebenfalls eine ungleiche Lastenverteilung. Der Verband fordert eine „zweckmäßige Mieterschutzregelungen, um eine einseitige Belastung betroffener Mieter:innen zu verhindern“ (vzbv 2023b). Die Wärmewende dürfe nicht einseitig zu Lasten der Mieter*innen vollzogen werden (vgl. vzbv 2023b). Der Verband stellt zudem klar, dass es weder zur Gleichbehandlung von Ungleichen noch zur Ungleichbehandlung von Gleichen kommen darf, da es sich beim „Klimaschutz im Gebäudebereich ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“

(vzbv 2023d) handle und „[n]iemand [...] wegen hoher Investitionskosten vom Kauf neuer Heizungen ausgeschlossen werden [sollte]“ (vzbv 2023e). Bis zum Schluss sieht der Bundesverband diesen Aspekt nicht erfüllt. Mieter*innen würden „nicht wirkungsvoll vor überhöhten Heizkosten geschützt“ (vzbv 2023g).

Auch in den Pressemeldungen des DMB sind vermehrt Trigger der Ungleichbehandlung zu finden. Sie problematisieren, dass es „Vermieterinnen und Vermietern [...] nach wie vor frei [steht], ob sie eine Förderung [für den Heizungstausch] in Anspruch nehmen oder die Kosten einfach im Rahmen der Modernisierungsumlage an die Mieterinnen und Mieter weitergeben“ (DMB 2023a). Damit ist eine gerechte Lastenverschiebung der Transformation im ersten Entwurf des GEG nicht gegeben. Darüber hinaus fordert der Verband im Verlauf der Debatte, die „offensichtliche Benachteiligung von Mieterinnen und Mietern sofort zu beenden“ (DMB 2023b). Es handelt sich über die ungleiche Lastenverteilung hinaus auch um eine Ungleichbehandlung, die sich in der „systematischen“ Benachteiligung von Mieter*innen ausdrückt. Dabei handele es sich um „ein[en] völlig inakzeptablen Zustand für ein Land, in dem 58 % der Haushalte zur Miete leben.“ (DMB 2023b). Die Ungleichbehandlung und ungleiche Lastenverteilung rufen beim DMB eine Ablehnung des GEG hervor. Diese ist in diesem Aspekt erheblich stärker ausgeprägt als bei den anderen Interessenorganisationen. Sie betonen zudem, dass Klimaschutz „eine notwendige Gemeinschaftsaufgabe von gigantischem Ausmaß“ sei, weshalb „[d]ie Bundesregierung die dringend erforderliche, umfängliche Förderung deshalb nicht nur auf die Selbstnutzer von Wohnraum einschränken [darf], sondern hier [...] gleiches Recht für alle gelten [muss]“ (DMB 2023b). Im Trigger der Ungleichbehandlung zeigt sich zudem eine Machtlosigkeit, die der DMB bei Mieter*innen sieht. Bis zum Ende der Debatte lässt sich dieser Eindruck seitens des DMB nicht revidieren. Mit dem endgültigen Entwurf des GEG werde „die gesetzliche Erhaltungspflicht der Vermietenden unfairerweise auf die Mieterinnen und Mieter [verlagert]“ (DMB 2023e).

Auch die ökologischen Interessenvertretungen positionieren sich in der Debatte des GEG auf der Seite der Mieter*innen und Menschen mit geringem Einkommen oder anderen Einschränkungen. Der BUND betont, dass „Menschen mit geringem Einkommen, Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder [...] Ältere“ überproportional stark vom Klimawandel an sich betroffen seien, dies den gerechten Wandel aber umso notwendiger mache (BUND 2023e). Der Trigger zeigt hier, dass ungleich Betroffene nicht alle gleich behandelt werden dürfen und unterschiedliche Bedürfnisse Raum in der Debatte finden müssen, um den Wandel als gerecht bezeichnen zu können. Die Organisation betont zudem, dass „Vermietende [...] keinen eigenen

finanziellen Anreiz [haben], für einen effizienten Betrieb der Heizungsanlage zu sorgen. Mietende dürfen bei der Wahl ihrer zukünftigen Heizungsvariante gar nicht mitreden“ (BUND 2023g), was für eine ungleiche Lastenverteilung Sorge.

Die DUH beklagt zum einen, dass es beschämend sei, „wie Verbraucherinnen und Verbraucher aktuell mit falschen Versprechungen in die Irre geführt werden“, weil sie es seien, „die am Ende für teures Geld auf fossilen Heizungen sitzen bleiben“ (DUH 2023f). Damit wird auch bei der DUH die ungleiche Lastenverteilung thematisiert. Auch sie ergreifen Partei für Mieter*innen und Menschen mit geringem Einkommen, welche mit der Novelle des GEG „nicht zielgerichtet unterstützt werden“ (DUH 2023h). Die Fördergelder würden „mit der Gießkanne auch an Vielverdiener verteilt, anstatt im Wesentlichen einkommensschwache Haushalte in ausreichendem Maße zu fördern“ (DUH 2023h). Es erfolgt aus Sicht der DUH also eine Gleichbehandlung von Ungleichen, was insgesamt zu einer ungleichen Lastenverteilung führt.

Die Ausführung zeigt, dass der Trigger der Ungleichbehandlung in allen Pressemeldungen zum GEG vorzufinden ist. Besonders ausgeprägt ist er bei, vzbv und dem DMB, welche die sozialen Aspekte der Nachhaltigkeit im Fokus haben. Aber auch die anderen Interessenvertretungen, der BUND, die DUH und der BWP, werden von Ungleichbehandlung im sozialen Kontext getriggert. Beim IVD ist der Trigger auf eine gefühlte Benachteiligung der eigenen Position und damit des Eigeninteresses zurückzuführen.

5.3.2 Entgrenzungsbefürchtung

Die Entgrenzungsbefürchtungen sind ebenfalls bei allen Interessenvertretungen vorzufinden, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen. Der Gegenstand der Entgrenzung unterscheidet sich stark zwischen den Organisationen.

Der BWP befürchtet eine Entgrenzung darin, dass ohne eine klare Regelung die vorzeitig getätigten Investitionen in die Ausweitung der Produktion von Wärmepumpen nicht den erwünschten Erfolg bringen könnten. So ist es im Laufe der Debatte dazu gekommen, dass die Nachfrage nach Wärmepumpen eingebrochen ist, während vermehrt Öl- und Gasheizungen eingebaut wurden. Dabei habe sich „[d]ie Branche [...] auf die Ankündigungen der Regierungskoalition verlassen und massiv in ihre Produktionskapazitäten investiert“ (BWP 2023e). Die Entgrenzungsbefürchtung ist, dass die Dynamik hin zu fossilen Heizungen, welche durch die Debatte eingeleitet wurde, durch die Verabschiedung des GEG fortgesetzt wird und die Branche darunter nachhaltig leidet, vielleicht sogar existentiell.

Der IVD dahingegen befürchtet eine Entgrenzung und damit eine erhebliche Steigerung der Kosten für Immobilieneigentümer*innen durch ausbleibende oder unzureichende Förderungen. Ohne funktionierende staatliche Förderung würden viele Immobilieneigentümer*innen und Mieter*innen von den teuren Sanierungspflichten überfordert (vgl. IVD 2023e). Zudem stellen sie ein Übertretungsszenario auf, denn „mit weiter steigenden Mindeststandards – auch beim Neubau“ werde das Problem „immer virulenter“ (IVD 2023e).

Auch der vzbv sieht die Entgrenzung vor allem in einer unkontrollierbaren Kostensteigerung. Zum einen weist der Verband darauf hin, dass das GEG nicht die Fragen der Energieeinsparungen generell stellt (vgl. vzbv 2023d), was hohe Kosten für alle bedeute. Zum anderen warnen sie davor, dass der Einbau von Gasheizungen künftig durch die CO₂-Bepreisung vermehrt zu hohen Energiepreisen führen würde, was ohne klare Regelungen durch das GEG unkontrollierbare Ausmaße annehmen könnte (vgl. vzbv 2023g). Den Einbau von neuen Gasheizungen bezeichnet der Verband als „extrem teure[s] Experiment“ (vzbv 2023g) für Verbraucher*innen.

Die Entgrenzung beim DMB und die Folgen sind vor allem hohe Kosten für Menschen mit niedrigem Einkommen. Die Kritik bezieht sich dabei vorwiegend nicht auf Regelungen im GEG, sondern auf die Modernisierungumlage, welche im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) zu finden ist (vgl. DMB 2023a). Das GEG in seiner Entwurfsform könnte die negativen Folgen der Modernisierungumlage verstärken. Die Modernisierungumlage ermöglicht Vermieter*innen ihre Modernisierungskosten auf die Miete umzulegen. So spricht der DMB von „finanzielle[r] Überforderung für den Großteil der Mieterinnen und Mieter [...], da [bei Umsetzung des GEG] hohe Mietsteigerungen auf sie zukommen würden“ (DMB 2023c). Sie sehen in den Verhandlungen der Regierung die Intention, „den bestehenden Mieterschutz deutlich abzuschwächen und eine zusätzliche und höhere Modernisierungumlage als bisher einzuführen“ (DMB 2023d), was zu einer Entgrenzung der sowieso schon schlechten Situation des Status quo führen würde. Am Ende stünde „die soziale Spaltung des Mietwohnungsmarktes“, was „nicht hinnehmbar“ (DMB 2023d) sei und damit eindeutig eine ablehnende Haltung gegenüber dem GEG markiert.

Bei ökologischen Interessenvertretungen gilt die Gefahr der Entgrenzung des Klimawandels. Wenn das GEG zu schwach ist, besteht laut der DUH und des BUND die Gefahr, dass die Klimaziele Deutschlands oder sogar das Pariser Klimaziel nicht mehr erreicht werden können.

Mit dem „Scheitern“ des GEG würden dementsprechend Dynamiken entstehen, welche wiederum die Kipppunkte des Klimawandels befeuern könnten.

Der BUND spricht in der Debatte davon, dass die Erde schon heute brenne und statt alles zu tun, sich besonders die FDP „lieber an ihre ewig gestrige Partei-Ideologie und die Interessen der Gas-Lobby“ (BUND 2023c) klammere. Ein Bestehen auf den Status quo oder auch zu geringe Veränderungen im Gebäudesektor bedeuten in diesem Zusammenhang eine Entgrenzung der Klimakrise. Zudem befürchten sie, dass mit den Einigungen der Ampelkoalition „die Klimaziele bis 2030 unmöglich erreicht werden [können]“ (BUND 2023d). Zudem zementiere der Entwurf des GEG den Einbau fossiler, klimaschädlicher Heizungen in Gebäuden für die kommenden Jahrzehnte und lasse Verbraucherinnen und Verbraucher mit dem Risiko hoher Energiekosten alleine zurück (vgl. BUND 2023e). Darin zeigt sich sowohl die ungleiche Lastenverteilung als auch eine Entgrenzung, da das GEG eine unkontrollierbare Entwicklung fossiler Energieträger zur Folge habe. Bis zum Ende der Debatte warnen sie vor der „kostenexplosive[n] Öl- und Gasfalle“, welche „ökologisch fahrlässig“ sei (BUND 2023g), was ebenfalls ein Ausdruck von Entgrenzungsbefürchtungen ist.

Auch die DUH thematisiert als Entgrenzung fokussiert den Klimawandel. Interessant in der Kommunikation der DUH ist, dass das GEG auch im Zusammenhang mit anderen Gesetzen thematisiert wird. So wird es einmal im Zusammenhang mit der Diskussion der Sektorziele im deutschen Klimaschutzgesetz in Verbindung gebracht (vgl. DUH 2023d, DUH 2023g) sowie auch mit der Festlegung von Mindestenergieeffizienzstandards für Gebäude in der EU (vgl. DUH 2023s). Bei Letzterem befürchten Verbände, dass die Zustimmung Deutschlands aufgrund des „turbulenten Kompromiss[es]“ des GEG gefährdet sei (vgl. DUH 2023s). Die Entgrenzungsbefürchtung weitet sich in der Argumentation auf konkrete Gesetzesvorhaben wie auch Normen wie das Pariser Klimaabkommen aus. Es wird konkret befürchtet, „dass Deutschland seine Verpflichtungen des Pariser Klimaschutzvertrages zur Begrenzung der Erderhitzung reißt“ (DUH 2023d). Zudem befürchtet die DUH, dass die Kosten sich entgrenzen könnten, da steigende Gaspreise sowie grüner Wasserstoff die Kosten für Verbraucher*innen in die Höhe treiben würden (vgl. DUH 2023j). Das umfangreiche Spektrum der Entgrenzungsbefürchtungen der DUH wird zudem auch durch konkrete ökologische Problemfelder erweitert, die durch das GEG betroffen sind. So zum Beispiel die mögliche Verwendung von Holzpellets als Energiequelle (vgl. DUH 2023l).

5.3.3 Normalitätsverstoß und Verhaltenszumutungen

Der Trigger des Normalitätsverstoßes lässt sich in dieser Form nicht eindeutig in der Kommunikation um das GEG wiederfinden. Dadurch, dass der Großteil der betrachteten Interessenvertretungen den Status quo verändern und damit mit der aktuellen Vorstellung von Normalität brechen will, scheint dies auch kaum verwunderlich. Selbst die Interessenvertretung, die noch am ehesten am Status quo festhalten will, der IVD, sieht in den Veränderungen durch das GEG keinen Bruch mit der Normalität. Statt des Normalitätsverstoßes wirkt bei den betrachteten Interessenvertretungen allerdings eine andere, wenn auch ähnlich gelagerte, Art von Trigger: Der Realitätsverstoß. Statt mit Vorstellungen der Normalität bricht das GEG aus ihrer Sicht viel mehr mit der Realität und dem, was man für eine Veränderung zum Guten braucht und/oder was realistisch mithilfe des Gesetzes umzusetzen ist. Der Trigger des Realitätsverstoßes soll an späterer Stelle im Rahmen der neu identifizierten Trigger näher beleuchtet werden.

Auch die Verhaltenszumutungen spielen in der professionalisierten Kommunikation von Interessenvertretungen im Rahmen des GEG keine relevante Rolle. Das könnte allerdings mit der Konzeption des Triggers selbst einhergehen. Bei den Verhaltenszumutungen nach Mau et al. geht es um gefühlte Verhaltenszumutungen, welche durch eine imaginäre Instanz zu gesellschaftlichen Sanktionen führen. Es wird eine Einschränkung des eigenen Freiheitsspielraums befürchtet (vgl. Mau et al. 2023, 267). Bei den Debattenbeiträgen der Interessensorganisationen wird allerdings recht konkret entlang des Gesetzes und dessen möglichen Auswirkungen für ihre repräsentierte Interessensorganisation argumentiert. Es wird, zumindest bei den betrachteten Organisationen, nicht das GEG selbst als Freiheitseinschränkung thematisiert, sondern lediglich höhere Kosten durch den Heizungstausch und eingeschränkte Wahlmöglichkeiten.

5.3.5 Realitätsverstoß

Wie bereits bei den bereits beschriebenen Ausführungen der bereits vorliegenden Trigger erläutert, ist der Trigger Normalitätsverstöße bei den ausgewählten Interessenvertretungen nicht zu identifizieren. Was allerdings zu beobachten ist, ist der Trigger des Realitätsverstoßes. Bei diesem Trigger wird sich darüber echauffiert, dass das GEG mit einer Vorstellung der Realität und dessen, was realistisch ist, bricht. Das zeigt sich in zwei verschiedenen Formen. Entweder werden die im GEG veranschlagten Regelungen als nicht umsetzbar und deshalb unrealistisch gesehen; Oder dass die veranschlagte Regelung nicht zu dem gewünschten Ergebnis führen wird und deshalb nicht zur Realität passt. Dieser Trigger lässt sich über fast alle Interessenvertretungen hinweg identifizieren. Auch an dieser Stelle zeigt sich aber, dass die Ausprägung des Triggers sich hinsichtlich der Realitätsvorstellungen der Interessenvertretungen unterscheidet.

Eine Ausnahme bildet, wie oft zuvor, der IVD. Statt mit dem GEG gegen die Realität zu verstoßen, wird herausgestellt, dass die Bundesregierung die gleiche Realitätsvorstellung teilt („Gegenüber den bisherigen Plänen ist der Gesetzesentwurf entschärft worden, was uns zeigt, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in der Realität angekommen ist und sich ein gemeinsamer Widerstand lohnt“ (IDV 2023b)). Das Teilen der Realitätsvorstellung beim IVD ist positiv konnotiert und damit in diesem Fall auch kein Trigger. Der BWP verweist zu Beginn der Debatte darauf, dass „Behauptungen, die Heizungslandschaft könne so bleiben wie sie ist, weil irgendwann grüner Wasserstoff statt Erdgas durch die Leitungen fließe“ (BWP 2023a), irreführend seien. Damit ist die Regelung aus Sicht des BWP unrealistisch und bedarf einer Richtigstellung.

Auch der vzbv erachtet den Einsatz von Wasserstoff in zuvor mit fossilem Gas betriebenen Heizungen als keine realistische Lösung. Aktuell sei nicht abzusehen, ob die benötigten Mengen zeitnah vorhanden seien. Der Verband befürchtet, dass daraus resultiert, dass die Energiekosten für diejenigen, die eine Gasheizung haben einbauen lassen, unter der Prämisse, dass diese künftig mit Wasserstoff betrieben werden können, enorm steigen. Damit „würde sich die neu eingebaute Gasheizung als Kostenfalle erweisen“ (vzbv 2023c). Hinzu kommt, dass bedingt durch die Pariser Klimaziele die Kosten für fossile Energieträger in Zukunft deutlich steigen würden. Aus diesem Grund sagt der vzbv, dass „[n]iemand [...] Menschen jetzt mit gutem Gewissen mehr raten [kann], langfristig auf fossile Heizträger zu setzen“ (vzbv 2023f).

Der BUND verweist in Bezug auf Realitätsverstöße besonders darauf, dass das GEG in seiner Ausgestaltung nicht mit dem gewünschten Ziel des klimaneutralen Heizens konform ist. Die Ausgestaltung des GEG verfehle seinen Sinn, eine effektive und soziale Wärmewende werde damit nicht eingeleitet (vgl. BUND 2023e). Auch an dieser Stelle ist die Verwendung von Wasserstoff in ehemaligen Gasheizungen der größte Kritikpunkt. Sie beziehen sich dafür unter anderem auf Wissenschaftler*innen, die sich einig seien, „dass eine Umstellung von Erdgasnetzen auf reinen Wasserstoff in der Breite des Gebäudesektors nicht praktikabel ist.“ (BUND 2023a). Insbesondere grüner Wasserstoff werde nur in geringen Mengen und zu sehr hohen Preisen zur Verfügung stehen und die Umstellung sei mit finanziellen Risiken für Verbraucher*innen verbunden (vgl. BUND 2023a). Man wisse schlichtweg nicht, „wann so viel grüner Wasserstoff verfügbar ist, wie alle hoffen“ (BUND 2023e). Bei dem Einsatz von Wasserstoff handele es sich um „völlig unrealistische Versprechen“, welche ein „riesiges Schlupfloch“ entstehen ließen (vgl. BUND 2023e).

Die DUH sieht besonders in einzelnen Passagen des GEG einen Realitätsverstoß. Der Einsatz von Wasserstoff und anderer grüner Gase wird als „Trugschluss“ bezeichnet, „[i]hr Einsatz ist weder effizient, noch sind die grünen Gase heute oder in den kommenden Jahren im großen Stil verfügbar“ (DUH 2023b). Die Umsetzung sei „technisch kaum machbar“ und würde lediglich zu hohen Kosten führen (vgl. DUH 2023c). Müllverbrennung werde „entgegen jeder Vernunft weiterhin als angeblich erneuerbare Energie geadelt“ (DUH 2023m). Auch am Ende verweist die DUH noch einmal auf ihr Unverständnis für den Einsatz von Wasserstoff als Ersatz für Gas in fossilen Heizungen. Es sei „völlig utopisch, dass in Deutschland erzeugte Mengen fossiles Gas in nennenswertem Umfang eins zu eins ersetzen können“ (DUH 2023q).

5.3.6 Täuschung

Im Gegensatz zum Realitätsverstoß steckt hinter diesem Trigger der Täuschung eine Absicht. Während der Realitätsverstoß von einer falschen Vorstellung von dem, was realistisch ist, geprägt ist, werden bei der Täuschung gezielt unpassende Maßnahmen vermittelt, die der Öffentlichkeit als Lösung präsentiert werden.

Besonders ausgeprägt ist der Trigger in der Kommunikation der ökologischen Interessenvertretungen sowie des DMB. Sie sehen ihre Interessen durch die Entwicklung des GEG gefährdet und fürchten, dass sich ihre Situation verschlechtert, da die Versprechungen des GEG nicht umsetzbar sind und die Regierung sich dessen auch bewusst sei. Ihr wird unterstellt, dass diese Handlung bewusst vollzieht, es besser weiß und die Maßnahmen besser darstellen will, als sie schlussendlich sind. Die Täuschung ist allerdings noch nicht so ausgeprägt, dass sie gegen geltendes Recht verstößt, also frei von Konsequenzen für die politischen Entscheidungsträger*innen und die Umsetzung des GEG bleibt. Dabei wird oft von „falschen Versprechungen“ gesprochen. Die Konsequenzen der Täuschung müssen von den jeweiligen vertretenen Interessengruppen getragen werden.

Beim BWP zeigt sich die Täuschung in einer Skepsis, ob sie der Bundesregierung in der Umsetzung des GEG vertrauen können. Wie bereits bei den Entgrenzungsbefürchtungen ausgeführt wurde, sorgt sich der Verband, dass sich der Markt für Wärmepumpen negativ durch das GEG entwickeln könnte. Sie fordern deshalb, dass die Politik „ihren Worten auch Taten folgen zu lassen [muss]“ (BWP 2023c). Der BWP merkt zudem schon früh in der Debatte an, dass auch die versprochene Verabschiedung des Gesetzes später erfolgen könnte, als angekündigt, und

befürchtet negative Konsequenzen („Falls die Koalition nun ihr Wort brechen sollte, das Gebäudeenergiegesetz noch bis zur Sommerpause zu verabschieden, würde sie damit der Industrie in hohem Maße schaden“ (BWP 2023d)). Auch der IVD unterstellt der Bundesregierung mit dem GEG-Entwurf zeitweise eine bewusste Täuschung. Eine Fristenregelung des GEG zum Heizungstausch wird vom Verband als „Scheinverzahnung“ (IVD 2023e) bezeichnet.

Der vzbv spricht in der Debatte mehrfach von falschen Versprechungen, die mit dem Entwurf des GEGs aufgebracht werden. So bezeichnet der Verband den Entwurf zwischenzeitlich als „Kostenfall[e]“, etwa durch falsche Versprechungen zur Nutzung von Wasserstoff: Diese „müssen verhindert werden“ (vzbv 2023c). Zudem führe die durch das GEG mögliche Auswahl an Heizungssystemen dazu, „dass Menschen aufgrund falscher Versprechungen der Industrie in Mehrkosten getrieben werden“ (vzbv 2023c), wenn es weiterhin möglich ist, Heizungen auf Basis fossiler Energieträger einbauen zu lassen. Sie kritisieren zudem den Begriff der Technologieoffenheit, da so mit der Deklaration als wasserstofffähig weiter fossile Gasheizungen eingebaut werden können, wobei unklar ist, inwieweit der Einsatz von Wasserstoff realistisch ist (vgl. vzbv 2023g).

In der Debatte um das GEG sieht der DMB ebenfalls gebrochene Versprechen seitens der Bundesregierung. In diesem Kontext wird vom DMB insbesondere ein Wortbruch in Bezug auf die sozialverträgliche Umsetzung kritisiert (vgl. DMB 2023a). Zudem habe die Regierung eine weitere Modernisierungsumlage erfunden „und damit Rechtsunsicherheit und Streit vorprogrammier[t]“ (DMB 2023e), statt die bereits bestehende sozialverträglicher zu machen.

Wie bereits angedeutet, zeigt sich die stärkste Ausprägung des Triggers Täuschung bei den ökologischen Interessenvertretungen. Sie sprechen viel von „vorgeschobenen Argumenten“ (BUND 2023b), die eine Verabschiedung des Gesetzes vor der Sommerpause erschwert haben. Besonders der FDP wirft der Verband vor, an der „ehrlichen Klärung offener Fragen offenkundig nicht interessiert“ (BUND 2023b) zu sein. Die Konsequenz daraus sei, dass „Menschen in die Kostenfalle rennen“ (BUND 2023b) und der Gebäudesektor vom Klimakurs abgebracht werde. Der BUND sieht im Entwurf des GEG einen Widerspruch zu dessen Ziel einer klimafreundlichen Wärmewende. Mit den festgelegten Leitplanken „rast die Ampel sehenden Auges in die Klimakatastrophe“ (BUND 2023d). Die Verantwortlichen seien sich der möglichen Entwicklungen also vollends bewusst. Zudem sprechen sie davon, dass das Gesetz als „Erfolg verkauft“ werde und sprechen in diesem Zusammenhang von „Realitätsverweigerung“ (BUND 2023e). Mit dem GEG soll ihrer Auffassung nach der Status quo größtenteils erhalten bleiben,

während man den Anschein erwecken wolle, eine Veränderung angestoßen zu haben (BUND 2023e).

Die DUH spricht von „technisch unmögliche[n] Scheinlösungen“ (DUH 2023e), die zentraler Bestandteil des GEG sind, besonders in Bezug auf den Einsatz von Wasserstoff als massentaugliche Heizalternative. Der Entwurf trage mit dem geplanten Einsatz von Wasserstoff „die Handschrift der Gaslobby und ist Verbrauchertäuschung“ (DUH 2023e), es sei „schlicht unmöglich, die 20 Millionen Heizungen in Deutschland mit diesen Optionen zu betreiben“ (vgl. DUH 2023e). Besonders die FDP sei der politische Treiber des Einsatzes von Wasserstoff. Die DUH bezeichnet die Argumentation „unehrlich zu Verbraucherinnen und Verbrauchern, [sie] kreiert enorme Engpässe in der Versorgung mit diesen Brennstoffen und damit unkalkulierbare Kostenrisiken für die Haushalte“ (DUH 2023e). Es handele sich um „falsche Versprechungen“ (vgl. DUH 2023f). Unter dem „Deckmantel H2-ready“ sollten weiter Gasheizungen in Betrieb gehen. Dabei handele es sich um eine „Mogelpackung“ (vgl. DUH 2023f). Die Regelung ermögliche, dass fossile, neu eingebaute Gasheizungen ein klimafreundliches Image bekämen (DUH 2023g). Immer wieder versucht die DUH die Täuschung aufzudecken, beispielsweise durch einen Kostencheck, welcher die Wasserstoffregelung „Kosten-, sondern auch eine Klimafalle“ entlarve (vgl. DUH 2023j). Die Bezeichnung als „Scheinlösung“ ist zentraler Bestandteil einiger Pressemeldungen (vgl. DUH 2023p, vgl. DUH 2023q). Die Konsequenzen „zahlen am Ende vor allem die Menschen zuhause, die mit der falschen Hoffnung auf erneuerbare Brennstoffe noch für Jahrzehnte an fossile Energieversorgung gebunden sein werden“ (DUH 2023t).

5.3.7 Rechtsverstoß

Die äußerste Form der Täuschung ist der Rechtsverstoß. Hier wird in der Debatte der Vorwurf laut, dass gewisse Aspekte und Ausprägungen des GEG gegen geltendes Recht verstoßen und trotzdem weiter als legitim verhandelt würden. Diese äußerste Form der Täuschung lässt sich bei den ökologischen Interessenvertretungen identifizieren.

Bei den ökologischen Interessenvertretungen stehen vor allem das Pariser Klimaabkommen als Rechtsnorm sowie das Klimaschutzgesetz Deutschlands im Fokus. Der BUND verweist auf Brüche mit dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (vgl. BUND 2023f) und den gesetzlich vorgeschriebenen Klimazielen Deutschlands (vgl. BUND 2023g). Am stärksten ausgeprägt ist der Trigger bei der DUH. Dort wird die größtmögliche Reaktion auf das GEG und seine vermeint-

lichen Rechtsverstöße hervorgerufen: die Klage. Vor der Ankündigung der Klage wirft die Interessenvertretung der Bundesregierung bereits vor, das Pariser Klimaabkommen mit der Umsetzung des GEG zu verfehlen. Sie spricht von einem „massive[n] Rechtsbruch“ (DUH 2023q). Den Höhepunkt, die Klage, begründet die DUH damit, dass „die Ampel-Fraktionen Rechtsbruch [begehen], denn die Klimaziele sind mit den im Gesetz verankerten Maßnahmen endgültig nicht erreichbar“ (DUH 2023t).

5.3.8 Unklarheit

Der Letzte der neu identifizierten Trigger ist die Unklarheit. Auch dieser Trigger zeigt sich über alle Interessenvertretungen hinweg. Die Unklarheit ist explizit auf die inhaltliche Ausgestaltung des GEG bezogen. Je unklarer und ungenauer diese formuliert sind, desto größer ist der Interpretations- und Auslegungsspielraum, was wiederum zu Unsicherheiten führt. Diese Unsicherheiten können dann auch Entgrenzungsbefürchtungen befeuern, da die Konsequenzen unabsehbarer werden. Besonders ausgeprägt ist die Unklarheit in den Pressemeldungen des vzbv und des BWP, da bei diesen beiden Interessensvertretungen vor allem die Planungssicherheit im Fokus steht. Der BWP will Planungssicherheit für die ökonomische Entwicklung seiner Branche, während der vzbv Transparenz und Planungssicherheit für Verbraucher*innen fordert.

Der BWP betont vermehrt, dass es im GEG klare Regelungen braucht, um Planungssicherheit zu schaffen. Klare Regelungen bezieht der Verband darauf, dass festgelegt werden sollte, „welche Heizungslösungen zum Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands führen und welche nicht“ (BWP 2023a). Hinzu kommt, dass sich der BWP daran stört, dass die teilweise starken Uneinigkeiten innerhalb der Regierungskoalition für Verunsicherung in der Industrie sorgen (vgl. BWP 2023b). Sie fordern einen „verlässliche[n] Übergang zu Klimaschutztechnologien“, welcher nicht „für parteipolitische Rangeleien missbraucht [...] werden“ (BWP 2023b) dürfe. Der Streit innerhalb der Bundesregierung wird innerhalb der Debatte mehrfach thematisiert. Daraus folgt, dass der BWP sowie Investor*innen nicht wüssten, „mit welchen Rahmenbedingungen Investoren in den nächsten Jahren tatsächlich rechnen können“ (BWP2023d). Auch Gebäudeeigentümer*innen seien nach Auffassung des BWP von der Verunsicherung betroffen, da im Debattenzeitraum davon abgehalten würde, in eine neue Heizung zu investieren (vgl. BWP 2023f). Die Verunsicherung durch Unklarheiten bleibt bis zur Verabschiedung des Gesetzes bestehen. So betont der Verband noch in der letzten Pressemeldung, dass „durch Klarstellungen zur künftigen Heizungsförderung und durch eine klimagerechte Ausgestaltung der Energiepreise wirkungsvoll flankiert werden muss“ (BWP 2023g).

Der IVD fordert vor allem Klarheit darüber, wie die Förderungen für einen neuen Einbau von Heizungen geregelt werden, um den Immobilieneigentümer*innen diesen finanziell möglichst einfach zu gestalten. Ohne eine solche Klarstellung wären die vom GEG geforderten Sanierungsmaßnahmen besonders für die Eigentümer*innen älterer, selbstgenutzter Ein- und Zweifamilienhäuser mit niedrigem Energieeffizienz-Standard unbezahlbar (vgl. IVD 2023c).

Beim vzbv wird der Trigger Unklarheit vor allem in der Forderung nach Transparenz für Verbraucher*innen sichtbar. Ihr Fokus liegt auf den Auswirkungen des Heizungstauschs für die große, heterogene Gruppe der Verbraucher*innen. Sie beklagen bereits zu Beginn „viele offene Fragen“, die Beschlüsse des GEG blieben „schwammig“ und „die erhoffte Klarheit und Planungssicherheit in Sachen Wärmewende hat dieser Koalitionsausschuss nicht erbracht“ (vzbv 2023a). Viele Gruppen wüssten nicht, mit welchen Förderungen gerechnet werden könne, „[u]m zu investieren, brauchen die Menschen jedoch Klarheit“ (vzbv 2023a). Diese Forderung setzt sich auch im Laufe der Debatte fort, denn „[d]ie Menschen brauchen schnell Klarheit darüber, welche finanzielle Unterstützung sie erwarten können.“ (vzbv 2023c). Bis zum Schluss bleibe „[d]ie wichtige Frage nach der finanziellen Unterstützung beim Einbau klimafreundlicher Heizungen [...] für Verbraucher:innen zudem noch offen“ (vzbv 2023h).

Der Forderung nach Planungssicherheit schließt sich auch der DMB an. Es müsse klar geregelt werden, dass der gesamte vermietete Gebäudebestand gefördert werde und Vermieter*innen die Fördermittel von den umgelegten Kosten abziehen müssten, und zwar unabhängig davon, ob sie diese tatsächlich in Anspruch nehmen (vgl. DMB 2023b). Bliebe diese Regelung unklar, würde eine stärkere ungleiche Lastenverteilung und damit eine stärkere Ungleichbehandlung befürchtet.

Auch der BUND beklagt Verunsicherungen und fordert Planungssicherheit. Aus Sicht des BUND verhindert besonders die FDP klare Regelungen und schüre eine Verzögerung des parlamentarischen Verfahrens sowie Verunsicherungen bei den Bürger*innen (vgl. BUND 2023b). Im Verlauf werde das GEG „aufgeweicht, [...] viel zu spät wirksam und vieles bleibt unklar“ (BUND 2023d). Zudem werde durch das GEG eine Verantwortungsverschiebung des Klimaschutzes auf die Kommunen bedingt und Bürger*innen „im Unklaren“ gelassen (vgl. BUND 2023d). Am Ende entstehe ein „Kuddelmuddel an Rechtsordnungen“, welche „die Potenziale der Kreislaufwirtschaft für mehr Klima- und Ressourcenschutz nicht im Blick haben“ (BUND 2023f). Auch nach Verabschiedung des GEG „tappen [Kommunen und Verbraucher*innen]

weiter im Dunkeln, wenn es um eine schnelle Umstellung auf erneuerbare Wärme geht“ (BUND 2023g).

Der Trigger der Unklarheit wird von der DUH vor allem im Zusammenhang mit dem Verfahren und den Verzögerungen im parlamentarischen Entscheidungsprozess sichtbar. So würden Verbraucher*innen durch die Verschiebung der ersten Lesung „im Unklaren gelassen“ (vgl. DUH 2023j). Sie befürchten, dass „fossile Panikkäufe für Bewohnerinnen und Bewohner zur Kostenfalle [...] werden“ (DUH 2023k). Am Ende wird der Trigger auch durch inhaltliche Aspekte berührt. Statt der versprochenen Klarheit für die Wärmewende erlaube das Gesetz weiterhin viele Heizungsoptionen, die mit kostspieligen Risiken für Verbraucher*innen verbunden seien (vgl. DUH 2023t).

5.4 Kommunikation/ Sprache

Nachdem in der bisherigen Auswertung bereits die Erkenntnisse zu den Formalien sowie dem Inhalt ausgeführt wurden, soll im Folgenden die Kommunikation und Sprache näher beleuchtet werden. So wird zu Beginn die Verwendung emotionalisierender Sprache thematisiert, welche einen wichtigen Indikator für Trigger und Triggerpunkte darstellt. Zudem soll die direkte Ansprache politischer Entscheidungsträger*innen näher betrachtet werden, da diese einen besonders starken Zusammenhang mit dem vermehrten Auftreten emotionalisierender Sprache aufweist.

5.4.1 Emotionalisierende Sprache

Emotionalisierende Sprache zieht sich durch die gesamte Kommunikation der ausgewählten Interessensvertretungen in ihren Pressemeldungen zum GEG. Besonders häufige Merkmale in der ausgewählten Debatte sind die Verwendung von normativer Sprache, die Verwendung von Metaphern, sowie die Beschreibung von Bedrohungsszenarien.

Auch wenn die Ausprägung emotionalisierender Sprache sich generell unterscheidet, lässt sich feststellen, dass es einen Zusammenhang mit dem Aufkommen der Trigger gibt. Steigt die Zahl der Trigger, so wird auch die Sprache emotionalisierender. Zudem lässt sich beobachten, dass die Sprache hinsichtlich des Endes der Debatte zunimmt. Es scheint, als ob man durch emotionalisierende Sprache am Ende des Diskurses noch einmal versucht, die Öffentlichkeit oder Politiker*innen von der eigenen Position zu überzeugen oder den eigenen Frust mit den endgültigen Regelungen zu kommunizieren.

In den Ansprachen der internen wie externen Expertinnen und Experten wird eine deutliche und offene Kommunikation gepflegt. Soziale und ökologische Interessensvertretungen mit vorwiegenden Mitgliedsinteressen neigen weniger dazu, den diplomatischen Kommunikationsweg zu wählen. Die Emotionen zeigen sich besonders auch in der direkten Ansprache politischer Entscheidungsträger*innen, welche im Folgenden noch genauer beleuchtet werden sollen.

5.4.2 Direkte Ansprache von politischen Entscheidungsträger*innen

Ein Kommunikationsmerkmal, welches sich als sehr zentral in der Analyse herausgestellt hat, aber noch nicht Teil des theoretischen Analyserahmens war, ist die direkte Ansprache politischer Entscheidungsträger*innen. Dies ist sowohl im positiven Zusammenhängen als auch vermehrt in negativen Zusammenhängen passiert.

Die direkten Ansprachen verwendet der IVD im Vergleich zu den anderen Interessensvertretungen in geringerer Anzahl und im positiven Kontext. Einerseits wird die Bundesregierung positiv hervorgehoben, da sie „erkennt, dass sie beim Klimaschutz den betroffenen Eigentümern entgegenkommen muss. Auch im Interesse von Millionen Mietern“ (IVD 2023a). Zum anderen wird auch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck positiv erwähnt, als der Gesetzesentwurf des GEG entschärft wurde und der Minister damit „in der Realität angekommen“ sei (vgl. IVD 2023b). Bei letzterer direkter Ansprache wird zugleich die Selbstwirksamkeit des IVD kommuniziert, da durch die Entschärfung klar würde, dass „sich ein gemeinsamer Widerstand lohnt“ (IVD 2023b). Der BWP nutzt die direkte Ansprache der Bundesregierungen, um seine Forderungen zu adressieren und bereits getätigte Zusagen seitens der Politik zu unterstreichen. So hebt der Verband hervor, dass „[d]iese Koalition [...] mit dem Anspruch angetreten [ist], den Aufbruch in die Klimaneutralität voranzutreiben“ (BWP 2023d). Auch der vzbv spricht die Regierung mehrfach direkt an. Damit versucht der Verband, Zeitdruck aufzubauen. Die Bundesregierung müsse so schnell wie möglich aufzeigen, welche Gruppen mit welcher Förderung rechnen können (vgl. vzbv 2023b). Zudem wird in direkter Ansprache versucht, hervorzuheben, dass die Bemühungen zu gering ausfielen (vgl. vzbv 2023d). Außerdem ist ein zentraler Kritikpunkt die Uneinigkeit innerhalb der Koalition, welche auch in direkter Ansprache herausgestellt wird.

Während der IVD bereits Robert Habeck im Positiven direkt adressiert hat, werden beim DMB, dem BUND sowie der DUH vermehrt die FDP als Ganze oder Repräsentant*innen der Partei adressiert und kritisiert. In manchen Fällen kann von einer Antagonisierung gesprochen werden. Die Kritik fällt stark negativ aus und die FDP und ihre Repräsentant*innen werden nahezu

als Bösewichte der Debatte dargestellt, auf welche die negativen Entwicklungen der Debatte zurückgeführt werden könnten.

Beim DMB zeigt sich hierbei ein spannender Vergleich. Während zu Beginn Bundesbauministerin Geywitz und Bundeswirtschaftsminister Habeck direkt adressiert werden, da sie „Probleme bei der Weitergabe von Förderungen im Mietwohnungsbereich außen vor [lassen]“ (DMB 2023a), ist es am Ende konkret die FDP, welche „erneut die Grünen und die SPD beim Heizungsgesetz vor sich her [treibt], zuerst auf Kosten des Klimaschutzes, jetzt auf Kosten des Mieterschutzes“ (DMB 2023d).

Der BUND spricht von einer „Blockade-Taktik“ der FDP, womit die Partei „mit der Verzögerung des parlamentarischen Verfahrens beim Gebäude-Energie-Gesetz Verunsicherung bei den Bürgerinnen und Bürgern [schürt]“ (BUND 2023b). In diesem Zusammenhang wird zudem gefordert, dass Bundeskanzler Olaf Scholz „ein Machtwort sprechen [muss]“ (BUND 2023b), um seine eigene Glaubwürdigkeit und Legitimation zu beweisen. So versage zwar die gesamte Ampel beim Klimaschutz, es seien aber vor allem die FDP in der Regierung und die CDU/CSU in der Opposition, welche „dem Heizungsgesetz bereits in den letzten Wochen schwer geschadet [haben]“ (BUND 2023c). Die FDP klammere sich dabei „an ihre ewig gestrige Partei-Ideologie und die Interessen der Gas-Lobby“ (BUND 2023c). Damit verspiele die Ampel „unsere Zukunft“ (vgl. BUND 2023d). Gegen Ende der Debatte wird die Ansprache dann wieder generell und es wird die Ampel als Bundesregierung adressiert. Die gesamte Regierung sei am Ende dafür verantwortlich, dass fossile, klimaschädliche Heizungen zementiert würden und Verbraucher*innen mit dem Risiko hoher Energiekosten alleine zurückgelassen werden (vgl. BUND 2023e). Schlussendlich werden dann die verantwortlichen Minister*innen adressiert und damit Habeck und Geywitz dazu aufgefordert, Fehlentwicklungen des GEG zu verhindern und speziell die Einstufung von Wärme aus Abfallverbrennungsanlagen als erneuerbar zu verhindern (vgl. BUND 2023f).

Die DUH steigt in die Debatte mit positiver direkter Ansprache von politischen Entscheidungsträger*innen ein. So haben „[m]it dem Gesetzesvorschlag zum fossilen Heizungsausstieg [...] Minister Habeck und Ministerin Geywitz die Zeichen der Zeit erkannt“ (DUH 2023a). Doch im weiteren Verlauf stellt auch die DUH die FDP als Antagonisten der Debatte heraus. Die Partei mache sich „gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft aktuell zum Steigbügelhalter für fossile Geschäftsinteressen, die einzig und allein darauf abzielen, den klimapolitischen Fort-

schritt im Wärmesektor zu blockieren“ (DUH 2023a). Die Herausstellung der FDP als Antagonisten der Debatte zieht sich über mehrere Pressemeldungen hindurch. So Sorge die FDP für Streit in der Koalition und verhindere „mit ihrer Blockadehaltung“ die Wärmewende (vgl. DUH 2023b). Auch Wirtschaftsminister Habeck und Bauministerin Geywitz werden dazu aufgefordert, „endlich“ zu liefern (vgl. DUH 2023c). Teilweise wird auch die Bundesregierung direkt angesprochen. Zum Beispiel, als es um das Bundesklimaschutzgesetz geht und die Bundesregierung als „Anti-Klimaschutz-Koalition“ bezeichnet wird (vgl. DUH 2023d). Immer wieder wird die Bundesregierung dazu aufgefordert, den Entwurf des GEG zurückzuziehen (vgl. DUH 2023e, vgl. DUH 2023g). Die Vorwürfe der DUH gegenüber der FDP bleiben über den gesamten Verlauf präsent. Die Partei betreibe „Frontalangriffe“ (DUH 2023f) und sei eine „Fundamentalopposition“ (DUH 2023i), sie betreibe in der Debatte ein „Kasperletheater“ (DUH 2023k). Daraufhin werden immer wieder verschiedene Akteur*innen direkt angesprochen, um dem GEG entgegenzuwirken. Seien es die Grünen dazu „jede Aufweichung, Pseudo-Alternative und fossile Scheinlösung aus dem Gebäudeenergiegesetz zu streichen“ (DUH 2023f) oder Kanzler Olaf Scholz dazu „ein Machtwort [zu] sprechen“ (DUH 2023i). Gegen Ende werden zudem die gesamten Bundestagsfraktionen der Grünen und der SPD dazu aufgefordert, „sich nicht auf faule Kompromisse einzulassen“ (DUH 2023k) und auch die beiden zu Beginn bereits direkt angesprochenen Minister*innen Habeck und Geywitz die konkrete Maßnahme von „Wärme aus Abfallverbrennung als erneuerbar [zu] verhindern“ (DUH 2023o).

5.5 Triggerpunkte

Die Frage, die zu Beginn dieser Arbeit aufgerufen wurde, war, ob und inwieweit Triggerpunkte in Debattenbeiträgen organisierter Interessensvertretungen zu finden sind und ob sich damit ein differenziertes Bild von Konflikten zeichnen lässt. Bei der Stichprobe wurden sechs Interessenorganisationen betrachtet, von denen jeweils zwei eine der drei Säulen der Nachhaltigkeit, Ökologie, Ökonomie und Soziales, repräsentieren. Nachdem die zentralen deskriptiven Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse in den vorherigen Kapiteln dargestellt wurden, werden nun die Zusammenhänge analysiert, die Rückschlüsse auf die Triggerpunkte in der Debatte um das GEG geben können.

Bei Betrachtung der Debatte mit Blick auf Auffälligkeiten zwischen Formalitäten und Kommunikationselementen fällt auf, dass die advokatorischen Interessenvertretungen, die der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit, wesentlich mehr emotionalisierende Sprache verwenden als die beiden ökonomischen Interessensvertretungen, welche ihr Eigeninteresse repräsen-

tieren. Bei den vier advokatorischen Interessenvertretungen lässt sich eine durchgehende Unzufriedenheit mit der Entwicklung des GEG feststellen. Zwar sind besonders die beiden sozialen Interessenvertretungen, der DMB wie der vzbv, noch eher kompromissbereit, durch konstruktive Argumentation mit ständigen Alternativvorschlägen, dennoch zeigt sich keine der vier am Ende komplett zufrieden mit dem Ergebnis. Auch zeigt sich, dass emotionalisierende Sprache vermehrt bei den drei advokatorischen Organisationen zu finden ist, bei welchen die Mitgliederlogik der Reputationslogik überwiegt, nämlich beim DMB, dem BUND und der DUH.

Was sich in Bezug auf die Verbindung von Kommunikationsaspekten feststellen lässt, ist, dass die emotionalisierende Sprache mit dem Aufkommen von Triggern steigt. Besonders ausgeprägt sind die emotionalisierende Sprache wie auch die direkte Ansprache von politischen Entscheidungsträger*innen bei ökologischen Interessenvertretungen. Die Analyse der Inhalte sowohl des BUND als auch der DUH zeigt, dass sich eine Vielzahl von Triggern finden lässt, die in ihrer Anzahl am Ende in ihrer Häufigkeit zunehmen. Auch der DMB weist in seiner Kommunikation viele Trigger auf, der vzbv im direkten Vergleich hingegen weniger. Die beiden ökonomischen Interessenvertretungen weisen am wenigsten Trigger auf und damit auch weniger emotionalisierende Sprache in ihren Pressemeldungen.

Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, dass sich sowohl der DMB wie auch der BUND und die DUH in vielen verschiedenen Debatten, die vom GEG berührt werden, getriggert fühlen. Beim DMB ist es konkret die Modernisierungsumlage. Beim BUND und der DUH sind es die deutschen gesetzlich vorgeschriebenen Klimaziele wie auch das Pariser Klimaabkommen. Die inhaltliche Argumentation weicht bei diesen drei Interessenvertretungen öfter vom GEG an sich ab. Die Folgen des GEG werden ganzheitlicher betrachtet. Hinzu kommt, dass die Ausgangslage nach eigener Aussage dieser drei von Anfang an schlecht und damit negativ ist. Der BUND und die DUH fokussieren von Beginn an die ausartende Klimakrise, der DMB die prekäre Situation finanziell schwacher Menschen durch unter anderem die Inflation. Der BWP, der IVD und der vzbv hingegen argumentieren enger am Gesetz entlang und thematisieren ihre Ausgangslage nicht in einem negativen Kontext.

Jenes hat auch Auswirkungen auf die Triggerpunktedynamik. Während die beiden ökonomischen Interessenvertretungen, der Bundesverband Wärmepumpe und der Immobilienverband Deutschland, im Vergleich zu den advokatorischen Interessenvertretungen deutlich weniger Trigger in ihrer Kommunikation aufweisen, kommen beide nicht annähernd an den Punkt, indem Konsens zu Dissens und in eine Art Gegnerschaft gegen das GEG umschlägt. Die Tabelle

13 zeigt dazu exemplarisch die Stimmung der beiden Interessenvertretungen zu Beginn und Ende der Debatte um das GEG.

Tabelle 13: Inhaltliche Positionierung des IVD und des BWP am Anfang und am Ende der Debatte um das GEG

IVD 2023a	Wir begrüßen die Einigung auf finanzielle Hilfen und flexiblere Fristen bei der Umsetzung von Investitionsmaßnahmen in neue Heizungssysteme. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass sonst viele Eigentümer finanziell überfordert sein werden.
IVD 2023e	Bis zur Verabschiedung des Gesetzes im Deutschen Bundestag sollte die Regierung die Zeit nutzen, um gesellschaftliche Akzeptanz für ihre Vorgehensweise bei der Transformation im Gebäudesektor zu schaffen – mit Maß und Mitte.
BWP 2023a	Die viel diskutierte Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) zur 65 Prozent EE-Regelung beim Heizungstausch muss nun schleunigst auf den Weg gebracht werden, um Planungssicherheit in der Branche zu schaffen.
BWP 2023g	Der Bundesverband Wärmepumpe begrüßt den Gesetzesbeschluss zum sogenannten Heizungsgesetz. (...) Es ist wichtig, dass der Gesetzesrahmen für den Heizungstausch jetzt steht.

Quelle: Eigene Darstellung

Anders verhält es sich mit den advokatorischen Interessenvertretungen, auch wenn an dieser Stelle nicht zu pauschalisieren ist. Am ausgeglichensten der vier ausgewählten Interessenvertretungen argumentiert der Bundesverband Verbraucherzentrale. Die Kritik und auch die Trigger folgen hier in den meisten Fällen auf eine Anerkennung von gewissen inhaltlichen Aspekten aus dem GEG. Ein Dissens gegen das GEG als solches ist an keiner Stelle zu erkennen, auch wenn die Emotionalität und die Trigger sich im Laufe der Zeit verändern und sich häufen. Zwar zeigt sich der vzbv nicht zufrieden mit der Novelle des GEG. Anstatt aber diese Unzufriedenheit als Dissens zu artikulieren, steht am Ende der Debatte die Empfehlung an Verbraucher*innen, sich gut beraten zu lassen. Die Verantwortung wird also von der politischen auf die individuelle Ebene verlagert:

„Wer jetzt oder in den kommenden Jahren eine neue Heizung einbauen lassen will, sollte sich professionelle Hilfe bei einer unabhängigen Energieberatung holen. Die Investition soll sich ja lohnen, eine Heizung ist ein Langfristprojekt“ (vzbv 2023h)

Der DMB artikuliert von Beginn an, dass sie unzufrieden mit den Ausführungen des GEG sind. Sie sind der Meinung, „dass das Gebäudeenergiegesetz [...] Mieterinnen und Mieter weder vor Mieterhöhungen in Folge des Heizungswechsels, noch vor hohen Heizkosten nach der Umstellung auf erneuerbare Energien [schützt]“ (DMB 2023b). Im Verlauf der Debatte intensiviert sich die Kritik, wobei der Verband nur noch wenig bis gar nicht kompromissbereit erscheint. So lautet es in einer Pressemeldung:

„Der Deutsche Mieterbund unterstützt die Reform des Gebäudeenergiegesetzes nur, wenn gleichzeitig die Sozialverträglichkeit gesetzlich verbindlich für alle Mieterinnen und Mieter sichergestellt wird“ (DMB 2023d).

An dieser Stelle kann der Eindruck entstehen, dass ein Triggerpunkt erreicht ist. Es wird eine klare Forderung gestellt, die von Beginn an aus Sicht des DMB nicht erfolgt ist: Die gesetzlich verbindliche Sozialverträglichkeit. Am Ende begrüßt der Verband allerdings sogar, dass das GEG verabschiedet wurde, obwohl der Hauptkritikpunkt, die zweite und höhere Modernisierungsumlage, nach wie vor Bestandteil des Gesetzes ist. Vielmehr versucht der DMB, die Forderungen auf andere gesetzliche Regelungen zu verschieben, da ihre Forderungen nicht mit dem GEG abgegolten werden können (vgl. DMB 2023f). Interessant ist dies im Blick darauf, dass auch zu Beginn das GEG nur der Aufhänger dafür war, Änderungen am BGB durchzusetzen, die durch das GEG nur weiter verschärft würden (vgl. DMB 2023a). Nach dem Scheitern der Durchsetzung der eigenen Forderungen beim GEG wird dementsprechend wieder an anderen Stellen und Gesetzen versucht, diesen Misserfolg für die Mieter*innen auszugleichen.

Auch der BUND kommt nicht an den Punkt, an dem das GEG komplett abgelehnt wird. Zwar zeigt sich, dass sie mit dem Gesetz nicht zufrieden sind, dennoch gehen sie weder in den handelnden Widerspruch noch fordern sie eine Neuverhandlung. Sie stellen an einer Stelle heraus: „Eine klima- und sozialgerechte Wärmewende sieht anders aus“ (BUND 2023g). Dennoch werden kurz danach soziale Nachbesserungen der Ampel anerkannt (vgl. BUND 2023g). Am Ende der Debatte verlagern sie die Verantwortung darauf, ähnlich wie der vzbv, dass Individuen künftig transparent vor dem Heizungskauf aufgeklärt werden sollen, um die nicht akzeptablen Passagen des GEG auszugleichen. Zudem zeigt sich die Organisation froh, denn „[e]ndlich hat die Hängepartie zum ‚Heizungsgesetz‘ ein Ende“ (BUND 2023h). Besonders kritisieren sie den Einsatz von Wasserstoff und Biomasse als Heizträger, „[s]tatt zu klotzen wird gekleckert“ (BUND 2023h). Es wird sich dennoch mit dem Ergebnis abgefunden und stattdessen gefordert,

dass die Ampelkoalition „endlich gesetzlich für einen sinkenden Energieverbrauch in Gebäuden sorgen“ (BUND 2023h) soll. Die Organisation versucht dementsprechend, über andere Forderungen, in diesem Fall einen insgesamt sinkenden Energieverbrauch, die Versäumnisse durch das GEG auszugleichen.

Den stärksten Wandel in der Zustimmung zum GEG zeigt die DUH. Zu Beginn wird die Debatte um das Gesetz positiv hervorgehoben und begrüßt.

„Das Gesetz schafft Planbarkeit für Verbraucherinnen und Verbraucher, die Industrie, die Heizungsbranche und das Handwerk und ebnet den Weg für eine klimafreundliche Wärmeversorgung“ (DUH 2023a)

Jedoch wird die Kritik am Gesetz im Verlauf der Debatte immer schärfer und sowohl die Kompromissbereitschaft wie auch die Zustimmung sinken mit jeder Neuverhandlung der Regierung. Ein entscheidender Moment der Ablehnung des GEG erfolgt mit der geplanten Aufweichung des Bundesklimaschutzgesetzes, welche scharf als „absolute Katastrophe“ kritisiert wird (vgl. DUH 2023d). Ab diesem Zeitpunkt wird die Kommunikation wesentlich emotionalisierender und auch die Dichte der Trigger nimmt zu. Auch wird weniger von Realitätsverstößen gesprochen und mehr von Täuschungen. Es wird vermehrt eine Absicht der Darstellung falscher Tatsachen unterstellt. Mit dem Einsatz von Wasserstoff würden „Scheinlösungen“ etabliert, durch welche „die Einhaltung des Pariser 1,5-Grad-Limits in weite Ferne [rückt]“ (DUH 2023h). Die Umsetzung des GEG betrifft nicht mehr ausschließlich die Wärmewende. Vielmehr wird das übergreifende Ziel des Pariser Klimaabkommens nach Einschätzung der DUH gefährdet.

Zudem wird der ökologische Nutzen des GEG in Frage gestellt. In ihrem Entwurf „treibt sie [die Regierung] lediglich die Preise für die entsprechenden Heizsysteme und den Einbau in die Höhe“ (DUH 2023h). Im Laufe der Debatte verschärft sich zudem auch die Sprache bezüglich des Pariser Klimaabkommens. Während es zuvor hieß, dass „die Einhaltung des Pariser 1,5-Grad-Limits in weite Ferne [rückt]“ (DUH 2023h), wird zu einem späteren Zeitpunkt davon gesprochen, dass „[wir] [m]it diesem Gesetz [...] die gesetzlich verbindlichen Klimaziele und das völkerrechtlich verbindliche Pariser Klimaschutzabkommen reißen“ (DUH 2023p). Dies bedeute einen „Rechtsbruch mit fatalen Folgen“ (DUH 2023p). So zeigt sich schon vor Ende der Debatte ein konkreter Dissens mit der Ausformulierung des GEG. Die DUH teilt mit:

„Das Gesetz darf so nicht verabschiedet werden und muss nachgebessert werden“ (DUH 2023q).

In der letzten Pressemeldung zur Verabschiedung des GEG wird dieser Dissens dann erneut artikuliert und weiter ausgeführt. Das GEG wird verurteilt und als „klimapolitisches Versagen der Bundesregierung“ bezeichnet (vgl. DUH 2023t). Mit der Verabschiedung „begehen die Ampel-Fraktionen Rechtsbruch, denn die Klimaziele sind mit den im Gesetz verankerten Maßnahmen endgültig nicht erreichbar“ (DUH 2023t). Nicht nur würden die Klimaziele verfehlt, auch würden Menschen mit niedrigen Einkommen in die „Energiekostenfalle“ getrieben. Als Konsequenz „bleibt uns [der DUH] nur noch der Rechtsweg um Klima und Menschen zu schützen“ (DUH 2023t). Anders als alle anderen Interessensvertretungen will sich die DUH nicht mit dem GEG abfinden und gegen den Beschluss vorgehen. Im Fall der DUH kann eindeutig von einem überschrittenen Triggerpunkt gesprochen werden. Die Position zum GEG ist im Laufe der Debatte von Konsens zu Dissens umgeschlagen, vor allem dadurch bedingt, dass das übergreifende Ziel des Pariser Klimaabkommens durch das GEG in Gefahr gerate.

6. Diskussion

Die in der Auswertung erfassten Erkenntnisse sollen nun noch einmal zusammengefasst und vor dem theoretischen Hintergrund sowie dem bisherigen Forschungsstand zu Triggerpunkten und dem GEG interpretiert werden. Am Ende dieses Kapitels sollen außerdem die Grenzen der Arbeit sowie ein Ausblick auf künftige Forschungsarbeiten aufgezeigt werden.

6.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Die vorangegangene Analyse hat gezeigt, dass Triggerpunkte auch im professionalisierten Kommunikationskontext von Interessenvertretungen vorkommen. Bei allen betrachteten Interessenorganisationen sind Trigger identifiziert worden, auch wenn diese sich in ihrer Anzahl und Qualität unterscheiden.

Von den bereits bekannten Triggern sind besonders die Ungleichbehandlung im Kontext sozialer Nachhaltigkeitsinteressen (besonders beim DMB) und Entgrenzungsbefürchtungen besonders bei ökologischen Nachhaltigkeitsinteressen (BUND und DUH) aufgetreten. Der Trigger Ungleichbehandlung konnte in einer neuen Dimension erfasst werden, nämlich der ungleichen Verteilung von Lasten im Kontext des GEG. Auch eine Reihe neuer Trigger konnte identifiziert werden: die Täuschung in ihren Abstufungen Realitätsverstoß, Täuschung und Rechtsverstoß sowie der Trigger Unklarheit. Der Realitätsverstoß ist in Anlehnung an den bereits bekannten Normalitätsverstoß zu verstehen. Der negative Kontext, in dem dieser Trigger entfacht wird, ist, dass der kommunikative Sender mit (neuen) Informationen zum GEG (im Fall der Pressemeldungen meist die Politik) und der kommunikative Empfänger eine andere Vorstellung von

der bereits existierenden Realität haben oder eine andere Vorstellung davon, was realistisch umzusetzen ist. Dieser Trigger ist vor allem zu Beginn der Debatte zu beobachten. Der Trigger Täuschung weist eine ähnliche Tendenz auf. Im Gegensatz zum Realitätsverstoß wird den politischen Verantwortlichen in diesem Fall jedoch mit Absicht unterstellt, ein falsches Bild der Realität und von dem, was möglich ist, zu vermitteln. Die Täuschung, welche die Empörung triggert, bleibt allerdings ohne Konsequenzen, da innerhalb der Rechtsnormen agiert wird. Beim Rechtsverstoß wird dem kommunikativen Sender dann allerdings vorgeworfen, gegen die bestehende Rechtslage zu handeln. Besonders ausgeprägt sind die Trigger Realitätsverstoß, Täuschung und Rechtsverstoß bei den ökologischen Interessenvertretungen. Die unterliegende Erwartung, die durch diesen Trigger berührt ist, sind ein ehrlicher und transparenter Diskurs.

Der letzte neu identifizierte Trigger ist die Unklarheit. Dieser bezieht sich auf unklare Aussagen im GEG und von politischen Entscheidungsträger*innen, die ein Gefühl von Unsicherheit vermitteln. Unklare Aussagen ermöglichen einen größeren Interpretationsspielraum und verhindern eine klare Vorstellung der Konsequenzen des diskutierten GEG. Besonders ausgeprägt ist der Trigger beim vzbv und dem BWP. Die unterliegende Erwartung, die durch diesen Trigger verletzt wird, sind die Sicherheit und die Zuverlässigkeit.

Die meisten Trigger finden sich in der Kommunikation des DMB, des BUND und der DUH. Alle drei vereint, dass es sich um advokatorische Interessenvertretungen handelt, bei denen besonders die Mitgliedslogik in ihrer Positionierung in der Debatte ums GEG überwiegt. Diese drei Interessenvertretungen sind es zudem, die am nächsten an den Triggerpunkt herankommen. Bei der DUH wurde er sogar überschritten. Das bedeutet: Advokatorische Interessenvertretungen neigen stärker zu Trigger und Triggerpunkten als Organisationen, die ein Eigeninteresse vertreten.

Durch die Trigger, welche an unterschiedlichen inhaltlichen wie auch prozeduralen Punkten der Debatte Unzufriedenheiten und Empörungen sichtbar machen, kann ein differenziertes Bild des Konfliktes gezeichnet werden. Die Akteur*innen lassen sich nicht auf einer eindimensionalen Konfliktlinie positionieren, sondern zeigen in ihrer Ablehnung und Unzufriedenheit verschiedenste Facetten. Während für einige die soziale Gerechtigkeit zentraler Kritikpunkt und Ursache der Unzufriedenheit ist, sind es bei anderen die Entgrenzungsbefürchtungen oder die Täuschung. Selbst die Trigger sind in ihrem Ablehnungsgrund zu differenzieren. So zeigt sich bei der Entgrenzungsbefürchtung, dass zum einen die Entgrenzung der Kosten für Mieter*innen oder Vermieter*innen und zum anderen die Entgrenzung des Klimawandels befürchtet wird.

Die Annahme der „Verkraterung“ von gesellschaftlichen Konflikten anstelle einer antagonistischen Polarisierung kann anhand der Debatte um das GEG nachgezeichnet werden.

6.2 Interpretation der Ergebnisse

Im Folgenden sollen die Ergebnisse mithilfe von theoretischen Einordnungen interpretiert werden. Dabei soll zum einen eine Studie des Progressiven Zentrums beleuchtet werden, welche mithilfe einer quantitativen Inhaltsanalyse die Debatte um das GEG und ihre Vielfalt, Ausgewogenheit sowie faktische Richtigkeit analysiert hat. Darüber hinaus soll mit den Merkmalen von Public Affairs sowie der Kommunikation advokatorischer Interessenvertretungen erörtert werden, warum es eine besondere Affinität für Trigger und Triggerpunkte bei diesen Interessenvertretungen gibt. Zuletzt soll die Besonderheit der ökologischen Interessenvertretungen und einer möglichen Affinität zu Triggern und Triggerpunkten näher beleuchtet werden.

Die Analyse von Triggerpunkten in der Debatte um das GEG zeichnete bei den ausgewählten Interessenvertretungen ein tendenziell negatives Bild der Unzufriedenheit. Besonders die advokatorischen Interessenvertretungen (DMB, vzbv, BUND, DUH) bewerten das GEG im Laufe seiner Debatte zunehmend negativ. Die Studie „Aufgeheizte Debatte“, welche bereits in der Einleitung Aufschluss über die Einordnung der Debatte gegeben hat, zeigt, dass sich dieses negative Bild auch in der medialen Berichterstattung widerspiegelt. Dabei wurden sowohl die mangelnde Vermittlung der Inhalte als auch eine geringe Akzeptanz, aber auch negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Klimaschutz als Gründe der negativen Bewertung in den Medien aufgeführt (vgl. Jost et al. 2024, 2). Die negative Bewertung der Auswirkungen (mangelnder Klimaschutz, unrealistische Technologien zur Umsetzung der Wärmewende und hohe Kosten besonders für finanziell schwache Menschen) spiegelt sich auch in der Kommunikation der Interessenvertretungen wider. Die Debatte war der Studie zufolge medial stark an politischen Akteur*innen orientiert, wobei alle Regierungsparteien, besonders aber die Grünen, negativ bewertet wurden (vgl. Jost et al. 2024, 2). Auch diese Erkenntnis spiegelt sich in den Pressemeldungen der Interessenvertretungen wider. Besonders stark wird in den Pressemeldungen allerdings die FDP kritisiert. Die Kritik geht dabei in erhöhtem Maße von den ökologischen Interessenvertretungen, dem BUND und der DUH, aus.

Die teils sehr emotionalisierte Debatte mit großem Konfliktpotenzial führen die Autoren der Studie vor allem auf eine schlechte Konzeption und Kommunikation des GEG seitens der Regierung zurück. Sie stellen dabei heraus, dass soziale Gerechtigkeit einer, wenn nicht sogar der wichtigste Einzelfaktor für Maßnahmenakzeptanz ist (vgl. Jost et al. 2024, 3). Diese Erkenntnis

kann einen Erklärungsansatz liefern, warum die Ungleichbehandlung ein starker Trigger in den Pressemeldungen war, die am meisten Trigger und am nächsten an Triggerpunkten waren. Darunter fallen die Pressemeldungen des DMB, des BUND und der DUH, teilweise auch der vzbv. Diese vier stellten über die Debatte hinweg immer wieder heraus, dass Mieter*innen und Menschen mit geringeren Einkommen, vom GEG stark negativ beeinflusst werden könnten (vgl. Jost et al. 2024, 3).

Der Trigger der Täuschung wurde besonders oft im Kontext von Wasserstoff (der H₂-ready-Lösung) oder der Verwendung von Holzpellets und Abwärme aus Müllverbrennung identifiziert. In der Studie wird darauf hingewiesen, dass es den Journalist*innen zunehmend an Transformationskompetenz mangle, was dafür sprechen würde, dass konkrete Instrumente der Dekarbonisierung sowie der Umgang mit Verzögerungstaktiken nicht ausreichend identifiziert werden konnten (vgl. Jost et al. 2024, 3). Dieses mangelnde Wissen im Diskurs führt allerdings dazu, dass Täuschungen der politischen Kommunikator*innen überhaupt ermöglicht werden und der Trigger der Täuschung in den Pressemeldungen der ökologischen Interessenvertretungen so präsent sein konnte. Es ist möglich anzunehmen, dass der BUND sowie die DUH aus ihrer Expert*innenperspektive deswegen so stark auf die Täuschung reagieren. Sie könnten dadurch versuchen, wichtige Informationen als Expert*innen in den Diskurs einzubringen und den möglichen Schaden, der durch die Annahme falscher Tatsachen entstehen könnte, abzuwenden. An dieser Stelle ist die emotionssoziologische Kritik angebracht. Denn obwohl Trigger und Triggerpunkte aus negativen Kontexten hergeleitet wurden, müssen diese nicht zwangsläufig auch negative gesellschaftliche Auswirkungen haben (vgl. Diefenbach 2024, 317). Das Überschreiten des Triggerpunkts bei der DUH kann auch durchaus positiv betrachtet werden. Ausgelöst wird der Triggerpunkt besonders durch die Trigger der Täuschung, der Entgrenzungsbefürchtungen sowie des Rechtsbruchs. Jost et al. diagnostizieren dazu mangelnde Transformationskompetenz medialer Akteur*innen, was diese Trigger erst in ihrem Umfang ermöglicht. Es entsteht also ein informationsleerer Raum im intermediären System, der Täuschungen und falsche Annahmen erlaubt. So ist das Überschreiten des Triggerpunktes im Sinne des Konsenses negativ. Wenn es jedoch darum geht, legitime und - im Sinne der Klimaziele - sinnvolle Regelungen zu verabschieden, die positiv auf die Gesellschaft wirken, ist es nahezu notwendig, um die Täuschungen und Falschinformationen aufzudecken.

Bei den thematischen Schwerpunkten ist auffällig, dass gerade die Konsequenzen für die Wirtschaft und den Klimaschutz wenig Beachtung in der betrachteten Berichterstattung fanden (vgl. Jost et al. 2024, 11). Da besonders die ökologischen Interessenvertretungen eine hohe Affinität

zu Triggern aufweisen und beide mit am unzufriedensten mit dem GEG waren, könnte darin eine weitere Begründung für ihre stark emotionalisierende Sprache stecken. Interessant an dieser Stelle ist eine Erkenntnis der Studie von Jost et al., dass die DUH, welche in der Debatte den Triggerpunkt überschritten hat, als häufigster zivilgesellschaftlicher Akteur in der Berichterstattung genannt wird (vgl. 2024, 12). Im Zusammenspiel damit, dass die von ihr vertretenen Belange aber weniger Relevanz in der medialen Debatte zeigten, könnte dies zusammen mit aufmerksamkeitsökonomischen Faktoren zum Übertreten des Triggerpunkts geführt haben. Denn Erkenntnisse aus der Bewegungsforschung zeigen, dass Akteur*innen, welche öffentliche wie advokatorische Interessen vertreten, den Mangel an „Ressourcen und intentioneller Einbindung in politische Entscheidungsprozesse durch Mobilisierung der Öffentlichkeit und dramatische, schlagzeilenträchtige Aktionen zu kompensieren [versuchen].“ (Willems/von Winter 2007, 36). Durch diese „Aktionen“ soll eine erhöhte Medienpräsenz angestrebt werden, die die Effektivität der eigenen Handlung öffentlich demonstrieren kann (vgl. Willems/von Winter 2007, 35). Das bietet einen Erklärungsansatz dafür, dass die betrachteten advokatorischen Interessen von Beginn an stärker dazu prädestiniert waren, emotionalisierende Sprache und damit auch Trigger aufzuweisen. Die geringe Repräsentation ökologischer Argumente und Perspektiven in der öffentlichen Mediendebatte könnte dann dazu geführt haben, dass der BUND nah am Triggerpunkt war und dieser bei der DUH überschritten wurde.

Alles in allem hat die Analyse gezeigt, dass emotionalisierende Sprache und die Häufigkeit von Triggern stark miteinander verbunden sind. Diese Annahme von Mau et al. kann bestätigt werden. Die Auswirkungen des GEG wurden sowohl medial als auch in der Analyse der Kommunikation der Interessenvertretungen überwiegend negativ bewertet, was das hohe Aufkommen an Triggern erklärt. Besonders advokatorische Interessenvertretungen wiesen eine starke Affinität zu Triggern auf. Bei den sozialen Interessenvertretungen, besonders dem DMB, ist das durch den starken Fokus auf soziale Gerechtigkeit in der Debatte zurückzuführen. Die Folgen des GEG fürs Klima spielten in der öffentlichen Debatte nur eine untergeordnete Rolle. Das wiederum erklärt, warum besonders die ökologischen Interessenvertretungen einen besonders starken Hang zu Triggern hatten. Durch besonders emotionalisierende Sprache wurde versucht, mehr Medienpräsenz zu erlangen und das Thema stärker in den Vordergrund zu schieben. Zumindest zeigt die Studie über die Debatte, dass die DUH am präsentesten im Diskurs war. Dass ökologische Interessenvertretungen so stark getriggert wurden, ist zudem darauf zurückzuführen, dass es in der Medienöffentlichkeit an Transformationsexpertise fehlt, was die Täuschung und den möglichen Rechtsbruch mit den Pariser Klimazielen überhaupt erst möglich macht. Vor diesem Hintergrund ist der überschrittene Triggerpunkt der DUH auch nicht zwangsläufig

negativ zu betrachten. Zwar ist an dieser Stelle Konsens in Dissens umgeschlagen, jedoch ermöglicht die Klage, dass tendenziell über realistische Technologien der Wärmewende weiter diskutiert wird und auch innerhalb von Rechtsnormen agiert werden kann. Das wiederum kann für eine positive gesellschaftliche Entwicklung zur Klimaneutralität führen. Insgesamt zeigt die Analyse ein differenziertes Bild des Konflikts, das sich nicht auf eine eindimensionale Polarisierung abbilden lässt.

6.3 Grenzen der Forschung

Die inhaltsanalytische Untersuchung des GEG dieser Arbeit kann nur ein kleiner Beitrag zur Untersuchung von Triggern und Triggerpunkten in der professionalisierten Kommunikation sein. Zum einen ist die Auswahl der Interessenvertretungen durch den Umfang dieser Arbeit und die forschungsökonomischen Kapazitäten stark begrenzt. Da die Debatte nicht zuletzt auch stark durch ökonomische Interessenvertretungen geprägt war, konnte in dieser Analyse davon nur ein kleiner Teil abgebildet werden.

Hinzu kommt, dass das Konzept der Triggerpunkte noch recht unerforscht und wenig empirische Anwendung erfahren hat. Zwar gibt es viele Forschungsarbeiten zu Cleavages und darüber, wie die damit verbundenen harten Konfliktlinien in Verbindung mit Parteien und Einstellungen stehen. Mit dem Entwurf zu Triggerpunkten wird allerdings ein komplexeres, dynamisches Bild gesellschaftlicher Konflikte gezeichnet. Aus diesem Grund ist die Grundlage dieser Arbeit auf vergleichsweise wenig existierenden theoretischen Vorüberlegungen aufgebaut. Es gilt diese Analyse als Beginn der Ausforschung zu sehen, die noch weiterer empirischer Überprüfungen bedarf, die das Konzept testen und auf verschiedene Akteur*innen und Debatten weiterentwickeln.

Trotz der kleinen Stichprobe konnten die Qualitätskriterien der Reliabilität und Validität gewahrt werden. Mit der Entwicklung des Analyserahmens aus den theoretischen Vorannahmen zu Interessenvertretungen, Triggerpunkten und Triggern sowie dem Konfliktfeld der Nachhaltigkeit konnte ein vorläufiges Kategoriensystem entwickelt werden, welches die regelgeleitete und valide Durchführung der Analyse gewährleisten konnte.

6.4 Ausblick

Die vorliegende Analyse hat gezeigt, dass Triggerpunkte auch in der professionalisierten Kommunikation überschritten werden können und die Debatte um das GEG ein differenziertes Konfliktbild aufweist. Auch wenn in der vorliegenden Diskussion versucht wurde, einzuordnen,

warum in der Debatte besonders bei der DUH Triggerpunkte überschritten wurden, waren jedoch, bis auf den IVD, alle untersuchten Interessenvertretungen mit dem GEG unzufrieden. Eine weiterführende Untersuchung könnte beispielsweise mit ergänzenden qualitativen Interviews versuchen zu erörtern, warum andere Interessensvertretungen trotz dieser teils starken Unzufriedenheit keine Nachbesserungen gefordert haben und sich am Ende doch dazu entschieden haben, die positiven Seiten des Gesetzes zu sehen, oder sich beispielsweise nicht der Klage der DUH angeschlossen haben.

Auch wurde bisher nicht thematisiert, ob Triggerpunkte, die überschritten wurden, wieder ins Positive umschlagen können und was einen solchen Wandel bedingen könnte. Hinsichtlich dessen, dass Triggerpunkte einen Erklärungsansatz zur gesellschaftlichen Polarisierung darstellen, wäre eine dementsprechende Forschung von großer Bedeutung. Zudem könnte in einer weiteren Untersuchung analysiert werden, ob die neu identifizierten Trigger auch in anderen Debatten von Interessenvertretungen entdeckt werden können. Spannend wäre auch, ob diese in Diskursen von einzelnen Expert*innen nachzuweisen sind, die wie Interessenvertretungen über ein umfangreiches Hintergrundwissen in Debatten verfügen.

7. Fazit

In dieser Masterarbeit wurde analysiert, wie sich das Konzept der Triggerpunkte von Mau et al. auf interessenbezogene Nachhaltigkeitspolitik anwenden lässt und welche empirischen Erkenntnisse sich aus dieser Anwendung auf die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz schließen lassen. Es hat sich im Laufe dieser Arbeit gezeigt, dass sich das Konzept der Triggerpunkte und damit die Erkenntnis, dass die Gesellschaft nicht in antagonisierte Lager geteilt ist, auch auf Ebene der organisierten Interessenvertretungen darstellen lässt.

Um die Anwendung zu ermöglichen, wurde zu Beginn dieser Arbeit ein theoriegestützter Analyserahmen mit einem vorläufigen Kategoriensystem entwickelt. Um Erkenntnisse über die zweite Fragestellung zu erlangen, wurde dieser theoretisch konzipierte Analyserahmen dann auf die Debatte des Gebäudeenergiegesetzes angewendet. Dazu wurden Pressemeldungen von insgesamt sechs Interessenvertretungen (Bundesverband Wärmepumpe, Immobilienverband Deutschland, Deutscher Mieterbund, Verbraucherzentrale Bundesverband, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und Deutsche Umwelthilfe) mithilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring analysiert.

Eine wichtige Rolle spielten dabei die Erkenntnisse aus der Charakterisierung von Interessenvertretungen als Akteur*innen des intermediären Systems sowie die Funktionsweise der Public

Affairs, um tiefere Einblicke in Triggerdynamiken zu erhalten. Es hat sich zudem gezeigt, dass die Positionierung zu den Konfliktlinien der Nachhaltigkeit Einfluss auf die Dynamik der Kommunikation hatte. So neigten der Veränderung zugeneigte advokatorische Interessenvertretungen dazu, im Laufe der Debatte und Abschwächung des Gesetzes mehr getriggert zu werden und sich vermehrt gegen das Gesetz zu positionieren. Die Relevanz, die Mau et al. in ihrem Konzeptentwurf demonstriert haben, dass Grundeinstellungen der betrachteten Akteur*innen entscheidend sind, um Trigger- und Triggerpunktdynamiken zu entdecken und zu verstehen, stellt sich als essenziell heraus. Um Analysen dieser Art durchführen zu können, ist dementsprechend ein tieferes Verständnis für die zu untersuchenden Akteur*innen von großer Bedeutung.

Um Trigger und Triggerpunkte auch auf der Ebene organisierter Interessen untersuchen zu können, wurde zudem eine inhaltliche Operationalisierung des Konzepts vorgenommen. Mau et al. liefern dazu verschiedenste Anhaltspunkte, anhand derer man die von ihnen bereits identifizierten Trigger (Ungleichbehandlungen, Normalitätsverstöße, Entgrenzungsbefürchtungen, Verhaltenszumutungen) erkennen kann. Die Identifikation dieser Trigger war auf der Ebene organisierter Interessenvertretung nur teilweise erschöpfend. In diesem Kontext haben sich die Trigger Ungleichbehandlung und Entgrenzungsbefürchtungen bei advokatorischen Interessenvertretungen als relevant erwiesen. Sie sind maßgeblich dafür verantwortlich, ob ein Konsens in einen Dissens umschlägt oder nicht. Die Trigger Normalitätsverstoß und Verhaltenszumutung waren nicht in der Kommunikation der ausgewählten Interessenvertretungen nachzuweisen. Mögliche Erklärungen dafür sind, dass advokatorische Interessenvertretungen stark auf eine Transformation hinweisen und den Status quo vermehrt kritisieren. Daher wirken Normalitätsbrüche, die mit dem GEG in Verbindung stehen können, nicht negativ. Stattdessen wirkt in diesen Fällen ein Realitätsverstoß als negativer Trigger, welcher die Kompromissbereitschaft mindert und tendenziell zu Dissens mit dem GEG führt. Der Wille zur Veränderung kann auch ein möglicher Grund für das Nicht-Auftreten der Verhaltenszumutung sein. Wenn eine möglichst große Veränderung das Ziel ist, wird es kaum Reaktanz und Transformationsmüdigkeit hervorrufen, dass die aktuelle Gesetzeslage zu Gunsten der Wärmewende und damit der Klimaneutralität angepasst werden soll. Bei den sozialen Interessenvertretungen kann zudem festgehalten werden, dass die Affinität zu Triggern höher war, wenn das Mitglieberinteresse der unterliegenden Logik der Reputation überwog. Dabei konnte festgestellt werden, dass die Triggerdynamik besonders stark in den Pressemeldungen des DMB, des BUND sowie der DUH zu erkennen ist.

Zudem konnten zwei neue Arten von Triggern identifiziert werden, die maßgeblich für eine verschlechterte Stimmung in der Debatte um das GEG gesorgt haben. Die Täuschung in ihren drei Abstufungen Realitätsverstoß, Täuschung und Rechtsverstoß sowie der Trigger Unklarheit. Beide neuen Trigger konnten über alle Interessenvertretungen hinweg identifiziert werden. Es hat sich gezeigt, dass der Trigger der Täuschung im Verlaufe der Debatte immer weiter verschärft wurde, was auf die mangelnde Transformationskompetenz in der medialen Öffentlichkeit zurückgeführt werden kann. Während zu Beginn der Debatte noch vermehrt der Realitätsverstoß Trigger für Uneinigkeit mit dem GEG war, wurde dieser über die Zeit zum Trigger der Täuschung. Den politischen Entscheidungsträger*innen wurde also eine Intention unterstellt, die falsche Realität wiederzugeben, bis hin zum Rechtsverstoß. Die Drastik der Trigger verschärfte sich besonders bei den advokatorisch-ökologischen Interessenvertretungen maßgeblich. Insgesamt zeigt die Untersuchung der Trigger, dass Analysen von Triggern und Triggerpunkten akteursbezogen andere Ausprägungen haben können. Es ist zudem nicht auszuschließen, dass bei Betrachtung anderer Akteur*innen auch wieder neue Trigger und damit verletzte Grunderwartungen hervortreten können.

„Klimaschutz mit der Brechstange“ (Tagesschau 2023) ist das Gegenteil von dem, was in Interessenvertretungen in der Debatte ums GEG zu Trigger- und Triggerpunkten führte. Zwar lässt sich die Beschreibung der verabschiedeten Novelle als „große Enttäuschung“ auch als passende Beschreibung von getriggerten Interessenorganisationen verstehen, allerdings sind die Gründe andere. Die betrachteten Interessenvertretungen befürworten überwiegend eine ambitionierte Wärmewende, auch wenn sie um den sozialen Ausgleich fürchten. Während entweder eine faire Kostenverteilung, Transparenz oder Klimafolgen eine höhere Relevanz in der Ablehnung des GEG für Interessenvertretungen haben, klagt die Opposition über zu starke Maßnahmen und eine zu hohe Transformationsgeschwindigkeit, die mit dem GEG einhergehen. Im Grunde wollen aber alle eine Novelle des Gesetzes. Am Beispiel des GEG lässt sich dementsprechend gut demonstrieren, wie differenziert die Konfliktlandschaft sein kann und dass sich seine Debatte nicht anhand zweier antagonistischer Lager darstellen lässt. Diese Differenzierung umfasst viele Facetten und Abstufungen, die anhand dieser Arbeit dargestellt wurden.

Alles in allem hat diese Masterarbeit demonstriert, dass das Konzept der Triggerpunkte von Mau et al. auf der Ebene organisierter Interessenvertretungen anwendbar ist. Dass die Gesellschaft nicht zwangsläufig in antagonistische Lager verfällt, sondern sich Konfliktkrater an einzelnen Details entwickeln, ist nicht nur anhand individueller Diskussionen, sondern auch an professioneller Interessenkommunikation von Organisationen zu erkennen. Empirisch konnte erörtert werden, dass Triggerpunkte und verschiedenste Trigger besonders bei advokatorischen

Interessenvertretungen, die mit dem Status quo unzufrieden sind, identifiziert werden können. Mit der Identifikation der Trigger Täuschung in seinen verschiedenen Abstufungen und Unklarheit konnte zudem ein Beitrag dazu geleistet werden, das Konfliktfeld der Nachhaltigkeit besser zu erforschen und zu konturieren.

8. Literaturverzeichnis

Bartsch, Matthias; **Friedmann**, Jan; **Götze**, Susanne; **Großkemper**, Tobias; **Jauernig**, Henning; **Kollenbroich**, Philipp et al. (2023): Die Wärmewende droht Deutschland zu überfordern – was jetzt passieren muss. SPIEGEL online. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/panorama/wahnsinn-waermewende-ein-land-in-panik-a-9ee7e594-e5b3-4c16-a96c-0d25f5f8f217>, zuletzt geprüft am 01.09.2024.

Bergmann, Knut; **Diermeier**, Matthias (2024): Spaltet die Transformation unsere Gesellschaft? Die komplexe Organisation von Mehrheiten in Zeiten zunehmender Zumutungsaversionen. In: Knut Bergmann und Matthias Diermeier (Hg.): Transformationspolitik. Anspruch und Wirklichkeit der Ampel-Koalition. Bielefeld: transcript (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft), S. 41–54.

Bergmann, Knut; **Diermeier**, Matthias (Hg.) (2024): Transformationspolitik. Anspruch und Wirklichkeit der Ampel-Koalition. Transcript GbR. Bielefeld: transcript (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft).

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, **BUND** (o.D.): Über uns. Online verfügbar unter: <https://www.bund.net/ueber-uns/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, **BUND** (2023a): Breites Verbändebündnis: Echte Wärmewende statt Scheinlösungen im Gebäudeenergiegesetz. Online verfügbar unter <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/breites-verbaendebuendnis-echte-waermewende-statt-scheinloesungen-im-gebaeudeenergiegesetz/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, **BUND** (2023b): FDP-Blockade beim Heizungs-Gesetz wird zur Kostenfalle. Online verfügbar unter <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/fdp-blockade-beim-heizungs-gesetz-wird-zur-kostenfalle/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, **BUND** (2023c): Heizungsgesetz: Ampel versagt beim Klimaschutz. Online verfügbar unter <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/heizungsgesetz-ampel-versagt-beim-klimaschutz/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, **BUND** (2023d): Heizungsgesetz: Ampel rast sehenden Auges weiter in die Klimakatastrophe. Online verfügbar unter <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/heizungsgesetz-ampel-rast-sehenden-eyes-weiter-in-die-klimakatastrophe/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, **BUND** (2023e): Soziale und klimagerechte Wärmewende retten. Online verfügbar unter <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/soziale-und-klimagerechte-waermewende-retten/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, **BUND** (2023f): Müllverbrennung ist keine erneuerbare Wärme: Gebäudeenergie- und Wärmeplanungsgesetz widersprechen Ressourcenschutz. Online verfügbar unter <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/muellverbrennung-ist-keine-erneuerbare-waerme-gebaeudeenergie-und-waermeplanungsgesetz-widersprechen-ressourcenschutz/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, **BUND** (2023g): Heizungsgesetz: Mangelnder Schutz vor Kostenfallen. Online verfügbar unter <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/heizungsgesetz-mangelnder-schutz-vor-kostenfallen/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, **BUND** (2023h): Heizungsgesetz: Gekleckert statt geklotzt. Online verfügbar unter <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/heizungsgesetz-gekleckert-statt-geklotzt/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bundesverband Wärmepumpe, **BWP** (o.D.): Verbandsprofil. Online verfügbar in: <https://www.waermepumpe.de/verband/verbandsprofil/>, zuletzt geprüft 30.08.2024.

Bundesverband Wärmepumpe, **BWP** (2023a): Gebäudeenergiegesetz: 65 Prozent EE-Regelung beim Heizungstausch verspricht notwendige Planungssicherheit für mehr Klimaschutz im Gebäudesektor. Online verfügbar unter <https://www.waermepumpe.de/presse/pressemitteilungen/details/gebaeudeenergiegesetz-65-prozent-ee-regelung-beim-heizungstausch-verspricht-notwendige-planungssicherheit-fuer-mehr-klimaschutz-im-gebauedesektor/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bundesverband Wärmepumpe, **BWP** (2023b): Bundesregierung beschließt Gebäudeenergiegesetz und Förderkonzept: Hausbesitzer, Handwerk und Industrie brauchen schleunigst Klarheit für die Wärmewende. Online verfügbar unter <https://www.waermepumpe.de/presse/pressemitteilungen/details/bundesregierung-beschliesst-gebaeudeenergiegesetz-und-foerderkonzept-hausbesitzer-handwerk-und-industrie-brauchen-schleunigst-klarheit-fuer-die-waermewende/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bundesverband Wärmepumpe, **BWP** (2023c): Verbände zum GEG: Verunsicherung bei den Umsetzern der Energie- und Wärmewende vermeiden! Online verfügbar unter <https://www.waermepumpe.de/presse/pressemitteilungen/details/verbaende-zum-geg-verunsicherung-bei-den-umsetzern-der-energie-und-waermewende-vermeiden/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bundesverband Wärmepumpe, **BWP** (2023d): BWP appelliert an Bundesregierung: Aufschub der GEG-Entscheidung schadet der deutschen Heizungsindustrie. Online verfügbar unter <https://www.waermepumpe.de/presse/pressemitteilungen/details/bwp-appelliert-an-bundesregierung-aufschub-der-geg-entscheidung-schadet-der-deutschen-heizungsindustrie/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bundesverband Wärmepumpe, **BWP** (2023e): Anhörung zum Gebäudeenergiegesetz: BWP fordert Klarstellungen zur Förderung, um Attentismus zu vermeiden. Online verfügbar unter <https://www.waermepumpe.de/presse/pressemitteilungen/details/anhoerung-zum-gebaeudeenergiegesetz-bwp-fordert-klarstellungen-zur-foerderung-um-attentismus-zu-vermeiden-1/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bundesverband Wärmepumpe, **BWP** (2023f): Das Heizen mit erneuerbaren Energien muss zurück in die Erfolgsspur. Online verfügbar unter <https://www.waermepumpe.de/presse/pressemitteilungen/details/das-heizen-mit-erneuerbaren-energien-muss-zurueck-in-die-erfolgsspur/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Bundesverband Wärmepumpe, **BWP** (2023g): GEG-Verabschiedung gibt Startschuss für die Wärmewende. Online verfügbar unter <https://www.waermepumpe.de/presse/pressemitteilungen/details/geg-verabschiedung-gibt-startschuss-fuer-die-waermewende/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutscher Mieterbund, **DMB** (o.D.): Deutscher Mieterbund. Online verfügbar unter: <https://mieterbund.de/der-mieterbund/deutscher-mieterbund/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutscher Mieterbund, **DMB** (2023a): Gebäudeenergiegesetz: Sozialverträgliche Ausgestaltung für Mieterinnen und Mieter nicht sichergestellt. Online verfügbar unter <https://mieterbund.de/aktuelles/meldungen/gebaeudeenergiegesetz-sozialvertraegliche-ausgestaltung-fuer-mieterinnen-und-mieter-nicht-sichergestellt/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutscher Mieterbund, **DMB** (2023b): Wärmewende darf nicht zur sozialen Spaltung führen – Gemeinsames Positionspapier des GdW und des DMB. Online verfügbar unter <https://mieterbund.de/themen-und-positionen/positionspapiere/gemeinsames-positionspapier-des-gdw-bundesverband-deutscher-wohnungs-und-immobilienunternehmen-e-v-und-des-deutschen-mieterbundes-zum-entwurf-eines-gesetzes-zur-aenderung-des-gebaeudeenergiegesetzes/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutscher Mieterbund, **DMB** (2023c): Mieter und Vermieter beim Heizungstausch nicht im Stich lassen! Online verfügbar unter <https://mieterbund.de/aktuelles/meldungen/mieter-und-vermieter-beim-heizungstausch-nicht-im-stich-lassen/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutscher Mieterbund, **DMB** (2023d): Mieterhöhungsmöglichkeit nach Heizungsaustausch abschaffen. Online verfügbar unter <https://mieterbund.de/aktuelles/meldungen/mieterhoehungsmoeglichkeit-nach-heizungsaustausch-abschaffen/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutscher Mieterbund, **DMB** (2023e): Anhörung zum Gebäudeenergiegesetz. Online verfügbar unter <https://mieterbund.de/aktuelles/meldungen/anhoerung-zum-gebaeudeenergiegesetz/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutscher Mieterbund, **DMB** (2023f): Licht und Schatten beim Gebäudeenergiegesetz. Online verfügbar unter <https://mieterbund.de/aktuelles/meldungen/licht-und-schatten-beim-gebaeudeenergiegesetz/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutscher Mieterbund, **DMB** (2023g): Bundestag beschließt Gebäudeenergiegesetz. Online verfügbar unter <https://mieterbund.de/aktuelles/meldungen/bundestag-beschliesst-gebaeudeenergiegesetz/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (o.D.): Über uns. Online verfügbar unter: <https://www.duh.de/ueberuns/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023a): Deutsche Umwelthilfe präsentiert Faktencheck zur Diskussion um geplante Heizungsregelung und begrüßt Befreiungsschlag aus der fossilen Wärmeversorgung von Robert Habeck. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-praesentiert-faktencheck-zur-diskussion-um-geplante-heizungsregelung-und-begruesst/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023b): Wärmewende ohne Einsatz von Wasserstoff erreichen. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/waermewende-ohne-einsatz-von-wasserstoff-erreichen/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023c): Bundesregierung nach eigener Studie unter Druck: Deutsche Umwelthilfe fordert keine weiteren Verzögerungen und volle Kraftanstrengung für klimaneutralen Gebäudesektor. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/bundesregierung-nach-eigener-studie-unter-druck-deutsche-umwelthilfe-fordert-keine-weiteren-verzoeye/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023d): Deutsche Umwelthilfe zu Ergebnissen des Koalitionsausschusses: „Verheerende Attacke auf den Klimaschutz – Scholz zeigt sein wahres Gesicht als Klimakatastrophenkanzler“. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-zu-ergebnissen-des-koalitionsausschusses-verheerende-attacke-auf-den-klimasch/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023e): Deutsche Umwelthilfe warnt vor Verbrauchertäuschung im Gebäudeenergiegesetz und fordert Fokus auf Wärmepumpe und Wärmenetze. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-warnt-vor-verbrauchertaeuschung-im-gebaeudeenergiegesetz-und-fordert-fokus-auf-wae/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023f): Deutsche Umwelthilfe und Energieberaterverband GIH stellen klar: Ohne konsequenten Fokus auf die Wärmepumpe gibt es keine Wärmewende. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-und-energieberaterverband-gih-stellen-klar-ohne-konsequenten-fokus-auf-die-waer-1/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023g): Expertenrat für Klimafragen bestätigt Warnung der Deutschen Umwelthilfe: Bundestag darf drohender faktischer Abschaffung des Klimaschutzgesetzes nicht zustimmen. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/expertenrat-fuer-klimafragen-bestaetigt-warnung-der-deutschen-umwelthilfe-bundestag-darf-drohender-fa/>.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023h): Gebäudeenergiegesetz des Bundeskabinetts: Deutsche Umwelthilfe warnt vor Scheitern der Wärmewende. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/gebaeudeenergiegesetz-des-bundeskabinetts-deutsche-umwelthilfe-warnt-vor-scheitern-der-waermewende/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023i): Gebäudeenergiegesetz nicht im Bundestag: Deutsche Umwelthilfe fordert Machtwort von Kanzler Scholz. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/gebaeudeenergiegesetz-nicht-im-bundestag-deutsche-umwelthilfe-fordert-machtwort-von-kanzler-scholz/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023j): Kostencheck belegt Wirtschaftlichkeit der Wärmepumpe: Bundesregierung muss Gebäudeenergiegesetz im Sinne des Verbraucherschutzes schnell verabschieden. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/kostencheck-belegt-wirtschaftlichkeit-der-waermepumpe-bundesregierung-muss-gebaeudeenergiegesetz-im-s/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023k): Verhandlungen zum Gebäudeenergiegesetz: Deutsche Umwelthilfe fordert von Bundestagsfraktionen der Grünen und SPD, keine faulen Kompromisse einzugehen. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/verhandlungen-zum-gebaeudeenergiegesetz-deutsche-umwelthilfe-fordert-von-bundestagsfraktionen-der-gr/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023l): Gemeinsames Statement von DUH, Greenpeace, NABU, Robin Wood und WWF: Mit Holz wird die Wärmewende verheizt - Gebäudeenergiegesetz nicht für Holz öffnen! Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/gemeinsames-statement-von-duh-greenpeace-nabu-robin-wood-und-wwf-mit-holz-wird-die-waermewende-ve/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023m): Deutsche Umwelthilfe: Ampel-Einigung zum Gebäudeenergiegesetz „Tiefpunkt für die Klimapolitik“. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-ampel-einigung-zum-gebaeudeenergiegesetz-tiefpunkt-fuer-die-klimapolitik/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023n): Heizungsgesetz-Anhörung im Bundestag: Deutsche Umwelthilfe warnt vor Kostenfalle Wasserstoff und legt Förderkonzept für Wärmepumpen vor. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/heizungsgesetz-anhoerung-im-bundestag-deutsche-umwelthilfe-warnt-vor-kostenfalle-wasserstoff-und-leg/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023o): Müllverbrennung ist keine erneuerbare Wärme: Gebäudeenergie- und Wärmeplanungsgesetz widersprechen Ressourcenschutz. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/muellverbrennung-ist-keine-erneuerbare-waerme-gebaeudeenergie-und-waermeplanungsgesetz-widersprechen-r/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023p): Biomassedebakel, Gasheizungen bis 2040 und fehlender Mieterschutz: Deutsche Umwelthilfe kritisiert neue Einigung zum Gebäudeenergiegesetz. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/biomassedebakel-gasheizungen-bis-2040-und-fehlender-mieterschutz-deutsche-umwelthilfe-kritisiert-n/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023q): Deutsche Umwelthilfe warnt vor Rechtsbruch durch neues Heizungsgesetz: Bundesregierung torpediert Pariser Klimaziele und treibt Menschen in die Kostenfalle. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-warnt-vor-rechtsbruch-durch-neues-heizungsgesetz-bundesregierung-torpediert-pa/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023r): Deutsche Umwelthilfe warnt vor zusätzlicher Luftbelastung durch Heizungsgesetz: „Verzicht auf Filterpflicht für Holzheizungen verheerend für Umwelt und Gesundheit“. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-warnt-vor-zusaetzlicher-luftbelastung-durch-heizungsgesetz-verzicht-auf-filter/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023s): Sozial- und Umweltverbände appellieren an die Bundesregierung, Hitzeschutzmaßnahmen im Gebäudesektor zu ergreifen. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/sozial-und-umweltverbaende-appellieren-an-die-bundesregierung-hitzeschutzmassnahmen-im-gebaeudesektor/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Deutsche Umwelthilfe, **DUH** (2023t): Deutsche Umwelthilfe verurteilt beschlossenes Heizungsgesetz aufs Schärfste: „Jetzt bleibt nur der Rechtsweg, um Klima und Menschen zu schützen“. Online verfügbar unter <https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/deutsche-umwelthilfe-verurteilt-beschlossenes-heizungsgesetz-aufs-schaerfste-jetzt-bleibt-nur-der-r/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Die Zeit (2023): Bundestag beschließt umstrittenes Heizungsgesetz. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-09/bundestag-beschliesst-umstrittenes-heizungsgesetz>, zuletzt geprüft am 01.09.2024.

Diefenbach, Aletta (2024): Triggerpunkte. Ein emotionssoziologischer Kommentar. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 37, 2024 (2), S. 314–318.

Donges, Patrick (2020): Politische Interessenvertretung und -vermittlung in Deutschland und Europa. In: Ulrike Röttger, Patrick Donges und Ansgar Zerfaß (Hg.): *Handbuch Public Affairs. Politische Kommunikation für Unternehmen und Organisationen*. Wiesbaden: Springer Nature, S. 1–17.

Donges, Patrick; Jarren, Otfried (Hg.) (2017): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung*. 4. Aufl. 2017. Wiesbaden: Springer Fachmedien; Springer VS (SpringerLink Bücher).

Flick, Uwe (2019): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. 19. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Immobilienverband Deutschland, **IVD** (o.D.): Über uns. Online verfügbar unter: <https://ivd.net/ueber-uns/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Immobilienverband Deutschland, **IVD** (2023a): Immobilienwirtschaft reagiert auf Ergebnisse des Koalitionsausschusses: IVD begrüßt Hilfen und flexible Fristen für Wohneigentümer. Online verfügbar unter <https://ivd.net/immobilienwirtschaft-reagiert-auf-ergebnisse-des-koalitionsausschusses/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Immobilienverband Deutschland, **IVD** (2023b): Immobilienwirtschaft setzt auf Nachbesserung des GEG-Entwurfs. Online verfügbar unter <https://ivd.net/immobilienwirtschaft-setzt-auf-nachbesserung-des-geg-entwurfs/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Immobilienverband Deutschland, **IVD** (2023c): IVD warnt: Heizungstausch oft nicht förderfähig. Online verfügbar unter <https://ivd.net/der-neubau-stagniert/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Immobilienverband Deutschland, **IVD** (2023d): IVD warnt vor einseitiger Belastung der Vermieter. Online verfügbar unter <https://ivd.net/ivd-warnt-vor-einseitiger-belastung-der-vermieter/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Immobilienverband Deutschland, **IVD** (2023e): Gebäudeenergiegesetz durch Bundesverfassungsgericht gestoppt. Online verfügbar unter <https://ivd.net/gebaeudeenergiegesetz-durch-bundesverfassungsgericht-gestoppt/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Immobilienverband Deutschland, **IVD** (2023f): Gebäudeenergiegesetz im Bundestag beschlossen: Online verfügbar unter <https://ivd.net/gebaeudeenergiegesetz-im-bundestag-beschlossen/>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Jost, Pablo; **Mack**, Matthias; **Hillje**, Johannes (2024): Aufgeheizte Debatte? Eine Analyse der Berichterstattung über das Heizungsgesetz – und was wir politisch daraus lernen können. Online verfügbar unter https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2024/04/240418_DPZ_Studie_Aufgeheizte-Debatte.pdf, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Ketschau, Thilo (2019): Dialektik sozialer Nachhaltigkeit als Frage der Gerechtigkeit. In: *Soziologie und Nachhaltigkeit - Beiträge zur sozial-ökologischen Transformationsforschung* 2019, 2019 (02/2019), S. 29–43.

Kropp, Ariane (2019): Grundlagen der Nachhaltigen Entwicklung. Handlungsmöglichkeiten und Strategien zur Umsetzung. [1. Auflage] 2019. Wiesbaden, Germany: Springer Gabler (essentials).

Latour, Bruno; **Schultz**, Nikolaj (2022): Zur Entstehung einer ökologischen Klasse. Ein Memorandum. Berlin: Suhrkamp.

Leggewie, Claus (2024): Vom Generalgefühl der Überforderung: Rezension zu "Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft" von Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser. In: *Soziopolis: Gesellschaft beobachten*, 2024. Online verfügbar unter <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-91356-3>.

Mau, Steffen; **Lux**, Thomas; **Westheuser**, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Originalausgabe, Sonderdruck. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp).

Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12., überarbeitete Auflage. Weinheim, Basel: Beltz.

Nassehi, Armin; **Saake**, Irmhild: Über und unter der Oberfläche. In: *Köln Z Soziol* 76 (2), S. 193–198.

Roose, Jochen (2021): Politische Polarisierung in Deutschland. Repräsentative Studie zu Zusammenhalt in der Gesellschaft. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Röttger, Ulrike; **Donges**, Patrick; **Zerfaß**, Ansgar (Hg.) (2020): Handbuch Public Affairs. Politische Kommunikation für Unternehmen und Organisationen. Springer Fachmedien Wiesbaden. Wiesbaden: Springer Nature.

Röttger, Ulrike; **Donges**, Patrick; **Zerfaß**, Ansgar (2020): Public Affairs: Strategische Kommunikation an der Schnittstelle von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. In: Ulrike Röttger, Patrick Donges und Ansgar Zerfaß (Hg.): Handbuch Public Affairs. Politische Kommunikation für Unternehmen und Organisationen. Wiesbaden: Springer Nature, S. 1–24.

Sarcinelli, Ulrich (2011): Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System. 3., erweiterte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (SpringerLink Bücher).

Schemer, Christian (2013): Wie Boulevardmedien Emotionen schüren. Der Einfluss der Mediennutzung auf Emotionen in politischen Kampagnen. In: Christian Schemer, Werner Wirth und Carsten Wünsch (Hg.): Politische Kommunikation: Wahrnehmung, Verarbeitung, Wirkung // Politische Kommunikation. Wahrnehmung, Verarbeitung, Wirkung. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG; Nomos Ed. Fischer (Reihe Rezeptionsforschung, Bd. 21), S. 133–152.

Schemer, Christian; Wirth, Werner; Wünsch, Carsten (Hg.) (2013): Politische Kommunikation: Wahrnehmung, Verarbeitung, Wirkung. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG; Nomos Ed. Fischer (Reihe Rezeptionsforschung, Bd. 21).

Siggelkow, Pascal (2023): "Deutschland hat die Transformation verschlafen". Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/kontext/gesetzentwurf-heizungen-100.html>, zuletzt geprüft am 01.09.2024.

Tagesschau (2023): "Klimaschutz mit der Brechstange". Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/in-land/heizung-einigung-opposition-kritik-101.html>, zuletzt geprüft am 01.09.2024.

Verbraucherzentrale Bundesverband, **vzbv** (o.D.): Auf einen Blick. Online verfügbar unter: <https://www.vzbv.de/ueber-uns/auf-einen-blick>, zuletzt geprüft am 30.08.2024

Verbraucherzentrale Bundesverband, **vzbv** (2023a): Heizungs Austausch und Gebäudesanierung: Viele Fragen bleiben offen. Online verfügbar unter <https://www.vzbv.de/pressemitteilungen/heizungsaustausch-und-gebäude-sanierung-viele-fragen-bleiben-offen>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Verbraucherzentrale Bundesverband, **vzbv** (2023b): Heizungswende: Bundesregierung muss Förderpläne schnell nachreichen. Online verfügbar unter <https://www.vzbv.de/pressemitteilungen/heizungswende-bundesregierung-muss-foerderplaene-schnell-nachreichen>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Verbraucherzentrale Bundesverband, **vzbv** (2023c): Wärmewende: Förderung für Heizungs Austausch konkretisieren. Online verfügbar unter <https://www.vzbv.de/pressemitteilungen/waermewende-foerderung-fuer-heizungsaustausch-konkretisieren>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Verbraucherzentrale Bundesverband, **vzbv** (2023d): Umstieg auf klimafreundliche Wärme für alle bezahlbar machen. Online verfügbar unter <https://www.vzbv.de/meldungen/umstieg-auf-klimafreundliche-waerme-fuer-alle-bezahlbar-machen>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Verbraucherzentrale Bundesverband, **vzbv** (2023e): Wärmewende: Förderung sozial gerecht gestalten. Online verfügbar unter <https://www.vzbv.de/pressemitteilungen/waermewende-foerderung-sozial-gerecht-gestalten>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Verbraucherzentrale Bundesverband, **vzbv** (2023f): GEG: Mehr Planungssicherheit, aber bei der Förderung muss Bundesregierung noch liefern. Online verfügbar unter <https://www.vzbv.de/pressemitteilungen/gebäude-energiegesetz-verabschiedet>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Verbraucherzentrale Bundesverband, **vzbv** (2023g): Gebäudeenergiegesetz: Verbraucher:innen drohen Kostenfallen. Online verfügbar unter <https://www.vzbv.de/pressemitteilungen/gebäudeenergiegesetz-verbraucherinnen-drohen-kostenfallen>, zuletzt geprüft am 30.08.2024.

Winter, Thomas (2007): Interessenverbände in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (SpringerLink Bücher).

Zollinger, Delia (2024): „Verkratert statt gespalten“ – Von der Politisierung neuer Konfliktstrukturen in der Gegenwartsgesellschaft. Über: Mau/Lux/Westheuser (2023), „Triggerpunkte“. In: *GWP* 73, 2024 (1-2024), S. 106–110.

9. Anhang

9.1 Deduktiv entwickelter Analyserahmen

Oberkategorie	1. Unterkategorie	2. Unterkategorie
Formalien	Organisiertes Teilinteresse	
	Gebäudeenergiegesetz	Pro
		Kontra
	Status quo	Erhalten
		Verändern
	Größe der Organisation	Massenthema
		Nischenrepräsentation
	Art der Interessenvertretung	Eigeninteresse
		Advokatorisch
	Forderung	Materiell
		Nicht-materiell
	Unterliegende Logik	Mitgliedsinteresse
		Reputation
	Intention	Handlungsspielräume
		Fortbestehen der Organisation
	Vermittlungsebene	Vertikal
		Horizontal
Inhalt	Problemwahrnehmung	Bedrohung durch Klimafolgen
		Bedrohung durch Klimatransformation
	Geschwindigkeit der Transformation	Zu langsam, nicht ausreichend
		Zu schnell, Maßnahmen zu stark
	Eigene Handlungsspielräume	Begrenzt, kaum bis kein individueller Handlungsspielraum
		Große individuelle Handlungsspielräume
	Argumentationselemente	Argumente
		Emotionen
		Moral
		Expertise
		Hyperpolitische Bestrebungen
	Ungleichbehandlung	Ungleichbehandlung von Gleichen

		Gleichbehandlung von Ungleichen
		Übertretungsszenario
	Normalitätsverstöße	GEG ist den eigenen Normalitätssvorstellungen nach zur Folge unangemessen
		Darstellung von Normalität anhand ihrer Bedrohung durch das GEG
		Übertretungsszenario
		Verteidigung von eigenen Normalitätserwartungen
	Entgrenzungsbefürchtungen	Argument ad absurdum: Unkontrollierbare Eigendynamik durch Umsetzung des GEG
		Dammbruchargument Unkontrollierbare Steigerungsdynamik durch GEG
		Transformationsmüdigkeit
	Verhaltenszumutungen	Forderung nach Selbstbestimmung und Eigenverantwortung
		Reaktanz
		Befürchtete Einschränkungen des eigenen Freiheitsspielraums
		Befürchtete (gesellschaftlichen) Sanktionen
Sprache/ Kommunikation	Emotionalisierende Sprache	Metaphern
		Reizwörter (Beispiel in diesem Konflikt: Heizungshammer etc.)
		Normativ, wertend
		Gefühlsbetont
	Kompromissbereitschaft	Nimmt zu
		Keine Veränderung
		Nimmt ab
	Abgrenzung zu anderen Positionen	Konsens
		Keine Veränderung
		Dissens

Quelle: Eigene Darstellung

9.2 Übersicht aller relevanten Interessenvertretungen der Debatte um das GEG

- Eigentümerverband Haus & Grund
- Fachverband Sanitär-Heizung-Klima
- Bundesverband Erneuerbare Energien
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie

- Bundesverband Flächenheizungen und Flächenkühlungen
- Deutsche Industrie- und Handelskammer
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
- Bundesverband Wärmepumpe
- Gewerkschaft IG Bau
- Verbraucherzentrale Bundesverband
- Zentralverband Deutscher Schornsteinfeger
- Verband kommunaler Unternehmen
- Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen
- Energieverbands Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft
- Deutscher Städtetag
- Umweltbundesamt
- Deutschen Gewerkschaftsbund
- Stadtwerke Henningsdorf
- Hamburger Energiewerke
- Denkfabrik Agora Energiewende
- Der Deutsche Mieterbund
- Umweltorganisation Greenpeace
- Die Deutsche Umwelthilfe
- Der Umweltverband Germanwatch
- Bundesverband Neue Energiewirtschaft
- Deutscher Städte- und Gemeindebund
- NRW-Städtetag
- NRW-Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate
- Verband "Zukunft Gas"
- Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie
- Immobilienverband Deutschland

9.3 Qualitative Inhaltsanalyse BWP

1. Pressemeldung, Bundesverband Wärmepumpe, 01.03 2023 (a)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Die viel diskutierte Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) zur 65 Prozent EE- Regelung beim Heizungstausch muss nun schleunigst auf den Weg gebracht werden, um Planungssicherheit in der Branche zu schaffen	Positive Konnotation („Planungssicherheit“)
1	2	Eine öffentliche Debatte zur Wärmewende und zu den Klimazielen beim Heizen sei überfällig und sollte konkret am Gesetz geführt werden, stellt der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e.V. fest	Begrüßt Debatte, positiv
1	3	Zitat BWP-Geschäftsführer Dr. Martin Sabel	Argument: Expertise (intern)
1	3	Die Wärmepumpenbranche wird einen zentralen Beitrag leisten, um nun endlich die großen Aufgaben im Gebäudesektor anzugehen.	Legitimierung der Organisation
1	3	Bereits in den vergangenen Jahren konnten massive Steigerungen beim Wärmepumpen-Ausbau von der Branche bewerkstelligt werden.	Stellt sich selbst positiv und aufstrebend dar

1	4	Der Klimaschutz zwingt uns zum Handeln, das sollten wir als Chance begreifen. Das Rennen um die grüne Technologieführerschaft hat längst begonnen. Wer trauert da den fossilen Öl- und Gasheizungen nach? Wir können es uns nicht leisten noch länger zu warten.	Klimatransformation zu langsam, argumentiert für Beschleunigung
1	4	Viele in diesen Branchen sind im Aufbruch. Sie sehen, dass auch die Bevölkerung diesen Wandel zu erneuerbaren Energien will.	Übergreifender Konsens
1	5	Es ist jetzt primäre Aufgabe der Politik, ihnen mit einer raschen und klaren Regelung Planungssicherheit zu verschaffen, welche Heizungs-lösungen zum Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands führen und welche nicht. Dazu gehört auch, das Energiepreisgefüge so zu gestalten, dass der Wechsel zu Erneuerbaren Heizungstechnologien noch attraktiver wird.	Forderung Vertikale Kommunikation
1	6	Wir brauchen spürbare Anreize über sichere und vor allem günstige Strompreise. Steuerentlastungen für Erdgas und das Aussetzen des CO2-Preises sind in diesem Zusammenhang kontraproduktiv.	Abgrenzung: Aussetzen CO2-Preis und Steuerentlastung für Gas kontraproduktiv
1	7	Die Installation von Wärmepumpen ist mit einer Anfangsinvestition verbunden, die in der Regel höher ausfällt als die erneute Installation eines Öl- oder Gaskessels. Daher stellen sich viele Gebäudeeigentümer zurecht die Frage, wie schnell sich diese Investition amortisiert.	Kompromissbereitschaft Horizontale Kommunikation
1	7	Denn Nichthandeln wird mit Blick auf den Klimawandel und den CO2-Preis in jedem Fall die teuerste Option sein.	Klimawandel größere Gefahr als Transformation
1	8	Nicht zuletzt gilt es auch, sich in Bezug auf Gasnetze und Wasserstoff ehrlich zu machen. Stellt man eine Gasheizung auf grünen Wasserstoff um, braucht es gegenüber einer Wärmepumpe letztendlich die fünffache Menge an Strom	Argumentation gegen Wasserstoff
1	8	Behauptungen, die Heizungslandschaft könne so bleiben wie sie ist, weil irgendwann grüner Wasserstoff statt Erdgas durch die Leitungen fließe, sind irreführend.	Trigger: Täuschung
1	8	Sie unterschlagen ein erhebliches finanzielles Risiko, welches dann von Gebäudeeigentümer*innen und Mieter*innen getragen werden müsste.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung Trigger: Ungleiche Lastenverteilung

2. Pressemeldung, Bundesverband Wärmepumpe, 20.04 2023 (b)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar

1	1	Der Bundesverband Wärmepumpe (BWP) e.V. begrüßt das gestern vom Bundeskabinett beschlossene Paket aus GEG-Gesetzentwurf und den Eckpunkten für die Förderung. Es ist jetzt wichtig, das Gebäudeenergiegesetz bis zur parlamentarischen Sommerpause ohne weitere Aufweichungen zu verabschieden.	Transformation schneller gestalten
1	2	Damit würde Klarheit über die ab dem kommenden Jahr geltenden Regeln und die zur Verfügung stehenden Förderprogramme geschaffen.	Positiv: Klarheit, Planungssicherheit
1	3	Uneinigkeit in der Koalition schafft Verunsicherung – auch in der Industrie	Trigger: Unklarheit
1	4	Dabei ist die Marktdynamik kein Selbstläufer. Mit ihren Investitionen in Milliardenhöhe (über 5 Mrd. Euro europaweit) verlassen sich die Hersteller von Wärmepumpen darauf, dass die angekündigte 65 Prozent-Regelung jetzt auch wirklich kommt und einen klaren Rahmen für den weiteren Wärmepumpen-Ausbau schafft.	Trigger: Unklarheit Vertikale Kommunikation
1	4	Der in der Koalition immer wieder aufkommenden Streit ist dabei ein großes Hindernis.	Trigger: Unklarheit
1	5	BWP-Geschäftsführer Dr. Martin Sabel	Argument: Expertise
1	5	Dass ein Gesetz im parlamentarischen Verfahren Veränderungen erfährt, ist ein völlig normaler, demokratischer Vorgang. Wenn jedoch Einzelne in der Koalition ihre eigenen Entscheidungen aus dem Koalitionsvertrag und dem Kabinettsbeschluss immer wieder in Frage stellen, verunsichert das die Industrie gewaltig. Der verlässliche Übergang zu Klimaschutztechnologien ist zu wichtig, um für parteipolitische Rangeleien missbraucht zu werden.	Trigger: Unklarheit Emotionalisierende Sprache: normativ („missbraucht“) Emotionalisierende Sprache: Metapher („parteipolitische Rangeleien“)
1	5	Die Branche muss jetzt ein klares Signal erhalten, dass die Koalition zu ihrem Wort steht und die Wärmewende und die Transformation des Heizungssektors konsequent vorantreibt	
1	6	65 Prozent-Gebot als einfaches Prinzip hochhalten	
1	7	Erneuerbare Energie wird mit der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes hingegen zum Standard. In der Praxis ist zu erwarten, dass die Wärmepumpe sich als neue Standardheizung im Neubau und Bestand durchsetzen wird.	Positives Zukunftsszenario
1	7	Diskussionswürdig erscheint die bisweilen als „H2-ready“ bezeichnete Erfüllungsoption, wonach mit Erdgas befeuerte Gaskessel weiterhin eingebaut werden dürfen, wenn sie perspektivisch dazu in der Lage sind, Wasserstoff zu verarbeiten, und ein verbindlicher Transformationsplan zur Umstellung des Gasverteilnetzes auf	Kritik: Wasserstoff

		100 Prozent Wasserstoff bis spätestens 2035 vorliegt.	
1	7	Ob diese riskante Wette aufgeht, erscheint in vielen Fällen zweifelhaft und kostet die Heizungsindustrie die Planungssicherheit für den Wärmepumpen-Hochlauf. Das einfache Grundprinzip von 65 Prozent erneuerbaren Energien sollte also unbedingt durchgehalten werden.	Trigger: Unklarheit Emotionalisierende Sprache: normativ, Bedrohung („riskante Wette“)
1	8	Förderkonzept sollte gelernte Verfahren nicht verkomplizieren	
1	9	Dass die Bundesregierung parallel zum GEG ein Förderkonzept vorgelegt hat, ist grundsätzlich zu unterstützen.	Kompromissbereitschaft
1	9	Wir haben mit der Bundesförderung effizient Gebäude (BEG) bereits ein gut funktionierendes Förderprogramm. Kein anderes Instrument hat im Gebäudebereich in den vergangenen Jahren eine größere CO2-Minderungswirkung entfaltet. Der Erfolg der BEG darf durch die notwendige Reform nicht aufs Spiel gesetzt werden	Status quo bei Förderprogrammen beibehalten
1	11	Immerhin hat sich die Bundesregierung dazu bekannt, Verbrennungsheizungen für Gas und Öl weiterhin nicht zu fördern. Eine Rückkehr ins fossile Zeitalter unter der Ankündigung zukünftig vermeintlich zur Verfügung stehenden Wasserstoffs darf es nicht geben.	Anerkennung eines Punktes des Förderprogramms Kompromissbereitschaft
1	12	Sichtbare Signale zur Senkung des Strompreises erforderlich	
1	13	Weiterhin unbeantwortet und entscheidend ist die Frage des Energiepreisgefüges. Die Wärmebranche hat in den vergangenen Wochen immer wieder geschlossen darauf hingewiesen, dass verlässliche Anreize bei den Energiepreisen einen wichtigen Beitrag zur Akzeptanz der Zeitenwende im Heizungskeller leisten müssen.	Trigger: Unklarheit
1	12	Dies belegt nicht zuletzt der starke Nachfragesprung nach erneuerbaren Heizungstechnologien im Jahr 2022, als die Wärmeversorgung mit Wärmepumpen aufgrund der steigenden Gaspreise zeitweise erheblich günstiger war als mit Gasheizungen.	Argument: Zahlen und Fakten
1	12	Die von der Bundesregierung als sozialpolitische Maßnahme beschlossenen Energiepreisbremsen haben diese marktlichen Anreize deutlich geschwächt.	Verantwortung für schlechte Entwicklung bei der Bundesregierung
1	13	Zurecht weist Bundesbauministerin Klara Geywitz darauf hin, dass die schnelle Einführung des GEG auch dem Schutz der Verbraucher vor den zukünftigen Kosten fossiler Energieträger	Zustimmung Klara Geywitz Pro GEG

		dient, die vor allem durch die CO2-Abgabe deutlich steigen werden.	
1	13	Die Entlastungen kommen über die Betriebskosten der Wärmepumpe nicht nur bei Eigenheimbesitzern, sondern auch bei Mietern unmittelbar an.	
1	13	Die Entlastungen kommen über die Betriebskosten der Wärmepumpe nicht nur bei Eigenheimbesitzern, sondern auch bei Mietern unmittelbar an.	Widerspruch DMB?

3. Pressemeldung, Bundesverband Wärmepumpe, 16.05 2023 (c)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Verbände der Elektro- und Wärmepumpenindustrie sowie der Energie- und Solarwirtschaft sprechen sich für eine rasche Klärung des weiteren Wegs und ein Inkrafttreten der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes im Jahr 2024 aus.	
1	2	In einem gemeinsamen Brief rufen der Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V. (BNE), der Bundesverband Solarwirtschaft e.V. (BSW), der Bundesverband Wärmepumpe e.V. (BWP) und der Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI) die Mitglieder des Deutschen Bundestages dazu auf, die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) bis zur parlamentarischen Sommerpause zum Abschluss zu bringen.	Forderung: Verfahren (nicht Inhalt) Argument: Expertise (intern und extern)
1	3	Die Branchen verlassen sich auf die angekündigte Regelung, bei jeder neuen Heizung einen Anteil von mindestens 65% erneuerbaren Energien einzusetzen. Während Übergangsfristen von einigen Monaten angemessen sind, könnte eine längere Aufschiebung dieser Regelung bzw. vor allem eine längere Unklarheit zu einer starken Verunsicherung bei Wärmepumpenherstellern, Elektroindustrie, Solar- und Energiewirtschaft führen. Die gesetzliche Umsetzung der lang angekündigten GEG-Novelle ist deshalb nicht nur aus klima-, sondern auch aus industriepolitischen Gründen dringend erforderlich.	Trigger: Unklarheit
1	4	Zitat: BWP-Geschäftsführer Dr. Martin Sabel	Expertise (intern)
1	4	In der Wärmepumpenbranche wurden im Eiltempo Investitionen im Umfang von europaweit über fünf Milliarden Euro angeschoben. Die Hersteller weiten ihre Produktionskapazitäten gerade massiv aus und sind darauf eingestellt, ab dem 1.1.2024 die mit der Einführung des 65%-Gebots verbundene hohe Nachfrage nach Wärmepumpen zu decken	Trigger: Unklarheit

1	4	„Jetzt ist die Politik am Zug. Sie muss ihren Worten auch Taten folgen zu lassen!“	Trigger: Täuschung
1	5	Wolfgang Weber, Vorsitzender der ZVEI-Geschäftsführung.	Expertise (extern)
1	5	Damit solche klimafreundlichen und intelligenten Technologien auch dauerhaft wirtschaftlich betrieben werden können, muss zudem der Strompreis von sämtlichen Umlagen entlastet und die Stromsteuer auf EU-Mindestmaß reduziert werden. Nur so können wir die ambitionierten Klimaziele wirtschaftlich erreichen	Forderungen (Inhalt) Kompromissbereitschaft sinkt („Nur so können wir die ambitionierten Klimaziele wirtschaftliche erreichen“)
1	6	bne-Geschäftsführer Robert Busch	Argument: Expertise (extern)
1	6	In einem Stromsystem, das auf erneuerbarer Erzeugung basiert, sind flexible Verbrauchseinrichtungen wie Wärmepumpen der Schlüssel zu einer sicheren und kostengünstigen Energiewende.	Pro Wärmepumpe
1	7	Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des BSW	Argument: Expertise (extern)
1	7	Die Solartechnik ist die ideale Partnerin der Wärmepumpe und Bioenergie	

4. Pressemeldung, Bundesverband Wärmepumpe, 23.05 2023 (d)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Dass der bereits seit über einem Monat vorliegende Gesetzentwurf zum Gebäudeenergiegesetz in dieser Woche abermals nicht in die erste Lesung geht, löst beim Bundesverband Wärmepumpe Unverständnis aus.	Zu langsam Unverständnis: Kein Uneingeschränkter Konsens mit Verfahren
1	2	BWP-Geschäftsführer Dr. Martin Sabel	Argument: Expertise (intern)
1	2	Diese Koalition ist mit dem Anspruch angetreten, den Aufbruch in die Klimaneutralität voranzutreiben. Im Vertrauen darauf hat die Branche europaweit Investitionen im Wert von über fünf Milliarden Euro angestoßen oder bereits getätigt.	Trigger: Täuschung Folgen können klar beziffert werden Argument: Zahlen und Fakten Verantwortung: Koalition
1	2	Falls die Koalition nun ihr Wort brechen sollte, das Gebäudeenergiegesetz noch bis zur Sommerpause zu verabschieden, würde sie damit der Industrie in hohem Maße schaden	Trigger: Täuschung Emotionalisierende Sprache: Bedrohung
1	3	Für Industrie und Handwerk sei es von großer Bedeutung, dass jetzt endlich eine gesetzliche Klärung herbeigeführt wird.	Trigger: Unklarheit
1	3	Nach Monaten der öffentlichen Debatte, die in weiten Teilen nicht sachlich geführt wurde, hat	Kritik an Debatte

		sich eine große Verunsicherung im Wärmemarkt manifestiert.	
1	3	Menschen entscheiden sich in dieser unklaren Situation verständlicherweise für die Heizungs-systeme, die sie kennen.	Verantwortung liegt nicht an den Menschen an sich
1	3	Es entstehen Vorzieheffekte, aus denen heraus Tausende neue Öl- und Gasheizungen installiert werden. Auf der anderen Seite bricht die Nachfrage nach Wärmepumpen gerade ein, der derzeit zu verzeichnende Absatz geht zu großen Teilen auf die Auftragslage aus dem letzten Jahr zurück. Auch die aktuellen Energiepreise entfalten keine ausreichende Lenkungswirkung in Richtung erneuerbarer Energien.	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung Situation hat sich aufgrund der Debatte verschlechtert, könnte bei Verzögerung noch weiteren Schaden nehmen
1	4	Für viele Hersteller kommt das jetzt einem Spagat gleich: Sie müssen eine hohe Nachfrage nach Öl- und Gasheizungen bedienen, nachdem sie hohe Beträge in neue Produktionsstätten für Wärmepumpen investiert haben und die Erwartung besteht, dass diese Werke auch an den Start gehen.	Trigger: Unklarheit Emotionalisierende Sprache: Metapher („Spagat“)
1	4	Dies alles vor dem Hintergrund einer in sich zerstrittenen Bundespolitik, die derzeit überhaupt nicht erkennen lässt, mit welchen Rahmenbedingungen Investoren in den nächsten Jahren tatsächlich rechnen können.	Trigger: Unklarheit Verantwortung: Zerstrittene Bundesregierung Emotionalisierende Sprache: normativ („tatsächlich rechnen können“)
1	4	Für den Industriestandort Deutschland ist das eine große Gefahr	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („große Gefahr“)
1	4	Klimapolitische Entscheidungen seien bereits in den vergangenen zehn Jahren versäumt worden – die Folgen davon seien jetzt zu spüren.	Kritik am Status quo und politischen Entscheidungen
1	4	Hätte die Politik rechtzeitig die Weichen gestellt, wären wir niemals in diese prekäre politische Lage gekommen	Verantwortung: „die Politik“ Emotionalisierende Sprache: normativ („prekäre politische Lage“) Emotionalisierende Sprache: Metapher („Weichen gestellt“)

1	4	In vielen unserer Nachbarländer lässt sich beobachten, dass der Mut zu politischen Entscheidungen Früchte trägt: nicht nur in den skandinavischen Ländern, auch in Frankreich und Italien ist der Einsatz erneuerbarer Wärme viel weiter als in Deutschland.	Argument: Internationaler Vergleich
1	5	Der BWP erwartet jetzt von den drei Regierungsparteien, dass sie alle Kräfte in Bewegung setzt, die die parlamentarische Arbeit am GEG und den notwendigen flankierenden Maßnahmen doch noch bis zur Sommerpause abzuschließen.	Persönlich adressierte Forderung: „von den drei Regierungsparteien“
1	5	Das sei im Übrigen auch eine große Chance: „Bei allen berechtigten Fragen zum Gesetzentwurf - diese Fragen müssen jetzt im Parlament diskutiert und gelöst werden. Die Politik muss zeigen, dass man in den Industriestandort Deutschland vertrauen kann, wenn man hierzulande in Wärmepumpen und andere Klimaschutztechnologien investiert.“	GEG als große Chance, weiterhin positiv konnotiert
1	6	Verweis auf gemeinsame Pressemeldung mit Bundesverband Solarwirtschaft, dem Bundesverband Neue Energiewirtschaft und dem Verband der Elektro- und Digitalindustrie (ZVEI)	

5. Pressemeldung, Bundesverband Wärmepumpe, 03.07 2023 (e)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Im Rahmen der Sachverständigenanhörung zum Gebäudeenergiegesetz rief Dr. Martin Sabel, BWP-Geschäftsführer, Bundestag und Bundesregierung dazu auf, Gebäudeeigentümern schnellstmöglich Klarheit über die angekündigte Förderung zu verschaffen.	Trigger: Unklarheit
1	2	Der Gesetzentwurf zum Gebäudeenergiegesetz werde seine volle Wirkung erst nach Vorliegen der kommunalen Wärmepläne in den Jahren 2026-2028 entfalten. Zur Überbrückung sei eine gut ausgestattete und nachhaltig finanzierte Förderung entscheidend. Dabei dürften Gebäudeeigentümer, die noch in diesem Jahr investieren, nicht schlechter gestellt werden als diejenigen, welche den Heizungstausch erst ab dem kommenden Jahr angehen.	Forderung nach Übergangslösung
1	3	Dr. Martin Sabel, BWP-Geschäftsführer	Argument: Expertise (intern)
1	3	Die Branche hat sich auf die Ankündigungen der Regierungskoalition verlassen und massiv in ihre Produktionskapazitäten investiert. An die im letzten Jahr aufgekommene Dynamik bei der	Trigger: Unklarheit Trigger: Entgrenzungsbefürchtung

		Wärmewende gilt es jetzt anzuknüpfen. Die in den letzten Wochen stark gesunkenen Auftragszahlen lassen aber anderes befürchten. Zumal Gebäudeeigentümer erst einmal Klarheit über die angekündigten Förderbedingungen haben wollen	
1	4	Grundsätzlich seien die Ankündigungen der Regierungskoalition, die Fördersätze für die kommenden Jahre deutlich zu erhöhen, einen einkommensabhängigen Bonus und einen Geschwindigkeitsbonus einzuführen, sehr begrüßenswert.	Kompromissbereitschaft, Ankündigung wird begrüßt
1	5	In den Regierungsfractionen wird eine starke Kürzung der maximal förderfähigen Investitionskosten diskutiert.	
1	5	Je nach Umfang der bei einer Wärmepumpeninstallation erforderlichen Umfeldmaßnahmen führt dies in vielen Fällen zu einer Schlechterstellung gegenüber den bestehenden Förderbedingungen.	Aktuelle Situation wird verschlechtert, Normalitätsverstoß?
1	6	Um Attentismus zu vermeiden, sollten Investoren nach Auffassung des BWP in diesem Jahr zwischen der alten und der neuen Förderung wählen können.	Vorschlag BWP, Konstruktiv, Kompromissbereit
1	6	Mit der Entscheidung für eine Wärmepumpe sollten Verbraucher auf jeden Fall auf der sicheren Seite stehen	
1	7	Zudem sei auch eine Flankierung in der Regulierung der Energiepreise erforderlich. Das Verhältnis von Gas- zu Strompreisen habe sich in den letzten Monaten in die falsche Richtung entwickelt.	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung
1	7	BWP-Energiewirtschafts-Expertin Johanna Otting	Argument: Expertise (intern)
1	7	In Anbetracht der Tatsache, dass der Energieträger Strom zu immer größeren Anteilen aus erneuerbaren Energien erzeugt wird und Strom aus erneuerbaren Quellen zur wichtigsten Primärenergie wird, sind auch Maßnahmen zur Entlastung des Strompreises wichtig, um den Wechsel von fossilen Brennstoffen zu effizienten Sektorkopplungstechnologien anzureizen und der GEG-Novelle zu einer hohen Akzeptanz zu verhelfen	Argument: Fakten

6. Pressemeldung, Bundesverband Wärmepumpe, 16.08 2023 (f)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	In einem gemeinsamen Brief an die drei Regierungsfractionen fordern der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW), der Bundesverband Wär-	Argument: Expertise (intern und extern)

		mepumpe (BWP) e.V. und der Deutsche Energieholz- und Pellet-Verband e.V. (DEPV) dazu auf, die anstehende Reform der Heizungsförderung zu nutzen, um die Nachfrage nach regenerativen Heizsystemen wieder anzukurbeln.	
1	1	Die Heizungsdebatte und Ankündigungen einer vermeintlich stark aufgestockten Förderung hätten in den letzten Wochen zu einer massiven Verunsicherung und Kaufzurückhaltung bei Verbraucherinnen und Verbrauchern geführt.	Folge der Verzögerung
1	2	Dr. Martin Sabel, Geschäftsführer des BWP	Expertise (intern)
1	2	Dass sich die Koalition in der letzten Woche dazu entschieden hat, das im Wirtschaftsplan für die BEG vorgesehenen Budget nochmals zu erhöhen, ist sehr zu begrüßen	Kompromissbereitschaft, positive Äußerung
1	2	Die im Zuge der Heizungsdebatte aufgekommene Verunsicherung muss dringend beendet werden. Dazu gehört aber auch, dass Gebäudeeigentümer in die Lage versetzt werden, bereits jetzt in eine neue Heizung zu investieren, ohne dadurch gegenüber denjenigen schlechter gestellt zu werden, die auf das Inkrafttreten der reformierten Förderrichtlinie warten	Trigger: Unklarheit
1	3	Dies könne zum Beispiel erreicht werden, wenn Gebäudeeigentümer die Förderung zunächst im alten Programm beantragen und später in das neue Programm wechseln können, wenn dieses bessere Konditionen biete	Vorschlag, wie Unklarheit geregelt werden kann Kompromissbereitschaft
1	4	Martin Bentele, Geschäftsführer des DEPV	Argument: Expertise (extern)
1	4	Für eine attraktive Förderung, reicht es nicht, nur hohe Prozentsätze aufzurufen. Maßgeblich sind auch die maximal ansetzbaren Investitionskosten, auf welche sich diese Prozentsätze beziehen. Die Koalition solle ihre Überlegung, die maximal förderfähigen Kosten auf 30.000 Euro zu halbieren, dringend revidieren	Konkrete Kritik Weniger Kompromissbereitschaft Persönliche Ansprache: Koalition
1	4	Diese Absenkung würde neue Unsicherheiten auslösen, ob sich die Investition im eigenen Fall auch lohne.	Trigger: Unklarheit
1	4	Es dürften keine Anreize geschaffen werden, sich bei der neuen Heizung auf die allernötigsten Maßnahmen oder das günstigste Fabrikat zu beschränken.	Kompromissbereitschaft sinkt
1	5	BSW-Hauptgeschäftsführer Carsten König	Argument: Expertise (extern)
1	5	Wichtig ist außerdem, dass auch die Nachrüstung bestehender Heizungen mittels EE-Komponenten, sei es Pelletkessel, Wärmepumpe oder Solarthermie, in jedem Fall förderfähig bleibt.	Forderung, nicht ganz so drastisch

			Kompromissbereitschaft neutral
1	5	Verbraucherinnen und Verbraucher, die in den letzten Jahren erst in eine neue Heizung investiert haben, sollten nicht schlechter gestellt werden, wenn sie in emissionsmindernde Maßnahmen investieren.	Trigger: Ungleichbehandlung
1	6	Zu den Forderungen von BSW, BWP und DEPV gehört außerdem, dass Gebäudeeigentümer einen grundsätzlichen Anspruch auf einen zinsgünstigen KfW-Kredit erhielten.	Konkrete Forderung

7. Pressemeldung, Bundesverband Wärmepumpe, 08.09 2023 (g)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Bundestag verabschiedet Novelle des Gebäudeenergiegesetzes	
1	2	Nach monatelanger Debatte benötigten Verbraucher, Fachhandwerk und Industrie Sicherheit über die künftig geltenden Regeln.	Positiv: Sicherheit
1	2	Allerdings betont der BWP, dass das GEG durch Klarstellungen zur künftigen Heizungsförderung und durch eine klimagerechte Ausgestaltung der Energiepreise wirkungsvoll flankiert werden muss.	Trigger: Unklarheit
1	3	Der Bundesverband Wärmepumpe begrüßt den Gesetzesbeschluss zum sogenannten Heizungsgesetz.	Konsens mit GEG-Beschluss
1	3	Dr. Martin Sabel, BWP-Geschäftsführer.	Argument: Expertise
1	3	Es ist wichtig, dass der Gesetzesrahmen für den Heizungstausch jetzt steht.	Konsens mit GEG-Beschluss
1	4-6	Neben der kommunalen Wärmeplanung komme deswegen der anstehenden Reform der Bundesförderung effiziente Gebäude (BEG) große Bedeutung zu.	Bezug auf anderes Gesetz
1	7	Weiteren Handlungsbedarf sieht der BWP bei den Energiekosten	Bezug auf anderen Themenkomplex.
1	7	Es ist für uns unverständlich, warum man monatelange Kontroversen über das GEG führt, aber relativ einfach umzusetzende Maßnahmen wie eine Entlastung des Strompreises nicht längst auf den Weg gebracht wurden	Fokusverschiebung

9.4 Qualitative Inhaltsanalyse IVD

Pressemeldung, Immobilienverband Deutschland, 30.03 2023 (a)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar

1	1	Zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses den Gebäudesektor betreffend und den noch am Abend folgenden Erklärungen des Ministers Habeck in der ZDF-Sendung Markus Lanz sagt Jürgen Michael Schick, Präsident des Immobilienverband Deutschland (IVD):	Direkte Reaktion auf Habeck Argument: Expertise (intern)
1	2	Die Bundesregierung erkennt, dass sie beim Klimaschutz den betroffenen Eigentümern entgegenkommen muss. Auch im Interesse von Millionen Mietern.	Persönliche Ansprache Bundesregierung (positiv) Konsens
1	3	Wir begrüßen die Einigung auf finanzielle Hilfen und flexiblere Fristen bei der Umsetzung von Investitionsmaßnahmen in neue Heizungssysteme. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass sonst viele Eigentümer finanziell überfordert sein werden.	Eigene Hinweis in der Debatte umgesetzt Konsens
1	4	Entscheidend wird jetzt die konkrete Ausgestaltung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) sein. Der Gesetzentwurf wird gemäß dem angekündigten Zeitplan kurzfristig vorgelegt werden müssen. Die Immobilienwirtschaft wird hier eng begleiten und konstruktiv-kritisch beraten.	Trigger: Unklarheit
1	4	Minister Habeck hat aufmerken lassen, als er ankündigte, den Preisunterschied zwischen Öl- oder Gasheizung auf der einen und Wärmepumpen auf der anderen Seite für Gering- und Normalverdiener ausgleichen zu wollen.	Ansprache Habeck
1	5	Zielführend ist auch die Ankündigung des Ministers, dass für Eigentümer, deren Kommune eine Wärmeplanung vorbereitet beziehungsweise darüber schon verfügt, andere Fristen gelten.	Konsens
1	5	Wir setzen uns als IVD dafür ein, dass das GEG auf der vorgesehenen Wärmeplanung der Städte und Gemeinden aufsetzen muss.	„Wir“, Forderung klingt dadurch wesentlich undrastischer
1	6	Für den Fall, dass die finanzielle Lücke zwischen Gas- oder Ölheizung und Nachfolgetechnologie wie Wärmepumpe bei Beziehern von unteren und mittleren Einkommen nicht durch Förderung geschlossen wird, erneuern wir unseren Vorschlag, dass die Pflicht zur Umrüstung bei Einfamilienhäusern erst bei einem Eigentümerwechsel eintritt.	Alternative Forderung, Kompromissbereitschaft

Pressemeldung, Immobilienverband Deutschland, 03.04 2023 (b)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Referentenentwurf zum Gebäudeenergiegesetz (GEG)	
1	2	Der heute vorgelegte Referentenentwurf zum Gebäudeenergiegesetz (GEG) zeigt genauer auf,	Klarheit

		wie die Koalition aus SPD, Grünen und FDP die Maßnahmen zum Erreichen der Klimaschutzziele im Gebäudesektor ausgestalten will.	
1	2	Der Entwurf dürfe aber noch nicht das letzte Wort sein, betont der Präsident des Immobilienverband Deutschland IVD, Jürgen Michael Schick	Argument: Expertise (intern)
1	3	Gegenüber den bisherigen Plänen ist der Gesetzesentwurf entschärft worden, was uns zeigt, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in der Realität angekommen ist und sich ein gemeinsamer Widerstand lohnt.	Entschärfung wird als eigener Erfolg gesehen Eigene Realitätsvorstellung wird von der Politik angenommen
1	3	Wobei die Herausforderungen, denen sich Hausbesitzer nun gegenübersehen, noch immer enorm bleiben.	Trotzdem große Herausforderung, tendenziell kritische Haltung zum GEG
1	4	Im Kern bleibt es aber bei dem Ziel, bei jeder neu einzubauenden Heizung 65 Prozent erneuerbare Energie einzusetzen. Und das ist weiterhin teuer, für viele zu teuer.	Gegen Kernforderung des GEG
1	4	Allein nach dem Gesetzesentwurf betragen die Mehrkosten für eine Wärmepumpe gegenüber einer Gasheizung bei einem unsanierten Einfamilienhaus immerhin 34.540 Euro.	Argument: Zahlen Trigger: Ungleiche Lastenverteilung
1	5	Positiv ist die Entwicklung bei den Mehrfamilienhäusern mit Gasanlagenheizungen.	Kompromissbereitschaft
1	6	Damit trotz des nun technologieoffeneren Ansatzes nicht doch alles auf die Wärmepumpe hinausläuft, müssen insbesondere die Rahmenbedingungen für die kommunale Wärmeplanung schnell auf den Weg gebracht werden.	Wollen keine Fokus auf Wärmepumpe
1	7	IVD dringt auf Klärung bei Förderfähigkeit der Maßnahmen	
1	8	Fest steht, dass die meisten Hausbesitzer auf eine Förderung angewiesen sein werden, wenn die Erfüllung der gesetzlichen Anforderungen sozialverträglich geschehen soll.	Argument: Fakt
1	8	Sorge bereitet uns daher der Umstand, dass grundsätzlich nur das förderfähig ist, was über dem gesetzlichen Mindeststandard liegt. Damit wäre die Umsetzung des 65 Prozent-Ziels nicht mehr förderfähig, da dieses neuer gesetzlicher Standard wird.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung (Sorge)
1	8	Die Förderung muss also vom Gesetzgeber unbedingt so gestaltet werden, dass auch Maßnahmen, welche das 65 Prozent-Ziel erreichen förderfähig sind	Konkrete Forderung

Pressemeldung, Immobilienverband Deutschland, 12.04 2023 (c)

Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	IVD warnt: Heizungstausch oft nicht förderfähig	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung
1	2	In Windeseile wird derzeit von der Bundesregierung an einer Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) gearbeitet. Den Verbänden wurde lediglich eine Woche Zeit zur Abgabe ihrer Stellungnahmen eingeräumt – diese Frist endet heute.	Entwicklung zu schnell Emotionalisierende Sprache: Metapher („Windeseile“) Kritik am Verfahren
1	3	In seiner Stellungnahme weist der Immobilienverband Deutschland IVD Die Immobilienunternehmen auf einen brisanten Konflikt hin, in dem die Neuregelung des GEG zu einem zentralen Prinzip der staatlichen Förderpolitik steht. Dieser besteht darin, dass stets nur Maßnahmen gefördert werden dürfen, die über den gesetzlichen Mindeststandard hinausgehen.	Emotionalisierende Sprache: normativ („brisanter Konflikt“)
1	3	IVD-Präsident Jürgen Michael Schick	Argument: Expertise (intern)
1	3	Diese Problematik muss dringend von der Bundesregierung gelöst werden	Adressierung: Bundesregierung
1	3	Denn ohne funktionierende staatliche Förderung werden viele Immobilieneigentümer und Mieter von den teuren Sanierungspflichten überfordert.	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung
1	5	Dieses Problem wird mit weiter steigenden Mindeststandards – auch beim Neubau – immer virulenter.	Emotionalisierende Sprache: normativ („virulenter“)
1	5	Da die Transformation des Gebäudebestandes und das seitens der Politik vorgegebene Tempo eine Aufgabe historischen Ausmaßes darstellen, muss die Förderfähigkeit der festgelegten Mindeststandards gewährleistet sein.	Transformation riesig (und zu schnell?) Emotionalisierende Sprache: normativ („historisches Ausmaß“) Trigger: Entgrenzungsbefürchtung Kompromissbereitschaft sinkt („muss“)
1	5	Ohne Klarstellung in dieser Sache wird die angekündigte staatliche Förderung nicht greifen, und die im GEG geforderten Sanierungsmaßnahmen wären besonders für die Eigentümer älterer selbstgenutzter Ein- und Zweifamilienhäuser mit niedrigem Energieeffizienz-Standard unbezahlbar.	Trigger: Unklarheit Trigger: Entgrenzungsbefürchtung („unbezahlbar“)

Pressemeldung, Immobilienverband Deutschland, 27.06 2023 (d)

Seite	Absatz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Wohltorf: „Fairness sieht anders aus“	Trigger: Ungleichbehandlung
1	2	Die Beratungen der Koalitionsfraktionen zum Gebäudeenergiegesetz befinden sich in der finalen Phase.	
1	2	Vor den offenbar geplanten mietrechtlichen Änderungen warnt der Präsident des Immobilienverband Deutschland IVD, Dirk Wohltorf	Argument: Expertise (intern)
1	3	Die Bundesregierung hat zugesagt, bei der Finanzierung des Heizungstauschs einen fairen Interessenausgleich zwischen Vermietern und Mietern anzustreben.	Versprechen Hervorhebung: Bundesregierung
1	3	Jetzt zeichnet sich eine einseitige Belastung der Vermieter ab.	Trigger: Täuschung Trigger: Ungleichbehandlung
1	3	Die Modernisierungsmieterhöhung soll bei einem Heizungstausch auf 50 Cent pro Quadratmeter und Monat gekappt werden.	Kritik an Modernisierungsmieterhöhung
1	3	Das nützt aber überhaupt nichts, wenn die Mieterhöhung bei 50 Cent gekappt wird. Das ist einfachste Mathematik.	Trigger: Logikbruch/Täuschung
1	3	Gepaart mit dem drohenden Handlungszwang bedeutet dies eine extreme Belastung der Vermieter, da sie den größten Teil des Kostenrisikos tragen müssen.	Emotionalisierende Sprache: normativ („Handlungszwang“, „extreme Belastung“) Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („Kostenrisiko“) Trigger: Entgrenzungsbefürchtung/ Ungleichbehandlung
1	3	Das darf so den Deutschen Bundestag nicht passieren	Dissens Triggerpunkt?

Pressemeldung, Immobilienverband Deutschland, 27.06 2023 (e)			
Seite	Absatz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Wohltorf: „Chance für Maß und Mitte“	
1	2	Gestern Abend hat das Bundesverfassungsgericht einem Eilantrag stattgegeben und damit die Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetzes noch in dieser Woche im Deutschen Bundestag gestoppt.	Erste Interessensvertretung, die das aufgreift

1	2	Dazu erklärt Dirk Wohltorf, Präsident des Immobilienverband Deutschland IVD	Argument: Expertise (intern)
1	3	Die von uns kritisierte Eile der Regierungskoalition ist ihr nun selbst auf die Füße gefallen.	Sehen sich im Recht, bestätigt in ihrer Annahme
1	3	Wir hatten schon am Montag nach der Sachverständigenanhörung darauf hingewiesen, dass viele Fragen noch nicht geklärt sind.	Selbstwirksamkeit
1	3	Wir hatten der Regierung empfohlen, sich und den Abgeordneten ausreichend Zeit zu lassen, das neue GEG praxisgerecht und verlässlich auszugestalten.	Selbstwirksamkeit
1	4	Jetzt öffnet sich ein Zeitkorridor, um das Gesetz zu verbessern. Insbesondere die geplanten mietrechtlichen Veränderungen sind unausgegoren, was auch die Sachverständigenanhörung bewies.	Transformation zu schnell Selbstwirksamkeit
1	4	Die beabsichtigte Kappungsgrenze von 50 Cent bei der Modernisierungsmieterhöhung reicht für Vermieter von kleinen Mehrfamilienhäusern nicht aus. Denn die Heizungsanlage in diesen Häusern ist im Verhältnis zur versorgenden Wohnfläche teurer als in sehr großen Mehrfamilienhäusern.	Konkrete Kritik
1	4	Diese Vermieter werden benachteiligt.	Trigger: Ungleichbehandlung (Ungleichbehandlung von Gleichen) und ungleiche Lastenverteilung
1	5	Außerdem besteht nun die Chance, das Gebäudeenergiegesetz mit der kommunalen Wärmeplanung zu verzahnen.	Weiterer Vorteil durch geschaffene Zeit
1	5	Die im GEG-Entwurf bislang vorgesehene Fristenregelung ist eine Scheinverzahnung.	Trigger: Täuschung („Scheinverzahnung“)
1	5	Eile ist bei dem Förderkonzept geboten, da viele Immobilieneigentümer derzeit abwarten und nichts tun, was für den Klimaschutz am schlechtesten ist.	Begrüßen Verzögerung aber fordern Eile?
1	5	Bis zur Verabschiedung des Gesetzes im Deutschen Bundestag sollte die Regierung die Zeit nutzen, um gesellschaftliche Akzeptanz für ihre Vorgehensweise bei der Transformation im Gebäudesektor zu schaffen – mit Maß und Mitte.	Forderung an Bundesregierung Emotionalisierende Sprache: normativ („mit Maß und Mitte“)

Pressemeldung, Immobilienverband Deutschland, 08.09 2023 (f)			
Seite	Absatz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Was jetzt für Hauseigentümer zu beachten ist	Hinweis
1	2	Der Immobilienverband Deutschland IVD gibt Hauseigentümern eine Übersicht, welche Pflichten und Fristen es zu beachten gibt und welche	Hinweise

		Handlungsmöglichkeiten sich hinsichtlich ihrer Heizung ergeben.	
1	3	Was gilt für bestehende Heizungen und in diesem Jahr neu eingebaute Heizungen?	

9.5 Qualitative Inhaltsanalyse vzbv

Pressemeldung, Verbraucherzentrale Bundesverband, 29.03.2023 (a)			
Seite	Absatz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Statement von vzbv-Vorständin Ramona Pop zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses der Bundesregierung in den Bereichen Energie, Bauen und Verkehr	Argument: Expertise (intern)
1	2	Der Koalitionsausschuss der Ampelregierung hat sich auf mehrere Beschlüsse bei Vorhaben in den Bereichen Energie, Gebäude und Verkehr verständigt. Ramona Pop, Vorständin des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv) kommentiert:	Argument: Expertise (intern) Verantwortung: Ampelregierung
1	3	Aus Sicht der Verbraucher:innen lässt das Ergebnis des Koalitionsausschusses leider viele Fragen offen. Denn die Beschlüsse insbesondere beim Gebäudeenergiegesetz und dem brisanten Thema Heizungs austausch bleiben schwammig. Die erhoffte Klarheit und Planungssicherheit in Sachen Wärmewende hat dieser Koalitionsausschuss nicht erbracht.	Trigger: Unklarheit
1	3	Schlimmer noch, es steht zu befürchten, dass der Streit weitergeht.	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung
1	3	Dabei brauchen die Menschen jetzt Klarheit darüber, wie verbindlich erneuerbare Energien in ihren Heizungskellern ab 2024 werden sollen.	Argument: Bedarf
1	4	Gut ist das Bekenntnis, dass vor allem finanziell schlechter gestellte Verbraucher:innen Unterstützung beim Austausch fossiler Heizungsanlagen erhalten sollen.	Kompromissbereit steigt: Anerkennung
1	4	Aber auch hier bleibt die Koalition konkrete Antworten schuldig, welche Gruppen mit welcher Förderung rechnen können. Die Wärmewende wird ein Marathon und kein Sprint. Um zu investieren, brauchen die Menschen jedoch Klarheit.	Trigger: Unklarheit Persönliche Ansprache: die Koalition Emotionalisierende Sprache: Metapher („Die Wärmewende wird ein Marathon und kein Sprint“)
1	5	Fraglich ist ebenso, wie die Bundesregierung ihre Klimaziele erreichen will, wenn die Umsetzung aufgeweicht und die einzelnen Sektoren wie Gebäude, Verkehr und Energie ihre CO2-	Trigger: Unklarheit Anderes Thema: Sektorenziele

		Vorgaben nicht mehr individuell erfüllen müssen, sondern gemeinschaftlich betrachtet werden. Vom Klimageld ist in dem Beschluss keine Rede mehr. Dabei ist eine verbraucherfreundliche CO2-Bepreisung von fossilen Heiz- und Kraftstoffen als Anreiz für mehr klimaverträgliches Verhalten enorm wichtig für die Energiewende.	
1	6	Statement zum Verkehrssektor und zur Mobilitätswende	

Pressemeldung, Verbraucherzentrale Bundesverband, 03.04.2023 (b)			
Seite	Absatz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Statement von vzbv-Vorständin Ramona Pop zur Einigung der Bundesregierung beim Gebäudeenergiegesetz	Argument: Expertise (intern)
1	2	Die Bundesregierung hat sich auf einen Gesetzesentwurf geeinigt, der die Vorgabe umsetzen soll, dass ab 2024 nur noch neue Heizungen eingebaut werden dürfen, die mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben werden können.	
1	3	Der Verbraucherzentrale Bundesverband begrüßt diese Einigung, da hierdurch endlich mehr Klarheit für die Verbraucher:innen geschaffen wird, welche Art von Heizungen ab nächstem Jahr noch eingebaut werden dürfen. Zum Austausch alter Öl- und Gasheizungen gibt es angesichts der andauernden fossilen Energiepreiskrise und den Klimaschutzzielen der Bundesregierung langfristig keine Alternative.	Konsens Kompromissbereitschaft
1	4	Viele Menschen sind grundsätzlich bereit, auf erneuerbare Energien umzuschwenken, sorgen sich aber, dass sie die damit verbundenen Investitionen nicht schultern werden können. Die Bundesregierung muss schnell für Klarheit sorgen, wie die große Herausforderung der Wärmewende für die Menschen bezahlbar bleibt.	Trigger: Unklarheit Verantwortung: Bundesregierung Emotionalisierende Sprache: normativ („große Herausforderung“)
1	5	Es ist deshalb richtig, dass die Bundesregierung plant, eine sozial differenzierte Förderung aufzusetzen, damit Menschen mit geringen und mittleren Einkommen finanziell nicht überfordert werden.	Konsens Kompromissbereitschaft
1	5	Die Details, wie genau diese zusätzliche Förderung funktioniert, sind jedoch noch nicht bekannt.	Trigger: Unklarheit

1	5	Die Bundesregierung muss deshalb so schnell wie möglich aufzeigen, welche Gruppen mit welcher Förderung rechnen können.	Verantwortung: Die Bundesregierung Trigger: Unklarheit
1	6	Weiterhin sieht der Entwurf verschiedene Übergangsfristen und eine Härtefallregelung vor. Auch dies sind wichtige Schritte, um sicherzustellen, dass die Verbraucher:innen von den neuen Vorgaben nicht überfordert werden. Die Wärmewende wird ein Marathon und kein Sprint.	Konsens Kompromissbereitschaft Emotionalisierende Sprache: Metapher („Marathon und kein Sprint“)
1	7	Auch die Belange von Mieter:innen müssen hinreichend adressiert und berücksichtigt werden. Vermieter dürfen die Kosten des Heizungsaustauschs nicht einfach über die Modernisierungsumlage auf die Mieter:innen abwälzen.	Emotionalisierende Sprache: normativ („abwälzen“)
1	7	Es braucht zweckmäßige Mieterschutzregelungen, um eine einseitige Belastung betroffener Mieter:innen zu verhindern. Die Wärmewende darf nicht einseitig zu ihren Lasten vollzogen werden.	Trigger: Ungleichbehandlung/ Ungleiche Lastenverteilung
1	8	Gleichzeitig muss jedoch aber auch sichergestellt werden, dass alle im Gesetz verankerten Erfüllungsoptionen bei der Heizung auch tatsächlich geeignet sind, umgehend mit 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben zu werden. Der Einbau einer neuen Heizungsanlage ist für viele Haushalte eine große Investition, die gut geplant werden muss.	
1	9	Verbraucher:innen sollten bei einem geplanten Wechsel der Heizung in jedem Fall eine unabhängige Energieberatung aufsuchen – unabhängig für welche Heizungsoption sie sich entscheiden wollen.	

Pressemeldung, Verbraucherzentrale Bundesverband, 17.04.2023 (c)			
Seite	Absatz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	vzbv nimmt Stellung zur geplanten Änderung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG)	Argument: Expertise (intern)
1	2-4	Zusammenfassung Presseerklärung	

1	5	Die Änderung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) soll dafür sorgen, dass ab 2024 jede neu eingebaute Heizung möglichst mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien betrieben wird. Da diese Vorgaben Verbraucher:innen vor finanzielle Herausforderungen stellen werden, braucht es vor allem für Haushalte mit geringen Einkommen ein Förderprogramm, das sie die Investitionskosten für neue, klimafreundliche Heizungen stemmen lässt. Außerdem fehlt es noch an klarer Orientierung, welche Heizungstausch-Optionen tatsächlich verlässlich zur Verfügung stehen werden. Hierdurch drohen den Verbraucher:innen unnötige Kostenfallen.	<p>Emotionalisierende Sprache: normativ („finanzielle Herausforderungen“, „stemmen lässt“, „tatsächlich verlässlich“)</p> <p>Argument: Erfahrung und Expertise (was brauchen die Menschen“)</p> <p>Emotionalisierende Sprache: Metapher („unnötige Kostenfalle“)</p>
1	6	Die Pläne der Bundesregierung für eine sozial gestaffelte Förderung beim Heizungstausch müssen rasch konkretisiert werden, damit die Verbraucher:innen die Wärmewende mitgehen können. Finanzielle Risiken durch Unklarheiten bei der Heizungsumrüstung dürfen nicht auf private Haushalte abgewälzt werden. Kostenfallen, etwa durch falsche Versprechungen zur Nutzung von Wasserstoff, müssen verhindert werden	<p>Trigger: Unklarheit</p> <p>Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („finanzielle Risiken“)</p> <p>Trigger: Ungleichbehandlung/ Ungleiche Lastenverteilung</p> <p>Trigger: Täuschung („falsche Versprechungen zur Nutzung von Wasserstoff“)</p>
1	7	Klarere Orientierung bei Heizungsoptionen schaffen	Trigger: Unklarheit
1	8	Verbraucher:innen sollen verschiedene Heizungssysteme zur Auswahl haben, um die Erneuerbare-Energien-Vorgabe beim Heizungstausch zu erfüllen. Diese Wahlfreiheit kann dazu führen, dass Menschen aufgrund falscher Versprechungen der Industrie in Mehrkosten getrieben werden.	<p>Trigger: Täuschung („falsche Versprechungen der Industrie“)</p> <p>Antagonist: Industrie</p> <p>Emotionalisierende Sprache: normativ („getrieben werden“)</p>
1	8	Beispielsweise sind als H2-ready beworbene Gasheizungen derzeit nicht in der Lage, zu 65 Prozent mit klimaneutral erzeugtem Wasserstoff betrieben zu werden. Selbst wenn Wasserstoff oder andere grüne Gase einmal in ausreichender Menge zur Verfügung stünden, wären diese Brennstoffe wahrscheinlich extrem teuer. Für Verbraucher:innen würde sich die neu eingebaute Gasheizung als Kostenfalle erweisen.	<p>Argument gegen Wasserstoff</p> <p>Trigger: Realitätsverstoß</p> <p>Trigger: Ungleiche Lastenverteilung</p>

			Emotionalisierende Sprache: normativ („extrem teuer“) Emotionalisierende Sprache: Metapher („Kostenfalle“)
1	9	Das GEG muss daher für Verbraucher:innen klare Orientierung hinsichtlich der tatsächlich verfügbaren und bezahlbaren Optionen zur Erfüllung der Vorgabe von mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien im Gebäudebereich geben.	Trigger: Unklarheit
1	10	Mieter:innen vor zu hohen Kosten schützen	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung
1	11	Der vzbv begrüßt, dass der Gesetzentwurf eine Klausel zum Schutz der Mieter:innen vor zu hohen Brennstoffkosten enthält. So sollen Vermieter:innen Brennstoffkosten nur noch zu der Höhe auf ihre Mieter:innen umlegen dürfen, die bei Nutzung einer hinreichend effizienten Wärmepumpe anfielen.	Konsens Kompromissbereitschaft: Anerkennung
1	11	In der konkreten Ausgestaltung sieht der vzbv hier allerdings noch Verbesserungsbedarf. Zudem braucht es eindeutige Regelungen zur Höhe der umlagefähigen Kosten bei einem Heizungstausch.	Trigger: Unklarheit
1	12	Soziale Förderung schnell nachschieben	
1	12	Damit die Wärmewende gelingen kann, muss die Förderung konkret werden. Die Menschen brauchen schnell Klarheit darüber, welche finanzielle Unterstützung sie erwarten können. Die Förderung muss so aufgesetzt werden, dass alle Antragstellenden in die Lage versetzt werden, die Investitionen bei einem Heizungstausch stemmen zu können. Deshalb kommt es darauf an, dass diese sozial gerecht gestaltet wird und vor allem Haushalte mit geringen Einkommen finanziell unterstützt.	Trigger: Unklarheit Argument: Erfahrung (Wir wissen, was die Menschen brauchen)

Pressemeldung, Verbraucherzentrale Bundesverband, 24.04.2023 (d)			
Seite	Absatz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	So kann die Wärmewende sozial gerecht gelingen. Ein Beitrag von Ramona Pop, Vorständin Verbraucherzentrale Bundesverband	Argument: Expertise (intern)
1	2	Mit Öl und Gas zu heizen hat keine Zukunft. Das ist allerspätestens seit der Energiekrise hoffentlich klar. Es macht uns abhängig, zerstört den Planeten und – es wird perspektivisch viel zu teuer. Das heißt: Wir müssen bei der Wärmeversorgung schnell raus aus fossilen Energieträgern und umsatteln auf regenerative Energien.	Argument

1	3	Mit der Revision des Gebäudeenergiegesetzes packt die Bundesregierung dieses Thema an – gut so.	Pro GEG
1	4	Aber: Wo die Energie, die wir verheizen, herkommt – das ist nur die eine Seite der Medaille. Ich möchte den Blick auch auf die <i>andere</i> Seite richten. Darauf, wie viel Energie wir <i>brauchen</i> , um ein Gebäude oder eine Wohnung warmzukriegen. Denn: Nur, wenn der Energiebedarf unserer Wohngebäude deutlich runtergeht, kann die Wärmewende gelingen.	Neuer Aspekt: Energie
1	5	Mammut-Aufgabe klimaneutraler Gebäudebestand	Emotionalisierende Sprache: Metapher („Mammut Aufgabe“)
1	6	Nur so können wir als Gesellschaft unsere Klimaziele erreichen, ohne dabei den sozialen Zusammenhalt aufs Spiel zu setzen. Wenn dagegen für das Beheizen der Gebäude in Deutschland weiter so viel Energie gebraucht wird wie bislang, laufen die Kosten der Wärmewende aus dem Ruder. Für den einzelnen, aber auch fürs ganze Land.	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung („Für den einzelnen, aber auch für das ganze Land“) Kompromissbereitschaft sinkt („nur so“) Emotionalisierende Sprache: Metapher („laufen die Kosten der Wärmewende aus dem Ruder“)
1	7	Im vergangenen Jahr haben Privathaushalte rund 20 Prozent ihres Energieverbrauchs eingespart, teilweise freiwillig, teilweise gezwungenermaßen, weil sie von den horrenden Preisen schlicht überfordert waren. Aber das reicht nicht. Wir müssen den Energiebedarf bei Gebäuden drastisch senken.	Energiesparmaßnahmen unzureichend
1	8	Wir fordern die Bundesregierung auf, jetzt umfassende strukturelle Maßnahmen und Instrumente auf den Weg zu bringen, um die Mammut-Aufgabe eines klimaneutralen Gebäudebestands bis 2045 zu stemmen. Und zwar sozial gerecht und für alle bezahlbar.	Forderung (unspezifisch)
1	9	Gezielt fördern	
1	10	Die konkreten Forderungen des Verbraucherzentrale Bundesverbands und der Partner in der Gebäudeallianz lassen sich in dem unten stehenden Forderungspapier nachlesen. Zwei zentrale Aspekte lassen sich hervorheben:	Argument: Expertise (intern und extern)
1	11	Wir brauchen schnell Mindest-Effizienzstandards (MEPS) für die Gebäude, die energetisch am schlechtesten aufgestellt sind. Dieser Ansatz ist richtig. Daneben muss dringend die Bundes-	„Brauchen“ und „muss“ also: Kompromissbereitschaft, wenn auch starke Forderung

		förderung für effiziente Gebäude (BEG) weiterentwickelt werden. Das wiederum muss mit entsprechenden Anpassungen im Mietrecht einhergehen.	
1	12	Im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Förderlandschaft fordern wir, die eingestellten finanziellen Mittel zu verstetigen und auf mindestens 25 Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen. Die Förderung des Bundes muss nachhaltig eine sozial gerechte Transformation des Gebäudebestands sicherstellen und auch die Umsetzung der MEPS zielgenau unterstützen.	Kompromissbereitschaft sinkt („muss“) Konkrete Forderung
1	13	Statt Fördermittel mit der Gießkanne zu verteilen, schlagen wir einen Sockelbetrag vor, den alle Antragssteller bekommen. Ergänzt werden soll er durch eine gezielte höhere Förderung, die nach Einkommen gestaffelt ist. Wer im Eigentum wohnt, aber nicht das Geld auf der hohen Kante hat, um den Umbau selbst zu stemmen oder einen großen Kredit aufzunehmen, braucht Unterstützung.	Emotionalisierende Sprache: Metapher („Gießkanne“, „auf der hohen Kante“)
1	14	Modernisierungsumlage umgestalten	
1	16	Unsere 3. Forderung betrifft die energetische Modernisierung von Mietwohnungen. Das Problem ist die aktuelle Konstruktion der Modernisierungsumlage.	
1	17	Deutschland ist das Mieterland Nummer 1 in Europa. Gut die Hälfte der Menschen hierzulande wohnt zur Miete. Um die Kosten des Klimaschutzes im Gebäudebereich nicht wie bislang einseitig auf die Mieter:innen abzuwälzen, muss das Mietrecht geändert werden. Hier hat die Ampel bislang zu wenig getan.	Verantwortung: Ampel Kompromissbereitschaft sinkt („muss“)
1	19	So wie die Umlage jetzt ausgestaltet ist, berücksichtigt sie nicht, welche Energieeinsparungen oder Effizienzstandards erreicht wurden. Stattdessen erfolgt sie rein kostenbasiert und obendrein zeitlich unbegrenzt. Und: Warum sollten Vermieter:innen Förderung beantragen, wenn sie die Kosten einfach an die Mieter:innen weiterreichen können? Darüber hinaus wird zwischen Instandhaltungs- und Modernisierungskosten nicht klar getrennt.	Trigger: Unklarheit Trigger: Ungleiche Lastenverteilung
1	20	Sie sehen: Hier muss dringend nachgebessert werden. Und zwar jetzt. Denn die Probleme sind lange bekannt. Statt sie beherzt anzugehen, hat sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag nur auf einen Prüfauftrag zum Umstieg auf ein Teilwarmmietenmodell geeinigt. Das kann – wenn man es richtig ausgestaltet – eine Option sein. Aber leider gibt auch hier keine Einigkeit	Direkte Ansprache des/der Rezipient*in Emotionalisierende Sprache: normativ („dringend“, „nur“, „leider“, „ganz zu schweigen“)

		unter den Koalitionären. Von einem zielführenden Vorschlag ganz zu schweigen.	Verantwortung: Bundesregierung
1	21	Wohnen bezahlbar halten	
1	22	Gleichzeitig gibt es seit Jahren detaillierte Vorschläge für eine kurzfristig umsetzbare Reform des jetzigen Systems - wie etwa das Drittelmodell. Das Drittelmodell könnte man schnell und unkompliziert umsetzen. Wenn man denn wollte. Wir fordern die Bundesregierung auf, schnell eine Lösung für die Mieterinnen und Mieter in Deutschland auf den Weg zu bringen.	Mögliche Lösung bereits vorhanden
1	23	Der Klimaschutz im Gebäudebereich ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Darum müssen die Kosten fair verteilt werden. Der Staat muss hier eine deutlich stärkere Rolle einnehmen, damit Wohnen für die Menschen in diesem Land bezahlbar bleibt.	Trigger: Ungleiche Lastenverteilung
1	24	Und damit die Leute bereit sind, bei der Energiewende im Gebäudebereich mitzumachen.	

Pressemeldung, Verbraucherzentrale Bundesverband, 22.05.2023 (e)			
Seite	Absatz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Statement von Ramona Pop, Vorstandin des vzbv	Argument: Expertise (intern)
1	2	Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) fordert bei der Wärmewende zusätzliche finanzielle Unterstützung vor allem für Haushalte mit geringem Einkommen. Die bisher von der Bundesregierung geplante Förderung für auszutauschende fossile Heizungen reicht nicht aus. Das ist eine Kernbotschaft der aktualisierten Stellungnahme des vzbv zur geplanten Änderung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Darüber hinaus muss das GEG verbraucherfreundlicher werden, zum Beispiel beim Mieterschutz.	Trigger: Ungleiche Verteilung der Lasten// Gleichbehandlung von Ungleichen
1	3	Viele Verbraucherinnen und Verbraucher können die Kosten für eine neue klimafreundliche Heizung alleine schlicht nicht stemmen. Damit die Wärmewende gelingt, braucht es eine sozial gerechte und auskömmliche Förderung. Die bisher von der Bundesregierung geplanten Fördersätze reichen vor allem für Haushalte mit geringem Einkommen nicht aus. Sie benötigen zusätzliche finanzielle Unterstützung.	Emotionalisierende Sprache: normativ („stemmen“)
1	4	Verbraucherinnen und Verbraucher sollten daher je nach Einkommen noch einmal bis zu 50 Prozent der Kosten für die neue Heizung gefördert bekommen. Rechnet man die geplanten Förders-	Trigger: Ungleichbehandlung (Ausschluss)

		ätze für die Grundförderung und den Klimabonus hinzu, wäre eine hundertprozentige Förderung für einkommensschwache Haushalte beim Heizungsumbau möglich. Niemand sollte wegen hoher Investitionskosten vom Kauf neuer Heizungen ausgeschlossen werden – zumal das Heizen mit erneuerbaren Energien nicht nur ein Beitrag für den Klimaschutz ist, sondern langfristig auch Kosten spart.	
1	5	Der Schutz der Mieterinnen und Mieter muss gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sie die Zahlmeister der Wärmewende werden. Es braucht eine Begrenzung der umlagefähigen Kosten bei einem Heizungstausch. Das heißt konkret: Die Modernisierungsumlage muss gesenkt und zeitlich befristet werden.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („Schutz“)

Pressemeldung, Verbraucherzentrale Bundesverband, 23.05.2023 (f)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Statement von Ramona Pop, Vorsitzin des vzbv	Argument: Expertise (intern)
1	2	Die Ampel-Koalition hat sich heute darauf verständigt, die erste Lesung zum Gebäudeenergiegesetz zu verschieben. Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) kritisiert die Verzögerung und fordert Planungssicherheit für Verbraucher:innen.	Verantwortung: Ampel Koalition Trigger: Unklarheit
1	4	Die Uneinigkeit in der Ampel-Koalition beim Gebäudeenergiegesetz geht einmal mehr zulasten der Verbraucher:innen.	Verantwortung: Ampel-Koalition Trigger: Ungleiche Lastenverteilung Emotionalisierende Sprache: normativ („geht einmal mehr zulasten“)
1	4	Statt endlich die notwendige Planungssicherheit für die Menschen zu schaffen, herrscht weiterhin Unklarheit und Streit. Ab wann gilt das Gesetz? Welche Förderungen wird es für Haushalte mit geringem Einkommen und für Mieter:innen geben? Welche Ausnahmen sollen beim Heizungstausch gelten? Die Menschen benötigen Klarheit statt Koalitionsstreit.	Trigger: Unklarheit Emotionalisierende Sprache: normativ („Klarheit statt Koalitionsstreit“)
1	5	Die Kosten für fossile Energieträger werden langfristig steigen und die Pariser Klimaziele sind verbindlich. Niemand kann Menschen jetzt mit gutem Gewissen mehr raten, langfristig auf fossile Heizträger zu setzen.	Trigger: Realitätsverstoß Argument: Moral („mit gutem Gewissen“)

		Aber die angekündigte Wärmewende braucht Klarheit und eine soziale Abfederung.	Trigger: Unklarheit
--	--	--	---------------------

Pressemeldung, Verbraucherzentrale Bundesverband, 04.07.2023 (g)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Statement von vzbv-Vorständin Ramona Pop	Argument: Expertise (intern)
1	2	Die Bundesregierung plant die Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes noch vor der Sommerpause im Bundestag zu beschließen. Der vzbv fordert Nachbesserungen mit Blick auf drohende Kostenfallen und mehr Mieter-schutz.	Verantwortung: Bundesre-gierung Kompromissbereit („for-dert Nachbesserungen“) Emotionalisierende Spra-che: Bedrohung Emotionalisierende Spra-che: Metapher („Kosten-falle“)
1	3	Der vzbv hatte sich im monatelangen Streit für mehr Planungssicherheit und Verlässlich-keit für die Verbraucher:innen bei der Wärme-wende ausgesprochen. Der nun vorliegende Gesetzesentwurf erfüllt diese Voraussetzun-gen nur bedingt.	Trigger: Unklarheit Kompromissbereit, wenn auch Kritik („nun vorlie-gende Gesetzesentwurf er-füllt diese Voraussetzun-gen nur bedingt“)
1	4	Verbraucher:innen werden mit einem Dschun-gel an Optionen und Sonderregelungen kon-frontiert.	Emotionalisierende Spra-che: Metapher („Dschun-gel an Optionen“) Trigger: Unklarheit
1	4	Unter der Überschrift Technologieoffenheit können weiterhin auch Gasheizungen einge-baut werden, sofern sie als H2-ready dekla-riert werden.	Trigger: Täuschung
1	4	Die CO ₂ -Bepreisung und die absehbar stei-genden Netzentgelte werden fossiles Gas mit-telfristig deutlich teurer machen. Und Wasser-stoff und Biomethan werden entweder gar nicht oder nur zu äußerst hohen Preisen ver-fügar sein. Jetzt noch eine neue Gasheizung einzubauen, kann deshalb für Verbraucher:in-nen zu einem extrem teuren Experiment wer-den.	Trigger: Entgrenzungsbe-fürchtung (Übertretungs-szenario) Emotionalisierende Spra-che: normativ („extrem teuren Experiment“)
1	5	Verpflichtende Energieberatungen sollen die Verbraucher:innen vor diesen Kostenfallen schützen. Damit das gelingt, fordert der vzbv, dass diese Beratungen nur durch unabhängige	Konkrete Forderung

		Energieberater:innen oder gleichwertig qualifizierte Fachkräfte ohne Interessenskonflikte durchgeführt werden dürfen.	
1	6	Es ist gut, dass mit der kommunalen Wärmeplanung Fernwärme einen wichtigen Beitrag zur Wärmewende leisten soll.	Kompromissbereitschaft: Anerkennung
1	6	Im gleichen Atemzug müssen die Rechte der Verbraucher:innen gegenüber den Versorgern gestärkt werden. Mit einer bundeseinheitlichen Preisaufsicht und mehr Transparenz bei den Fernwärmepreisen können die Verbraucher:innen vor Preiswillkür geschützt werden.	Konkrete tiefergehende Forderung Emotionalisierende Sprache: normativ („Preiswillkür“)
1	7	Der Gesetzesentwurf enthält eine Reihe begrüßenswerter Regelungen zum Mieterschutz.	Kompromissbereitschaft: Anerkennung
1	7	Allerdings werden Mieter:innen für den Fall, dass sich ein Vermieter für eine Heizung entscheidet, die zwar in der Anschaffung vergleichsweise günstig ist, aber hohe Betriebskosten aufweist, nicht wirkungsvoll vor überhöhten Heizkosten geschützt.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung Trigger: Ungleiche Lastenverteilung (Machtlosigkeit)
1	8	Das Ziel des Gesetzes Energie einzusparen, wurde zugunsten der reinen Reduktion von Treibhausgasen deutlich abgeschwächt. Viele Regelungen zur Steigerung der Energieeffizienz wurden aus dem Gesetz gestrichen.	Eigentliches Ziel des GEG nicht mehr angestrebt, Infragestellung des GEG?
1	9	Die Bundesregierung hat mit dem Gesetz die wichtige Chance vertan, die Wärmewende im Gebäudesektor klimazielform und sozialverträglich auf den Weg zu bringen und die Verbraucher:innen dabei mitzunehmen.	Dissens? Triggerpunkt? Verantwortung: Bundesregierung

Pressemeldung, Verbraucherzentrale Bundesverband, 08.09.2023 (h)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Statement von Ramona Pop, Vorsitzende Verbraucherzentrale Bundesverband, zur Verabschiedung des Gebäudeenergiegesetzes	Argument: Expertise (intern)
1	3	Mit der Verabschiedung des Gebäude-Energie-Gesetzes (GEG) wird jetzt endlich mehr Planungssicherheit für private Haushalte bei der Anschaffung von neuen klimafreundlichen Heizungen geschaffen, aber es bleiben noch offene Fragen.	Kompromissbereitschaft: Anerkennung der Planungssicherheit Trigger: Unklarheit („aber es bleiben noch offene Fragen“)
1	5	Zur Planungssicherheit gehört auch, dass niemand seine jetzige Heizung ausbauen muss, wenn sie ganz normal läuft, noch reparierbar ist und wenn sie das Alter von 30 Jahren noch nicht erreicht hat.	

1	5	Wer seine Heizung ab 2026 oder 2028 ersetzen will oder muss, steht aber mit dem neuen GEG vor einem Dschungel an Optionen.	Emotionalisierende Sprache: Metapher („Dschungel an Optionen“)
1	6	Unter anderem sollen Wärmepumpen, Fernwärme, Pelletheizungen oder Wasserstoff-ready-Gasheizungen die alten Öl- und Gasbrenner ersetzen. Vor allem bei Wasserstoffheizungen drohen Privathaushalten Kostenfallen.	Trigger: Entgrenzungsbedürftung Emotionalisierende Sprache: Metapher/Bedrohung („Kostenfalle“)
1	6	Mit erneuerbaren Energien erzeugter Wasserstoff wird auf absehbare Zeit nur in geringen Mengen verfügbar und sehr teuer sein.	Trigger: Realitätsverstoß
1	7	Die wichtige Frage nach der finanziellen Unterstützung beim Einbau klimafreundlicher Heizungen ist für Verbraucher:innen zudem noch offen.	Trigger: Unklarheit
1	7	Zwar sollen künftig private Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen stärker unterstützt werden, die Gesamtförderhöhe soll aber deutlich sinken. Hier muss die Bundesregierung sowohl für Ein- als auch für Mehrfamilienhäuser deutlich nachbessern, damit Eigentümer:innen und Mieter:innen die teils hohen Investitionskosten auch stemmen können.	Verantwortung: Bundesregierung Kompromissbereitschaft sinkt: („muss“) Emotionalisierende Sprache: normativ („stemmen“)
1	8	Ein Anschluss an ein Fernwärmenetz ist zwar eine gute Idee, allerdings müssen jetzt endlich die Verbraucherrechte in diesem Monopolmarkt gestärkt werden. Dafür braucht es eine bundesweite Preisaufsicht, und die Wärmenetze müssen schnell mit erneuerbaren Energien gespeist werden.	Emotionalisierende Sprache: normativ („endlich“) Kompromissbereitschaft sinkt: („müssen“)
1	9	Wer jetzt oder in den kommenden Jahren eine neue Heizung einbauen lassen will, sollte sich professionelle Hilfe bei einer unabhängigen Energieberatung holen. Die Investition soll sich ja lohnen, eine Heizung ist ein Langfristprojekt.	Empfehlung

9.6 Qualitative Inhaltsanalyse DMB

Pressemeldung vom 21.04.2024, Deutscher Mieterbund (a)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie
1	1	DMB kritisiert Einigung aufgrund fehlender Regelungen zur Sozialverträglichkeit	Dissens
1	2	Versprechungen wurden nicht eingehalten, Interessen nicht beachtet,	Trigger: Täuschung

			Dissens, Missachtung der Interessen von Mieter*innen, Autoritätsperson kommt zu Wort
1	2	Präsident komm zu Wort	Argument: Expertise (intern)
1	3	Unterstützung des Ziels des GEG	Kompromissbereitschaft
1	4	Zitat Präsident DMB: „Klimaschutz im Gebäudebereich stellt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar, eine gerechte Verteilung der notwendigen Kosten muss in den Mittelpunkt gerückt werden, dafür braucht es eine umfassende Reform der Modernisierungsumlage.“	Trigger: Ungleichbehandlung, Gleichbehandlung von Ungleichen
1	5	„Für eine soziale Abfederung sei auch die Förderung unerlässlich.“	Emotionalisierende Sprache („unerlässlich“), kompromisslos
1	6	Aber das am Mittwoch von Bundesbauministerin Geywitz und Bundeswirtschaftsminister Habeck vorgestellte Förderkonzept, dass über Klimaboni nun Förderquoten von bis zu 50 Prozent ermöglicht, adressiert nur selbstnutzende Eigentümerinnen und Eigentümer und lässt die Probleme bei der Weitergabe von Förderungen im Mietwohnungsbereich außen vor.	Trigger: Ungleichbehandlung, Gleichbehandlung von Ungleichen Persönliche Ansprache der Minister*innen
1	7	Zitat Präsident DMB	Argument: Expertise
1	7	„Vermieterinnen und Vermietern steht es nach wie vor frei, ob sie eine Förderung in Anspruch nehmen oder die Kosten einfach im Rahmen der Modernisierungsumlage an die Mieterinnen und Mieter weitergeben.“	Trigger: Ungleichbehandlung
1	8	„Mieterinnen und Mietern drohen hohe Heizkosten, wenn z.B. teurer Wasserstoff eingesetzt oder ineffiziente Wärmepumpen durch den Vermieter eingebaut werden. Die bisher vorgesehenen Regelungen zur Begrenzung der Energiekosten sind aus Sicht des Deutschen Mieterbundes unzureichend. Bei der Umsetzung der Wärmewende ist es unerlässlich, dass die Heizkosten für Mieter nach der Sanierung sinken.“	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („drohen“) Kompromissbereitschaft nimmt ab („unzureichend“; „unerlässlich, dass die Heizkosten für Mieter nach der Sanierung sinken“)
1	9	Für eine sozialverträgliche Rahmensetzung der Wärmewende, muss aus Sicht des Deutschen Mieterbundes zwingend die Modernisierungsumlage abgeschafft oder deutlich abgesenkt werden.	Dissens, Kompromissbereitschaft sinkt („zwingend die Modernisierungsumlage abgeschafft oder deutlich abgesenkt werden“)
1		Die Modernisierungsumlage konfrontiert Mieterinnen und Mieter mit hohen Mieterhöhungen, die wiederum zur Verdrängung der angestammten Bevölkerung aus ihren Wohnvierteln führen können.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („Verdrängung der angestammten Bevölkerung“)

1	9	Dies liegt vor allem in der Konstruktion der Modernisierungsumlage (§ 559 BGB) begründet, die soziale, ökologische und ökonomische Fehlanreize setzt.	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung, fehlerhafte Entwicklung in allen Bereichen der Nachhaltigkeit erwartet
---	---	---	---

Pressemeldung Deutscher Mieterschutzbund, 17.05.2023 (b)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie
1	1	Appell offensichtliche Benachteiligung von Mieterinnen und Mietern sofort zu beenden	Emotionalisierende Sprache: Bloßstellen („offensichtliche Benachteiligung“) Trigger: Ungleichbehandlung („offenkundige Benachteiligung (...) sofort beenden“)
1	2	Zitat Präsident Deutscher Mieterbund: „Das neue Gebäudeenergiegesetz schützt Mieterinnen und Mieter weder vor Mieterhöhungen in Folge des Heizungswechsels, noch vor hohen Heizkosten nach der Umstellung auf erneuerbare Energien.“	Argument: Bedrohung/ Vorwurf: Interessensgruppe wird nicht geschützt Triggerpunkt? > Ursache ist die Umstellung auf erneuerbare Energien?
1	2	Mieter und Vermieter werden zudem systematisch gegenüber privaten Eigentümern benachteiligt, indem sie von der angekündigten Förderung des „Klimaboni“ ausgeschlossen werden sollen - ein völlig inakzeptabler Zustand für ein Land, in dem 58 % der Haushalte zur Miete leben.	Unterstellung von Vorsatz: Triggerpunkt? „systematisch (...) benachteiligt“ „ein völlig inakzeptabler Zustand“ Mehrheit wird benachteiligt
1	2	Zudem steht es Vermieterinnen und Vermietern nach wie vor frei, ob sie eine Förderung in Anspruch nehmen oder die Kosten einfach im Rahmen der Modernisierungsumlage an die Mieterinnen und Mieter weitergeben. Es muss jetzt klar geregelt werden, dass der gesamte vermietete Gebäudebestand gefördert wird und Vermieterinnen und Vermieter die Fördermittel von den umgelegten Kosten abziehen müssen – und zwar unabhängig davon, ob sie diese tatsächlich in Anspruch genommen haben oder nicht“,	Trigger: Unklarheit „Es muss jetzt klar geregelt werden“

1	3	Zitat Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW: „Mieter und Vermieter müssen dringend den Eigentümern von privat genutztem Wohnraum gleichgestellt werden.“	Trigge: Ungleichbehandlung; Ungleichbehandlung von Gleichen
1	3	„Es kann nicht sein, dass im Mieterland Deutschland die Mehrzahl der Haushalte – und ausgerechnet diejenigen mit niedrigeren Einkommen – bei den Kosten des Klimaschutzes komplett im Stich gelassen werden.“	Emotionalisierende Sprache/Empörung: „im Stich gelassen werden“
1	3	„Denn Klimaschutz ist eine notwendige Gemeinschaftsaufgabe von gigantischem Ausmaß. Die Bundesregierung darf die dringend erforderliche, umfängliche Förderung deshalb nicht nur auf die Selbstnutzer von Wohnraum einschränken, sondern hier muss gleiches Recht für alle gelten.“	Trigger: Ungleichbehandlung, Ungleichbehandlung von Gleichen
1	3	„Alles andere ist sozialer Sprengstoff und die Akzeptanz des Klimaschutzes wird sich in Luft auflösen“, sagt Axel Gedaschko , Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW.“	Emotionalisierende Sprache: Metapher („sozialer Sprengstoff“) Argument: Expertise
1	4	Eigenes Förderkonzept wurde erstellt.	Kompromissbereitschaft: Eigene Vorschläge werden eingebracht

Pressemeldung Deutscher Mieterschutzbund, 19.05.2023 (c)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie
1	1	Zitat Bundesdirektorin des Deutschen Mieterbundes: „Die Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes hätte nach aktuellem Stand eine finanzielle Überforderung für den Großteil der Mieterinnen und Mieter zur Folge, da hohe Mietsteigerungen auf sie zukommen würden“	Argumentation: Bedrohung („finanzielle Überforderung“) Trigger: Realitätsverstoß Trigger: Ungleiche Lastenverteilung
1	1	„Der Gesetzgebungsprozess muss daher unbedingt durch mietrechtliche Reformen begleitet werden, um das Gesetz sozialverträglich zu gestalten.“	Bedingung „muss“
1	2	Grundsätzlich können Mieter:innen gegenüber den Vermieter:innen zwar geltend machen, dass die angekündigte Mieterhöhung eine wirtschaftliche Härte für sie darstellen würde. Dieser Einwand greift allerdings nicht, wenn – wie beim Gebäudeenergiegesetz (GEG) vorgesehen - die Vermieter:innen gesetzlich zur Modernisierung verpflichtet sind. In einem solchen Fall ist der wirtschaftliche	Argument: GEG als Bedrohung: Verschlechterung der Ausgangssituation der Interessensgruppe durch das GEG Trigger: Ungleiche Lastenverteilung

		Härteeinwand für die Mieter:innen gesetzlich ausgeschlossen.	
1	2	„Auch werden mietsenkende Fördermittel für die Sanierung der Heizung von Vermieter:innen bisher kaum in Anspruch genommen. Hintergrund ist, dass die Inanspruchnahme von Fördermitteln für Vermieter:innen bislang nicht von Vorteil ist, da sie diese von den auf die Mieter:innen umlegbaren Kosten abziehen müssen. Nehmen sie keine Fördermittel in Anspruch, können sie hingegen die Kosten der Sanierung vollständig auf die Mieter:innen umlegen und die Miete dauerhaft um acht Prozent der Investitionssumme bei Einhaltung der vorgegebenen Kappungsgrenzen erhöhen. Viele Vermieter:innen machen sich daher erst gar nicht die Mühe der Antragsstellung auf Fördermittel.“	Argumentation: Sichtbarmachung der aktuellen Situation für Mieter:innen und wie sie bereits aktuell unter der Regelung leiden Trigger: Ungleiche Lastenverteilung
1	3	„Mieterinnen und Mieter haben aktuell keine Chance, sich gegen Mieterhöhungen, die sie wirtschaftlich überfordern, zu wehren oder von ihrem Vermietenden die Inanspruchnahme von mietsenkenden Fördermitteln zu verlangen“, so Weber-Moritz.	Argumentation: Expertin Emotionalisierende Sprache: Handlungseinschränkung („keine Chance, sich gegen Mieterhöhungen, [...], zu wehren.“) Trigger: Ungleiche Lastenverteilung
1	3	„Die zügige energetische Sanierung des Gebäudebestandes ist ausgesprochen wichtig. Aber sie darf keinesfalls dazu führen, dass Mieterinnen und Mieter finanziell überfordert werden, weil der Gesetzgeber es versäumt hat, Mieterinteressen ausreichend zu berücksichtigen.“	Kompromissbereitschaft: Betonung von Anerkennung des Ziels des GEG
1	4	Aus Sicht des Deutschen Mieterbundes ist die Möglichkeit der Modernisierungsmieterhöhung abzuschaffen und bspw. im Rahmen einer Teilwarmmiete aufzulösen.	GEG wird als Möglichkeit gesehen, einen schon länger bestehenden Missstand aufzulösen
1	4	Zumindest muss jedoch die Mieterhöhungsumlage auf vier Prozent der Kosten gesenkt und bei höchstens 1,50 Euro pro Quadratmeter gekappt werden. Zudem müssen konkrete Anforderungen an die energetische Qualität der Maßnahme geknüpft und die Antragsstellung auf mietsenkende Fördermittel berücksichtigt werden.	Kompromissbereitschaft: Es gibt eine Maximalforderung, aber es gibt auch eine Minimalforderung, was Spielraum für den Diskurs bietet.

Pressemeldung, Deutscher Mieterschutzbund, 21.06.2023 (d)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie

1	1	Der Deutsche Mieterbund kritisiert im Rahmen der Anhörung im Deutschen Bundestag den Gesetzesentwurf und die Leitplanken zum Gebäudeenergiegesetz scharf	Emotionalisierende Sprache: lebhaft, Adjektiv zur Emphase („kritisiert (...) scharf“)
1	1	Zitat Präsident des Deutschen Mieterbundes: „Der Entwurf zum Heizungsgesetz wird durch die Umsetzung der sogenannten Leitplanken noch einmal deutlich schlechter und unsozialer.“	Emotionalisierende Sprache: normativ („deutlich schlechter und unsozialer“) Argument: Bedrohung Vorwurf: Entwurf wurde trotz Debatte noch schlechter
1	1	In Zukunft soll die Investition in die Heizung sogar noch über eine zweite Umlage allein vom Mieter bezahlt werden - das ist Gift für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land und vor dem Hintergrund der hohen Wohnkostenbelastung vieler Mieterhaushalte politisch völlig unverantwortlich“	Emotionalisierende Sprache: Metapher („Gift für den sozialen Zusammenhalt“) Vorwurf: Verantwortungslosigkeit
1	2	So gibt es in Ampel-Kreisen Verhandlungen mit dem Ziel, den bestehenden Mieterschutz deutlich abzuschwächen und eine zusätzliche und höhere Modernisierungsumlage als bisher einzuführen.	Argument: Bedrohung Status quo soll verschlechtert werden
1	2	Mit dieser Umlage sollen Vermieter beim Heizungsaustausch entlastet und Mieter stärker belastet werden.	Trigger: Ungleichbehandlung; Ungleichbehandlung von Gleichen Trigger: Ungleiche Lastenverteilung
1	2	Zudem soll es zusätzliche Fördermittel zur sozialen Abfederung beim Austausch der Heizung nur für Kleinvermieter geben, große und kommunale Wohnungsunternehmen und damit ihrer Mieter und Mieterinnen drohen systematisch benachteiligt zu werden	Argument: Bedrohung Systematisch = Vorsatz Triggerpunkt?
1	2	Der kleinste Koalitionspartner FDP treibt erneut die Grünen und die SPD beim Heizungsgesetz vor sich her, zuerst auf Kosten des Klimaschutzes, jetzt auf Kosten des Mieterschutzes.	Klare Schuldzuweisung für thematisierte Problematik Gleich zwei Dimensionen der Nachhaltigkeit die sich verschlechtern
1	2	Wenn die Ampel ihre Pläne so umsetzt, ist das nichts anderes als ein 2-Klassen-System, in dem die Höhe der Mieterhöhung nach dem Heizungstausch von der Anzahl der Wohneinheiten des Vermieters abhängt.	Argument: Bedrohung (durch Willkür der Vermieter*innen)

1	2	Das bedeutet letztlich die soziale Spaltung des Mietwohnungsmarktes und ist nicht hinnehmbar	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung Worst-Case Szenario
1	3	Der Deutsche Mieterbund unterstützt die Reform des Gebäudeenergiegesetzes nur, wenn gleichzeitig die Sozialverträglichkeit gesetzlich verbindlich für alle Mieterinnen und Mieter sichergestellt wird.	Triggerpunkt: Konsens zu Dissens umgeschlagen, obwohl man noch zu Beginn publiziert hat, dass man hinter den Zielen des GEG steht
1	3	Daher muss die Modernisierungsumlage auf vier Prozent der Kosten gesenkt und bei höchstens 1,50 Euro pro Quadratmeter gekappt werden. Bei der Umlage der Investitionskosten auf die Mieter und Mieterinnen müssen mietsenkende Fördermittel pauschal berücksichtigt werden und der Anteil der Instandhaltungskosten muss korrekt und verbindlich in Abzug gebracht werden. Nur so können laut Berechnungen des Deutschen Mieterbundes warmmietenneutrale und damit sozialverträgliche Sanierungen sichergestellt werden.	Kompromissbereitschaft sinkt („muss“) Argument: Zahlen/Fakten, Forderung kommt nicht aus dem nichts, sondern stützt sich auf Berechnungen
1	4	Zudem müssen verpflichtende Vorgaben für den Heizungstausch auch die zukünftigen Heizkosten der Mieter im Blick behalten.	Trigger: Ungleichbehandlung; Ungleichbehandlung von Gleichen, Betonung von Pflichten
1	4	Fast 90 Prozent aller Mietwohnungen werden fossil beheizt, daher sind nahezu sämtliche Mieterhaushalte von den Regelungen des Gebäudeenergiegesetzes betroffen.	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung aufgrund von besonderer Betroffenheit Argument: Zahlen und Fakten
1	4	Mietern drohen hohe Heizkosten, wenn z.B. teurer Wasserstoff eingesetzt oder ineffiziente Wärmepumpen durch den Vermieter eingebaut werden.	Argument: Bedrohung Trigger: Entgrenzungsbefürchtung
1	4	Die im Gesetz vorgesehen Regelungen zur Begrenzung der Energiekosten sind unzureichend. Es braucht keine Härtefallregelungen für Einzelfälle, sondern Lösungen für die 7 Millionen Mieterhaushalte, die heute schon von ihren Wohnkosten überlastet sind.	Trigger: Ungleichbehandlung; Gleichbehandlung von Ungleichen Trigger: Entgrenzungsbefürchtungen „Mieterhaushalten, die heute schon von ihren Wohnkosten überlastet sind“
1	4	Die Reduzierung der Modernisierungsumlage, bezahlbare Energiepreise nach dem Heizungswechsel und ausreichende Förderung für den gesamten Wohnungssektor sind daher unerlässlich	Reaktion auf Entgrenzungsbefürchtung; Kompromissbereitschaft immer noch vorhanden

Pressemeldung, Deutscher Mieterbund, 03.07.2024 (e)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie
1	1	Im Rahmen der öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag sieht der Deutsche Mieterbund bei der Einigung zum Gebäudeenergiegesetz (GEG) Licht und Schatten:	Emotionalisierende Sprache: Metapher Auf Konsens aus: Licht und Schatten
1	1	Die weitere Modernisierungsumlage in Höhe von zehn Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Kosten halten wir für überflüssig, streitanfällig und mieterunfreundlich“, erklärt der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten, im Rahmen der heutigen Anhörung im Ausschuss für Klimaschutz und Energie.	Kritik am GEG Argument: Expertise
1	1	„Statt eine weitere Modernisierungsumlage zu erfinden und damit Rechtsunsicherheit und Streit vorzuprogrammieren, sollte die bestehende Umlagemöglichkeit sozialverträglich verändert werden. Die von uns seit langem geforderte Halbierung der Umlage und die Kappung der monatlichen Kosten bei 1,50 Euro pro Quadratmeter könnten bei ausreichender Förderung sogar zur Warmmietenneutralität führen und damit sicherlich auch der Akzeptanz der Wärmewende dienen.“	Verbesserungsvorschlag Konsens: Es gibt Kritik, diese ist allerdings konstruktiv Trigger: Täuschung
1	2	Der Deutsche Mieterbund begrüßt die vorgesehene Kappungsgrenze von 50 Cent pro Quadratmeter und Monat für den Heizungs-austausch unter Berücksichtigung der Gesamtkappungsgrenze von maximal drei Euro pro Monat und Quadratmeter.	Kompromissbereitschaft: Anerkennung von Änderungen
1	2	Der Deutsche Mieterbund begrüßt weiterhin, dass Mieterinnen und Mieter künftig immer einen Härteeinwand geltend machen können, wenn der Heizungs-austausch sie finanziell überlastet.	Kompromissbereitschaft: Anerkennung von Änderungen
1	3	Der Deutsche Mieterbund kritisiert den neu in den Gesetzesentwurf eingeführten pauschalen Instandhaltungsabzug für die zweite Modernisierungsumlage in Höhe von 15 Prozent als deutlich zu niedrig.	Kritik
1	3	„Die jetzt vorgesehene niedrige Pauschale verlagert die gesetzliche Erhaltungspflicht der Vermietenden unfairerweise auf die Mieterinnen und Mieter. Die Folge ist, dass Mieterinnen und Mieter mit Kosten belastet würden, die eigentlich der Vermietende tragen müsste. Dies muss unbedingt verhindert werden, die	Trigger: Ungleiche Lastenverteilung („unfairerweise“) Emotionalisierende Sprache: „dies muss unbedingt verhindert werden“

		Pauschalierung ist daher wieder aus dem Gesetz zu entfernen,“	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung
1	4	Weiterhin kritisiert der Deutsche Mieterbund die nun vorgesehene Streichung des § 71o Absatz 1 aus dem GEG-Entwurf.	Kritik
1	4	„Die Streichung dieser Schutzvorschrift ist unsozial und muss rückgängig gemacht werden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Mieterinnen und Mieter mit hohen Heizkosten belastet werden, wenn sich Vermietende für Heizsysteme mit teuren Betriebskosten entscheiden,“	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („die Gefahr“) Trigger: Entgrenzungsbefürchtung Trigger: Ungleiche Lastenverteilung



Pressemeldung, Deutscher Mieterbund, 08.09.2024 (f)			
Seite	Absatz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Der Deutsche Bundestag hat heute das umstrittene Gebäudeenergiegesetz (GEG) verabschiedet, für Mieterinnen und Mieter bringt es Licht und Schatten: „Wir begrüßen, dass nach einer monatelangen Hängepartie das Heizungsgesetz endlich verabschiedet ist.	Emotionalisierende Sprache („umstrittene GEG“, „Licht und Schatten“, „monatelange Hängepartie“) ABER Konsens: „endlich verabschiedet“
1	1	Die Umlage der Kosten auf die Mieter wird beim Heizungsaustausch durch die neue Kapazitätsgrenze in Höhe von 50 Cent stärker eingegrenzt, kann aber wie bisher durch weitere Investitionen in das Gebäude auf bis zu 3 Euro pro Quadratmeter steigen. Das ist deutlich zu viel vor dem Hintergrund, dass mehr als 7 Mio. Mieterinnen und Mieter in diesem Land in einer angespannten Wohnkostensituation leben“, sagt der Präsident des Deutschen Mieterbundes, Lukas Siebenkotten.	Konkrete Kritik an einem Aspekt des GEG Teilweise Entgrenzungsbefürchtung Argument: Expertise
1	2	Das GEG sieht zudem die Einführung einer zweiten und höheren Modernisierungsumlage vor. „Die weitere Modernisierungsumlage in Höhe von zehn Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Kosten halten wir für überflüssig, streitanfällig und mieterunfreundlich“, so Siebenkotten	Erneute konkrete Kritik Emotionalisierende Sprache („überflüssig, streitanfällig und mieterunfreundlich“) Trigger: Ungleiche Lastenverteilung

1	2	Dagegen begrüßt der Deutsche Mieterbund ausdrücklich, dass für Mieter:innen der Einwand einer wirtschaftlichen Härte beim Heizungstausch zukünftig immer möglich sein soll. Außerdem ist positiv zu vermerken, dass Mieterhöhungen durch Heizungsaustausch bei Indexmieten immer ausgeschlossen sein sollen.	Konsens: betonte Zustimmung
1	3	Der Deutsche Mieterbund kritisiert deutlich die Streichung des § 71o Absatz 1, welcher die Höhe der umlegbaren Brennstoffkosten von Wasserstoffheizungen auf Mieter:innen begrenzt hätte. Ohne diesen Absatz drohen Mieter:innen hohe Energiekosten, wenn teure Energieträger wie Wasserstoff eingesetzt werden. Der Deutsche Mieterbund fordert die Wiederaufnahme des Paragraphen in das Gesetz oder eine alternative Schutzregelung.	Dissens: betonte Kritik
1	4	Kritik wird ausgeweitet auf allgemeine Kritik der Förderkulisse, welche nicht im GEG geregelt ist	GEG wird zum Anlass genommen, um allgemeine Zustände des Status quo zu kritisieren und auf die Agenda setzen zu können

9.7 Qualitative Inhaltsanalyse BUND

Pressemeldung, BUND, 16.05.2023 (a)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie
1	1	Ein breites Bündnis von 16 Organisationen aus den Bereichen Wirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz und Gewerkschaften fordert die Mitglieder des Deutschen Bundestags auf, die Erfüllungsoption sogenannter „H2-ready“-Gasheizungen aus dem Entwurf für das Gebäudeenergiegesetz zu streichen.	Argument: Expertise (intern und extern) Dissens mit spezifischem Aspekt des GEG
1	2	Dem Gesetzentwurf zufolge soll ab 2024 jede neu installierte Heizung zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Allerdings wäre nach jetzigem Stand auch der Einbau einer neuen klimaschädlichen Erdgasheizung weiterhin möglich, wenn diese technisch dazu in der Lage ist, reinen Wasserstoff zu verarbeiten („H2-ready“) und der Netzbetreiber einen Transformationsplan vorlegt, wonach das entsprechende Versorgungsgebiet bis zum Jahr 2035 auf Wasserstoff umgestellt werden soll.	Zusammenfassung der Passage, zu der Dissens besteht
1	3	Wissenschaftler*innen sind sich einig, dass eine Umstellung von Erdgasnetzen auf reinen Wasserstoff in der Breite des Gebäudesektors	Argument: Daten und Fakten

		nicht praktikabel ist. Grüner Wasserstoff wird auch nach 2030 nur in sehr geringen Mengen und zu sehr hohen Preisen zur Verfügung stehen.	
1	4	Zudem ist die Umstellung mit großen finanziellen Risiken für Verbraucher*innen sowie einem hohen Aufwand verbunden, weil derzeit vorhandene Leitungsnetze und Heizgeräte nicht für den Einsatz von Wasserstoff ausgelegt sind.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („finanziellen Risiken“) Trigger: Realitätsverstoß

Pressemeldung, BUND, 23.05.2023 (b)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie
1	1	Regierung riskiert beim Gebäude-Energie-Gesetz Klimaziele. Anlässlich der Verzögerung des parlamentarischen Verfahrens beim Gebäude-Energie-Gesetz erklärt Olaf Bandt, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)	Verantwortung: Regierung Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („riskiert“) Argument: Expertise (intern)
1	2	Die FDP treibt ihre Blockade-Taktik auf die Spitze.	Antagonist: FDP Emotionalisierende Sprache: Metapher („treibt es auf die Spitze“)
1	2	Sie verhindert Planungssicherheit.	Trigger: Unklarheit
1	2	Stattdessen schürt die Partei mit der Verzögerung des parlamentarischen Verfahrens beim Gebäude-Energie-Gesetz Verunsicherung bei den Bürgerinnen und Bürgern.	Antagonist FDP Trigger: Unklarheit Emotionalisierende Sprache: normativ („schürt“)
1	2	Mit vorgeschobenen Argumenten blockiert sie eine zügige Debatte über letzte Fragen zur Ausgestaltung des Gesetzes und damit die Verabschiedung vor der Sommerpause.	Trigger: Täuschung („vorgeschobenen Argument“) Emotionalisierende Sprache: normativ („blockiert“)
1	3	Es braucht jetzt ein Gebäude-Energie-Gesetz mit sozial ausgewogener Förderung und Regeln für den Schutz von Mietenden. Die Menschen wollen wissen, wie sie die nächste Energierechnung bezahlen sollen oder den Einbau einer erneuerbaren Heizung finanzieren können. Fehlinvestitionen in fossile Heizungen müssen ihnen erspart werden.	Forderung, unspezifisch Emotionalisierende Sprache: Gefühlsbetont (empathisch, Rolle der Menschen eingenommen) Emotionalisierende Sprache: normativ („Fehlinvestition“)

1	4	Die FDP ist an der ehrlichen Klärung offener Fragen offenkundig nicht interessiert.	Antagonist: FDP Trigger: Täuschung
1	4	Sie lässt die Menschen in die Kostenfalle rennen und bringt den Gebäudesektor weiter ab vom Klimakurs.	Trigger: Täuschung Trigger: Entgrenzungsbe- fürchtung Emotionalisierende Spra- che: Metapher („Kosten- falle“)
1	4	Kanzler Olaf Scholz muss ein Machtwort sprechen.	Persönlich adressierte For- derung
1	4	Will er als Klima-Kanzler und Sozialdemo- krat glaubwürdig sein, darf er keine Verzöge- rungen im demokratischen Prozess zum GEG zulassen.	Forderung, sonst Glaub- würdigkeit und damit Le- gitimität in Frage gestellt
1	5	Hintergrundwissen zu GEG	

Pressemeldung, BUND, 13.06.2023 (c)			
Seite	Ab- satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie
1	1	BUND fordert Machtwort von Bundeskanzler Olaf Scholz. Anlässlich der bislang fehlenden Einigung der Ampel zur ersten Lesung zur Novelle des Gebäudeenergiegesetzes kommentiert Olaf Bandt, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND):	Forderung an Olaf Scholz, um sich selbst in Position als Bundeskanzler zu legi- timieren Argument: Expertise (in- tern)
1	2	Die Ampel versagt beim Klimaschutz.	Ampel in Verantwortung Übergreifendes Ziel Kli- maschutz in Gefahr
1	2	Die Blockade der FDP und die öffentliche Stimmungsmache von CDU/CSU haben dem Heizungsgesetz bereits in den letzten Wochen schwer geschadet.	Antagonist: FDP und CDU/CSU
1	2	Ich bin sprachlos, dass das Gesetz weiterhin nicht auf der Bundestags-Tagesordnung steht.	„Ich“-Perspektive, persön- licher Emotionalisierende Spra- che: gefühlsbetont („sprachlos“)
1	2	Dieser klimapolitische Stillstand verunsichert die Menschen weiter und ist ein Desaster für die Umwelt und damit unser aller Zukunft. Die Erde brennt schon heute.	Trigger: Entgrenzungsbe- fürchtung Emotionalisierende Spra- che: normativ
1	2	Doch statt nun alles zu tun, um weitere fatale Folgen der Klimakrise zu verhindern und den	Trigger: Unklarheit

		Menschen endlich Planungssicherheit zu geben, klammert sich die FDP lieber an ihre ewig gestrige Partei-Ideologie und die Interessen der Gas-Lobby.	<p>Trigger: Entgrenzungsbe- fürchtung</p> <p>Antagonist: FDP und Gas Lobby</p> <p>Emotionalisierende Spra- che: normativ („fatale Fol- gen“, „klammert“, „ewig gestrige Partei-Ideologie“)</p>
1	3	Wo ist Bundeskanzler Scholz? Er darf dieses Trauerspiel nicht weiter zulassen und muss endlich ein Machtwort sprechen, um Deutschland verlässlich auf Klimakurs zu bringen und den Menschen das Vertrauen in die Demokratie zurückzugeben.	<p>Forderung an Olaf Scholz, um sich selbst in Position als Bundeskanzler zu legi- timieren</p> <p>Trigger: Verantwortungs- losigkeit</p> <p>Trigger: Entgrenzungsbe- fürchtung</p> <p>Emotionalisierende Spra- che: normativ („Trauer- spiel“)</p>

Pressemeldung, BUND, 14.06.2023 (d)			
Seite	Ab- satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie
1	1	Aufweichungen sind inakzeptabel. Anlässlich der ersten Lesung zur Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) kommentiert Olaf Bandt, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND):	<p>Dissens („inakzeptabel“)</p> <p>Argument: Expertise (in- tern)</p> <p>Triggerpunkt?</p>
1	2	Mit den nun vereinbarten ‚Leitplanken‘ für das Heizungsgesetz rast die Ampel sehenden Auges in die Klimakatastrophe.	<p>Trigger: Verantwortungs- losigkeit</p> <p>Trigger: Täuschung („Leitplanken“)</p> <p>Emotionalisierende Spra- che: Metapher („sehenden Auges“)</p> <p>Emotionalisierende Spra- che: Bedrohung („Klima- katastrophe“)</p>
1	2	Mit Ach und Krach retten Scholz, Habeck und Lindner die Koalition, fahren aber die deutsche Klimapolitik weiter gegen die Wand.	Emotionalisierende Spra- che: normativ („mit Ach und Krach“)

			<p>Persönliche Ansprache: Scholz, Habeck und Lindner</p> <p>Emotionalisierende Sprache: Matapher („fahren aber die deutsche Klimapolitik weiter gegen die Wand“)</p> <p>Übergreifendes Ziel wird durch die Ausarbeitung des GEG gefährdet</p>
1	3	Das Gesetz ist aufgeweicht, wird viel zu spät wirksam und vieles bleibt unklar	<p>Emotionalisierende Sprache: normativ („aufgeweicht“)</p> <p>Transformation zu langsam und nicht ausreichend</p> <p>Trigger: Unklarheit</p>
1	3	Von dem Vorhaben, ab 1. Januar 2024 möglichst jede neue Heizung mit erneuerbaren Energien zu betreiben, ist nichts mehr übrig.	Von ursprünglichem Entwurf, der zustimmungsfähig war, ist nicht mehr viel übrig
1	3	Mit dieser Einigung zwischen den Ampelparteien können die Klimaziele bis 2030 unmöglich erreicht werden. Schließlich ist der Gebäudereich für einen großen Anteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich.	<p>Trigger: Entgrenzungsbefürchtung</p> <p>Übergreifendes Ziel verfehlt</p>
1	3	Die getroffenen Vereinbarungen öffnen Tür und Tor für den Weiterbetrieb von Gasheizungen bis 2045.	<p>Trigger: Entgrenzungsbefürchtung</p> <p>Emotionalisierende Sprache: Metapher („öffnen Tür und Tor“)</p>
1	3	Die FDP wird damit zum parlamentarischen Sprachrohr der Gaslobby und macht ihr ein riesiges Geschenk – Mensch und Umwelt wird das teuer zu stehen kommen.	<p>Antagonist: FDP</p> <p>Trigger: Ungleichbehandlung von Interessen</p> <p>Emotionalisierende Sprache: Metapher („macht ein riesiges Geschenk“)</p> <p>Emotionalisierende Sprache: normativ („wird das teuer zu stehen kommen“)</p>

1	4	Die Einigung verschiebt die Verantwortung für Klimaschutz im Heizungskeller auf Kommunen und lässt die Bürger*innen weiter im Unklaren.	Trigger: Verantwortungsverschiebung Trigger: Unklarheit
1	4	Die Folgen sind für uns alle fatal, besonders jedoch für diejenigen, die schon jetzt finanziell und sozial benachteiligt sind.	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung Trigger: Ungleichbehandlung
1	4	So verspielt die Ampel unsere Zukunft.	Emotionalisierende Sprache: Metapher Persönliche Ansprache der Verantwortung: Ampel

Pressemeldung, BUND, 15.06.2023 (e)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie
1	1	Verbändebündnis fordert Nachbesserungen am Heizungsgesetz.	Kompromissbereitschaft steigt („Nachbesserungen“ statt Ablehnung) Argument: Expertise (intern und extern)
1	2	Anlässlich der 1. Lesung der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes fordert ein breites Bündnis aus Umwelt- und Sozialverbänden massive Nachbesserungen an dem Entwurf und den Leitplanken, auf die sich die Koalitionäre nach einer langen Hängepartie geeinigt hatten.	Argument: Expertise (intern und extern) Emotionalisierende Sprache: normativ („massive Nachbesserungen“) Emotionalisierende Sprache: Metapher („Hängepartie“)
1	3	Mit einer Bildaktion tragen die Organisationen vor dem Reichstagsgebäude ihre Forderung nach einer sozialen und konsequenten Wärmewende an die Parlamentarier*innen heran.	
1	4	Olaf Bandt, Vorsitzender des BUND	Argument: Expertise (intern)
1	4	Das Heizungsgesetz ist nur noch ein Schatten seiner selbst.	Emotionalisierende Sprache: Metapher („Schatten seiner selbst“)
1	4	Es ist weichgespült, wird viel zu spät wirksam und ist in vielen Punkten unklar.	Emotionalisierende Sprache: Metapher („weichgespült“) Transformation zu langsam und nicht ausreichend

			Trigger: Unklarheit
1	4	Das ursprüngliche Ziel, ab 1. Januar 2024 möglichst jede neue Heizung mit mindestens 65 Prozent erneuerbaren Energien zu betreiben, wird verfehlt. Die getroffenen Vereinbarungen öffnen Tür und Tor für den Weiterbetrieb von Gasheizungen bis 2045.	<p>Trigger: Entgrenzungsbedürftung</p> <p>Von ursprünglichem Entwurf, der zustimmungsfähig war, ist nicht mehr viel übrig</p> <p>Emotionalisierende Sprache: Metapher („öffnen Tür und Tor“)</p>
1	4	Die FDP wird damit zum parlamentarischen Sprachrohr der Gas-Lobby – Mensch und Umwelt wird das teuer zu stehen kommen.	<p>Antagonist: FDP</p> <p>Trigger: Ungleichbehandlung von Interessen</p> <p>Emotionalisierende Sprache: Metapher („parlamentarischen Sprachrohr“)</p> <p>Emotionalisierende Sprache: normativ („wird das teuer zu stehen kommen“)</p>
1	5	NABU-Präsident Jörg-Andreas Krüger	Argument: Expertise (extern)
		Dass dieser derart verwässerte Gesetzentwurf als Erfolg verkauft wird, grenzt schon fast an Realitätsverweigerung.	<p>Emotionalisierende Sprache: normativ („derart verwässerte“)</p> <p>Trigger: Täuschung („als Erfolg verkauft“)</p> <p>Trigger: Realitätsverstoß</p>
1	5	Besonders die weitere Verbrennung von Holz sehen wir sowohl aus Klima- und Biodiversitätsschutz extrem kritisch.	<p>Konkreter Aspekt des GEG wird kritisiert: Position gegen Pellets und Wasserstoff</p> <p>Emotionalisierende Sprache: normativ („extrem kritisch“)</p>
1	5	Die Begriffe ‘Technologieoffenheit’ und ‘H2-Readiness’ sind leider nichts anderes als Codes für ‘weiter so’.	Trigger: Täuschung
1	5	Wir wissen nicht, wann so viel grüner Wasserstoff verfügbar ist, wie alle hoffen.	Trigger: Realitätsverstoß
1	5	Bei jetzt billigen Gasheizungen drohen durch Kostenanstiege bei CO2-Zertifikaten unkalkulierbare Preissteigerungen.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung

			Trigger: Entgrenzungsbe- fürchtung
1	5	Im Sinne der Wirksamkeit des GEG bleibt nur zu hoffen, dass auch diesmal das Strucksche Gesetz gilt: Kein Gesetz kommt aus dem Parlament so heraus, wie es eingebracht worden ist.	Hoffnung: Parlament Dissens mit aktuellem Entwurf
1	6	Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Ulrich Schneider	Argument: Expertise (extern)
1	6	Die Ampel bleibt weiter konkrete Antworten zur sozialen Ausgestaltung schuldig	Verantwortung: Ampel Trigger: Unklarheit
1	6	Für eine soziale Wärmewende braucht es jetzt zügig eine verbindliche Einigung auf einen umfassenden Schutz vor höheren Kosten für die Mieter.	Transformation zu langsam Trigger: Unklarheit Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („es braucht höheren Schutz“)
1	6	Dafür muss die Modernisierungsumlage grundlegend reformiert werden.	Konkreter Aspekt des GEG wird kritisiert: Modernisierungsumlage Kompromissbereitschaft gering („muss“)
1	6	Wer ein Haus besitzt, aber wenig Geld hat, muss zielgerichtet nach Einkommen und Vermögen unterstützt werden	Kompromissbereitschaft gering („muss“)
1	7	Christoph Bautz, Campact-Geschäftsführer:	Argument: Expertise (extern)
1	7	Das Heizungsgesetz droht jetzt im Bundestag für die Profitinteressen der Gaslobby völlig ausgehöhlt zu werden.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung Antagonist: Gaslobby Emotionalisierende Sprache: Metapher („völlig ausgehöhlt“)
1	7	Leidtragende sind das Klima und die Verbraucher*innen, für die neue Gasheizungen schnell zur Kostenfalle werden.	Trigger: Ungleichbehandlung Emotionalisierende Sprache: Metapher („Kostenfalle“)
1	7	Die Ampel-Fraktionen müssen jetzt dafür sorgen, dass die Wärmewende nicht um Jahre verzögert wird und für Gasheizungen mit dem völlig unrealistischen Versprechen von grünem Wasserstoff ein riesiges Schlupfloch entsteht.	Verantwortung: Ampel-Fraktionen Trigger: Realitätsverstoß

			Trigger: Täuschung („Schlupfloch“)
1	7	Zudem muss das Gesetz endlich mit einer sozial gerechten Förderung unterlegt sein, die sich am Einkommen orientiert	Transformation zu langsam Kompromissbereitschaft gering („muss“) Trigger: Ungleichbehandlung (Gleichbehandlung von Ungleichen)
1	8	Michaela Engelmeier, SoVD-Vorstandsvorsitzende	Argument: Expertise (extern)
1	8	Die Folgen des Klimawandels sind für Menschen mit geringem Einkommen, Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder für Ältere viel stärker als für andere.	Gefahr: Klimawandel Trigger: Ungleichbehandlung (Gleichbehandlung von Ungleichen)
1	8	Wir brauchen einen tiefgreifenden Wandel. ABER: Auf das ‚Wie‘ kommt es an! Die Maßnahmen der Koalition lösen bei vielen Ängste und Sorgen aus.	Verantwortung: Die Koalition Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („Ängste, Sorgen“)
1	8	Ängste vor dem Verlust der Wohnung oder des Arbeitsplatzes. Sorgen vor steigenden Preisen und vor dem Verlust der Mobilität auf dem Land wegen des Auslaufens von Autos mit Verbrennermotoren bei schlecht ausgebautem ÖPNV.	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung
1	8	Dem muss mit sozialem Ausgleich und Sicherheitsgarantien des Staates begegnet werden, damit alle notwendigen Klimaschutzmaßnahmen sozial so flankiert werden, dass alle Menschen am umweltbewussten Leben teilhaben können. Denn Klimaschutz darf kein elitärer Luxus sein.	Forderung unspezifisch Kompromissbereitschaft gering („muss“)
1	9	DUH-Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz	Argument: Expertise (extern)
1	9	Das aktuelle GEG verfehlt seinen Sinn und ist in seiner jetzigen Form ein fataler Fehler: Eine effektive und soziale Wärmewende wird damit nicht eingeleitet.	Trigger: Realitätsverstoß
1	9	Stattdessen wurde es abgeschwächt und so zu einer fossilen Kostenfalle.	Emotionalisierende Sprache: normativ („abgeschwächt“) Emotionalisierende Sprache: Metapher („Kostenfalle“)

1	9	Für den Klimaschutz wird hier nichts gewonnen.	Emotionalisierende Sprache: normativ
1	9	Die aktuelle Bundesregierung zementiert viel mehr den Einbau fossiler, klimaschädlicher Heizungen in Gebäuden für die kommenden Jahrzehnte und lässt Verbraucherinnen und Verbraucher mit dem Risiko hoher Energiekosten alleine zurück	Verantwortung: aktuelle Bundesregierung Trigger: Entgrenzungsbefürchtung („zementiert“) Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („Risiko“)
1	9	Eine soziale Abfederung durch einkommensabhängige Förderprogramme fehlt bisher vollständig. Die Bundesregierung muss Mieterinnen und Mieter vor steigenden Preisen schützen und Modernisierungsumlage jetzt überarbeiten.	Konkrete Kritik an Modernisierungsumlage
1	9	Wir fordern den Bundestag auf, beim GEG nachzubessern, klimaschädliche Fördergelder für fossile Heizungen zu verhindern und zielgerichtet einkommensschwache Haushalte zu unterstützen.	Forderung an Bundestag Kompromissbereitschaft vorhanden, Nachbesserungen möglich
1	10	Die Organisationen kritisieren, die aktuellen Pläne würden weder die Bürger*innen beim Umstieg auf klimafreundliches Heizen sozial absichern noch würde durch echten Klimaschutz eine sichere Zukunft für alle geschaffen.	Trigger: Ungleichbehandlung, Trigger: Entgrenzungsbefürchtung
1	11	Die beteiligten Verbände fordern daher dringend Nachbesserungen, damit der Gebäudesektor die Klimaziele nicht erneut verfehlt. Dem Einsatz von sogenannten “H2-ready”-Heizungen muss eine klare Absage erteilt werden.	Gemeinsame Forderung und Kritik an Wasserstoff
1	11	Obwohl hinlänglich bekannt ist, dass bei der Verbrennung von Holz langsam gespeichertes CO2 plötzlich freigesetzt wird, verschließen die Ampelparteien die Augen vor der Klimaschädlichkeit dieser Verbrennungstechnologie und schaffen sinnvolle Einschränkungen wie die Koppelungsvorgabe an Solaranlagen ab.	Trigger: Realitätsverstoß/Täuschung Verantwortung: Ampelparteien
1	11	Mieter*innen müssen davor geschützt werden, dass die Umbaukosten über die Modernisierungsumlage an sie weitergegeben werden. Auch Eigentümer*innen brauchen in Abhängigkeit von ihrer finanziellen Lage eine zielgerichtete Unterstützung.	Kompromissbereitschaft gering („müssen“)
1	11	Es ist jetzt an den Abgeordneten des Bundestages, das Gesetz im parlamentarischen Prozess so zu verändern, dass es einen echten Hebel für den sozialen Klimaschutz darstellt.	Kompromissbereitschaft gering („muss“)

			Emotionalisierende Sprache: normativ („echten Hebel“)
--	--	--	---

Pressemeldung, BUND, 23.06.2023 (f)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie
1	1	Umweltverbände und Vertreter der Recyclingbranche fordern Wirtschaftsminister Habeck und Bauministerin Geywitz in Offenem Brief auf, Fehlentwicklung zu verhindern.	Argument: Expertise (intern und extern) Persönliche Forderung: Habeck und Geywitz Trigger: Entgrenzungsbefürchtung Emotionalisierende Sprache: normativ („Fehlentwicklung“)
1	2	Wärme aus Abfallverbrennungsanlagen ist nicht erneuerbar und konterkariert Ziele des Klima- und Ressourcenschutzes.	
1	3	Abfallvermeidung, Wiederverwendung und Verbesserung der getrennten Wertstoffsammlung müssen für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft oberste Priorität haben.	
1	4	Bundeswirtschaftsminister Habeck und Bundesbauministerin Geywitz müssen die Einstufung von Wärme aus Abfallverbrennungsanlagen als erneuerbar verhindern.	Persönliche Forderung: Habeck und Geywitz Kompromissbereitschaft sinkt („muss“)
1	4	Das fordern in einem gemeinsamen Offenen Brief die Umweltverbände Deutsche Umwelthilfe (DUH), Naturschutzbund Deutschland (NABU), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Bundesverband für Umweltberatung (bfub) gemeinsam mit Recyclingvertretern des von Remondis, Alba sowie dem Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung.	Argument: Expertise (intern und extern)
1	4	Laut GEG sollen künftig Wärmenetze, die mit Energie aus der Verbrennung von Abfällen gespeist werden, in vollem Umfang zur Erfüllung der gesetzlich vorgesehenen Erneuerbaren-Energie-Anforderungen an Heizungsanlagen beitragen.	Auslegung GEG
1	4	Abfallverbrennung verursacht jedoch jährlich etwa 24 Millionen Tonnen CO ₂ , schadet damit dem Klima, vernichtet wertvolle Rohstoffe, führt zu giftigen Rückständen und	Argument: Zahlen und Fakten

		sollte deshalb nicht mit Wärme aus erneuerbaren Energien auf eine Stufe gestellt werden.	
1	4	Auch das Wärmeplanungsgesetz droht die Kreislaufwirtschaft ernsthaft zu gefährden, indem die entstehende Abwärme aus der Abfallverbrennung vollständig als unvermeidbar eingestuft wird.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung
1	4	DUH-Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz	Argument: Expertise (extern)
1	4	Wir müssen weniger Abfälle verbrennen. Deshalb sollte die Bundesregierung Abfallverbrennung nicht durch Anreize bei der erneuerbaren Wärmeplanung fördern.	„Wir“
1	4	Abwärme aus der Müllverbrennung mit Wärme aus erneuerbaren Energien gleichzusetzen, würde über Jahrzehnte die massenhafte Vernichtung wertvoller Ressourcen mit grünem Stempel bedeuten. Es könnte zur absurden Situation kommen, dass Kommunen auf dem Papier klimaneutrale Wärmenetze betreiben, in Wirklichkeit aber vermeidbares CO ₂ über ihre Abfallverbrennungsanlagen in die Luft blasen.	Trigger: Täuschung Emotionalisierende Sprache: normativ („massenhafte Vernichtung“, „absurden Situation“) Emotionalisierende Sprache: Metapher („grünem Stempel“)
1	4	Deshalb müssen Robert Habeck und Klara Geywitz falsche Anreize zur Müllverbrennung im Gebäudeenergiegesetz und im Wärmeplanungsgesetz verhindern.	Persönliche Forderung: Habeck und Geywitz
1	5	Auch steht die Anrechnung der Müllwärme als unvermeidbare Abwärme im Widerspruch zum Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG).	Trigger: Rechtsbruch
1	6	Leif Miller, NABU-Bundesgeschäftsführer	Argument: Expertise (extern)
1	6	Wieso die Abfallverbrennung angesichts der im nationalen Emissionshandel hinterlegten CO ₂ -Emissionen nun in den Vorhaben für eine Wärmewende auf eine klimaneutrale Wärmeversorgung einzahlen soll, ist nicht nachvollziehbar. Auch im Erneuerbare-Energien-Gesetz gilt Strom aus der Müllverbrennung lediglich zu fünfzig Prozent als erneuerbar.	Trigger: Realitätsverstoß (Logikbruch mit der aktuellen Realität)
1	6	Wir haben es hier mit einem Kuddelmuddel an Rechtsordnungen zu tun, die die Potenziale der Kreislaufwirtschaft für mehr Klima- und Ressourcenschutz nicht im Blick haben	Emotionalisierende Sprache: normativ („Kuddelmuddel“)
1	7	Antje von Broock, Bundesgeschäftsführerin des BUND	Argument: Expertise (intern)

1	7	Wärme aus der Verbrennung von Müll als ‚Erneuerbar‘ zu deklarieren, ist Greenwashing pur. Schließlich wird hier keine Energie erneuert, sondern tonnenweise Ressourcen verschwendet und CO2 freigesetzt.	Trigger: Täuschung
1	7	Statt Müll als ‚erneuerbare Energiequelle‘ zu deklarieren, sollten wir Müll vermeiden und so gleichzeitig Energie einsparen. Außerdem muss die Mülltrennung weiter verbessert werden.	Gegenforderung
1	8	Statement für bessere Mülltrennung	

Pressemeldung, BUND, 03.07.2023 (g)			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie
1	1	Eine klima- und sozialgerechte Wärmewende sieht anders aus. Anlässlich der Expert*innenanhörung im Bundestag zum finalen Entwurf der Novelle des Gebäude-Energie-Gesetzes, dem sogenannten Heizungsgesetz, erklärt Olaf Bandt, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND):	Dissens („sieht anders aus“) Argument: Expertise (intern)
1	2	Beim Heizungsgesetz hat die Ampel auf den letzten Metern noch nachgebessert. Ein sozialer Bonus bei der Förderung und zinsgünstigen Kreditprogrammen ist zudem ein wichtiger Schritt für die soziale Umsetzung der Wärmewende. Mit der Kappungsgrenze von 50 Cent pro Quadratmeter und Härtefallregeln haben die Fraktionen außerdem beim Anstieg von Kaltmieten Schlimmstes verhindert.	Anerkennung Kompromissbereitschaft steigt „Schlimmstes verhindert“ – Kein Worst Case Szenario
1	2	Das sind kleine wichtige Erfolge, allerdings noch nicht der große Wurf. Unterm Strich steht: eine klima- und sozialgerechte Wärmewende sieht anders aus.	Emotionalisierende Sprache: normativ („kleine wichtige Erfolge“, „eine klima- und sozialgerechte Wärmewende sieht anders aus“)
1	3	Kommunen und Verbraucher*innen tapen weiter im Dunkeln, wenn es um eine schnelle Umstellung auf erneuerbare Wärme geht.	Trigger: Unklarheit
1	3	Der Einsatz von fossilen Heizungen bleibt viel zu lange erlaubt. Die verpflichtende Beratung wird nicht sauber von möglichen Geschäftsinteressen getrennt. Bis zur fertigen kommunalen Wärmeplanung besteht zudem die Gefahr, dass viele in die klimaschädliche und kostenexplosive Öl- und Gasfalle gehen.	Zusammengefasste Kritik Emotionalisierende Sprache: normativ („viel zu lange“, „nicht sauber“, „klimaschädliche und kostenexplosive“) Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („Gefahr“)

			Trigger: Entgrenzungsbe- fürchtung
1	4	Die gesetzlich festgelegten Klimaziele werden wir weiter verfehlen, weil das Heizungs- gesetz zu sehr auf eine falsch verstandene Technologieoffenheit wie etwa bei der Scheinlösung „Wasserstoff-Ready Heizun- gen“ und der Müllverbrennung setzt. Dazu gesellen sich noch der bedingungslos erlaubte Einsatz von Holz als Brennstoff in allen Ge- bäuden und der drohende Hochlauf von Bio- gas. Auch Effizienzvorgaben wurden ge- schwächt statt gestärkt.	Triggerpunkt überschrit- ten? GEG sorgt dafür, dass übergreifendes Ziel ver- fehlt wird Trigger: Täuschung Emotionalisierende Spra- che: Bedrohung („dro- hende Hochlauf“) Emotionalisierende Spra- che: normativ („ge- schwächt statt gestärkt“)
1	4	Diese Einigungen sind ökologisch fahrlässig. Vor allem Mietenden droht dabei eine Kosten- falle.	Trigger: Entgrenzungsbe- fürchtung Emotionalisierende Spra- che: normativ („fahrlässig“) Emotionalisierende Spra- che: Bedrohung Emotionalisierende Spra- che: Metapher („Kosten- falle“)
1	4	Vermietende haben keinen eigenen finanziel- len Anreiz, für einen effizienten Betrieb der Heizungsanlage zu sorgen. Mietende dürfen bei der Wahl ihrer zukünftigen Heizungsvari- ante gar nicht mitreden. Der Paragraph, der sie vor hohen Betriebskosten beim Einsatz von Brennstoffheizungen schützen sollte, wurde gestrichen	Trigger: Ungleichbehand- lung/ Ungleiche Lastever- teilung

Pressemeldung, BUND, 08.09.2023 (h)			
Seite	Ab- satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie
1	1	Kein Geld für Scheinlösungen – Tempo beim Energiesparen.	Trigger: Täuschung
1	3	Antje von Broock, Geschäftsführerin beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutsch- land	Argument: Expertise (in- tern)
1	3	Endlich hat die Hängepartie zum ‚Heizungs- gesetz‘ ein Ende. Doch ist das der lang er- sehnte Aufbruch in der Wärmewende? Leider	Trigger: Unklarheit

		nein. Statt dem klaren Signal für saubere und zukunftsfähige Heizungen, rücken Wasserstoff und Biomasse in den Vordergrund und der Einbau neuer Öl- und Gasheizungen bleibt viel zu lange erlaubt. Statt zu klotzen wird gekleckert.	Emotionalisierende Sprache: normativ („endlich“, „lang ersehnt“, statt klaren Signal“, „viel zu lange“, „Statt zu klotzen wird gekleckert“) Emotionalisierende Sprache: Metapher („Statt zu klotzen wird gekleckert“)
1	4	Umso wichtiger ist es nun, die Menschen über ineffiziente Heizsysteme wie den Wasserstoff, die sich als teure Kostenfallen entpuppen können, aufzuklären.	Trigger: Unklarheit
1	5	Für die Reform der Förderung heißt das: Staatsgelder dürfen nur in wirklich zukunftsfähige Heizungen fließen. Subventionen etwa für ‚Wasserstoff-Ready‘-Heizungen in einzelnen Haushalten sind inakzeptabel. Die soziale Staffelung muss auch für vermietete Gebäude gelten. Und Energiesparen darf nicht weniger honoriert werden als die Umstellung der Heiztechnik. Die Fördersätze für Effizienzmaßnahmen müssen mindestens verdoppelt werden.	Kompromissbereitschaft sinkt („dürfen nur“, „inakzeptabel“, „muss“, „darf nicht“, „müssen“)
1	6	Doch Geld allein reicht nicht. Die Ampel muss endlich gesetzlich für einen sinkenden Energieverbrauch in Gebäuden sorgen. Dazu hat sie sich im Koalitionsvertrag verpflichtet. Die Effizienz-Standards für den Neubau und den Bestand müssen angehoben werden. Nur so kann Klimaschutz in Gebäuden gelingen. Nur so werden Menschen nachhaltig vor hohen Betriebskosten geschützt	Persönliche Forderung: Die Ampel Kompromissbereitschaft sinkt („muss“, „verpflichtet“, „Nur so“)

9.8 Qualitative Inhaltsanalyse DUH

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 06.03.2024 a			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie
1	1	Die Diskussion um die geplanten Vorgaben für Öl- und Gasheizungen kommentiert Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Umwelthilfe (DUH).	
1	2	Mit dem Gesetzesvorschlag zum fossilen Heizungsausstieg haben Minister Habeck und Ministerin Geywitz die Zeichen der Zeit erkannt.	Pro Gebäudeenergiegesetz Metapher (positiv)

1	2	Das Gesetz schafft Planbarkeit für Verbraucherinnen und Verbraucher, die Industrie, die Heizungsbranche und das Handwerk und ebnet den Weg für eine klimafreundliche Wärmeversorgung.	Konsens
1	2	Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen klimafreundlich heizen und unabhängig sein von nicht-kalkulierbaren Gaspreisen. Der Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen ist der Schlüssel für eine krisenfreie und bezahlbare Wärmeversorgung. Es ist entscheidend, diesen Umstieg auf klimafreundliche Wärme sozial abzufedern. Hier enthält der Gesetzesentwurf bereits erste positive Vorschläge – sie dürfen im weiteren Verhandlungsprozess nicht unter die Räder geraten.	Positiv, aber Hinweis, dass soziale Belange weiter thematisiert werden müssen
1	2	klar ist: Ein Festhalten am Status quo führt uns genauso in eine sozialpolitische Sackgasse wie die Illusion von bezahlbarem Wasserstoff.	Status quo verändern Metapher („sozialpolitische Sackgasse wie die Illusion von bezahlbarem Wasserstoff“)
1	2	Hier macht sich die FDP gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft aktuell zum Steigbügelhalter für fossile Geschäftsinteressen, die einzig und allein darauf abzielen, den klimapolitischen Fortschritt im Wärmesektor zu blockieren	Antagonisierung der FDP und Wohnungswirtschaft Emotionalisierende Sprache: Metapher für FDP („Steigbügelhalter für fossile Geschäftsinteressen“) „den klimapolitischen Fortschritt im Wärmesektor zu blockieren“
1	3	Faktencheck zu GEG	Argument: Zahlen und Fakten/Expertise

Pressemitteilung, Deutsche Umwelthilfe, 09.03.2024 b			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/ Kommentar
1	1-3	Zusammenfassung Pressemitteilung	
1	4	Für das Erreichen der Klimaschutzziele bis 2030 ist es entscheidend, wie schnell es in den nächsten Jahren gelingen wird, im Wärmesektor auf fossile Energieträger zu verzichten.	Generelle Forderung Transformation tendenziell zu langsam
1	4	Zusammenfassung Ziel GEG	
1	4	In der Ampelkoalition sorgt die FDP für Streit, weil sie weiter an dem Betrieb von klimaschädlichen Öl- und Gasheizungen festhalten möchte, obwohl der Ausstieg bereits im Koalitionsvertrag vereinbart war.	Konkrete Kritik an FDP, die gegen vertragliche Vereinbarung verstößt

1	5	Der WWF Deutschland, die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und der Naturschutzbund Deutschland sehen die 65-Prozent-Maßnahme als einen wichtigen Beitrag zur Wärmewende und damit zum Einhalten der Klimaziele für den Gebäudesektor.	Zusammenschluss von 3 NGOs Pro GEG Positive Reaktion („wichtiger Beitrag“)
1	5	Äußerst kritisch sehen die drei Umweltverbände hingegen, dass auch vorgesehen ist, Wasserstoff und andere „grüne“ Gase wie Biomethan gleichrangig mit dem Einsatz von Wärmepumpen oder Wärmenetzen bei der Transformation des Gebäudesektors zu behandeln.	Emotionalisierende Sprache: normativ („kritisch“)
1	5-9	Gemeinsame Forderungen von DUH, WWF und NABU	
1	10	Zitat Viviane Raddatz, Fachbereichsleiterin Klimaschutz und Energiepolitik beim WWF Deutschland	Argumentation: Expertise (extern)
1	10	Die Transformation des Gebäudesektors hinkt seit Jahren hinter den Klimazielen hinterher.	Emotionalisierende Sprache: Metapher
1	10	Im Gebäudesektor jetzt auf Wasserstoff und andere grüne Gase zu setzen, ist ein Trugschluss. Ihr Einsatz ist weder effizient, noch sind die grünen Gase heute oder in den kommenden Jahren im großen Stil verfügbar.	Argumentation gegen grünen Wasserstoff aus Expert*innenperspektive Trigger: Realitätsverstoß
1	11	Zitat Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz der Deutschen Umwelthilfe	Argumentation: Expertise (intern)
1	11	Der Gesetzesvorschlag von Robert Habeck zum Ausstieg aus fossilen Heizungen weist in die richtige Richtung. Es ist wichtig, jetzt Planbarkeit für Verbraucherinnen und Verbraucher, die Industrie, die Heizungsbranche und das Handwerk zu schaffen.	Kompromissbereitschaft und Konsens
1	11	Mit ihrer Blockadehaltung verhindert die FDP die Wärmewende im Heizungskeller.	Emotionale Sprache: Antagonisierung Emotionalisierende Sprache: Metapher
1	11	Sie betreibt damit das Geschäft von Wohnungswirtschaft und Gasindustrie, die einzig darauf abzielen die Energiewende im Wärmebereich zu blockieren.	Unterstellung wirtschaftlicher Verstrickungen
1	11	Der Einsatz von Wasserstoff und grünen Gasen ist dabei ein leeres Versprechen. Damit drohen Verbraucherinnen und Verbraucher in eine Kostenfalle gelockt zu werden, wenn sie den rechtzeitigen Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen verpassen.	Emotionalisierende Sprache: Metapher („Kostenfalle“) Trigger: Täuschung

1	12	Zitat Daniel Rieger, Fachbereichsleiter Klima- und Umweltpolitik des Naturschutzbund Deutschland.	Argumentation: Expertise (extern)
1	12	Eine auf erneuerbaren Energien beruhende Wärmeversorgung ist elementar, um die Klimaschutzziele 2030 zu erreichen.	Konsens mit Ziel des GEG
1	12	Doch anders als viele intuitiv vermuten, würde der Einsatz von Wasserstoff oder „grünen Gasen“ einer zügigen Umstellung auf klimafreundliche Energieträger zuwiderlaufen und nur weitere fossile Lock-ins und Abhängigkeiten schaffen.	Kritik an konkretem Aspekt des GEG
1	12	Vielmehr muss das 65 Prozent-Erneuerbaren-Kriterium endlich verbindlich und ohne Schlupflöcher gesetzlich festgeschrieben werden, damit ab 2024 neue Heizungen nur noch auf Basis echter erneuerbarer Energien laufen. Daneben darf allerdings auch die Reduzierung des Verbrauchs durch die konsequente Sanierung von Gebäuden nicht aus dem Blick geraten.	Emotionalisierende Sprache: Metapher („Schlupflöcher“) Kompromissbereitschaft sinkt: („muss“, „Daneben darf (...) nicht aus dem Blick geraten“)
1	13	Hintergrund zum GEG	

Pressemitteilung, Deutsche Umwelthilfe, 10.03.2024 c			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1-4	Zusammenfassung der Pressemeldung	
1	5	Eine eigens vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) in Auftrag gegebene Studie liefert der Bundesregierung einen konkreten Plan, um die Klimaziele im Gebäudesektor zu erreichen und sogar vergangene Zielverfehlungen wieder wettzumachen.	Argument: Expertise/ Zahlen und Fakten
1	5	Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) sieht darin einen klaren Handlungsauftrag für die Bundesregierung und fordert, die Vorschläge so schnell wie möglich umzusetzen.	
1	5	Vor allem die FDP müsse dringend ihre Blockade gegen zentrale Klimaschutzmaßnahmen, allen voran der Ausstieg aus fossilen Öl- und Gasheizungen, aufgeben.	Antagonisierung
1	6	Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der DUH	Zitat: Expertise (intern)
1	6	Mit dem neuen Gutachten gibt es keine Entschuldigung mehr für Klimaschutzversagen im Gebäudebereich. Die eigenen Berater und Beraterinnen erhöhen den Druck auf die Bundesregierung, den Turbo in Richtung Klimaneutralität im Gebäudebestand einzulegen.	

1	6	Dafür braucht es verbindliche Vorgaben zum Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen sowie für beschleunigte Sanierung. Dass es jetzt schnell gehen muss, ist die Konsequenz aus Jahren der Untätigkeit.	Explizite Forderung Entwicklungen zu langsam
1	6	Minister Habeck und Ministerin Geywitz müssen endlich liefern und dafür sorgen, dass das geplante Gebäudeenergiegesetz ohne Abstriche sofort verabschiedet wird.	Konkrete Verantwortlichkeiten Emotionalisierende Sprache („endlich liefern“)
1	6	Für eine sozialverträgliche Transformation im Gebäudebereich muss die Bundesregierung außerdem Anpassungen bei der Modernisierungsumlage vornehmen und ausreichend Fördermittel zur Verfügung stellen – vor allem für einkommensschwache Haushalte.	Wording Mieterschutzbund?
1	7	Dem großflächigen Einsatz von Wasserstoff und Biomasse erteilen die Regierungsberaternen eine klare Absage.	Argument: „Fremde“ Expertise, die die eigene Forderung stützen.
1	8	Zitat Constantin Zerger, DUH-Leiter Energie und Klimaschutz	Argument: Expertise (intern)
1	8	Die Studie ist eine schallende Ohrfeige für alle, die den Einsatz von Wasserstoff für Gebäudewärme fordern.	Argument: Zahlen und Fakten Emotionalisierende Sprache: Metapher („schallende Ohrfeige“)
1	8	Der Einsatz ist technisch kaum machbar, würde zu hohen Kosten für die Haushalte führen und wäre vor allem eine gigantische Energieverschwendung. Auch für die Nutzung von Biomasse wird klar: Sie ist allenfalls in Nischen im Bestand eine Option.	Argument: Zahlen und Fakten Studie entspricht den Forderungen der DUH Trigger: Realitätsverstoß
1	8	Ein Verbot für neue Öl- und Gasheizungen ist angesichts der Klimakrise und der hohen Kosten für fossile Kraftstoffe überfällig.	Geschwindigkeit: zu langsam
1	8	Die Blockade der FDP muss deshalb sofort beendet werden.	Antagonisierung
1	9	Hintergrundwissen zur Studie	

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 28.03.2024 d			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisiert die soeben vorgestellten Ergebnisse des mehr-tägigen Koalitionsausschusses aufs Schärfste. Insbesondere die geplante Aufweichung des Bundesklimaschutzgesetzes stelle eine absolute Katastrophe dar. Die DUH fordert den Bundestag auf, dieses Desaster zu verhindern.	Dissens/ Emotionalisierende Sprache: normativ („kritisiert (...) aufs Schärfste“; „absolute Katastrophe“; „Desaster“) Triggerpunkt?

			Kritik erreicht höhere Ebene (nicht mehr länger nur GEG) und damit das Bundesklimaschutzgesetz
1	2	Zitat: Jürgen Resch, DUH-Bundesgeschäftsführer	Argument: Expertise (intern)
1	2	Diese Anti-Klimaschutz-Koalition legt allen Ernstes Hand an das Bundesklimaschutzgesetz	Emotionalisierende Sprache: normativ.
1	2	Damit versündigt sie sich an allen künftigen Generationen.	Emotionalisierende Sprache: normativ.
1	2	Das geplante Schleifen des Klimaschutzgesetzes aus der Merkel-Ära mit den verpflichtend einzuhaltenden jährlichen Sektorziele widerspricht komplett Geist und Inhalt des historischen Klimaschutzurteils des Bundesverfassungsgerichts, das wir als Deutsche Umwelthilfe mit Kindern und jungen Erwachsenen erstritten haben.	Kritik nicht mehr länger nur am GEG, sondern an gesamter Klimapolitik
1	2	Ohne dass die verantwortlichen Ministerien zu jährlichen Minderungen verpflichtet werden, verkommt das Klimaschutzgesetz zum Papiertiger – und das wird dazu führen, dass Deutschland seine Verpflichtungen des Pariser Klimaschutzvertrages zur Begrenzung der Erderhitzung reißt.	Trigger: Entgrenzungsbedürftung, Übertretungsszenario
1	2	Wir fordern die Abgeordneten des Bundestages auf, das zu verhindern und die geplante Verschlechterung des schon wenig ambitionierten Gesetzes aus der Merkel-Ära rundweg abzulehnen.	Persönlich adressierte Forderung Emotionalisierende Sprache: normativ („geplante Verschlechterung“; „des schon wenig ambitionierten Gesetzes“)
1	2	Die Parlamentarier der Union sind nun gefragt, das Merkelsche Klimaschutzgesetz wenigstens zu retten, wenn schon nicht zu verschärfen.	Persönlich adressierte Forderung, Ausweitung auf weitere Politikfelder Emotionalisierende Sprache: normativ („wenigstens zu retten, wenn schon nicht zu verschärfen“)
1	2	Gleichzeitig gibt es trotz des Versagens von Minister Wissing erneut keine sofort wirksamen Klimaschutzmaßnahmen wie das Tempolimit oder den Abbau von klimaschädlichen Subventionen	Antagonisierung, persönliche Zuschreibung von Versagen
1	3	Zitat: Barbara Metz, DUH-Bundesgeschäftsführerin	Argument: Expertise

1	3	Die Bundesregierung droht auch noch das geplante Gebäudeenergiegesetz wie schon das Verbrenner-Aus heute zu konterkarieren	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung Thematisierung von mehreren Politikfeldern
1	3	Was die E-Fuels für die Verbrenner sind, das ist Wasserstoff für die Heizungen.	Analogie
1	3	Laut den Ausführungen von Minister Lindner werden sogar Verbrenner-Heizungen erlaubt oder gar gefördert, die mit blauem Wasserstoff betrieben werden. Das ist Wasserstoff, der aus fossilen Energien hergestellt wird – und damit noch dreckiger, da durch den Umwandlungsprozess noch ineffizienter.	Persönliche Adressierung
1	3	Das ist die Förderung der Klimazerstörung.	Emotionale Sprache: normativ
1	4	Sascha Müller-Kraenner, DUH-Bundesgeschäftsführer	Argument: Expertise
1	4	Positiv ist der beschleunigte Ausbau der Windenergie und von Anlagen zur Produktion von grünem Wasserstoff. Auch Kommunen können beim Aufbau der Windenergie zukünftig über regionale Vorgaben hinausgehen und Klimavorreiter werden.	Kompromissbereitschaft Positive Sprache („Klimavorreiter“)
1	4	Eingriffe in den Naturschutz müssen auch zukünftig durch renaturierte Flächen ausgeglichen werden und nicht dadurch, dass sich die Betreiber von Windkraftanlagen einfach freikaufen dürfen. Hier muss die Bundesumweltministerin dringend nachbessern.	Persönlich adressierte Forderung, hat allerdings nichts konkretes mit dem GEG zu tun.

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 04.04.2023 e			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Zitat: Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Umwelthilfe (DUH)	Argument: Expertise (intern)
1	2	Statt Klarheit für Verbraucherinnen und Verbraucher zu schaffen, stiftet der neue Gesetzesentwurf Verwirrung mit der Zulassung technisch unmöglicher Scheinlösungen.	Emotionalisierende Sprache: normativ („Scheinlösungen“) Trigger: Täuschung?/ Unehrlichkeit Bzw. Ungleichbehandlung von Interessen (Wirtschaft über Klima)
1	2	Der Entwurf trägt die Handschrift der Gaslobby und ist Verbrauchertäuschung. In der Praxis sind diese gar nicht in ausreichendem Umfang verfügbar. Das gilt für Biomasse, Biogas ebenso wie für grünen und blauen Wasserstoff. Es ist schlicht unmöglich,	Emotionalisierende Sprache: Metapher Trigger: Täuschung/Unehrlichkeit

		die 20 Millionen Heizungen in Deutschland mit diesen Optionen zu betreiben.	
1	2	Wer das wie die FDP vorantreibt, ist unehrlich zu Verbraucherinnen und Verbrauchern, kreiert enorme Engpässe in der Versorgung mit diesen Brennstoffen und damit unkalkulierbare Kostenrisiken für die Haushalte.	Emotionalisierung: Antagonisierung Persönliche Vorwürfe Trigger: Täuschung/Unehrlichkeit Trigger: Entgrenzungsbedürftigkeit („unkalkulierbare Kostenrisiken“)
1	2	Klimapolitisch droht die mangelnde Verfügbarkeit dieser Scheinlösungen die fossile Abhängigkeit im Wärmesektor über Jahrzehnte zu verlängern.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung Trigger: Entgrenzungsbedürftigkeit
1	2	Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, diesen Gesetzesentwurf der wissenschaftlichen Unmöglichkeiten und Brennstoff-Märchen umgehend zurückzuziehen und Klarheit zu wirklich erneuerbaren Wärmetechnologien zu schaffen.	Forderung an Bundesregierung Trigger: Täuschung/Unklarheit
1	2	Mit einer Umstellung auf Wärmepumpen und Wärmenetze liegen die machbaren Lösungen bereits auf dem Tisch. Jetzt liegt es an der Bundesregierung, diese Optionen gegen die massiven Angriffe der Gaslobby zu verteidigen und konsequent weiter zu verfolgen.	Kompromissbereitschaft: „machbaren Lösungen bereits auf dem Tisch“ Klare Verantwortlichkeit: „Jetzt liegt es an der Bundesregierung“ Emotionalisierende Sprache „massive Angriffe“ Antagonisierung: Gaslobby

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 12.04.2024 f			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1-2	Zusammenfassung Pressemitteilung	
1	3	Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) bekräftigt gemeinsam mit dem Energieberaterverband GIH in einem neuen Faktenpapier die Wärmepumpe als zentrale Technologie für die Wärmewende.	Argument: Expertise (Zusammenschluss mit anderer Interessensvertretung)
1	3	Die geplante Aufweichung des Gebäudeenergiegesetzes durch H2-ready-Label für fossile Gasheizungen oder extrem lange Übergangszeiten treibe Deutschland für die	Emotionalisierende Sprache: Metapher („Aufweichung“)

		kommenden Jahrzehnte in die fossile Abhängigkeit, so die Verbände.	Emotionalisierende Sprache: normativ („extrem lange“; „treibe“; „fossile Abhängigkeit“)
1	3	Die DUH fordert die Bundesregierung auf, den Entwurf für die Novelle des Gebäudeenergiegesetzes nachzubessern und den Fokus auf die Wärmepumpe als klimafreundliche Heiztechnologie für die Wärmewende zu legen.	Forderung Weniger spezifisch, macht es schwer, die Kompromissbereitschaft einzuschätzen
1	4	Zitat Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der DUH	Argument: Expertise
1	4	Die Wärmepumpe funktioniert: Im Bestand, mit Heizkörpern und sie rechnet sich auch wirtschaftlich. Wärmepumpen arbeiten effizient, sicher und umweltfreundlich.	Argumentation für die Wärmepumpe und damit fürs GEG
1	4	Frontalangriffe von FDP und Teilen der Immobilienlobby gegen die Wärmepumpe sollen eine echte Wärmewende verhindern.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („Frontalangriff“) Persönliche Benennung der „Gegner“
1	4	Es ist beschämend, wie Verbraucherinnen und Verbraucher aktuell mit falschen Versprechungen in die Irre geführt werden.	Trigger Unehrlichkeit? Emotionalisierende Sprache: normativ („beschämend“)
1	4	Sie sind es, die am Ende für teures Geld auf fossilen Heizungen sitzen bleiben. Es wird nicht genug grünen und blauen Wasserstoff, Biomasse und Biogas für den Gebäudesektor geben, um damit alle Heizungen zu betreiben.	Trigger: Ungleichbehandlung; Unfaire Verteilung der Lasten Wenig eigener Handlungsspielraum
1	4	Wir fordern insbesondere die Grünen auf, jede Aufweichung, Pseudo-Alternative und fossile Scheinlösung aus dem Gebäudeenergiegesetz zu streichen.	Emotionalisierende Sprache: Normativ („Pseudo-Alternative“; „fossile Scheinlösung“) Direkte Ansprache Grüne
1	5	Erläuterung des gemeinsamen Faktenpapiers	Argument: Zahlen und Fakten Pro GEG in seiner ursprünglichen Form mit Fokus auf Wärmepumpen
1	6	Zitat: Jürgen Leppig, Vorsitzender des Energieberaterverbands GIH	Argument: Expertise

1	6	Leider ist von der ursprünglichen Idee, ab 2024 keine fossil betriebenen Heizungen mehr einzubauen, nicht viel übriggeblieben. Dass unter dem Deckmantel H2-ready weiter Gasheizungen in Betrieb genommen werden und noch über ein Jahrzehnt fossiles Gas verbrennen dürfen, halten wir für eine Mogelpackung.	Emotionalisierende Sprache: normativ („Leider“) Emotionalisierende Sprache: („Deckmantel“; „Mogelpackung“) Trigger: Unehrlichkeit?
1	6	Auch für Eigentümergemeinschaften wurden die Austauschfristen defekter Öl- und Gasheizungen viel zu lange ausgedehnt.	Kritik
1	6	Sollen die Klimaschutzziele im Gebäudesektor wirklich erreicht werden, müssen die Anforderungen ambitionierter ausfallen.	Druck („müssen“)

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 17.04.2023 g			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Der Expertenrat der Bundesregierung bestätigt die verheerende Bilanz der Klimapolitik der Bundesregierung.	Argument: Expertise
1	2	Zitat Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer	Argument: Expertise
1	2	Die geplante Abschaffung der jährlich kontrollierten und nachzusteuernenden Sektorziele im Klimaschutzgesetz ist ein Generalangriff auf den Klimaschutz. Profitieren würde vor allem der Verkehrssektor: FDP-Minister Wising könnte so seine rückwärtsgewandte und auf fossilen Straßenverkehr fixierte Politik unverändert weiterführen.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („Generalangriff“) Kritik am Verkehrssektor und allgemeiner Klimapolitik der Ampel, insbesondere von Verkehrsminister Volker Wissing
1	3	Zitat Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin	Argument: Expertise (intern)
1	3	Die Bundesregierung bricht in diesem Moment geltendes Recht, weil sie bereits drei Jahre in Folge die Klimaziele im Gebäudesektor gerissen hat.	Trigger: Rechtsbruch
1	3	Daraus zu schlussfolgern, einfach die Verpflichtung für die Sektoren abzuschaffen die Ziele erreichen zu müssen, ist in höchstem Maße verantwortungslos. Welche gravierenden Fehler dann gemacht werden können, zeigt die geplante Novelle des Gebäudeenergiegesetzes. Sie sieht eine Mogelpackung wie ‚H2-Ready-Label‘ für Gasheizungen vor, die den Gebäudesektor über Jahrzehnte in die fossile Abhängigkeit zwingen werden. Einen Aufkleber auf eine Heizung zu pappen, macht	Kritik auf allgemeine Klimapolitik zeigt sich demnach auch im GEG, große, allgemeine Fehler zeigen sich in der Ausgestaltung „kleinerer“ Gesetze Emotionalisierende Sprache: normativ („verantwortungslos“)

		sie leider noch lange nicht klimafreundlich oder bezahlbar.	Emotionalisierende Sprache: Metapher („Mogelpackung“; „Einen Aufkleber auf eine Heizung zu pappen, macht sie leider noch lange nicht klimafreundlich oder bezahlbar.“ Trigger: Entgrenzungsbefürchtungen („die den Gebäudesektor über Jahrzehnte in die fossile Abhängigkeit zwingen werden.“)
1	3	Wir fordern von der Bundesregierung Maßnahmen, die planbar und nachhaltig dafür sorgen, dass unsere Gebäude klimaneutral und bezahlbar für alle betrieben werden können.	Forderung an die Bundesregierung
1	4	Zitat Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer	Argument: Expertise (intern)
1	4	Unterstützung des Expertenrats zu verpflichtenden Klimaschutzzielen	Thema ist über dem GEG anzuordnen, es geht ums allgemeine Klimaschutzgesetz und dessen Maßnahmen, von welchen das GEG ein Teil ist.

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 19.04.2023 h			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/ Kommentar
1	1	Das Bundeskabinett hat heute mit seinen Beschlüssen die viel diskutierte Novelle des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) zur 65 Prozent Erneuerbare-Energien-Vorgabe bei neu eingebauten Heizgeräten auf den Weg gebracht und erste Eckpunkte für eine flankierende Förderung vorgestellt.	
1	1	Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) fordert sofortige entscheidende Veränderungen der Novelle. Denn die heute verabschiedete Version führt zu der absurden Situation, dass klimaschädliche fossile Heizungen mit Steuergeld gefördert und einkommensschwache Haushalte und vor allem Mieterinnen und Mieter nicht zielgerichtet unterstützt werden.	Forderung Emotionalisierende Sprache: normativ („absurden Situationen“) Trigger: Ungleichbehandlung
1	2	Zitat Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der DUH	Argument: Expertise (intern)
1	2	Der heutige Beschluss im Bundeskabinett ist ein Kniefall vor der Gas- und Heizungslobby	Emotionalisierende Sprache: Metapher („Kniefall“; „torpediert“)

		und torpediert die für den Klimaschutz unerlässliche Wärmewende.	
1	2	Die Regierung ermöglicht, dass über das nächste Jahrzehnt weiterhin fossile, klimaschädliche Heizungen in Gebäude eingebaut werden. Scheinlösungen wie H2-Ready-Heizungen werden sogar noch mit Steuergeld gefördert.	Persönliche Verantwortung der Regierung
1	2	Das ist vollkommen absurd und rückt die Einhaltung des Pariser 1,5-Grad-Limits in weite Ferne.	GEG in aktuellem Zustand gefährdet höheres Ziel des Pariser Klimaabkommens Triggerpunkt?
1	2	Dazu werden Fördergelder mit der Gießkanne auch an Vielverdiener verteilt, anstatt im Wesentlichen einkommensschwache Haushalte in ausreichendem Maße zu fördern. Ein geringfügiger Bonus für Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen wird der sozialen Herausforderung der Wärmewende keinesfalls gerecht. Hinzu kommt, dass mit einer bürokratischen und langwierigen Beantragung gerade vulnerable Haushalte abgeschreckt werden.	Emotionalisierende Sprache: Metapher („Gießkanne“) Trigger: Ungleichbehandlung
1	2	Wenn die Bundesregierung ihrem Versprechen nachkommen will, niemanden bei der Wärmewende zurückzulassen, muss sie sich gezielt auf Haushalte mit hohem Unterstützungsbedarf ausrichten und eine unkomplizierte Abwicklung – wie etwa bei der Förderung von E-Autos – gewährleisten.	Persönliche Adressierung Verweis auf Versprechen
1	2	Statt 200 Milliarden Sondervermögen alleinig in fossile Subventionen zu lenken, könnte die Bundesregierung hier mit einer Vollfinanzierung von ausschließlich erneuerbaren Heizungslösungen Millionen von Haushalte aus der fossilen Abhängigkeit befreien und die breite Akzeptanz einer klimaneutralen Wärmeversorgung voranbringen.	Alternativvorschlag: Kompromissbereitschaft
1	2	Wir fordern den Bundestag auf, klimaschädliche Fördergelder für fossile Heizungen zu verhindern und zielgerichtet einkommensschwache Haushalte zu unterstützen.	Forderung
1	2	Wenn die Novelle wie jetzt geplant kommt, treibt sie lediglich die Preise für die entsprechenden Heizsysteme und den Einbau in die Höhe.	Dissens

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 23.05.2024 i

Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
-------	---------	------------------	---------------------

1	1	Das Gebäudeenergiegesetz wird nicht wie geplant in dieser Woche im Bundestag behandelt. Aufgrund der Blockade der FDP wurden die für Donnerstag geplante erste Lesung des Gesetzentwurfs und die Expertenanhörung am Freitag abgesagt.	Monokausale Verantwortlichkeit
1	2	Zitat Barbara Metz Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Umwelthilfe (DUH)	Argument: Expertise (intern)
1	2	Das Gebäudeenergiegesetz wird zur Zerreißprobe für diese Bundesregierung.	Emotionalisierende Sprache: normativ („Zerreißprobe“)
1	2	Die Verlierer sind die Menschen und das Klima.	Emotionalisierende Sprache: normativ („Verlierer“) Trigger: Ungleichbehandlung
1	2	Mit ihrer Fundamentalopposition sabotiert die FDP nicht nur ein zentrales Klimaschutzvorhaben, sondern setzt die Menschen auch weiter hohen Heizkosten durch fossile Energieträger aus.	Monokausale Verantwortung Kritik an Weiterführung des Status quo Trigger: Verhaltenszumutungen
1	2	Jede Verschiebung und Verzögerung verschärft die Heizkosten-Krise, in der die Menschen heute schon stecken.	Emotionalisierende Sprache: normativ („verschärft“, „Heizkostenkrise“) Trigger: Entgrenzungsbedürftigkeit
1	2	Wir brauchen Lösungen und keine Blockade. Wenn die FDP weitere offene Fragen zu dem bereits vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetz hat, dient gerade das parlamentarische Verfahren zur Klärung.	Monokausale (negative) Verantwortung
1	2	Olaf Scholz muss ein Machtwort sprechen: Wenn er der FDP erlaubt, weiterhin zentrale Regierungsvorhaben ohne konstruktive Gegenvorschläge zu blockieren, droht er seinen Führungsanspruch zu verlieren.	Persönliche Aufforderung Emotionalisierende Sprache: Bedrohung
1	2	Wir fordern: Bringen Sie das Gebäudeenergiegesetz wieder auf Kurs, Herr Bundeskanzler. Ansonsten werden die Menschen in Deutschland die Folgen dieses politischen Kindergartens teuer bezahlen müssen	Forderung Emotionalisierende Sprache: Metapher („politischen Kindergartens“) Trigger: Ungleichbehandlung

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 24.05.2023 j			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1-4	Zusammenfassung Pressemeldung	
1	5	Die Wärmepumpe kann schon heute auch im Bestand günstiger als eine neue Gasheizung betrieben werden. Dies zeigt ein neuer Kostencheck der Deutschen Umwelthilfe (DUH) und des Energieberaterverbandes GIH.	Argument: Daten und Fakten
1	5	Verbraucherinnen und Verbraucher brauchen mit der Novelle des Gebäudeenergiegesetzes eine klare Orientierung darüber, welche Heizung sich lohnt.	Forderung
1	5	Die DUH kritisiert deshalb, dass die für den morgigen Donnerstag angekündigte erste Lesung im Bundestag durch die FDP blockiert wird, sich die Novelle daher weiter verzögert und Verbraucherinnen und Verbraucher im Unklaren gelassen werden.	Kritik mit monokausaler Verantwortung Trigger: Ungleichbehandlung
1	6	Zitat Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der DUH	Argument: Expertise
1	6	Unser Kostencheck entlarvt neue Gasheizungen als Verbraucherfalle.	Emotionalisierende Sprache: Metapher („entlarvt“, „Verbraucherfalle“) Trigger: Täuschung?
1	6	Um Verbraucherinnen und Verbraucher vor hohen Heizkosten zu schützen, müssen das Gebäudeenergiegesetz schnellstmöglich novelliert und neue Gasheizungen ausgeschlossen werden.	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung
1	6	Sowohl unsere realen Beispiele als auch wissenschaftliche Modellrechnungen zeigen, dass Eigentümerinnen und Eigentümer mit Wärmepumpen bereits heute monatlich Kosten sparen können.	Argument: Zahlen und Fakten
1	6	Klima- und verbraucherfreundliches Heizen mit Wärmepumpen muss für alle möglich sein.	Trigger: Ungleichbehandlung
1	6	Dafür muss die Bundesregierung Verbraucherinnen und Verbraucher bei den Anschaffungskosten mit einer einkommensabhängigen Förderung unterstützen.	Forderung
1	6	Luftschlösser wie H2-ready-Heizungen dürfen keinesfalls gefördert werden. Sie sind nicht nur eine Kosten-, sondern auch eine Klimafalle.	Emotionalisierende Sprache: Metapher („Luftschlösser“, „Kosten – (...) Klimafalle“) Trigger: Täuschung?
1	6	Der Kostencheck von Prognos zeigt auch, dass sich der Einbau der Wärmepumpe nicht	Argument: Zahlen und Fakten

		nur dann lohnt, wenn die Gasheizung kaputtgeht.	Generell pro GEG ABER: Kompromissbereitschaft sinkt
1	7	Zitat Arne Kruft, Bundesvorstand Technik des Energieberaterverbands GIH	Argument: Expertise (extern)
1	7	Die Ergebnisse des Kostenchecks decken sich mit unseren Erfahrungen: Eine Wärmepumpe ist auch in Bestandsgebäuden in vielen Fällen eine sinnvolle Investition und spart zukünftig noch mehr Kosten ein	Argument: Zahlen und Fakten Argument: Erfahrung
1	7	Netzentgelte für Gasleitungen werden teuer, manche Gasnetze werden durch vermehrten Einbau von Wärmepumpen unrentabel und zurückgebaut. Der CO2-Preis, der ja nur für fossile Heizungen und nicht für Wärmepumpen anfällt, wird kontinuierlich steigen. Zudem gehen Experten davon aus, dass der Gaspreis weiter steigen wird und grüner H2 in naher Zukunft weder für den Gebäudesektor verfügbar, noch bezahlbar sein wird.	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung Argument: Expertise
1	7	Die Bundesregierung muss den Verbrauchern hier eine klare Orientierung geben und neue Gasheizungen ausschließen.	Forderung Kompromissbereitschaft sinkt

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 31.05.2023 k			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	3	Zitat Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Umwelthilfe (DUH)	Argument: Expertise (intern)
1	3	Nachdem im gestrigen Gespräch im Bundeswirtschaftsministerium die Fragen zum Gebäudeenergiegesetz beantwortet wurden, muss die FDP ihr Kasperletheater endlich beenden.	Antagonisierung Monokausale Verantwortlichkeit Emotionalisierende Sprache: Metapher („Kasperletheater“)
1	3	Das parlamentarische Verfahren muss umgehend starten, damit das Gesetz mit verbindlichen Klimaschutzvorgaben noch vor der Sommerpause verabschiedet werden kann.	Forderung Kompromissbereitschaft sinkt: „muss“
1	3	Verbraucherinnen und Verbraucher genauso wie zukunftsorientierte Wirtschaftsbranchen brauchen jetzt klare Orientierung und Fristen. Ansonsten drohen fossile Panikkäufe für Bewohnerinnen und Bewohner zur Kostenfalle zu werden.	Trigger: Ungleichbehandlung Trigger: Entgrenzungsbefürchtung

			Emotionalisierende Sprache: Metapher („Kostenfalle“)
1	3	Wir rufen deshalb die Bundestagsfraktionen der Grünen und SPD auf, sich nicht auf faule Kompromisse einzulassen.	Persönlich adressierte Forderung Kompromissbereitschaft sinkt Emotionalisierende Sprache: normativ („faule Kompromisse“)
1	3	Die Holzverbrennung ist im Kabinetttentwurf des Gebäudeenergiegesetzes völlig zu Recht für den Neubau stark eingeschränkt: Einerseits steht nachhaltig erwirtschaftetes Holz regional nicht in ausreichenden Mengen im Bundesgebiet zur Verfügung, andererseits wäre eine weitere Luftverschmutzung die Folge.	Zustimmung (Kompromissbereitschaft?)
1	3	In den parlamentarischen Verhandlungen erwarten wir vor allem starke Impulse für die soziale Flankierung des Gesetzes – etwa durch die Bereitstellung von zusätzlichen einkommensabhängigen Förderangeboten und einer gerechteren Kostenverteilung im Mietwohnbereich. Mit weiteren Abschwächungen und Ausnahmen wird das Gesetz letztlich sein Ziel verfehlen, eine effektive Wärmewende einzuleiten.	Konkrete Erwartungen ohne konkrete Vorschläge Trigger: Ungleichbehandlung Trigger: Entgrenzungsbefürchtung Grundsätzliches Ziel des GEG könnte nach Auffassung der DUH verfehlt

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 07.06.2024 1			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Ein Bündnis mehrerer großer Umweltorganisationen warnt die Ampelparteien davor, Holz und Holzpellets innerhalb des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) als nachhaltig einzustufen und zu fördern.	Zusammenschluss von verschiedenen Interessensvertretungen, um gegen spezifischen Punkt im GEG zu argumentieren Argument: Expertise (extern)
1	1	Deutsche Umwelthilfe, Greenpeace, NABU, ROBIN WOOD und WWF zeigen sich alarmiert darüber, eine Verbrennungstechnologie – auf Basis von Kohle und Gas – durch eine andere ersetzen zu wollen, die ebenfalls klimaschädlich ist.	Argument: Expertise (extern) Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („alarmiert“)

1	1	Die wissenschaftliche Datenlage zeigt eindeutig, das Holz nicht in Öfen landen darf, damit die Klimaziele erreicht und die Artenvielfalt geschützt werden.	Argument: Daten und Fakten
1	2	Schon heute sind die Wälder in Deutschland und global übernutzt mit entsprechend verheerenden Konsequenzen für die Biodiversität. (...) Würde der globale Energiebedarf nur mit Holz gedeckt, wären die Wälder der Welt nach einem Jahr nahezu ausgelöscht. Deutschland importiert schon jetzt enorme Mengen an Holz. Die EU-Holzernte, die in die Verbrennung geht, ist von 40 Prozent in 2005 bereits auf 55 Prozent 2017 gestiegen.	Argument: Zahlen und Fakten Trigger: Entgrenzungsbefürchtung, Übertretungsszenario
1	3	Erläuterung, was bei der Verbrennung von Holz zum Heizen passiert.	Argument: Zahlen und Fakten
1	3	Das freigesetzte CO2 kann erst sehr langsam über die nächsten Jahrzehnte in Bäumen wieder gebunden werden – Zeit, die wir im Klimaschutz nicht haben, insbesondere mit Blick auf Kippunkte.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („– Zeit, die wir im Klimaschutz nicht haben, insbesondere mit Blick auf Kippunkte.“)
1	3	Mit Holz zu heizen, ist daher kein Beitrag zum Klimaschutz.	Vorschlag entspricht nicht dem Ziel des GEG
1	4	Erläuterung der gesundheitlichen Folgen des Verbrennens von Holz.	Argument: Zahlen und Fakten
1	5	Holz ist ein wertvoller Rohstoff, der nur sehr begrenzt zur Verfügung steht. Er darf daher nur in Ausnahmefällen für Heizzwecke herangezogen werden, wenn keine Alternativen zur Verfügung stehen. Wenn die Nachfrage nach Pellets weiter steigt, reichen die heimischen Sägereste absehbar nicht aus und es muss verstärkt auf Importe zurückgegriffen werden.	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung
1	5	Das Umweltbundesamt befürchtet “nennenswerte Umweltschäden”, wenn das GEG den Ausbau von Holzheizungen nicht ausreichend eindämmt.	Argument: Expertise (extern)
1	6	Die Umweltorganisationen appellieren an die Ampelparteien, sich ehrlich zu machen: Holz zu verheizen ist ebenso klimaschädlich wie H2-ready-Optionen als Schlupfloch zuzulassen und damit wichtige Maßnahmen zu verzögern.	Forderung Trigger: Täuschung? Emotionalisierende Sprache: Metapher („Schlupfloch“)
1	6	Was es stattdessen braucht, ist eine sozial gerechte Förderpolitik insbesondere in der Gebäudesanierung, kombiniert mit einer kommunalen Wärmeplanung und dem Voranbringen geeigneter klimafreundlich nutzbarer Technologien wie Wärmepumpen.	Forderung, wenn auch eher unkonkret

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 13.06.2023 m			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Nach monatelangem Streit in der Ampelregie- rung kommt das Gebäudeenergiegesetz am Donnerstag nun doch in den Bundestag.	Emotionalisierende Spra- che: normativ („monate- langem Streit in der Am- pelregierung kommt das“; „nun doch“
1	2	Zitat Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Umwelthilfe (DUH).	Argument: Expertise (in- tern)
1	2	Dieses Gebäudeenergiegesetz ist kein Meilen- stein, sondern ein Tiefpunkt für die Klimapo- litik dieser Bundesregierung	Emotionalisierende Spra- che: normativ („Tief- punkt“) Bundesregierung wird per- sönlich adressiert
1	2	Am schwersten wiegt, dass die Wärmewende bei Bestandsgebäuden auf einen Zeitpunkt nach 2028 und damit auf eine nächste Regie- rung verschoben wird und das sogar bei ei- nem großen Teil der Neubauten, wo es beson- ders einfach umsetzbar ist.	Emotionalisierende Spra- che: Metapher („Am schwersten wiegt“) Klimapolitische Entwick- lung zu langsam
1	2	Das ist klimapolitischer Irrsinn!	Emotionalisierende Spra- che: normativ
1	2	Darüber hinaus wird das Märchen von was- serstofffähigen Gasheizungen aufrechterhal- ten und die klima- und umweltschädliche Ver- brennung von Holz ermöglicht. Gasheizungen können sogar bis 2045 mit fossilem Gas be- trieben werden, wenn Sie nur einen Sticker ,H2-Ready‘ tragen.	Emotionalisierende Spra- che: Metapher („Mär- chen“) Trigger: Täuschung? Emotionalisierende Spra- che: normativ („sogar“)
1	2	Müllverbrennung wird entgegen jeder Ver- nunft weiterhin als angeblich erneuerbare Energie geadelt.	Trigger: Normalitätsver- stoß (eher: Realitätsver- stoß)
1	2	Diese Einigung trägt die Handschrift der FDP, die sich an entscheidenden Punkten durchset- zen konnte.	Eindeutige Schuldzu- schreibung
1	2	Der Klimaschutz bleibt dabei auf der Strecke und Verbraucherinnen und Verbraucher wer- den weiterhin mit dem Risiko hoher Energie- kosten ihrer Gasheizungen alleine gelassen.	Emotionalisierende Spra- che: Bedrohung („Risiko“) Trigger: Entgrenzungsbe- fürchtung Man wird der Verantwor- tung nicht gerecht
1	2	Wir fordern die Abgeordneten des Bundesta- ges auf, dieses Gesetz mit diesen katastrophal- en Folgen abzulehnen.	Forderung

			Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („katastrophale Folgen“)
--	--	--	--

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 21.06.2024 n			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1-3	Zusammenfassung Pressemeldung	
1	4	Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) fordert den Bundestag auf, umweltschädliche und ineffiziente Technologien wie Biomasse oder „H2-Ready“-Heizungen aus dem Vorschlag der Bundesregierung für das Gebäudeenergiegesetz (GEG) zu streichen.	Forderung (konkret)
1	4	Der Umwelt- und Verbraucherschutzverband warnt, dass Deutschland mit diesen Optionen die Klimaziele massiv reißen wird und dass den Verbraucherinnen und Verbrauchern damit drastische Energiekostensteigerungen in den kommenden Jahren drohen.	Argument: Expertise (extern) Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („warnt“) Emotionalisierende Sprache: normativ („drastische Energiekostensteigerungen“) Trigger: Entgrenzungsbedürftungen
1	5	Zitat DUH-Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz	Argument: Expertise (intern)
1	5	Es ist unverantwortlich, wie Verbraucherinnen und Verbraucher aktuell mit falschen Versprechungen in die Irre geführt werden. Sie sind es, die am Ende für teures Geld auf fossilen Heizungen sitzen bleiben.	Trigger: Verantwortungslosigkeit? Trigger: Täuschung („in die Irre geführt“)
1	5	Durch die enorme Knappheit von grünem Wasserstoff oder biogenen Brennstoffen in den nächsten Jahrzehnten werden die Kosten mit jeder neu eingebauten Heizung zusätzlich in die Höhe getrieben. Diese Geräte werden zur unkalkulierbaren Kostenfalle.	Emotionalisierende Sprache: normativ („enorme“; „getrieben“; „unkalkulierbare Kostenfalle“) Trigger: Entgrenzungsbedürftung
1	5	Die Option, mit einem „H2-Ready“-Aufkleber weiterhin für Jahrzehnte fossiles Gas verbrennen zu dürfen, verhindert das Erreichen der Klimaziele.	Emotionalisierende Sprache: Metapher („einem „H2-Ready“-Aufkleber“) Läuft dem eigentlichen Ziel des GEG entgegen

1	5	Ich fordere daher die Abgeordneten des Bundestags auf, Hausbesitzende und Mietende vor fossilen Scheinlösungen und steigenden Kosten zu schützen und diese Technologien als Erfüllungsoption aus dem GEG zu streichen.	Erstes Mal Ich-Perspektive (aus Position als Expertin) Persönliche Aufforderung
1	5	Die Eckpfeiler für eine erfolgreiche Wärmewende und wirksamen Klimaschutz stehen längst fest: Wärmepumpen und erneuerbare Wärmenetze	Lösungsperspektive Kompromissbereitschaft sinkt, da die Lösung der aktuellen Fassung entgegensteht
1	6	Damit Wärmepumpen in möglichst vielen Gebäuden zum Einsatz kommen können, brauchen deren Eigentümerinnen und Eigentümer in vielen Fällen finanzielle Unterstützung.	Konkrete Forderung
1	6	Doch obwohl das unstrittig ist, hat die Bundesregierung nach wie vor kein auch nur im Ansatz ausreichendes, klima- und sozialgerechtes Förderkonzept vorgelegt.	Trigger: Täuschung/Unehrlichkeit? Emotionalisierende Sprache: normativ („unstrittig“, „nur im Ansatz“)
1	6	Daher legt nun die DUH die vier Eckpunkte für ein solches Konzept vor, die teils in unseren europäischen Nachbarländern schon erfolgreich eingesetzt werden und fordert deren schnelle Umsetzung	Konkrete Forderungen Argument: Erfahrung (aus den Nachbarländern)
1	7-10	Konkrete Forderung anhand von Erfahrungen aus Nachbarländern	
1	11	Zitat Barbara Metz	Argument: Expertise (intern)
1	11	Die Menschen in Deutschland können und werden bei der Wärmewende nur dann engagiert mitmachen, wenn sie die Umstellung auch bezahlen können und sie sozial gerecht gestaltet wird.	Unterstellung der Verhaltensauswirkungen Emotionalisierende Sprache: Drohung?
1	11	Die Bundesregierung muss den Menschen die Finanzierung garantiert und günstig ermöglichen, einkommensschwache Haushalte stark fördern, darf aber nicht Geld an Millionäre ausschütten.	Kompromissbereitschaft sinkt („muss“) Persönliche Ansprache
1	11	Sie muss für fairen und sicheren Wärmepumpenstrom sorgen und Mieterinnen und Mieter vor unangemessenen Härten schützen.	Deckt sich mit Mieterbund
1	11	Die gute Nachricht ist: Mit unserem Konzept ist das alles und auch für den Staat bezahlbar möglich.	Eigenen Lösungsvorschlag hervorheben

1	11	Wir fordern deshalb die schnelle Verabschiedung und Umsetzung einer Förderung, deren Bestandteile bei unseren europäischen Nachbarn bereits beschlossen oder sogar erfolgreich in Umsetzung sind.	Zeigt Möglichkeitsspielraum auf
1	11	Denn nur fossilfreies Heizen ist der Schlüssel für eine dauerhaft bezahlbare Wärmeversorgung.	Kompromissbereitschaft sinkt ➤ Es gibt nur eine Lösung
1	11	Und die müssen Bundestag und Bundesregierung den Menschen in Deutschland ermöglichen	Verantwortung wird herausgestellt

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 23.06.2024 o			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1-3	Zusammenfassung Pressemeldung	
1	4	Bundeswirtschaftsminister Habeck und Bundesbauministerin Geywitz müssen die Einstufung von Wärme aus Abfallverbrennungsanlagen als erneuerbar verhindern.	Direkte Ansprache an Minister*in
1	4	Das fordern in einem gemeinsamen offenen Brief die Umweltverbände Deutsche Umwelthilfe (DUH), Naturschutzbund Deutschland (NABU), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Bundesverband für Umweltberatung (bfub) gemeinsam mit Recyclingvertretern und -vertreterinnen von Alba sowie dem Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung.	Argument: Expertise (extern) ➤ Zusammenschluss vieler Verbände
1	4	Anlass sind die Entwürfe für das Gebäudeenergiegesetz (GEG) sowie das Wärmeplanungsgesetz (WPG). Laut GEG sollen künftig Wärmenetze, die mit Energie aus der Verbrennung von Abfällen gespeist werden, in vollem Umfang zur Erfüllung der gesetzlich vorgesehenen Erneuerbaren-Energie-Anforderungen an Heizungsanlagen beitragen.	Kritik an konkretem Teil des GEG
1	4	Abfallverbrennung verursacht jedoch jährlich etwa 24 Millionen Tonnen CO ₂ , schadet damit dem Klima, vernichtet wertvolle Rohstoffe, führt zu giftigen Rückständen und sollte deshalb nicht mit Wärme aus erneuerbaren Energien auf eine Stufe gestellt werden. Auch das Wärmeplanungsgesetz droht die Kreislaufwirtschaft ernsthaft zu gefährden, indem die entstehende Abwärme aus der Abfallverbrennung vollständig als unvermeidbar eingestuft wird.	Erläuterung der Kritik Argument: Zahlen und Fakten
1	5	Zitat DUH-Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz	Argument: Expertise

1	5	Wir müssen weniger Abfälle verbrennen.	Appell, alle eingeschlossen
1	5	Deshalb sollte die Bundesregierung Abfallverbrennung nicht durch Anreize bei der erneuerbaren Wärmeplanung fördern.	GEG geht in die andere Richtung Kompromissbereitschaft sinkt
1	5	Abwärme aus der Müllverbrennung mit Wärme aus erneuerbaren Energien gleichzusetzen, würde über Jahrzehnte die massenhafte Vernichtung wertvoller Ressourcen mit grünem Stempel bedeuten	Trigger: Entgrenzungsbefürchtung Emotionalisierende Sprache: normativ („massenhafte Vernichtung“) ➤ Bedrohung Emotionalisierende Sprache: Metapher („grünem Stempel“) Trigger: Täuschung?
1	5	Es könnte zur absurden Situation kommen, dass Kommunen auf dem Papier klimaneutrale Wärmenetze betreiben, in Wirklichkeit aber vermeidbares CO ₂ über ihre Abfallverbrennungsanlagen in die Luft blasen.	Trigger: Täuschung Emotionalisierende Sprache: normativ („vermeidbar“; „in die Luft blasen“)
1	5	Deshalb müssen Robert Habeck und Klara Geywitz falsche Anreize zur Müllverbrennung im Gebäudeenergiegesetz und im Wärmeplanungsgesetz verhindern.	Persönlicher Appell Emotionalisierende Sprache: normativ („falsche Anreize“)
1	6	Auch steht die Anrechnung der Müllwärme als unvermeidbare Abwärme im Widerspruch zum Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG).	Argument: Recht
1	7	Zitat: Leif Miller NABU-Bundesgeschäftsführer	Argument: Expertise (extern)
1	7	Wir haben es hier mit einem Kuddelmuddel an Rechtsordnungen zu tun, die die Potenziale der Kreislaufwirtschaft für mehr Klima- und Ressourcenschutz nicht im Blick haben	Emotionalisierende Sprache: Metapher („Kuddelmuddel“)
1	8	Zitat Antje von Broock, Bundesgeschäftsführerin des BUND	Argument: Expertise (extern)
1	8	Wärme aus der Verbrennung von Müll als ‚Erneuerbar‘ zu deklarieren, ist Greenwashing pur. Schließlich wird hier keine Energie erneuert, sondern tonnenweise Ressourcen verschwendet und CO ₂ freigesetzt.	Trigger: Täuschung?
1	8	Außerdem muss die Mülltrennung weiter verbessert werden.	Forderung auf anderem Feld

1	9	Keinesfalls sollte die Verbrennung organischer Anteile im Restabfall oder getrennt gesammelter Bioabfälle deshalb durch die Einstufung als erneuerbar legitimiert werden.	Keine Kompromissbereitschaft
---	---	---	------------------------------

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 29.06.2024 p			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Die Ampelfraktionen haben sich vorgestern auf neue Details im umstrittenen Gebäudeenergiegesetz geeinigt. Mit den neuen Anpassungen sollen offenbar Biomasseheizungen ohne weitere Anforderungen ermöglicht werden.	Emotionalisierende Sprache: normativ („umstritten“, „offenbar“)
1	1	Gasheizungen dürfen laut Interpretation unterschiedlicher Quellen mindestens bis 2040 weiter betrieben werden, wenn der Umstieg auf Wasserstoff in Gasnetzen nicht gelingt, und Mieterinnen und Mieter werden nach der Streichung von Paragraph 71o nicht mehr vor extrem hohen Betriebskosten geschützt.	Uneindeutig, mehrere Interpretationen möglich? Emotionalisierende Sprache: Bedrohung (wenn der Umstieg auf Wasserstoff in Gasnetzen nicht gelingt, (...)“)
1	1	Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisiert die vereinbarten Änderungen scharf und warnt vor umweltschädlichen Scheinlösungen.	Emotionalisierende Sprache: normativ („kritisiert scharf“) Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („warnt“) Trigger: Täuschung? (Scheinlösung)
1	3	Zitat: DUH-Bundesgeschäftsführerin Barbara Metz	Argument: Expertise (intern)
1	3	Der Gaslobby gelingt es offensichtlich weiterhin, die Wärmewende brutal zu sabotieren.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung Antagonisierung Emotionalisierende Sprache: normativ („brutal zu sabotieren“)
1	3	Mit diesem Gesetz reißen wir die gesetzlich verbindlichen Klimaziele und das völkerrechtlich verbindliche Pariser Klimaschutzabkommen – ich betrachte das als Rechtsbruch mit fatalen Folgen.	Dissens
1	3	Dass Mieterinnen und Mieter auf den extrem hohen Betriebskosten umweltschädlicher Biomethanheizungen sitzen bleiben sollen, ist ein absoluter Skandal.	Trigger: Ungleichbehandlung + Verantwortungslosigkeit

			Emotionalisierende Sprache: normativ („extrem hohen Betriebskosten“, „sitzen bleiben sollen“, „absoluter Skandal“)
1	4	Hintergrund zur Pressemeldung wird erläutert	
1	4	Ineffizientes und umweltschädliches Heizen mit Biomasse soll laut Einigung der Ampelfraktionen als grundsätzliche Option langfristig möglich bleiben.	Emotionalisierende Sprache: normativ („ineffizient und umweltschädliches Heizen“) Persönliche Verantwortlichkeit (Ampel-Fraktion)
1	4	Sinnvolle Einschränkungen bei Holzheizungen wie die Kopplung an Solaranlagen und Pufferspeicher sollen aus dem Gesetzestext verschwinden. Obwohl Gas- und H2-ready-Heizungen zunächst von der Förderung ausgenommen werden, dürfen weiterhin neue Gasheizungen eingebaut und perspektivisch mit Biomethan betrieben werden – ein knappes und teures Gut, dessen Herstellung Natur und Klima stark belastet.	Trigger: Realitätsverstoß

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 03.07.2024 q			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1-3	Zusammenfassung Pressemeldung	
1	4	Anlässlich der heutigen Anhörung im Bundestag zum überarbeiteten Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) schlägt die Deutsche Umwelthilfe (DUH) Alarm und warnt vor einem Rechtsbruch der Bundesregierung.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung
1	4	Das neue Heizungsgesetz macht die Einhaltung der Ziele des völkerrechtlich verbindlichen Pariser Klimaschutzabkommens unmöglich. Der Entwurf sieht vor, dass fossile Öl- und Gasheizungen langfristig weiter betrieben werden können, was auf Jahrzehnte hohe Emissionen im Gebäudesektor bedeutet.	Dissens, da übergeordnetes Ziel damit verfehlt wird
1	4	Ein späterer Umstieg auf klimaneutralen Wasserstoff oder Biomethan ist lediglich eine Scheinlösung, da diese Gase nur in äußerst begrenzten Mengen zur Verfügung stehen werden und zudem drastische Energiekostensteigerungen bei Verbraucherinnen und Verbrauchern zur Folge haben.	Trigger: Täuschung? („Scheinlösung“)
1	4	Die DUH fordert den Bundestag auf, dem vorgelegten Gesetzentwurf nicht zuzustimmen.	Forderung zu Dissens

1	5	Barbara Metz, DUH-Bundesgeschäftsführerin	Argument: Expertise (intern)
1	5	Mit ihrem neuen Gebäudeenergiegesetz geben die Ampelfraktionen die Klimaziele im Wärmesektor auf. Mit diesem Gesetz werden fossile Strukturen auf die nächsten Jahrzehnte gefestigt.	Klimatransformation zu langsam und ungenügend
1	5	Die Gaslobby hat sich mit ihren Interessen brutal durchgesetzt und lässt jetzt die Champagnerkorken knallen.	Emotionalisierende Sprache: normativ („brutal durchgesetzt“) Emotionalisierende Sprache: Metapher („lässt jetzt die Champagnerkorken knallen“) Trigger: Ungleichbehandlung
1	5	Das ist ein massiver Rechtsbruch der Bundesregierung, der uns alle schwer treffen wird. Diese Regierung ist mit dem Versprechen angetreten und dafür gewählt worden, für mehr Klimaschutz zu sorgen. Damit ist sie im Gebäudebereich krachend gescheitert.	Trigger: Täuschung/Rechtsbruch Emotionalisierende Sprache: normativ („krachend gescheitert“)
1	5	Bezeichnend ist, dass unter den geladenen Vertreterinnen und Vertretern zur Ausschussanhörung keine Expertinnen oder Experten der Umweltverbände sind. Klimaschutzargumente sind im politischen Diskurs anscheinend unerwünscht.	Eigene Position und Argumente gehen im wichtigen politischen Diskurs und Dialog unter bzw. werden erst gar nicht gehört
1	5	Das Gesetz darf so nicht verabschiedet werden und muss nachgebessert werden	Dissens Keine Kompromissbereitschaft beim aktuellen Entwurf
1	6	Die DUH kritisiert außerdem, dass der Gesetzesentwurf eine Ausweitung der Nutzung von Biomethan und Holz zum Heizen vorsieht.	Kritik nicht nur an grundsätzlichem Gesetz sondern auch an spezifischen Einzelheiten.
1	6	Zudem droht Mieterinnen und Mieter eine Explosion ihrer Betriebskosten. Denn wenn sich die Vermieterin oder der Vermieter für eine Öl- oder Gasheizung entscheidet, die dann wie vorgesehen mit Wasserstoff, Biomethan oder daraus hergestellten Derivaten wie E-Fuels betrieben werden soll, müssen die Mietenden die späteren hohen Brennstoffkosten übernehmen.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung Emotionalisierende Sprache: Metapher („Explosion“) Trigger: Ungleichbehandlung

1	6	Das Analyse- und Beratungsunternehmen Prognos hat im Auftrag der DUH berechnet, dass die Kosten für Gasheizungen mit steigenden Biomethananteilen bereits 2030 bei Mieterinnen und Mietern deutlich höhere Betriebskosten als eine Luftwärmepumpe verursachen – mit den steigenden Beimischungsanteilen steigen die Betriebskosten hier schnell fast auf das Doppelte als die erneuerbare Alternative.	Argument: Daten und Fakten
1	7	Zitat Paula Brandmeyer, Stellvertretende Leiterin Energie und Klimaschutz	Argument: Expertise (intern)
1	7	Bei Biomethan und Wasserstoff geht die Bundesregierung der fossilen Öl- und Gaslobby auf den Leim und schreibt klimaschädliche und verbraucherfeindliche Scheinlösungen ins Gesetz.	Emotionalisierende Sprache: Metapher („auf den Leim gegangen“) Emotionalisierende Sprache: normativ („verbraucherfeindlich“) Trigger: Täuschung?
1	7	Es ist ein riesen Skandal, dass Mieterinnen und Mieter durch die Streichung der Schutzklausel in Paragraph 71o mit den astronomischen Betriebskosten allein gelassen werden.	Emotionalisierende Sprache: normativ („Skandal“) Trigger: ungleiche Lastenverteilung
1	7	Nach den uns vorliegenden Berechnungen müssten Mieterinnen und Mieter allein im Jahr 2030 bei einem Biomethananteil von 15 Prozent mit Mehrkosten von etwa 50 Cent pro Quadratmeter gegenüber einer Wärmepumpe rechnen.	Argument: Zahlen und Fakten
1	7	Auch hinsichtlich der Umweltfreundlichkeit werden Verbraucherinnen und Verbraucher getäuscht: ‚Bio‘-Methan ist alles andere als umweltverträglich, denn Hauptgrundlage sind Energiepflanzen wie Mais aus intensiver Landwirtschaft.	Trigger: Täuschung?
1	7	Es ist außerdem völlig utopisch, dass in Deutschland erzeugte Mengen fossiles Gas in nennenswertem Umfang eins zu eins ersetzen können.	Trigger: Realitätsverstoß Emotionalisierende Sprache: normativ („völlig utopisch“)
1	7	Vielmehr werden mit dem Gesetz Tür und Tor für undurchsichtige Importe und einen Zertifikatehandel mit dem Ausland geöffnet. Die Ausweitung der Biomassenutzung muss gestoppt werden.	Emotionalisierende Sprache: „Tür und Tor (...) geöffnet“ Kompromissbereitschaft sinkt („muss gestoppt werden“)

1	8	Die DUH warnt davor, dass die Fehlanreize durch die vorgesehene Förderung noch verstärkt werden. Die Förderfähigkeit muss unbedingt an einen erneuerbaren und effizienten Betrieb von Heizungen gekoppelt sein.	Emotionalisierende Sprache: Bedrohung Kompromissfähigkeit sinkt: („muss“)
1	8	Es ist vollkommen widersinnig, Geld aus dem Klima- und Transformationsfond für fossil betriebene Heizungen zu verschwenden – dieses Fördergeld fehlt am Ende für echte CO2-Minderungsmaßnahmen wie die Umstellung auf Wärmepumpen.	Trigger: Täuschung? („vollkommen widersinnig“, „für echte CO2-Minderungsmaßnahmen“)
1	8	Die Förderung von Gasheizungen erschwert zudem den gewünschten Ausbau der Wärmenetze. Je mehr neue Gasheizungen aufgrund staatlicher Förderung installiert werden, desto schwieriger wird es für Kommunen und Stadtwerke, die notwendige hohe Anschlussdichte für den Ausbau von Wärmenetzen zu erreichen.	Aspekt des GEG steht dem eigentlichem Ziel entgegen und erschwert die Klimaentwicklung
1	9-13	Hintergrundinformationen zu Kosten bei fossilen Gasheizungen in Kombination mit Biomethan	Argument: Zahlen und Fakten

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 04.07.2024 r			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Im überarbeiteten Entwurf für das Gebäudeenergiegesetz wurden gegenüber der Vorfassung sämtliche Zusatzanforderungen für Holzheizungen gestrichen – darunter auch die ursprünglich vorgesehene Filterpflicht.	
1	1	Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisiert diese nochmalige Verschlechterung dieses Gesetzes scharf und warnt vor massiven Belastungen für die Luftqualität.	Dissens Emotionalisierende Sprache: normativ („kritisiert scharf“) Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („warnt“)
1	3	Zitat Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch	Argument: Expertise (intern)
1	3	Schon jetzt verpesten in Deutschland rund 12 Millionen Öfen und Zentralheizungskessel, die ohne Filter mit Scheitholz, Pellets oder anderen Holzbrennstoffen betrieben werden, unsere Atemluft. Mit jeder zusätzlich installierten Holzheizung steigt die Partikelbelastung nicht nur in typischen Wohngebieten, sondern gerade auch im ländlichen Raum. Von allen Luftschad-	Emotionalisierende Sprache: normativ („verpesten“) Trigger: Entgrenzungsbefürchtung

		stoffen sind die Feinstpartikel aus Verbrennungsprozessen wie Motoren und Heizungsanlagen am problematischsten.	
1	3	Nach Berechnungen der Europäischen Umweltagentur sterben in Deutschland jedes Jahr 63.000 Menschen vorzeitig an den Folgen von Feinstaub.	Argument: Zahlen und Fakten Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („sterben (...) vorzeitig“)
1	3	Ich fordere die Abgeordneten des Deutschen Bundestags dazu auf, das Heizungsgesetz so nachzubessern, dass für Holzheizungen ein Feinstaubfilter vorgeschrieben wird.	Forderung Kompromissbereitschaft sinkt
1	3	Ohne eine konsequente Abgasreinigung bei Holzheizungen wird es nicht möglich sein, die Luftqualitätsstandards der Weltgesundheitsorganisation einzuhalten.	Trigger: Realitätsverstoß? / Rechtsbruch

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 25.08.2024 s			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1-2	Informationen zur Gefahr vor Hitzetoten durch schlechte Dämmung und Bauweisen von Gebäuden	
1	3	Die EU-Länder verhandeln derzeit über die Festlegung von Mindestenergieeffizienzstandards (MEPS) für Gebäude durch die Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD). Obwohl die Bundesregierung bei dem Gesetzentwurf zunächst eine ehrgeizige Ausgestaltung unterstützte, signalisierte Bauministerin Geywitz kürzlich, dass sie ihre Unterstützung für das entscheidende Element der Mindestenergieeffizienzstandards für Gebäudeinfolge des turbulenten Kompromisses zum Gebäudeenergiegesetz (GEG) zurückziehen werde. Über diese Entwicklung zeigen sich die Verbände alarmiert.	Bundesregierung will ihre Zustimmung aufgrund des GEG zurückziehen. GEG Schuld an Setzung höherer Standards. Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („alarmiert“)
1	4	Zitat Barbara Metz, Bundesgeschäftsführerin der DUH	Argument: Expertise (intern)
1	4	Empörung über Rückzug bei Mindesteffizienzstandards bei Bestandsgebäuden.	
1	5	Zitat DNR-Geschäftsführer Florian Schöne zu Gefahr durch Überhitzung und Verhinderung der Lösung	Argument: Expertise (extern)
1	6	Zitat: Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbandes VdK Deutschland zu Gefahr durch Überhitzung und Verhinderung der Lösung	Argument: Expertise (extern)

Pressemeldung, Deutsche Umwelthilfe, 08.09 .2024 t			
Seite	Ab-satz	Paraphrase/Zitat	Kategorie/Kommentar
1	1	Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) verurteilt das heute durch den Bundestag verabschiedete Gebäudeenergiegesetz als klimapolitisches Versagen der Bundesregierung.	Dissens ➤ Versagen auf höherer Ebene Keine Kompromissbereitschaft Triggerpunkt definitiv überschritten
1	1	Mit dem Beschluss begehen die Ampel-Frak-tionen Rechtsbruch, denn die Klimaziele sind mit den im Gesetz verankerten Maßnahmen endgültig nicht erreichbar.	Trigger: Rechtsbruch Klimapolitische Entwicklung zu langsam und zu wenig Verantwortung klar: Ampel-Fraktion
1	1	Statt der versprochenen Klarheit für die Wärmewende erlaubt das Gesetz weiterhin viele Heizungsoptionen, die wie im Fall von Wasserstoff oder Biomasse mit kostspieligen Risiken für Verbraucherinnen und Verbraucher verbunden sind.	Trigger: Uneindeutigkeit Emotionalisierende Sprache: Bedrohung („kostspielige Risiken“)
1	3	Zitat Bundesgeschäftsführerin der DUH, Barbara Metz	Argument: Expertise (intern)
1	3	Es ist dramatisch, dass die Ampel-Regierung alle klimapolitischen Ambitionen anscheinend aufgegeben hat.	Emotionalisierende Sprache: normativ („dramatisch“, „aufgegeben“) Persönliche Beschuldigung: Ampel-Fraktion
1	3	Die Diskussion um das Heizungsgesetz hat bei vielen Menschen große Verunsicherung ausgelöst: Die Nachfrage nach Wärmepumpen ist eingebrochen, stattdessen befinden sich fossile Heizungen im Aufwind. Das nun beschlossene Gesetz wird daran vermutlich nicht viel ändern können, denn es lässt weiterhin Öl, Gas und Biomasseheizungen zu.	Debatte der Regierung hat dazu geführt, dass genau das Gegenteil eingetroffen ist, von dem, was man mit dem Gesetz eigentlich erreichen wollte. Verantwortung wird klar bei der Ampel-Regierung gesucht
1	3	Die Probleme werden einfach weiter in die Zukunft verlagert. Die Ampel-Frak-tionen haben keine tragfähige Lösung für die Probleme vorgelegt, sondern lassen zu, dass die Klimaziele	Klimapolitik: zu langsam und nicht ausreichend Verantwortung: Ampel-Regierung

		verfehlt und die Menschen mit niedrigen Einkommen in die Energiekostenfalle getrieben werden.	<p>Klimaziele verfehlt > übergreifendes Ziel betroffen, das über das GEG hinaus geht</p> <p>Lastenverschiebung</p> <p>Trigger: Ungleichbehandlung</p> <p>Emotionalisierende Sprache: Metapher („Energiekostenfalle“)</p>
1	3	Denn die Rechnung für das klimapolitische Wegducken der Bundesregierung zahlen am Ende vor allem die Menschen zuhause, die mit der falschen Hoffnung auf erneuerbare Brennstoffe noch für Jahrzehnte an fossile Energieversorgung gebunden sein werden.	Trigger: Täuschung?
1	3	Jetzt bleibt uns nur noch der Rechtsweg um Klima und Menschen zu schützen. Unsere Klagen zur Erreichung der Klimaziele werden noch in diesem Winter verhandelt.	Dissens: Klage eingereicht, GEG soll in seiner Form verhindert werden
1	3	Unser erklärtes Ziel ist es, die Regierung zu zwingen, endlich ein tragfähiges Klima-Notfallprogramm vorzulegen	Keine Kompromissbereitschaft, Regierung soll in die eigene Richtung mithilfe der rechtlichen Klage gebracht werden

10. Plagiatserklärung



Plagiatserklärung

Hiermit versichere ich, dass die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst worden ist, dass keine anderen Quellen oder Hilfsmittel als die angegebenen benutzt worden sind und dass die Stellen der Arbeit, die an anderen Werken – auch elektronischen Medien – dem Wortlaut oder Sinn nach entnommenen wurden, auf jeden Fall unter Angabe der Quelle als Entlehnung kenntlich gemacht worden sind.

Ich erkläre mich außerdem mit einem elektronischen Abgleich der Arbeit mit anderen Texten zwecks Auffindung von Übereinstimmungen sowie mit einer zu diesem Zweck vorzunehmenden Speicherung der Arbeit in eine Datenbank einverstanden.

(Name, Vorname)

(Titel der Arbeit)

(Matrikelnummer)

(Ort/ Datum)

(Unterschrift)